

Beschreibung der sozialen Lage in Europa

2001



Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001



Europäische Kommission
Generaldirektion für
Beschäftigung und Soziales

Inhaltsverzeichnis

Vorwort		5
Einleitung		7
Abschnitt I :	Soziale Trends und sozialpolitische Maßnahmen	9
	1.1 Die wichtigsten sozialen Trends	11
	1.2 Sozialer Zusammenhalt	13
	1.3 Schlussfolgerung	18
Abschnitt II :	Die wichtigsten sozialen Entwicklungen	19
	2.1 Bevölkerungstrends und zugehörige Themen	21
	2.2 Lebensbedingungen	32
	2.3 Einkommensverteilung	45
	2.4 Vertrauen in die Gesellschaft und soziale Beteiligung	55
Abschnitt III :	Sozialpolitische Themen	63
Anhang I :	Soziale Schlüsselindikatoren	111
Anlage II :	Statistische Daten	113
Anlage III :	Liste der Eurostat Datashops	129

Vorwort

Dies ist die zweite Ausgabe des Jahresberichts über die soziale Lage, mit dessen Hilfe sich die sozialen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten verfolgen lassen. Er bietet eine umfassende Betrachtung der demographischen Entwicklungen und der sozialen Bedingungen als Hintergrund für sozialpolitische Maßnahmen und stellt Verbindungen zu anderen Jahresberichten der Kommission, etwa über Beschäftigung, Sozialschutz, Arbeitsbeziehungen und Chancengleichheit in Europa, her.

Der erste Abschnitt des Berichts besteht aus einer Zusammenfassung, in der die wichtigsten sozialen Trends im Hinblick auf die Lebensqualität der europäischen Bürgerinnen und Bürger und die daraus erwachsenden Herausforderungen für die Sozialpolitik erläutert werden.

Im zweiten Abschnitt werden die sozialen Entwicklungen einer genaueren Betrachtung unterzogen. Zu vier Schlüsselbereichen, die eng damit zusammenhängen, nämlich Demographie, Lebensbedingungen, Einkommen und soziale Beteiligung, werden Analysen und Forschungsergebnisse vorgelegt.

Der dritte Abschnitt enthält eine Reihe harmonisierter Sozialindikatoren, die von demographischen Fragen bis zu Beschäftigungs- und Einkommenslage in den Mitgliedstaaten reichen. Diese Indikatoren bieten einen ersten Überblick über die soziale Lage. Darüber hinaus eignen sie sich ausgezeichnet zur Beobachtung der sozialen Entwicklungen über einen bestimmten Zeitraum.

Die Arbeit an europaweiten Indikatoren im sozialen Bereich steht erst am Anfang; weitere verlässliche Indikatoren werden voraussichtlich in den nächsten Jahren erarbeitet. Dennoch bietet der zweite Bericht über die soziale Lage in der Europäischen Union bereits jetzt wertvolles Material für vorausschauende sozialpolitische Maßnahmen, die einem Zusammenwirken von Wirtschaftsleistung, Beschäftigung und sozialem Fortschritt förderlich sind.



Anna Diamantopoulou
Mitglied der Kommission, zuständig für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten



Pedro Solbes Mira
Mitglied der Kommission, zuständig für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten und das Statistische Amt

Einleitung

Die Sozialpolitik wurde auf dem Gipfeltreffen von Lissabon als eines der wichtigsten strategischen Elemente in der Entwicklung der Europäischen Union zur "weltweit wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft" ausgewiesen, einer Wirtschaft, die durch ein nachhaltiges Wachstum mit besseren Arbeitsplätzen und größerem sozialen Zusammenhalt gekennzeichnet ist. Mit der Verabschiedung der Sozialpolitischen Agenda auf dem Gipfeltreffen von Nizza wurde die Rolle der Sozialpolitik als ein wesentlicher Bestandteil des Politikrahmens der Europäischen Union zur Steuerung des Strukturwandels und Eindämmung der unerwünschten sozialen Folgen nachdrücklich bekräftigt: "...die Stärkung und Modernisierung des europäischen Sozialmodells ... ist gekennzeichnet durch den untrennbaren Zusammenhang von wirtschaftlicher Leistung und sozialem Fortschritt."

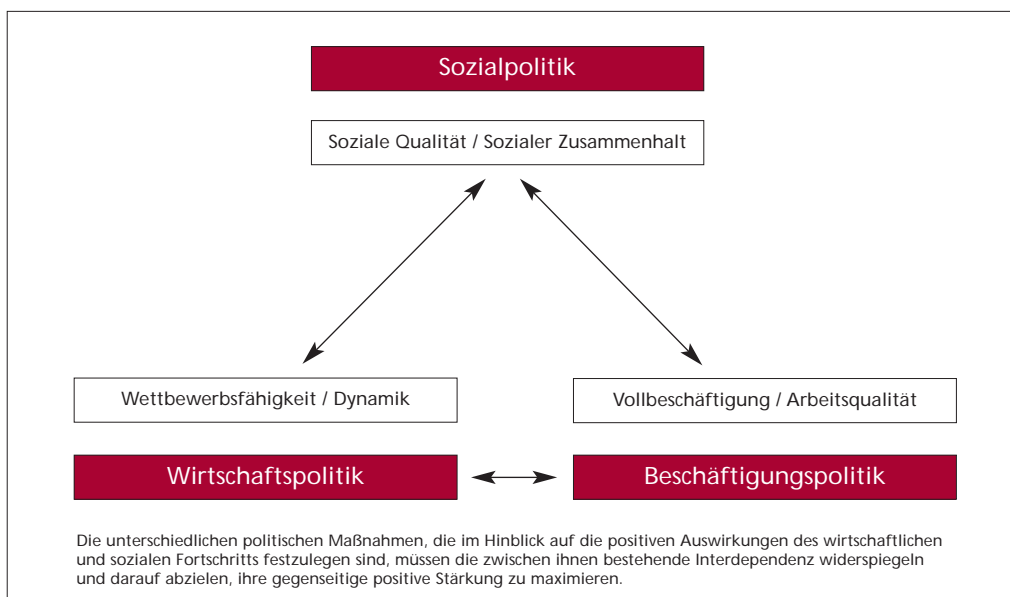
Die auf dem Gipfel von Nizza verabschiedete Sozialpolitische Agenda liefert die politische Grundlage für die Konsolidierung einer umfassenden Strategie sich gegenseitig stärkender Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitiken. Sie weist die Qualitätsförderung in allen Bereichen der Sozial- und Beschäftigungspolitik als die treibende Kraft für eine florierende Wirtschaft mit mehr und besseren Arbeitsplätzen, für eine integrative Gesellschaft und als die wichtigste Methode aus, die garantiert, dass die Europäische Union die Ziele erreicht, die sie sich im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit, Vollbeschäftigung, Lebensstandards und Lebensqualität gesetzt hat. Die Stärkung der EU-Wirtschaft und ihres Sozialmodells wird auf Strategien basieren, welche die Synergie und die positive Interaktion

zwischen Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt fördern.

Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Strategie ist ein besseres Verständnis der unterschiedlichen Dimensionen der sozialen Lage und ihres Zusammenspiels. Dieser Bericht trägt durch die Integration der zahlreichen (wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen, usw.) Dimensionen der Lebensstandards der EU-Bürger zu ebendiesem besseren Verständnis bei.

Der Bericht ist als Referenzdokument über soziale Trends angelegt. In ihm werden die verfügbaren statistischen Informationen auf EU-Ebene verwendet, um eine Reihe grundlegender sozialer Fragen wie sozialer Zusammenhalt, Armut/soziale Ausgrenzung und Beschäftigung zu analysieren.

Im ersten Teil erfolgt eine synthetische Erörterung der wichtigsten relevanten Trends im Hinblick auf die soziale Lage. Im zweiten Teil werden die gegenwärtige soziale Lage kennzeichnenden Hauptentwicklungen und -trends beschrieben. Im dritten Teil wird eine Gruppe harmonisierter sozialer Indikatoren, die von den demografiespezifischen Problemen bis hin zu den Beschäftigungs- und Einkommensbedingungen der einzelnen Mitgliedstaaten reichen, vorgestellt. Diese Indikatoren geben einen Überblick über die gegenwärtige soziale Lage und ermöglichen, soziale Entwicklungen über einen langen Zeitraum hinweg zu verfolgen. Die Anlage zum Bericht schließlich enthält ausführlichere Daten zu einigen der untersuchten Entwicklungen.



Abschnitt I

Soziale Trends und sozialpolitische Maßnahmen

1.1 Die wichtigsten sozialen Trends

Während der letzten Jahrzehnte hat es für die meisten sozialen Gruppen zahlreiche Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen gegeben. Dennoch sehen sich bestimmte Gesellschaftsgruppen trotz der Auswirkungen der sozial-, bildungs- und gesundheitspolitischen Maßnahmen immer noch mit sozialen Problemen konfrontiert. Gleichzeitig entstehen durch Entwicklungen in den Bevölkerungsstrukturen, bei den Arbeitsvereinbarungen und Verhaltensweisen neue Anforderungen an die Bürger und Politiker. Die aus dem offeneren Wettbewerb, der EU-Integration, der Globalisierung und der Technologieentwicklung resultierenden kontinuierlichen Veränderungen bringen neue Probleme mit sich, die angegangen werden müssen. Um den neuen Herausforderungen besser gerecht zu werden und die Effektivität von Politik zu verbessern, müssen staatliche Maßnahmen entsprechend angepasst werden.

1.1.1. Dynamik der Bevölkerungsentwicklung

Ein natürlicher Ansatzpunkt für die Beschreibung der sozialen Lage in Europa sind die Bevölkerungsentwicklungen. Die EU-Bevölkerung macht im Hinblick auf Größe und Altersstruktur, Migrationsmuster und Zusammensetzung der Haushalte und Familien einen enormen Wandel durch.

Beschleunigte Alterung

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Alterung der Bevölkerung werden in den nächsten Jahrzehnten besonders ausgeprägt sein, da sich die niedrigere Fertilität der letzten Jahrzehnte im Zusammenwirken mit der bevorstehenden Pensionierung der Babyboomer allmählich auf die Abhängigenquoten auswirken wird. Die Gesamtfertilitätsrate liegt in allen Mitgliedstaaten unter dem Reproduktionsniveau, ist jedoch in den südlichen Mitgliedstaaten besonders niedrig.

Der zeitliche Ablauf und der Umfang der Änderungen wird zwischen den Mitgliedsländern schwanken, es ist jedoch EU-weit unter Zugrundelegung der demografischen Alterung damit zu rechnen, dass die Zahl der jungen Arbeitsmarktteilnehmer sinkt, das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen steigt, die Erwerbsbevölkerung insgesamt zurückgeht, die Zahl der Rentner und die Zahl der sehr Alten ansteigt und die Zahl der schwachen und abhängigen Menschen insgesamt zunimmt.

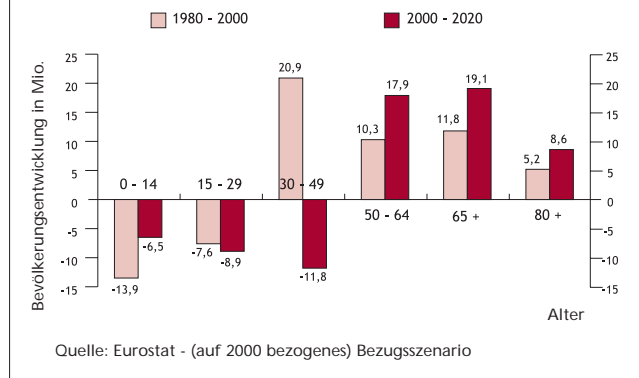
Mehr und kleinere Haushalte

Die Haushalte und Familien nehmen zahlenmäßig zu, während ihre Durchschnittsgröße sinkt. Gleichzeitig unterliegen die Haushalte aufgrund der wachsenden Zahl der Familienauflösungen und neuen Familiengründungen sowie des Trends zur Deinstitutionalisierung des Familienlebens häufigen Veränderungen.

Unterschiedliches Migrationsverhalten in verschiedenen Altersgruppen

Die Bevölkerungsströme in die großen Städte nehmen ab, und die Bewegungen in die Vororte und Randgebiete nehmen zu. Allerdings variieren die Muster je nach Altersgruppe.

S.b. 1 Demografische Trends in der EU nach Altersgruppe



Die jungen und sehr alten Leute werden mehr von den großen Städten angezogen, während es Familien mit Kindern und Personen im Ruhestand auf der Suche nach einer besseren Lebensqualität mehr in die Vororte und aufs Land zieht.

Die zunehmende Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern konzentriert sich auf die wirtschaftlich dynamischen Regionen und auf die großen städtischen Gebiete, wo sie zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebots beiträgt. Die Folge ist, dass die meisten großen Städte in ihrer Zusammensetzung noch multikultureller werden. Obwohl diese Einwanderungsbewegung wesentlich größer ist als vor zehn Jahren, sind ihre Auswirkungen auf die heimischen Entwicklungen im Hinblick auf Größe und Altersstruktur der EU-Bevölkerung bislang sehr mäßig. Die uneingeschränkte Freisetzung des potenziellen Beitrags der Neuhinzugekommenen zur Nachhaltigkeit der EU-Gesellschaften hängt von ihrer adäquaten Integration in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben ab.

1.1.2 Bevölkerungsveränderungen und ihre Implikationen für Sozialpolitik

Das Altern der Bevölkerung wird weitreichende Auswirkungen auf zahlreiche öffentliche Belange haben: Beschäftigung, Sozialschutz, Gesundheit, Bildung, Wohnen, Familie und Transport. Die Herausforderungen werden insbesondere für die Einrichtungen besonders hoch sein, die zu einer Zeit gegründet wurden, als die demografische Lage noch eine ganz andere war.

Ein angemessenes Arbeitsangebot sicherstellen und sich gleichzeitig an eine ältere Erwerbsbevölkerung anpassen

Der potenzielle Rückgang der Erwerbsbevölkerung verstärkt die Bedeutung der bestehenden Bemühungen um eine Anhebung des Erwerbspersonenpotentials und der Erwerbsquoten für alle Personen im arbeitsfähigen Alter. Um das auf dem Beschäftigungsgipfel von Lissabon erklärte Ziel der Erwerbsquote von 70% zu erreichen, wird nicht nur eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit, sondern auch eine Umkehr des Trends zur Frühpensionierung und ein deutlicher

Anstieg der Erwerbsquoten für Frauen in Mittel- und Südeuropa notwendig sein.

Eine reibungslose Anpassung an eine ältere Erwerbsbevölkerung wird tiefgreifende Änderungen der etablierten Arbeitsmarkt- und Arbeitsplatzgewohnheiten im Sinne eines Altersmanagements erfordern. Die Herausforderung, vor die sich die Sozialpartner und Regierungspolitiker auf diesem Gebiet gestellt sehen, dürften nicht unerheblich sein.

Um die ältere Erwerbsbevölkerung in die Lage zu versetzen und zu ermutigen, so lange wie möglich auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben, müssen die Mitgliedstaaten ein Bündel von Politiken zur Förderung des aktiven Alterns einschließlich von Maßnahmen wie Aufrechterhaltung der Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und der Qualifikationen der Arbeitnehmer mit zunehmendem Alter, die Einführung flexibler Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung sowie die Sicherstellung eines ausreichenden Zugangs zu weiterer allgemeiner und beruflicher Bildung und einer arbeitnehmerfreundlichen Mischung aus positiven und negativen Anreizen im Steuer- und Sozialleistungssystem.

Sicherung der Renten durch spätere Pensionierung und höhere Erwerbsquoten

Die Rentensysteme werden durch die Pensionierung der Babyboomer erheblich unter Druck geraten. Allerdings können höhere Erwerbsquoten die Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der Rentensysteme und auf öffentliche Haushalte ändern. Auch könnten verschiedene Reformen der geltenden Regelungen erforderlich werden. Nichtsdestoweniger fällt die Notwendigkeit von Leistungsanpassungen oder Beitragserhöhungen wesentlich geringer aus, wenn auf die ungünstiger werdenden demografischen Abhängigkeitsraten mit einer Erhöhung der Beschäftigungsraten reagiert wird.

Die Entwicklung von Strategien zur Sicherung des Rentenniveaus in alternden Gesellschaften der nächsten 50 Jahre wurde kürzlich als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierungen der Mitgliedstaaten ausgewiesen und zu einem Hauptanliegen der Zusammenarbeit auf EU-Ebene erklärt.

Moderater Anstieg der Gesundheitskosten durch gesundes Altern

Die heutige Generation der Senioren ist zwar gesünder als ihre Altersgenossen in der Vergangenheit, dennoch benötigen ältere Frauen und Männer mehr und andersartige Gesundheits- und Pflegeleistungen als Personen im mittleren oder jungen Alter. Das Altern wird also unsere Gesundheitsressourcen zunehmend belasten. Eine Kombination der Gesundheitsförderung, einer gesünderen Lebensweise, der Unfallverhütung und einer besseren

Rehabilitation nach einer Krankheit kann die Notwendigkeit deutlich verringern, die klinischen und die Pflegeleistungen ausweiten zu müssen.

Die öffentlichen Gesundheitsstrategien, bei denen eine gesunde Lebensweise im Alter im Mittelpunkt steht, werden deshalb im Rahmen der Anstrengungen zur Eindämmung der Auswirkungen des Alterns auf die Gesundheitsausgaben zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Verstärkter Nachdruck auf der Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben

Trotz der Entwicklungen der Heirats- und Scheidungsraten und Haushaltsgrößen bleibt die Familie EU-weit der Dreh- und Angelpunkt des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Angesichts des Alterns, der zur Normalität gewordenen Zwei-Verdiener-Familie und der wachsenden Zahl der Alleinerzieherhaushalte werden Strategien und Kollektivvereinbarungen, durch die sich die Arbeit und das Familienleben leichter vereinbaren lassen und andere Hindernisse für eine stärkere Beteiligung der weiblichen Arbeitskräfte abgeschafft werden, dringlicher denn je.

Berücksichtigung der größeren Verletzlichkeit kleinerer Haushalte

Die wachsende Zahl kleinerer Haushalte mit niedrigeren Durchschnittseinkommen - insbesondere alleinerziehende Mütter mit Kindern und alte alleinlebende Frauen - ist eine Entwicklung, die im Rahmen der Strategien zur Sicherung der sozialen Integration zu verfolgen ist. Der Anteil der abhängigen, in einem Alleinerzieherhaushalt lebenden Kinder ist seit 1983 um 50% gestiegen. 13% aller abhängigen Kinder in der EU leben bei nur einem Elternteil. Der Prozentsatz schwankt jedoch zwischen 25% in Großbritannien und 6% in Griechenland und Spanien. Drei von vier Alleinerzieherfamilien sehen sich finanziellen Schwierigkeiten gegenüber, und die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus diesen Familien in Armut leben, ist doppelt so hoch wie für Kinder aus Familien mit beiden Elternteilen.

Bekämpfung der regionalen Unterschiede

Durch die EU-Integration wurden in den letzten Jahrzehnten viele Hindernisse beseitigt, die der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union entgegenstanden. Zahlreiche EU-Regionen sehen sich angesichts einer hohen Auswanderungs- und Alterungsrate mit großen Herausforderungen konfrontiert. Diese Trends stellen eine wachsende Gefahr für ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum und einen ausgewogenen sozialen Fortschritt dar. Die zunehmende Abwanderung junger Menschen trifft die weniger entwickelten Regionen härter, weil ihr potentielles Wirtschaftswachstum hierdurch verringert wird.

1.2 Sozialer Zusammenhalt

Der soziale Zusammenhalt bestimmt sich danach, inwieweit Einzelpersonen und Gruppen in einer bestimmten Gesellschaft durch das Gefühl der Zusammengehörigkeit verbunden sind, gemeinsame Werte und Ziele teilen und auf einer Basis der Zusammenarbeit miteinander in Beziehung treten.

Wichtige Aspekte bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts:

- der Grad an Ungleichheit beim Einkommen, bei der Gesundheit und anderen Lebensbedingungen und die jeweiligen Auswirkungen auf die unterschiedlichen Gruppen wie beispielsweise ältere Menschen, Kinder, Frauen, Langzeitarbeitslose, Behinderte, Migranten, usw.;
- die wirksame Verringerung dieser Ungleichheiten durch die formalen Systeme des Sozialschutzes, der Bildung und Gesundheit; und
- Trends in der sozialen Beteiligung, das heißt Entwicklungen des Umfangs, in dem die Bürger durch ihre Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben unmittelbar zum Aufbau und zur Festigung des sozialen Zusammenhalts beitragen.

Angesichts der existierenden sozioökonomischen Trends sind ferner zu berücksichtigen:

- die Auswirkungen der neuen Makroentwicklungen, wie beispielsweise die Einführung neuer Technologien oder der Globalisierungsprozess, auf die existierenden Ungleichheitsmuster;
- die Frage, inwieweit die Trends hin zu einer größeren Individualisierung zu sozialer Zersplitterung führen oder bewirken, dass Einzelpersonen neue Chancen erhalten und Neigungen entwickeln, sich in Bereichen zu betätigen, die den sozialen Zusammenhalt fördern.

1.2.1. Umfang und Abbau der Ungleichheiten

Durch die Untersuchung von Trends in den drei die Lebensqualität der Bürger beeinflussenden Hauptbereichen (Einkommen, Bildung und Gesundheit) und der sorgfältigen Prüfung ihres Zusammenspiels lassen sich auch die Entwicklungen im sozialen Zusammenhalt analysieren. Da es schwierig ist, zwischen allen bereits in der Vergangenheit bestehenden Ungleichheiten und den fortdauernden Wirkungen der gezielten Maßnahmen zu ihrem Abbau auf zahlreichen Gebieten zu unterscheiden, geben wir diese beiden Dimensionen zusammen wieder.

Einkommensverteilung

Die Einkommensungleichheit ist in den südlichen Mitgliedstaaten, im Vereinigten Königreich und in Irland ausgeprägter. Die niedrigsten Werte für die Einkommensungleichheit finden wir in Dänemark und Österreich. Die Einkommensungleichheit ist in den reicheren Mitgliedstaaten tendenziell geringer (ECHP, 1996).

Die Beschäftigung stellt die Haupteinkommensquelle dar. Folglich ist die Förderung von mehr und besserer

Beschäftigung ein wichtiges Instrument zur Eindämmung und zum Abbau von Ungleichheiten und der Gefahr der Ausgrenzung. Die Beschäftigungssituation in der EU verbessert sich. Die Daten weisen seit 1995 ein jährliches Wachstum von 1,2% aus. Die Arbeitslosigkeit geht in allen Ländern mit Ausnahme Griechenlands zurück. Spanien konnte den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit verbuchen, hat aber immer noch die höchste Arbeitslosigkeit in der Union.

Das Einkommen bietet den Menschen Auswahl- und Zugang zu einem vielfältigen Güter- und Dienstleistungssortiment. Armut gibt es aber immer noch und beschränkt die Entfaltung des Einzelnen; deshalb bleibt ihre Bekämpfung politisch vorrangig.

Die Mitgliedstaaten haben ein komplexes System von Sozialtransfers zur Einkommensumverteilung und Minderung der Einkommensungleichheiten eingeführt. Es besteht eine Wechselbeziehung zwischen einem höheren Prokopf-BIP und einem höheren Niveau von Sozialtransfers. Der Sozialschutz bietet Sicherheitsnetze und trägt dadurch, dass er die Menschen vor einer Reihe sozialer Risiken schützt, zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts bei. Dieses System wird insgesamt weitgehend akzeptiert. Einer Eurobarometer-Umfrage zufolge gab die Mehrheit der befragten Personen an, ihrer Ansicht nach nähmen die Ungleichheiten bei den Einkommen zu, was zudem nicht gut für die Gesellschaft sei. Der Standpunkt, die Politik der öffentlichen Hand trage eine besondere Verantwortung, diese Ungleichheiten anzugehen, findet ebenfalls breite Unterstützung (Eurobarometer 52, 1999). Die EU-Bürger sind mit ihrer finanziellen Situation nicht ganz so zufrieden wie mit ihrer Lebensqualität im allgemeinen.

Armut stellt für einen größeren Anteil der Bevölkerung eine reale Gefahr dar, als es die reinen Bestandszahlen auf den ersten Blick vermuten lassen. Obwohl die Sozialtransfers die Armut in allen Mitgliedstaaten verringern, leben 17% der Menschen in der EU von einem niedrigen Einkommen. Etwas weniger als die Hälfte von ihnen (ungefähr 7%) lebt in ständiger Einkommensarmut (3 Jahre oder mehr) und erfährt mehrfache Formen der Ausgrenzung (Einkommen, Wohnen, Bildung, usw.). Über die Hälfte der armen Menschen schafft es, der Einkommensarmut relativ schnell zu entkommen (zwischen 1 und 2 Jahren) (ECHP, 1996), was nahelegt, dass die Anzahl der Personen, die neu in Armut geraten bzw. aus ihr herauskommen recht hoch ist. Das kann damit zusammenhängen, dass es im Leben mehrere Übergangssituationen gibt, in denen Einzelne vorübergehend in Armut geraten.

Bei der Untersuchung der Effektivität des Systems der sozialen Sicherheit muss die relative Armutsquote, die vor Sozialtransfers besteht (und somit stärker von Marktergebnissen abhängt) mit der relativen Armutsquote nach diesen Transfers verglichen werden. Die besten Ergebnisse erzielen Dänemark, die Niederlande, Luxemburg und Irland. Der Fall Dänemarks ist besonders interessant. Obwohl das Land die höchste relative Armut vor den Transfers aufweist, erzielt es nach Berücksichtigung der Sozialtransfers mit das niedrigste Armutsniveau und die niedrigste Kinderarmut – nur 4% der Kinder unter 16 Jahren leben in Dänemark in relativer Armut, verglichen mit 26% im Vereinigten Königreich. Italien und Griechenland haben die niedrigste Armutsquote vor Transfers, aber die Wirkung der Sozialtransfers ist viel geringer – die Armutsquote bleibt nach den Transfers verhältnismäßig hoch (ECHP, 1996).

Personen mit niedrigerem Einkommen nutzen die Gesundheits- und Bildungschancen weniger, was tendenziell zu einer Verschärfung der Ungleichheiten in der Gesellschaft führt.

Bildung und Personalentwicklung

Aus der Analyse geht hervor, dass das Bildungsniveau ein wichtiger Faktor für die Integration in den Arbeitsmarkt (Abschnitt 3.5) ist. Das Bildungsniveau wirkt sich auch auf andere Aspekte des sozialen und wirtschaftlichen Verhaltens wie beispielsweise soziale Beteiligung, Konsumverhalten und Nutzung neuer Technologien aus (Eurobarometer 52,1999).

Das Bildungsniveau ist in den letzten Jahrzehnten in allen Mitgliedstaaten angestiegen. Mehr als sieben von zehn Personen im Alter zwischen 25 und 29 haben zumindest eine Ausbildung der Sekundarstufe II abgeschlossen. Das ist eine deutliche Zunahme in nur einer Generation - knapp unter fünf Personen zwischen 50 und 64 Jahren erreichten dieses Niveau (Arbeitskräfteerhebung, 1999). Der Abstand zwischen den Mitgliedstaaten verringert sich, und auch der Abstand bei den Ausbildungsergebnissen zwischen Männern und Frauen ist erheblich geschrumpft, in einigen Ländern hat sich das Ergebnis sogar umgekehrt. In den nordischen Ländern finden wir große Bevölkerungsanteile mit einem hohem Qualifikationsniveau. Diese Länder waren in der Sprache Kompetenz auch der am wenigsten begünstigten Bürger zu verbessern (*International Adult Literacy Survey*, zitiert in Teil 2.2). In anderen Mitgliedstaaten bestehen in dieser Hinsicht weiterhin große Unterschiede.

Die EU-weite bedeutende Verbesserung des Ausbildungsniveaus der Erwerbsbevölkerung hat auch zu einer Verbesserung der Autonomie und Flexibilität der Bürger und zu Produktivitätssteigerungen und mehr Wachstum geführt. Es ist äußerst wichtig, dass die Erwerbsbevölkerung in der Lage ist, auf die steigenden Qualifikationsanforderungen am Arbeitsmarkt angemessen zu reagieren. Die hochqualifizierten Arbeitsplätze machen beinahe zwei Drittel der netto neugeschaffenen Arbeitsplätze der letzten fünf Jahre aus¹.

In der wissensbasierten Gesellschaft verbringen die Menschen mehr Zeit in der Ausbildung. Die Bildungssysteme müssen sich den Erfordernissen des lebenslangen Lernens anpassen. Es gibt zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede in der Teilnehmerquote an lebenslangen Lernaktivitäten. Sie schwanken zwischen 52% in Dänemark und 12% in Griechenland. Was die Ausbildung in den neuen Technologien anbelangt, müssen wir feststellen, dass ungefähr 8 von 10 Europäern überhaupt keine Ausbildung genossen haben. Der Anteil der Personen ohne eine Technologieausbildung reicht von 9 von 10 in Griechenland bis zu 5 von 10 in Schweden (Eurobarometer 52,1999).

Die Qualität der Bildungssysteme spielt eine wichtige Rolle bei der Ausgrenzung. In der wissensbasierten Gesellschaft läßt sich eine wesentliche Form der Ausgrenzung von einer unzureichenden Ausbildung und Schulung ableiten. Ungeachtet der positiven Entwicklungen beim Erreichen von Bildungsabschlüssen gibt es weiterhin einen signifikanten Anteil an Schulabgängern, die über keinen ausreichenden Qualifikationen verfügen, um in der heutigen Gesellschaft zu leben, zu arbeiten und zu lernen. Alle Mitgliedstaaten sind mit dem Problem der jungen Schulabbrecher konfrontiert:

19% der jungen Leute in der Union verlassen die Schule mit einem niedrigen Ausbildungsniveau. Der Umfang der Probleme variiert jedoch beträchtlich, da der Prozentsatz von 7% in Schweden bis zu 46% in Portugal reicht (Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union, 1999). Diese jungen Menschen tragen ein großes Risiko, arbeitslos (das in der wissensbasierten Gesellschaft erheblich größer ist als in der Vergangenheit) und schließlich sozial ausgegrenzt zu werden.

Gesundheit

Die Gesundheit gewinnt für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zunehmend an Bedeutung und ist für die meisten EU-Bürger die vordringlichste Sorge.

Zwischen den Gesundheits- und Wirtschaftsfaktoren besteht auf der individuellen und auf der Makro-Ebene eine Korrelation, und es muss untersucht werden, welche Auswirkungen Änderungen des Gesundheitszustands auf die Erwerbstätigkeit und eine schwache Gesundheit auf den Wirtschaftsstatus eines Haushalts haben.

Gesundheit wird im großen und ganzen von Faktoren außerhalb des Gesundheitssektors im Rahmen des Alltagslebens bestimmt. Die Art und Weise, wie Maßnahmen in anderen Bereichen wie beispielsweise Transport, Wohnen, Bildung und Sozialschutz geplant werden, hat weitgreifende Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Der Gesundheitssektor zahlt häufig für die Fehler, die in anderen Politikbereichen gemacht werden.

Die EU-Bürger leben zunehmend länger und bei guter Gesundheit. Dazu haben allgemeine Verbesserungen der Lebensbedingungen zusammen mit Investitionen in die Gesundheit und Versorgung sowie wissenschaftliche und technische Entwicklungen beigetragen. Die Lebenserwartung steigt stetig. Die Menschen leben heute im Durchschnitt ungefähr 10 Jahre länger als vor 50 Jahren. Frauen können damit rechnen, 62 Jahre ohne jede Behinderung und 74 Jahre ohne jede schwere Behinderung zu leben (bei den Männern liegt das Alter bei 60 bzw. bei 69 Jahren) (EHP, 1996). Die Unterschiede in der durchschnittlichen Lebenserwartungen zwischen den Mitgliedstaaten sind recht gering. Nationale Untersuchungen in den einzelnen Mitgliedstaaten belegen jedoch, dass die sozialen Unterschiede in Bezug auf die Lebenserwartung und den Gesundheitszustand beträchtlich sind.

Die EU-Beitrittsländer befinden sich noch in einem Stadium, in dem das Niveau der Prokopf-Gesundheitsausgaben weit unter dem Niveau liegt, das zur Steigerung der Lebenserwartung der Bevölkerung notwendig ist (WHO, 2000).

Die Einschätzung des subjektiven Gesundheitszustands hängt sowohl vom Ausbildungs- als auch vom Einkommensniveau ab. Ein weitaus höherer Anteil von Personen mit geringerer Ausbildung bezeichnet ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht (EHP, 1996).

Der derzeitigen Langlebigkeit steht die zunehmende Morbidität und chronische Behinderung gegenüber. Der Einsatz von Heilmitteln allein kann nicht sicherstellen, dass die Menschen länger leben und dabei gesund bleiben. Ein

¹ "Beschäftigung in Europa, 2000"

hohes Alter zu erreichen und dabei lange gesund zu bleiben, erfordert einen lebenslange Anstrengung, alle Möglichkeiten voll auszunutzen, das das materielle, körperliche, soziale und geistige Wohl zu fördern. Die Gesundheitsförderung und primäre Gesundheitsversorgung sind die kosteneffizientesten Maßnahmen und erbringen die besten Ergebnisse für die Volksgesundheit. Die Gesundheitsförderung bietet einen umfassenden Ansatz, der von der persönlichen Verantwortung für eine gesundheitsbewusste Wahl bis hin zu den Optionen der öffentlichen Gesundheitspolitik reicht, welche die gesundheitsbewussten Wahlmöglichkeiten und das Gesundheitsumfeld fördern.

Die große Mehrheit der EU-Bürger - über 80 % - sind mit ihrer eigenen Gesundheit zufrieden. Es ist jedoch interessant festzustellen, dass ein deutlich geringerer Prozentsatz, nämlich nur 54% der Bürger, mit dem Gesundheitssystem ihres Landes zufrieden sind (Eurobarometer, 1999).

1.2.2. Trends in der sozialen Beteiligung und soziales Vertrauen

Die Fähigkeit und die Bereitschaft von Einzelpersonen und von Gruppen, sich auf dem Markt, in der Politik und Zivilgesellschaft zu beteiligen, ist entscheidend für das Entstehen von sozialem Zusammenhalt. Die Hemmnisse, die der gleichberechtigten Beteiligung an der Arbeit, an politischen Entscheidungen, an Bildung und am Familienleben entgegenstehen, sind ein wichtiger Aspekt der den sozialen Zusammenhalt schwächenden Ungleichheit.

Die Beschäftigungsquoten gelten als der Maßstab für die Fähigkeit der Menschen, sich durch bezahlte Beschäftigung an der Arbeit zu beteiligen und für sich und ihre Familienangehörigen zu sorgen. Die bezahlte Beschäftigung ist die meistverbreitete Form der Beteiligung an der Gesellschaft und ein wichtiges Kriterium für den sozialen Status von Menschen im arbeitsfähigen Alter, die mehr Zeit auf der Arbeit als im Rahmen einer anderen aktiven Teilnahme an der Gesellschaft verbringen. Durch den Wirtschaftsaufschwung in den neunziger Jahren konnten mehr Menschen an der Beschäftigung teilnehmen, und die Unterschiede in der Beschäftigungsquote zwischen Männern und Frauen haben sich verringert. Gleichzeitig haben sich unsicherere Formen der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen herausgebildet.

Der Umfang der Beteiligung an Gewerkschaften, politischen Parteien, sozialen Bewegungen und anderen freiwilligen Organisationen kann als Maßstab für die Bereitschaft der Menschen gelten, zusammenzukommen, um gemeinschaftlich gemeinsame Probleme zu lösen. Diese Interaktionen tragen zur Entwicklung von gemeinsamen Werten und Gemeinschaftssinn bei, durch die Vertrauen zwischen Partnern und Vertrauen in die fundamentalen gesellschaftlichen Einrichtungen entsteht.

Die seit langem zu beobachtende Schwächung der traditionelleren Volksvertretungsorgane wie politische Parteien und Gewerkschaften scheint sich fortzusetzen. Die Mitgliedschaft in politischen Parteien schwankt EU-weit zwischen 1,6% und 16% und scheint in allen Ländern noch weiter zurückzugehen². Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften erreicht in den nordischen Ländern immer noch ein hohes Niveau, seit eini-

ger Zeit ist jedoch in allen Ländern mit Ausnahme Spaniens ein Rückgang zu beobachten³.

Gleichzeitig haben anspruchsvollere Formen der Beteiligung an Gemeinschaftsaktivitäten wie Bürgerinitiativen und andere Formen der NRO zugenommen. Die Freiwilligenaktivitäten sind in Nordeuropa verbreiteter, während die Beteiligung der Zivilgesellschaft in Südeuropa und Irland vornehmlich von Kontakten zur Familie, zu Freunden oder zu Nachbarn geprägt ist. In vielen Mitgliedstaaten wird die freiwillige Arbeit als wichtiges Kriterium für den Aufbau einer verantwortlichen und demokratischen Gesellschaft betrachtet. Die Organisationen des dritten Sektors spielen häufig eine wichtige Rolle im Kampf gegen die soziale Ausgrenzung und in der lokalen Entwicklung.

Ein weiterer Indikator für den sozialen Zusammenhalt ist das Maß an Vertrauen der Menschen in die sich in der einen oder anderen Form voneinander unterscheidenden zentralen Institutionen und sozialen Gruppen. Eine breite Mehrheit der EU-Bürger ist der Ansicht, die Gesellschaft müsse integrierend sein und jede Diskriminierung aufgrund der Rasse, Religion oder Kultur abwehren. Weite Teile der Bevölkerung befürworten die Demokratie als das "beste politische System", doch zeigt das geringe Vertrauen in politische Institutionen, Politiker und Behörden wie kritisch die derzeitige Regierungsführung und die politische Vertretung beurteilt werden. Nur ein Drittel der befragten EU-Bürger erklärte, man vertraue dem öffentlichen Dienst, dem Parlament oder der Regierung seines Landes (Eurobarometer, 1999).

1.2.3. Die Auswirkungen der neuen Technologien und der Globalisierung

Die Folgen der Globalisierung und der neuen Informationstechnologie sind noch nicht abzuschätzen. Sie bringen häufig neue Chancen für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt mit sich und scheinen in bestimmten Fällen gleichzeitig neue Ungleichheitsrisiken zu bergen. In der Tat sind es genau die Menschen mit den besseren Lebensstandards in den drei Bereichen Einkommen, Bildung und Gesundheit, die die neuen, in der Gesellschaft verfügbaren Chancen am häufigsten nutzen. Es besteht somit eine große Gefahr, dass sich die Ungleichheiten noch verstärken, wenn man zulässt, dass bestimmte Gruppen zurückbleiben.

Die Daten belegen, dass sich der Zugang zu den neuen Technologien EU-weit entwickelt. Zwischen 1998 und 2000 hat sich der Internetzugang verdoppelt. Er bleibt jedoch unterschiedlich. Im Jahre 1998 beispielsweise nutzten 22% der professionellen Manager und nur 3,5% der Arbeitslosen das Internet. Die skandinavischen Länder liegen in der Internetnutzung vorn, während die südlichen Mitgliedstaaten hinterher hinken. Im Jahre 2000 hatten 6% der Menschen in Griechenland einen privaten Internetanschluss, verglichen mit 48% in Schweden (Eurobarometer 52, 1999 und 53, 2000).

Viele der neuen Technologien finden in der Gesellschaft weit verbreitete Anwendung. Dies trifft für die Informations- und Kommunikationstechnik, aber auch für neue Formen des Individual- oder Sammeltransports und für neue Formen von Werkzeugen und Hilfen in der Gesundheitsversorgung und -pflege, zu. Bestimmte Personengruppen finden die

² Sociaal en Cultureel Planbureau, *Nederland in Europa*, 2000

³ Arbeitsbeziehungen in Europa, 2000

Verwendung dieser neuen Werkzeuge und die neuen Formen der sozialen Interaktion problematischer als andere. Dies gilt insbesondere für ältere Menschen. Den staatlichen Maßnahmen kommt eine entscheidende Rolle zu, den Zugang zu diesen neuen Werkzeugen für Menschen aller Altersgruppen sowie aller sozialen Gruppen zu gewährleisten. Was die Informations- und Kommunikationstechnologien angeht, so wird es beispielsweise eventuell nötig sein, verstärkt das Bewußtsein derjenigen zu schärfen, die "gefährdeter" sind und die Informationstechnologie aus eigenem Antrieb heraus für sich selbst nicht für interessant oder nützlich erachten.

Dessenungeachtet eröffnen der wirtschaftliche Fortschritt, die technische Entwicklung und das Produktivitätswachstum neue Chancen für die Entwicklung eines vernünftigen Maßes an Solidarität. Diese positiven Chancen könnten zur Verbesserung der Ressourcenverteilung und der Gestaltung einer neuen gemeinsamen Zukunftsvision beitragen.

Die allgemeine Verbreitung der neuen Informationstechnologie zu niedrigeren Kosten hat in den letzten zehn Jahren das Entstehen neuer Formen der Arbeitsorganisation und der Produktionsnetzwerke gefördert. Dies wirkte sich in vielerlei Hinsicht positiv auf die Qualität des Arbeitslebens aus: weniger Monotonie, größere Autonomie und mehr gruppenbasierte Aktivitäten. Allerdings entstehen infolge der Flexibilisierung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Auch neue Probleme: die Verwischung der Grenzen zwischen Arbeits- und Privatsphäre sowie Überlastung und Unvorhersehbarkeit der Arbeitsanforderungen. Man hat festgestellt, dass diese Probleme sich negativ auf die Gesundheit der Menschen auswirken. (Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 1996).

Die soziale Entwicklung und die neuen Technologien bieten ferner neue Chancen und geben neue Werkzeuge für ein "getrenntes Zusammenleben" an die Hand – sie fördern das Entstehen neuer und größerer Netzwerke. Dies zeigte sich besonders an der schnellen EU-weiten Akzeptanz der Mobiltelefone. 1998 benutzten 64% der Finnen, 44% der Italiener und 19% der Deutschen Mobiltelefone (Eurobarometer 50,1998). Der rasante Anstieg der Haushalte mit Internetanschluss trägt – insbesondere durch die wachsende Bedeutung der Kommunikation per E-Mail – ebenfalls zu diesem Trend bei.

Auch die kulturellen Minderheiten nutzen die Entwicklung der neuen Medien. Die Migranten verfügen inzwischen über weitaus bessere Möglichkeiten, mit ihrem Heimatland und ihrer Kultur in Verbindung zu bleiben, während sie im Gastland Netzwerke aufbauen.

Die Nichtregierungsorganisationen nutzen die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien extensiv zur Erweiterung ihres Aktionsfelds und zur Errichtung innovativer Netzwerke, um so ihre Anliegen wirksamer publik zu machen.

1.2.4. Die Auswirkungen des Trends zu größerer Individualisierung

Die Trends zu größerer Individualisierung, die die Entwicklung der modernen Gesellschaft seit langem kennzeichnen, haben sich in neuen und leicht unterschiedlichen

Formen konsolidiert. Die Frage ist, wie sie sich auf den sozialen Zusammenhalt in der EU auswirken werden.

Die wachsende Bedeutung der individuellen Wahlmöglichkeiten

Der Einzelne verfügt heute über weit mehr Wahlmöglichkeiten, was den Zugang zu Gütern, Dienstleistungen und Einrichtungen anbelangt. Gleichzeitig bietet der rasante Fortschritt der neuen Technologien immer mehr Menschen vielfältige Chancen.

Durch die Informations- und Kommunikationstechnik haben die Einzelnen die Möglichkeit, auf große Informationsmengen zuzugreifen und sie zu bearbeiten, um schließlich im Leben eine informiertere Wahl zu treffen. Wir konnten in den letzten zehn Jahren die explosionsartige Entwicklung des Internet und der neuen Netzwerke beobachten, die nicht nur zur Schwächung großer Verwaltungen und ihres beherrschenden Einflusses auf die Informationen beitrug, sondern die auch das Informations-, Wissens- und Erfahrungssharing unter Einzelpersonen förderte. Das Internet wird nicht nur für E-Mails benutzt, sondern auch für die Schulung und Information über Produkte und gesundheitsrelevante Themen.

Diese Entwicklungen bergen ein großes Potenzial, die Fähigkeit des Einzelnen zu verbessern, seine persönlichen Bedürfnisse und Erwartungen zu ermitteln und auszudrücken. Viele Menschen nehmen diese Chance bereits wahr – insbesondere diejenigen mit besser Bildung und höheren Einkommen. Vier von fünf Europäern sind der Ansicht, dass diese neuen Technologien sich positiv auf ihre Lebensqualität auswirken werden – und je höher der Bildungsstand, desto positiver diese Einstellung (Eurobarometer 52,1999).

Die Erwartungen der Bürger steigen mit der zunehmenden Verfügbarkeit an Wissen in Verbindung mit den verbesserten persönlichen Informationsbearbeitungs- und -Sharing-Fähigkeiten – bei den Bürgern besteht die wachsende Tendenz, maßgeschneiderte, kundenspezifische Antworten zu erwarten.

Lassen sich diese höheren Qualitätserwartungen in allen Lebensbereichen und für alle erfüllen? Der technische Fortschritt und die neuen Produktionsstrukturen haben die Möglichkeiten geschaffen, ein höheres Maß an Kundenspezifikation zu erreichen. In einigen vorwiegend mit Globalisierung und scharfem Wettbewerb konfrontierten Sektoren wurde diese Verlagerung zu benutzerorientierten Ansätzen erfolgreich verwirklicht.

Die wachsende Individualisierung und die verbreitete Kundenspezifikation sind zusammenhängende Prozesse. Die kontinuierlichen Interaktionen zwischen Benutzer und Anbieter auf dem Markt oder beim Zugriff auf öffentliche Einrichtungen sind notwendig, um effektive und gerechte Ergebnisse zu erzielen und gleichzeitig eine Qualitätsgarantie zu gewährleisten.

Auch die Individualisierung der Wahlmöglichkeiten hat eine größere allgemeine Akzeptanz erlangt. Es gibt eine größere Vielfalt im Hinblick auf die Sozialmodelle, Lifestyles, Konsumformen und die sozialen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung. Das zeigt sich an der großen sozialen Akzeptanz der unterschiedlichen Formen von Lebensentwürfen. So ist die Zahl der einvernehmlichen

Verbindungen (Partnerschaft ohne Trauschein) in den meisten Mitgliedstaaten stark angestiegen. 8% aller Paare in der EU leben nach einer solchen Vereinbarung (ECHP, 1996).

Daraus resultierende Unsicherheitsgefühle

Die zunehmende Vielfalt kann auf persönlicher Ebene zu Komplexität und größerer Unsicherheit in bezug auf das eigene Leben führen. Die Unsicherheit äußert sich in Phänomenen wie geringerer Prognostizierbarkeit der persönlichen Vereinbarungen und Lebensbahnen, weniger langfristigen Engagements (in der Arbeit und der Familie) sowie größerer Flexibilität (beispielsweise bei der Arbeit, einhergehend mit neuen Sorgen, wie sich Arbeit und Privatleben vereinbaren lassen).

Weniger Sicherheit im Arbeitsleben kann zu größeren Belastungen führen. Kürzlich durchgeführten Umfragen zufolge leiden 28% der Arbeiter unter Stress und steht Stress EU-weit an zweiter Stelle der arbeitsbedingten Gesundheitsprobleme (Dublin, 1996).

Bei der Familienstruktur hat in allen Mitgliedsländern eine Entwicklung hin zu neuen Lebensvereinbarungen und zu häufigerem Wechsel stattgefunden, obwohl der Grad, in dem sich diese Entwicklung manifestierte, stark variiert.

Da die Übergangspunkte im Leben (Eintritt in die Arbeitswelt, Arbeitsplatzwechsel, Umzug, familiäre Änderungen, Ruhestand) auch risikoreichere Augenblicke darstellen können, ist der Trend zu mehr Übergangspunkten für viele Menschen eventuell auch gleichbedeutend mit einer größeren Verletzlichkeit.

Die EU-Bürger fühlen sich trotz wachsender Unsicherheitsgefühle immer noch recht sicher

In der öffentlichen Debatte ist häufig zu hören, die Menschen empfänden ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit. Das sinkende Vertrauen in die traditionellen Behörden, die Verwaltung und die zwischengeschalteten Gruppen trägt zu diesem Gefühl bei, das eventuell noch durch die Medien und durch Proteste und Aktionsgruppen verstärkt wird. Neue sensible Themen wie Sicherheit und Nahrungsmittelqualität werden aufgeworfen und dokumentarisch belegt (man denke nur an die in den Mitgliedstaaten bestehende Verunsicherung über BSE und oder über Dioxin in Lebensmitteln).

Den Daten der Eurobarometer-Umfrage zufolge ist die persönliche Sicherheit in der EU jedoch groß, und die meisten Bürger sind mit den Bedingungen in diesem Bereich zufrieden (Eurobarometer 52, 1999). Diese subjektiven Einschätzungen werden bis zu einem bestimmten Grad durch verfügbare objektive Indikatoren gestützt, die einen Rückgang bei den Arbeits- und Verkehrsunfällen und ein allgemein ausbleibendes Wachstum der Kriminalitätsziffern belegen (unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten). (EUROSTAT, CARE, ESAW, EHLASS Datenbanken, 1996-1998.)

Die Familie spielt trotz der Individualisierung weiterhin eine wichtige Rolle

Es bilden sich neue Formen der Beziehung zwischen der persönlichen und der kollektiven Ebene heraus. Trotz des enormen Wandels in der Haushalts- und Familienstruktur scheint es doch, als bliebe die Familie EU-weit immer noch der Dreh- und Angelpunkt des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Die stärkere Betonung der Anfangsbildung und des lebenslangen Lernens hat die Last für die Familie und Eltern verstärkt, ihre Kinder über einen längeren Zeitraum zu unterstützen. Es wird zunehmend wichtig, dass die Familie im Kontext einer alternden Gesellschaft Unterstützung erhält.

Trotz größerer individueller Vielfalt dauert die Diskriminierung fort

Die Individualisierung geht mit einer wesentlich größeren Akzeptanz der Vielfalt einher; sie hat somit zu einem positiveren Umfeld beigetragen, in dem die Menschen trotz unterschiedlichen Geschlechts oder Alters, trotz unterschiedlicher ethnischer Herkunft oder Überzeugung gleiche Chancen haben. Es findet ein freierer Gedankenaustausch statt, die Nutzung der neuen Technologien ermöglicht einen problemloseren Zugang zu mehr Informationen, Wissen und Kultur, mehr Achtung für bestimmte Minderheiten in der Gesellschaft, die sich inzwischen Gehör verschaffen können. Und doch bestehen unterschiedliche Formen von Diskriminierung fort, die immer noch große Hindernisse für die Chancengleichheit darstellen.

Geschlechterrollen

Die Chancengleichheit für Männer und Frauen ist immer noch ein wichtiges Thema. Die Zahl der Frauen in Ausbildung ist ebenso wie ihre Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt in den letzten zehn Jahren gestiegen. Aber immer noch besteht der Trend, Frauen niedriger zu entlohnen und sie im Vergleich zu Männern unterzubeschäftigen. Die Beteiligung von Frauen in den meisten Bereichen auf Entscheidungsebene ist immer noch sehr gering. Wenn es darum geht, die Gesellschaft betreffende Entscheidungen zu treffen, haben Frauen weniger zu sagen. So sind beispielsweise weniger als 20% der Sitze in den nationalen parlamentarischen Gremien von Frauen besetzt⁴.

Einwanderer und Minderheiten

Es besteht Anlass zur Beunruhigung, ob und wie sich die Migrantengruppen an der Gesellschaft des Gastgeberlandes beteiligen und mit welchen Formen der Diskriminierung sie konfrontiert werden. Viele Menschen fragen sich besorgt, inwieweit ihr Land in der Lage sein wird, die Migrantengruppen aufzunehmen. Diese Tendenz ist verstärkt bei Menschen zu beobachten, die wenig Vertrauen in ihre Behörden oder ihre Regierung haben oder pessimistisch in die Zukunft schauen. Bei Menschen mit einem höheren Bildungsstand, bei Managern und jungen Menschen ist die Wahrscheinlichkeit am geringsten, dass sie der Ansicht sind, in ihrem Land lebten zu viele Ausländer (Eurobarometer 1996 und 1999).

⁴ Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union 1999

Alter

Einige Gruppen werden auch aufgrund ihres Alters diskriminiert. Obwohl in der Regel mehrere Faktoren für die Beschäftigungschancen ausschlaggebend sind, kann das Alter ein bedeutender Faktor sein. Die Arbeitslosigkeit der Jungen nimmt zwar ab, sie ist aber immer noch doppelt so hoch wie

der Durchschnitt aller Altersgruppen. Die Erwerbsquote der Arbeitnehmer im Alter zwischen 55 und 64 ist sehr gering: 1999 waren 37% dieser Gruppe beschäftigt. Die Erwerbsquote der Männer zwischen 55 und 64 geht weiter zurück und beträgt 1999 lediglich 47%, verglichen mit einem EU-Durchschnitt für männliche Arbeitnehmer von 72% (Arbeitskräfteerhebung, 1999).

1.3. Schlussfolgerung

Die Wohlfahrtssysteme in den Mitgliedstaaten haben eine wesentliche Rolle bei der Förderung einer integrativen Gesellschaft und bei der Bekämpfung der Ausgrenzungsrisiken gespielt; sie sind über einen längeren Zeitraum hinweg zahlreichen Herausforderungen erfolgreich begegnet. Jetzt müssen sie sich auf den demografischen Wandel und die Anforderungen einer wissensbasierten Wirtschaft einstellen. Die demografischen Trends werden die Struktur und den Umfang des Arbeitsangebots beeinflussen und Druck auf die Renten- und Gesundheitssysteme ausüben. Die Informationsrevolution stellte eine neue Art der Herausforderung für die Wohlfahrtssysteme dar. Sie werden sicherstellen müssen, dass die von den neuen Technologien gebotenen Chancen uneingeschränkt genutzt und die Risiken negativer Nebeneffekte ausgeschaltet werden.

Wenn wir ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung bei einem gleichzeitigem erfolgreichen Übergang zu einem wissensbasierten Europa erreichen wollen, müssen wir mit den knappen Humanressourcen viel sorgfältiger umgehen als in der Vergangenheit und der Sozialpolitik dadurch neue Bedeutung verleihen. Die gegenwärtigen Ungleichheiten bei der Einkommens-

verteilung, bei Bildung und Gesundheit verhindern, dass die Menschen sich mit ihrem ganzen Potenzial an der Gesellschaft beteiligen. In diesem Bericht werden aber auch die positiven Interaktionen zwischen Einkommen, Bildung, Gesundheit und Beschäftigung aufgezeigt, auf die wir uns bei der Entwicklung unserer Humankapitalressourcen stützen können.

Die Sozialpolitik ist nicht nur ein Instrument zur Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft. Wenn sie kostenwirksam ist, dann kann sie wesentlich zu einer effizienteren und produktiveren Wirtschaft beitragen. Daran wird deutlich, dass es notwendig ist, die sozialen Trends zu überwachen und ihre Gesamtauswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft zu analysieren, um die angemessenste und wirksamste sozialpolitische Reaktion zu entwickeln.

Die dieser Analyse über die Auswirkungen bestimmter Haupttrends in der sozialen Lage in Europa zugrundeliegenden Daten werden ausführlicher unter den vier analytischen Überschriften Bevölkerungstrends, Lebensbedingungen, Einkommensverteilung und Teilnahme an der Gesellschaft wiedergegeben.

Abschnitt II



Die wichtigsten sozialen Entwicklungen

2.1 Bevölkerungstrends und zugehörige Themen

Die derzeitigen Entwicklungen der EU-Bevölkerung wirken sich auf ihre Größe und Altersstruktur, ihre Migrationsmuster und die Zusammensetzung ihrer Haushalte/Familien aus. Bedeutende Veränderungen in all diesen Bereichen haben in den letzten Jahrzehnten in ganz Europa stattgefunden. In der ersten Hälfte des neuen Jahrhunderts ist mit noch größeren Veränderungen mit weit reichenden Auswirkungen zu rechnen.

• Grösse und Altersstruktur der Bevölkerung

Die Europäische Union zählt derzeit 376 Millionen Einwohner. Dennoch wird, wenn die gegenwärtige Entwicklung bei der Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und der Migration über die nächsten Jahrzehnte anhält, die Bevölkerungsgröße um 2022 ihren Höchststand erreichen und dann anfangen abzunehmen. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Überalterung der Bevölkerung werden in den nächsten Jahrzehnten besonders ausgeprägt sein, da die anhaltende geringere Fruchtbarkeit in Verbindung mit der fort schreitenden Überalterung und dem künftigen Ruhestand der Babyboomer die Zahl der abhängigen Familienangehörigen beeinflussen wird. Auf der Grundlage der demografischen Entwicklungen können wir Folgendes erwarten: einen Rückgang junger Zugänge auf den Arbeitsmarkt; eine Zunahme an Rentnern sowie an den Ältesten mit möglichen Konsequenzen für die Gesamtheit der gebrechlichen und abhängigen Menschen.

• Familien- / Haushaltsstruktur

Die Zahl der Haushalte und Familien steigt, während ihre durchschnittliche Größe abnimmt (2,4 Personen pro Haushalt 1999 im Vergleich zu 2,8 1981). Gleichzeitig verändern sich Haushalte als Ergebnis einer steigenden Rate an auseinander brechenden Familien in Verbindung mit der Entwicklung hin zu Entinstitutionalisierung der Familie (weniger Ehen, mehr uneheliche Verbindungen, mehr uneheliche Geburten). Doch sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Teilen der Union bedeutsam. In den südlichen Mitgliedstaaten sind größere und komplexere Haushalte häufiger (mit mehreren zusammen lebenden Generationen), wohingegen die Tendenz, dass immer mehr Menschen allein leben, in den nördlichen Mitgliedstaaten stark ausgeprägt ist.

Besonders in den südlichen Mitgliedstaaten leben junge Menschen länger im elterlichen Haushalt. Das Alter, in dem die Hälfte der jungen Menschen ihr Elternhaus verlassen hat, liegt zwischen 18 in Finnland und mehr als 29/25 (Männer/Frauen) in Italien, Spanien und Griechenland. Die Fruchtbarkeit insgesamt ist in allen Mitgliedstaaten unterhalb der Nettofortpflanzungsrate, ist aber in südlichen Ländern besonders niedrig, wo die Vereinbarung der Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt mit der Familiengründung und dem Familienleben schwieriger erscheint.

• Migrationsmuster in der europäischen Union

Die Migrationsmuster innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zeigen einen Anstieg von Dekonzentrationen über kurze Distanzen (Suburbanisierung und Counterurbanisierung) und eine Abnahme von Konzentrationsmigrationen über eine lange Distanz (von ländlichen Regionen in große Städte). Im Allgemeinen verlieren große Städte und entfernte ländliche Regionen einen Teil ihrer Bevölkerung, während mittelgroße Siedlungen (kleine Städte, Vororte) wachsen.

Die Migrationsmuster unterscheiden sich allerdings nach Altersgruppen. Junge und sehr alte Menschen zieht es mehr in Großstädte, während Familien mit Kindern und Menschen im Ruhestandsalter auf der Suche nach mehr Lebensqualität lieber aus den Großstädten in die Vororte oder auf das Land ziehen.

Die Nettomigration von Nicht-EU-Bürgern und somit auch deren Zahl nimmt zu. Derzeit leben ca. 12 Mio. EU-Bürger in den EU-Mitgliedstaaten (jüngste verfügbare Daten). Die Entwicklungen bei der Größe und der Altersstruktur der EU-Bevölkerung werden dadurch bis zu einem gewissen Grad verändert.

2.1.1 Hin zu einer alternden Gesellschaft

Heute hat die Europäische Union 376 Millionen Einwohner. Während des letzten Jahrzehnts war das Bevölkerungswachstum viel geringer als in den 60er Jahren, aber größer als in den 80ern, was auf dem Anstieg der internationalen Einwanderung beruht, die derzeit der wichtigste Faktor des Bevölkerungswachstums in der Union ist (Siehe Kapitel 3.2, Bevölkerung, Haushalte und Familien, Kapitel 3.4, Migration und Asyl, und Kapitel 4, Statistik-Anhang).

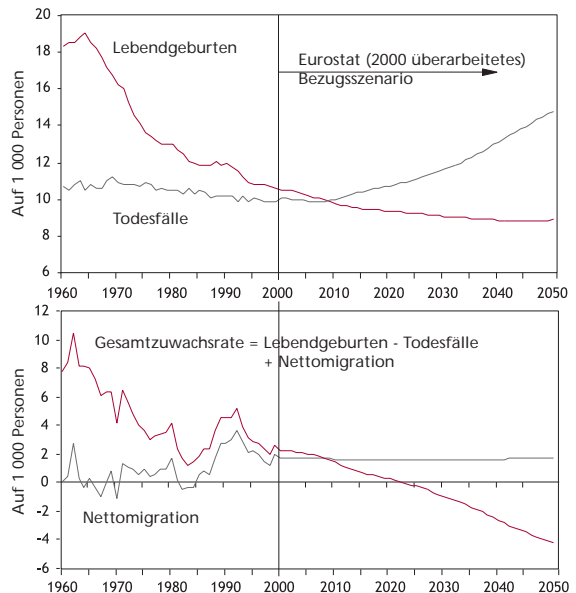
Diese Rolle internationaler Migrationsbewegungen als Hauptursache des Bevölkerungswachstums wird sich in den nächsten Jahrzehnten noch verstärken. Gemäß dem Eurostat-„Bezugsszenario“⁵ wird die natürliche Zuwachsrate d.h. die Differenz zwischen Geburten und Todesfällen, vor 2010 für die EU-15 negativ sein. Die EU-Bevölkerung wird aber bis 2025 aufgrund der erheblichen Einwanderungswellen weiter zunehmen (in diesem Szenario als positive Nettozuwanderung von mehr als 620.000 Einwanderern pro Jahr auf der EU 15-Ebene von jetzt bis 2050 bewertet). Allerdings wird nach diesem Szenario die EU 15-Bevölkerung bis 2050 auf 3% unterhalb des heutigen Niveaus sinken.

Eine Vielzahl von Trends in den EU - Mitgliedstaaten

Die künftige Entwicklung der Bevölkerungsdichte auf nationaler Ebene zeigt einige Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten im Verhältnis zum Jahr des Wendepunkts (wenn die Einwohnerzahl beginnt abzunehmen) und dem Grad der Abnahme.

- **Italien, der früheste Rückgang:** Gemäß dem Bezugsszenario sinkt die Bevölkerung Italiens ab dem Jahr 2000 (siehe Grafik unten). Etwa eineinhalb Jahrzehnte später werden Spanien, Deutschland und Griechenland den Rückgang ihrer Bevölkerung beobachten. Der Wendepunkt auf EU15-Ebene ist 2023, und mehr als zehn Jahre später für das Vereinigte Königreich, Dänemark und Frankreich. Die letzten Mitgliedstaaten, die die Abnahme ihrer Bevölkerung beobachten, werden Portugal und Irland sein, wohingegen Luxemburg über den gesamten vom Bezugsszenario abgedeckten Zeitraum einen Bevölkerungszuwachs haben wird.
- **Bedeutende Unterschiede im Bevölkerungswachstum...**: 2050 werden Luxemburg, Irland, die Niederlande, Portugal, Dänemark, Frankreich, Schweden und das Vereinigte Königreich größere Bevölkerungen haben als 1999, während Italien, Spanien, Deutschland, Österreich, Finnland, Griechenland und Belgien in unterschiedlichem Maß kleinere Bevölkerungen haben werden;
- **... mit sehr extremen Situationen:** Luxemburg (+30%) und Irland (+27%) sind die Mitgliedstaaten, deren Bevölkerungen bis 2050 (relativ) verglichen mit ihrer jetzigen Bevölkerung am meisten wachsen werden. Am anderen Ende der Skala wird Italien den größten Bevölkerungsrückgang erleben (-17%);
- **... und radikaleren Veränderungen auf der regionalen Ebene:** Über die nächsten 15 Jahre wird in 14 Regionen der neuen (deutschen) Länder, in Norditalien, Nordspanien und

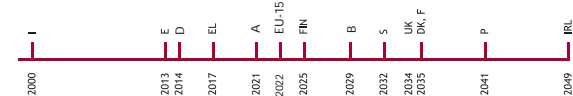
S.b. 2 Die Komponenten des Bevölkerungswandels der EU-15, 1960 - 2050



Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik, Daten 1960-1999

dem mittleren Süden Portugals die Bevölkerung um 5% sinken, in weiteren 14 Regionen zwischen 2,5 und 5%. Am anderen Ende wird die Bevölkerung in 16 Regionen in den nächsten 15 Jahren um mehr als 10% zunehmen. Nur Italien, Dänemark und Schweden verfügen nicht über solche Regionen. Die gegensätzlichsten Länder mit Regionen, wo die Bevölkerung entweder schnell wächst oder schnell abnimmt, sind Spanien und Deutschland.

S.b. 3 Erstes Kalenderjahr des Bevölkerungsrückgangs



Quelle: Eurostat - Bezugsszenario (Baseline scenario)

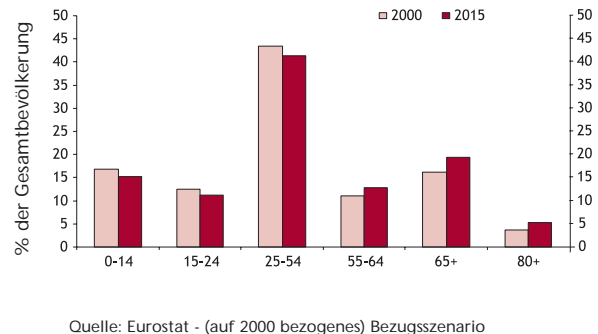
Wandel bei der Altersstruktur

Nicht nur die Bevölkerungsdichte verändert sich, auch die Altersstruktur ändert sich beträchtlich mit weit reichenden politischen Implikationen (siehe Abschnitt 3.2, Bevölkerung, Haushalte und Familien, Abschnitt 3.3, Die Überalterung der Bevölkerung und Abschnitt 4, Statistik-Anhang).

⁵ Drei Bevölkerungsszenarios wurden von EUROSTAT - Bezugslinie hoch und niedrig - entwickelt, die verschiedene Annahmen über Fruchtbarkeitsziffern, Sterblichkeit und Zuwanderungswellen widerspiegeln. Das „Bezugsszenario“ wurde gemäß den derzeitigen Trends gestaltet, während „hohe“ und „niedrige“ Szenarios extrem positive (mit höherer Fruchtbarkeit und Zuwanderung und niedrigerer Sterblichkeit) und negative (mit geringerer Fruchtbarkeit und Zuwanderung und höherer Sterblichkeit) Bevölkerungsniveaus im Sinne einer möglichen Entwicklung der EU-Bevölkerung darstellen. Wenn nicht anders gekennzeichnet, betreffen die Zahlenangaben dieses Berichts das Bezugsszenario.

- **Die Größe der jüngsten Altersgruppen (Altersgruppe 0-14)** mit einem Anteil von derzeit 17% an der EU-Gesamtbevölkerung wird in den kommenden Jahren von der Entwicklung der Fruchtbarkeitsraten abhängen. Das Bezugsszenario zeigt, dass über die nächsten 15 Jahre hin diese Altersgruppe eine Abnahme um 8% erleben wird, was eine Reduzierung des Anteil an der Gesamtbevölkerung auf 15% im Jahre 2015 entspricht. Nur ein Mitgliedstaat wird in dieser Altersgruppe einen verhältnismäßigen Anstieg verzeichnen: Portugal (16,8% für 2000, 17,2% für 2015). In den übrigen Mitgliedstaaten wird diese Altersgruppe in unterschiedlichem Maße abnehmen.
- **Der Rückgang der Altersgruppe von 15-24 Jahren** wird sich als Folge der verminderten Fruchtbarkeit über die letzten zwei Jahrzehnte hin beschleunigen. Der durchschnittliche zahlenmäßige Rückgang der 15-24-Jährigen in der EU wird von 2000-2015 mehr als 7% betragen (von einem Anteil von 12,4% auf 11,2% an der EU-Gesamtbevölkerung), aber in den südlichen Mitgliedstaaten wird der Rückgang erheblicher sein, insbesondere in Spanien und Griechenland (um mehr als 25%).
- **Die Hauptgruppe (25-54 Jahre) der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter** zeigt über die nächsten 15 Jahre mit einer durchschnittlichen Abnahme in der EU um etwa 2.5% (von einem Anteil der Personen innerhalb dieser Altersgruppe von 43,4% für 2000 auf 41,3% für 2015) und ein geringes Maß an regionaler Abweichung kaum Veränderungen. Allerdings werden die bedeutsamen Veränderungen für diese Altersgruppe nach 2020 kommen, mit einer Abnahme um 20% im Vergleich zum heutigen Niveau bis 2045.
- **Die Altersgruppe von 55-64 Jahren** wird mit einem Anstieg des Anteils innerhalb dieser Personengruppe um fast 20% über die nächsten 15 Jahre spürbare Veränderungen erfahren (von einem derzeitigen Anteil von 11% an der EU-Bevölkerung auf 12,8 % für 2015). Diese Altersgruppe wird auf EU-Ebene vermutlich um 2025 ihren Höchststand erreichen (mit einem Anteil von 14,8% und einer Zunahme von 38% im Verhältnis zum heutigen Niveau), was auf die Ankunft der Hauptjahrgänge der Babyboomer in dieser Altersgruppe zurückzuführen ist. Bei der Betrachtung nationaler Unterschiede sollte berücksichtigt werden, dass über die nächsten 15 Jahre die Zunahme dieser Altersgruppe in Frankreich, Irland, Luxemburg, Belgien, Finnland und den Niederlanden mehr als 35% betragen wird. Der Anstieg wird nur in Italien und Deutschland unter 10% liegen –allerdings wird der Anstieg für diese Länder in den folgenden Jahren rasant sein.
- **Die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren** wird in den nächsten zehn Jahren aufgrund der verminderten Fruchtbarkeit während des zweiten Weltkriegs langsamer wachsen. Danach wird das Wachstum mit mehr als 22% für 2015 im Vergleich zum heutigen Niveau kontinuierlich schneller (vom derzeitigen Anteil von 16,1% der EU-Gesamtbevölkerung auf 19,4%). Der maximale Zuwachs, verursacht durch die alternden Babyboomer, wird von 2020-2040 stattfinden, dann wird der Anstieg geringer und wenige Jahre vor 2050 sogar negativ. Analysieren wir den Wandel nach Mitgliedstaat über die nächsten 15 Jahre, so wird die Zunahme der Altersgruppe 65 Jahre und darüber in Irland, Luxemburg, den Niederlanden und Finnland ein

S.b. 4 Anteil der einzelnen Altersgruppen an der EU-Gesamtbevölkerung



Drittel betragen, aber unterhalb von 20% in Spanien, Belgien, im Vereinigten Königreich und in Portugal.

- Unter den älteren Menschen wird **die Zahl der 80-Jährigen** und darüber in den nächsten 15 Jahren mit einem Bevölkerungswachstum innerhalb dieser Altersgruppe von 48% in Bezug auf den heutigen Stand (von einem Anteil von 3,7% auf 5,3% für 2015) viel schneller steigen. Danach wird das Wachstumstempo bis zur Ankunft der Babyboomer gleichmäßiger. Die Betrachtung der nächsten 15 Jahre zeigt einen Anstieg der Gruppe 80 + von 70% in Griechenland und unter 10% nur in Dänemark und Schweden.

Implikationen der Alterung für...

• den Arbeitsmarkt:

Das fort schreitende Älterwerden der „Babyboom“-Generationen wird zunächst eine Alterung der Arbeitskräfte verursachen, und eine Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, wenn die Babyboomer sie verlassen. Im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum kann dies einen Mangel an Arbeitskräften provozieren, wenn die Beschäftigungsrate nicht steigt oder die Produktivität nicht in einem angemessenen Tempo zunimmt. Dieser Mangel kann negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaften und die Aufrechterhaltung der Rentensysteme haben (Arbeitnehmer=Beitragszahler). Daher wird das Erreichen höherer Beschäftigungsgrade in den nächsten Jahren (insbesondere vor dem Hintergrund, dass vom Gipfel in Lissabon bis 2010 eine Beschäftigungsrate von 70% anvisiert wurde) nicht ohne ältere Arbeitnehmer auskommen. Eine klare Umkehrung des Trends der Vergangenheit hin zu einem immer früheren Ruhestand ist auf den Weg gebracht, und die Steigerung der Arbeitsmarktbeteiligung der Menschen im Alter von 50-64 Jahren wird von höchster Priorität sein. Das wird eine Verlagerung hin zu verschiedenen, auf die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer abzielenden Berufsbildungsprogramme und solche der Anpassung an den raschen technologischen Wandel notwendig machen. Auf der politischen Ebene werden die herkömmlichen Bestimmungen zur Erleichterung des frühen Eintritts in den Ruhestand überdacht werden müssen, und es sollten Anreize zur

Erleichterung eines späteren und flexibleren Rückzugs vom Arbeitsmarkt – vielleicht in Form eines sukzessiven Ausscheidens – geschaffen werden. Wenn man bedenkt, dass das Alter an sich keine Behinderung darstellt, wären flexiblere Formen des Ruhestands auch geeignet, mit individuellen Vorlieben umzugehen. Demzufolge werden neue Wege der Organisation des Übergangs von der Arbeit zur Nichtarbeit entscheidend sein, aber auch der entgegengesetzte Übergang (von der Nichtarbeit zur Arbeit) sollte im Hinblick auf höhere Beschäftigungsgrade unter älteren Arbeitnehmern neu organisiert werden.

• Die Rentensysteme:

Der sukzessive Anstieg der Rentnerzahl kann, wenn die Babyboomer in den Ruhestand treten, in einigen Mitgliedstaaten Auswirkungen auf die dauerhafte Finanzierbarkeit der Rentensysteme haben. Es ist anzumerken, dass zur Bewahrung des Verhältnisses von Menschen im Ruhestand und von Arbeitnehmern auf dem derzeitigen Stand die Beschäftigung im gleichen Tempo zunehmen sollte wie die Rentnerzahl. Für die nächsten zehn Jahre scheint das Wachstum der Bevölkerung im Ruhestand dem von Lissabon anvisierten Ziel der Beschäftigungszunahme zu gleichen (etwas 1,2 % p.a.). Allerdings scheint für die Jahre 2010 bis 2030 ein Beschäftigungsanstieg im gleichen Tempo wie der Rentneranstieg eine große Herausforderung zu sein, wenn man die historischen Trends bei der Schaffung von Arbeitsplätzen berücksichtigt, und diese wird noch größer sein, wenn wir die Abnahme der erwerbstätigen Bevölkerung betrachten: das würde einen Beschäftigungsgrad der 15-64-Jährigen von über 83 % bedeuten, also mehr als 6 Prozentpunkte oberhalb der derzeitigen höchsten Beschäftigungsquoten in den EU-Mitgliedstaaten (Dänemark: 76,5% in 1999). Daher wird die Anhebung des effektiven Rentenalters, die Steigerung der Produktivität, das Überdenken der Einwanderungspolitiken sowie die Reformierung der Rentensysteme von Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen einer umfassenden Strategie zur Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels auf die dauerhafte Finanzierbarkeit der Rentensysteme ergänzt werden müssen. Natürlich wird die Umsetzung der Maßnahmen zwischen den Ländern unterschiedlich sein, da die Alterung verschiedene Auswirkungen hat und die nationalen Rentensysteme sich stark voneinander unterscheiden.

• Die Gesundheitssysteme:

Der Alterungsprozess gibt auch Anlass zur Sorge über die zukünftigen medizinische Versorgung einer steigenden Zahl von alten Menschen, da Gesundheitsprobleme - und die Behinderungsquote⁶ - mit dem Alter zunehmen. Aber es gibt auch einige Anhaltspunkte dafür, dass trotz eines deutlichen zahlenmäßigen Anstiegs an alten Menschen dieser von Verbesserungen des Gesundheitszustands begleitet sein wird.

Daher sollten die Gesamtausgaben für Gesundheit langsamer steigen als die Alterung der Bevölkerung. Ein klarer Rückgang der Sterblichkeit führt zu erhöhter Lebenserwartung, die Abnahme der Sterblichkeit ist aber schwieriger zu messen und nur unvollständig zu belegen. Wenn der Trend bei Behinderungen ein guter Indikator für die Untermauerung des Trends bei der Sterblichkeit ist, dann zeigen Längsschnittstudien in den USA, dass die Behinderungsquote der älteren Bevölkerung um 1,3% / Jahr sinkt. Dieser Rückgang der Behindertenquote würde, wenn man ihn auf die Europäische Union für die nächsten 25 Jahre überträgt, den Auswirkungen der demografischen Trends entgegenwirken und - wenn überhaupt - zu einem geringen Anstieg der Gesamtzahl der älteren Menschen mit Behinderungen führen⁷.

Allerdings wird die Alterung auch die Nachfrage in Bereichen erhöhen, die häufig nicht in die Verantwortlichkeit der Gesundheitssysteme fallen (Pflege, soziale Betreuung, Langzeitbetreuung). Es scheint so, dass die Entinstitutionalisierung der Betreuung zugunsten einer zunehmenden Inanspruchnahme gemeinschaftlicher Pflege, die im Allgemeinen günstiger ist als die institutionelle Pflege (mit Ausnahme von Patienten, deren Zustand instabil ist und die häufige Krankenhausaufenthalte benötigen) für die staatlichen Finanzen eine wichtige Rolle spielen könnte als die Trends bei Behinderungen⁸.

Die Demografie ist daher nicht das einzige Problem: durch andere Faktoren wie höhere Erwartungen der Menschen an die Pflege gepaart mit den Möglichkeiten neuer Technologien und der Vorsorge könnten die Kosten für die Gesundheitsversorgung unter Druck geraten. Das heißt, dass einige der größten Hindernisse bei der Schaffung angepasster Gesundheitsdienste eher in den Bereichen Technik und Verwaltung als denn Finanzen zu suchen sind. Im Hinblick auf die Bewältigung der Auswirkungen der Alterung könnte daher eine Neuorganisation der Gesundheitssysteme in allen EU-Mitgliedstaaten notwendig sein.

• ... Die (Im)migrationspolitiken

Die Auswirkungen einer älter werdenden Bevölkerung auf den Arbeitsmarkt, das Rentensystem und die Gesundheitssysteme werden unausweichliche Konsequenzen darauf haben, welche Rolle die Migration in der Politik spielen wird. Die Einwanderung wird in der globalen Arbeitsmarktstrategie eine Schlüsselrolle spielen und wichtige Auswirkungen auf die Finanzierung der Renten und bei der Reform des Gesundheitswesens haben. Drei Beispiele seien zur Veranschaulichung genannt:

- einige EU-Mitgliedstaaten setzen ihren Migrationspolitiken ein, um eine Lösung für spezifische Defizite beim Arbeitskräfteangebot zu finden, so z.B. stellt Deutschland eine Green Card für Computerspezialisten aus Indien aus;

⁶ Die Zahl der Menschen, die in der Europäischen Union direkt von irgendeiner Form von Behinderung betroffen sind, wird auf etwa 10% der Gesamtbevölkerung geschätzt und beträgt nahezu 37 Millionen Menschen, aber der Prozentanteil derjenigen, die an irgendeinem Grad von Behinderung leiden, steigt logischer Weise mit dem Alter: Mehr als 40% der hochgradig Behinderten sind 55 Jahre alt und älter. Die Menschen mit Behinderungen stellen keine homogene Gruppe dar: Behinderungsarten umfassen Beweglichkeit/Wendigkeit, psychische/kognitive Beeinträchtigungen sowie solche des Hörens, Sprechens und Sehens. Der Europäische Haushaltspanel (ECHP, 1996) liefert mehr Daten über die derzeitigen Trends der Behinderungen: Ein leicht höherer Anteil der Frauen (9,8%) als der Männer (8,5%) berichtet, in irgendeiner Form behindert zu sein. Die höhere, auf EU-Ebene bei Frauen beobachtete Behinderungshäufigkeit kann man in den meisten Fällen auf der Länderebene finden. Wie für die verschiedenen EU-Mitgliedstaaten dargestellt, sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei leichten Behinderungsgraden größer als bei schweren.

⁷ *Scientific and prospective evaluation of health costs and health needs arising from the ageing of the population* (2000), wurde von Tom Bowen Associates und medizinischen Beratern sowie dem Centre for Health Planning and Management, Keele Universität, vorgenommen.

⁸ Jacobzone, Cambois und Robine (2000): *Is the health of older persons in OECD countries improving fast enough to compensate for population ageing?* In: OECD Economic studies 30, Seiten 149-190.

- in dem UN-Bericht "*Replacement migration: is it a solution to declining and ageing populations?*" wird darauf hingewiesen, dass das Älterwerden im nächsten Jahrzehnt in allen Industrienationen in dem Umfang stattfinden wird, dass die Migration nicht ausreichen wird, um die Zunahme des Abhängigkeitsquotienten auszugleichen, auch wenn sie die Alterung verlangsamen wird;
- die Auswirkungen des Älterwerdens auf das Gesundheitssystem - ein deutlicher Anstieg der Nachfrage nach der Pflege von älteren Menschen und einer rückgängigen Pflege in der Familie und weniger Pflegepersonal - machen die Bedeutung der Migranten deutlich, wenn es darum geht, einen bereits bestehenden Mangel zu beheben.

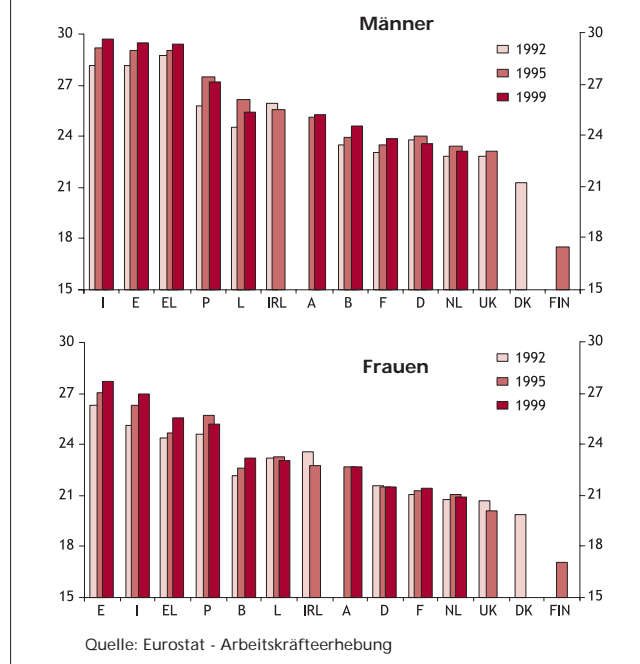
2.1.2 Derzeitige Trends bei der Haushalts- und Familienstruktur

Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist in den letzten Jahrzehnten gesunken: 1999 war die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,4 Personen auf EU-Ebene, mit nationalen Zahlen von 2,1 bis 3,1 im Vergleich zu 2,8 Personen im Jahre 1981 (siehe Abschnitt 4, Statistik-Anhang). Die steigende Zahl älterer Menschen, der Rückgang der Fruchtbarkeit und die steigende Scheidungsrate sind die Hauptfaktoren für diesen Trend, der zu mehr Einpersonen- und Alleinerziehendenhaushalten und einem Rückgang der Familien mit zwei oder mehr Kindern führt. Beispielsweise lebte fast 12% der EU Bevölkerung 1999 allein, verglichen mit knapp 10% 1988 und nur 8% 1981. Extrapolationen zeigen, dass der Anteil der allein lebenden Menschen nur aufgrund der Alterung bis 2010 auf 13% ansteigen wird und sogar auf 17 %, wenn wir ein Szenario zunehmender „Individualisierungsmuster“ betrachten.

Da die Bevölkerungsverteilung nach Haushaltstyp vom Alter und dem Standort im Lebenszyklus abhängt, sind folgende relevante Tatsachen zu berücksichtigen (siehe Abschnitt 3.2, Bevölkerung, Haushalt und Familien):

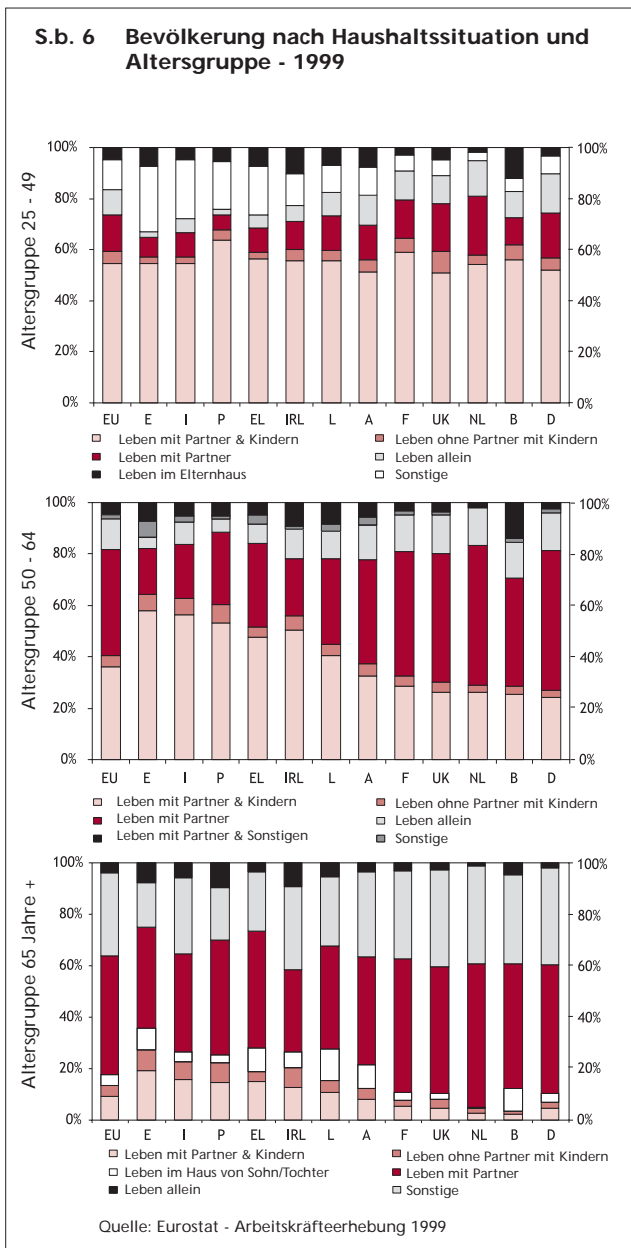
- **Mehr abhängige Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden:** Fast 90% der 0-24-Jährigen lebt mit den Eltern zusammen. Wenn wir nur die abhängigen Kinder betrachten (d.h. alle Kinder von 0-15 Jahren und alle Personen unter 25 Jahren, die nicht erwerbstätig sind und mit wenigstens einem Elternteil zusammenleben), finden wir einen steigenden Anteil an Alleinerziehenden: von 8% 1983 auf 13% 1998 ansteigend. Diese Anteile bleiben in den vier südlichen Mitgliedstaaten bei langsamem Anstieg unter 8%. Sie betragen 11 bis 14% in Österreich, Irland, Frankreich, Deutschland und Belgien. Das Vereinigte Königreich zeigt mit 25% eine außerordentlich hohe Ziffer, die sich zwischen 1983 und 1998 mehr als verdoppelt hat.
- **Junge Menschen verlassen ihr Elternhaus später...:** Das Alter, in dem die junge Generation ihr Elternhaus verlässt, ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die Veränderungen liegen zwischen 1,3 und 1,9 Jahren in Italien und Spanien für Männer und Frauen zwischen 1992 und 1999, gefolgt von Griechenland, Portugal, Belgien und Frankreich. In anderen Mitgliedstaaten blieben die Zahlen verhältnismäßig stabil.
- **...und große Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden der Union bestehen immer noch...:** Die Hälfte der unter 18-Jährigen leben in Finnland im

S.b. 5 Jüngstes Alter, ab dem 50% der jungen Menschen nicht mehr im Elternhaus leben



Elternhaus, gefolgt von Dänemark, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden, und die Hälfte der unter 29-jährigen Männer und Frauen und der unter 25-jährigen Frauen in Italien, Spanien und Griechenland, gefolgt von Portugal, Luxemburg und Irland.

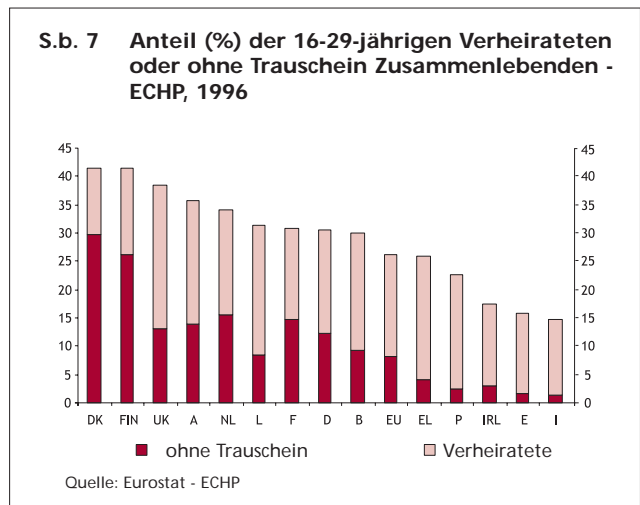
- **...mit klaren Auswirkungen auf die Haushaltszusammensetzung der mittleren Altersgruppe (25-49 Jahre):** Wandern wir vom Süden zum Norden der EU, finden wir weniger Menschen, die mit ihren Eltern leben und mehr, die allein leben. Erstere liegen bei 20% in den mediterranen Mitgliedstaaten, aber unterhalb von 5% in den Niederlanden. Letztere liegen unterhalb von 7% in den vier südlichen Mitgliedstaaten und Irland und oberhalb von 10% in allen übrigen Mitgliedstaaten.
- **Der Nord-Süd-Unterschied ist bei der Altersgruppe von 50-64 Jahren noch deutlicher...:** Die Haushaltszusammensetzung dieser Altersgruppe bestätigt sehr deutlich das Profil der jüngeren Altersgruppen, insbesondere die Unterschiede beim Zeitpunkt des Verlassens des Elternhauses: in den südlichen Mitgliedstaaten und Irland leben etwa 50% mehr Menschen „mit Partner und Kindern“, während in allen anderen Mitgliedstaaten diese Kategorie nur zwischen einem Viertel und einem Drittel der Bevölkerung umfasst.
- **...und für die 65-Jährigen und darüber:** Selbst in diesem späten Stadium des Lebenszyklus gibt es immer noch Unterschiede zwischen den südlichen und nördlichen Mitgliedstaaten. Gehen wir von Norden nach Süden, ist ein deutlich abnehmender Anteil an allein Lebenden zu verzeichnen, wie auch ein steigender Anteil an älteren Menschen, die mit ihrem Partner und/oder ihren Kindern zusammenleben. Allerdings gibt es einen Unterschied innerhalb der südlichen Mitgliedstaaten beim Anteil der älteren



Menschen, die im Hause des Sohns oder der Tochter leben, wobei Spanien und Griechenland größere Familien mit älteren Menschen haben als Italien oder Portugal.

Welche Verhaltensmuster liegen den Haushaltsmerkmalen zugrunde?

Der Anteil der verschiedenen Haushalts- und Familientypen innerhalb der 15 Mitgliedstaaten ist auf die unterschiedliche Bedeutung gewisser Verhalten wie dem Zusammenleben von Verheirateten und Unverheirateten, Scheidung und Fruchtbarkeit (siehe Abschnitt 3.2, Bevölkerung, Haushalte und Familien). All diese Verhaltensaspekte unterscheiden sich deutlich zwischen den nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten (siehe Abschnitt 4, Statistik-Anhang).



• **Weniger und spätere Ehen, mehr Zusammenleben Unverheirateter:**

Die Haushaltsstruktur unter jungen Menschen wird von der Häufigkeit der Ehen und des unverheirateten Zusammenlebens bestimmt. Auf der EU-Ebene verlieren Ehen an Bedeutung (5,1 Ehen auf 1000 Menschen 1999 verglichen mit 6,3 1980 und 7,9 1960), während die Zahl der Verbindungen ohne Trauschein zunehmen: 8% aller Paare leben unverheiratet zusammen und allein 31% der Altersgruppe von 16-29 Jahren wählen diese Lebensform (1996er Daten). In dieser Altersgruppe gibt es große Unterschiede zwischen nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten bei den Anteilen junger Menschen, die in Paarbeziehungen leben (mehr als 40% in Dänemark und Finnland, nur etwa 15% in Spanien und Italien) und dem Verhältnis von Verbindungen ohne Trauschein innerhalb der Paarbeziehungen (Italien und Spanien zeigen Anteile unter 10%, die Nordländer über 60%). Diese Verhaltensweisen werden mit dem Medianalter des Verlassens des Elternhauses korreliert. Dies bedeutet, dass in den Mitgliedstaaten, wo die Menschen das Elternhaus in jüngerem Alter verlassen, die Aufnahme einer Verbindung ohne Trauschein wahrscheinlicher ist als das Eingehen einer Ehe. Doch ist es in den südlichen Mitgliedstaaten, wo junge Menschen länger bei den Eltern wohnen, wahrscheinlicher, dass sie nach Verlassen der Elternhauses heiraten.

• **Steigende Scheidungszahlen:**

Während weniger Menschen heiraten, ist die Scheidung verbreiteter. Betrachten wir den EU-Durchschnitt, so wurden 1960 eingegangene Ehen bis 1998 zu 14% geschieden, und dem entsprechen für die 1980 geschlossenen Ehen 28%. Für letztere Altersgruppe, die 1980 heiratete, ergibt sich ein bemerkenswerter Unterschied zwischen den vier südlichen und allen anderen Mitgliedstaaten. Diese Daten und die Tatsache, dass die Trennungsraten von Verbindungen ohne Trauschein (verbreiteter in den nördlichen Mitgliedstaaten) im Allgemeinen höher ist als bei Ehen, insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen (wie durch die Daten der Fruchtbarkeits- und Familienerhebung⁹ belegt), erklären zum Teil die Unterschiede der Anteile, die zwischen den Haushalten Alleinerziehender und Einpersonenhaushalten innerhalb der 15 Mitgliedstaaten bestehen.

⁹ Siehe Pinelli, A. (2000), *Les déterminants de la fécondité en Europe: nouvelles formes de famille, caractéristiques contextuelles et individuelles*, Europarat.

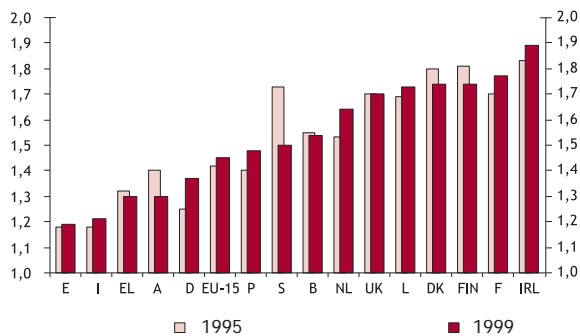
S.b. 8 Anteil (%) der Scheidungen der 1980 geschlossenen Ehen



Quelle: - Eurostat Bevölkerungsstatistik

• **Fruchtbarkeitsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten...** Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer (GFZ) liegt in allen Mitgliedstaaten unterhalb der Nettoerproduktionsrate der Generationen (bei der man von 2,1 Kinder pro Frau ausgeht), variiert aber zwischen 1,2 in Italien und Spanien im Jahr 1999 und 6 Mitgliedstaaten oberhalb von 1,7 Kindern/Frau weiterhin stark von Land zu Land. Es sollte unterstrichen werden, dass die durchschnittliche GFZ nach dem starken Rückgang ab Mitte der 60er Jahre bis zu den 80ern und die allgemein niedrigen Raten wenig unter 1,45 Mitte der 90er Jahre 1998 und 1999 leicht stieg und wieder das Niveau von 1,45 erreichte. Vergleichen wir die Situationen von 1995 und 1999, dann stieg die Fruchtbarkeit in 9 von 15 Mitgliedstaaten.

S.b. 9 Gesamtfruchtbarkeitsziffer, 1995 - 1999



Quelle: - Eurostat Bevölkerungsstatistik

Fruchtbarkeit, erwerbstätige Frauen and Pflegeleistungen

In welchem Maße die Fruchtbarkeit mit der Erwerbstätigkeit von Frauen zusammenhängt, ist eine schwer zu beantwortende Frage, da die Daten verschiedene Theorien unterstützen.

Einerseits verfügen derzeit die Mitgliedstaaten mit höherer weiblicher Erwerbstätigkeit im Allgemeinen über eine höhere Fruchtbarkeit (ausgenommen Irland mit der höchsten Fruchtbarkeit, aber keiner hohen Erwerbstätigkeit der Frauen), während die südlichen Mitgliedstaaten sich durch geringere Fruchtbarkeit bei geringerer weiblicher Erwerbstätigkeit auszeichnen.

Andererseits geht der über die letzten Jahrzehnte zu beobachtende Trend des EU-Durchschnitts hin zu einer steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen mit der Tendenz einer abnehmenden Zahl „abhängiger“ Kinder einher. Obwohl die Situation nicht exakt in jedem Mitgliedstaat dieselbe ist, zeigen die EU-Daten, dass ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Zahl „abhängiger“ Kinder und der Erwerbstätigkeit der Mütter besteht. Betrachten wir Frauen im Alter von 25-34 Jahren und die Zahl der Kinder von 0-9 Jahren, so zeigen die Daten der EU, dass für jedes weitere Kind nicht nur die allgemeine Beschäftigungsrate fällt, es gibt auch einen Zusammenhang zu Teilzeitarbeit im Gegensatz zu Vollzeitarbeit (siehe Grafik unten mit den EU-Daten 1999). Ein Beispiel: Frauen mit nicht-„abhängigen“ Kindern stellen die Hälfte der weiblichen Bevölkerung von 25-34 Jahren, aber 2/3 der Vollzeitbeschäftigten dieser Altersgruppe dar.

Die anderen drei Grafiken für die Niederlande, Italien und Portugal zeigen, dass der deutliche Zusammenhang zwischen der Zahl „abhängiger“ Kinder und den Beschäftigungsraten in jedem Mitgliedstaat seinen eigenen Trend hat: zum Beispiel in den Niederlanden, wo die Beschäftigungsquote der 25-34-jährigen Frauen höher als im EU-15-Durchschnitt ist und Frauen mit „abhängigen“ Kindern die Vollzeitbeschäftigung durch Teilzeitarbeit ersetzen. Dieses Muster hoher Teilzeitarbeits- und Beschäftigungsquoten ist auch eine Besonderheit der nördlichen Mitgliedstaaten. Italien zeigt die entgegengesetzte Situation: jedes zusätzliche „abhängige“ Kind vermindert die Beschäftigungsquote bei 25-34-jährigen Frauen mehr als der EU-Durchschnitt (außer wenn sie vier oder mehr „abhängige“ Kinder haben), aber Frauen, die weiter beschäftigt bleiben, üben hauptsächlich eine Vollzeitarbeit aus, da Teilzeitstellen nicht so verbreitet sind. Dasselbe gilt für Portugal, wo der Anteil der Frauen an Teilzeitarbeit noch geringer ist, aber anders als in Italien ist die Beschäftigungsquote der 25-34-jährigen portugiesischen Frauen sehr hoch. Eine weitere Besonderheit dieses Landes ist, dass die beiden ersten „abhängigen“ Kinder die Quote der Vollzeitbeschäftigung kaum vermindern. Erst ab dem dritten Kind nimmt die Beschäftigungsquote der portugiesischen Frauen deutlich ab (aber immer noch weniger als der EU-Durchschnitt).

Die Schwierigkeit, Arbeit und Familienleben miteinander zu vereinbaren, zeigt sich bis zu einem gewissen Grade, wenn wir die Zeit berücksichtigen, die für die Kinderbetreuung (unentgeltlich) aufgebracht wird, die vor allem Frauen leisten (80%). Die 1996er ECHP-Daten zeigen, dass 31 % der (16-jährigen und älteren) Frauen jeden Tag die Kinder betreuen,

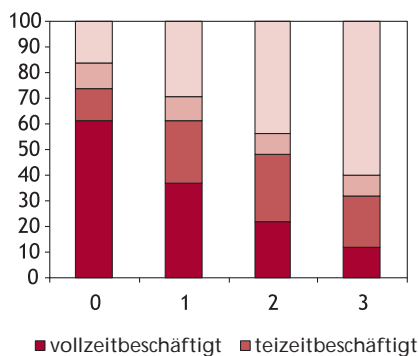
verglichen mit nur 16% der Männer EU-weit. Die Betreuung anderer Personen (unentgeltlich) übernehmen nur 4% der Männer, verglichen mit 8% der Frauen, wobei Frauen 70% der Gesamtbetreuungszeit aufbringen. Betrachten wir die nationalen Unterschiede beim Anteil der Frauen an der (unentgeltlichen) Gesamtbetreuungszeit, so zeigen die Daten, dass im Zusammenhang mit Kindern die nördlichen Mitgliedstaaten der Gleichheit der Geschlechter näher kommen, während südliche Länder, auch Österreich, noch einen längeren Weg dorthin zu gehen haben.

Diese Daten können möglicherweise die nationalen Unterschiede bei der Fruchtbarkeit erklären, da die Fruchtbarkeitsraten überall in der EU niedrig sind (unterhalb der Nettoreproduktionsrate), besonders niedrig aber in den südeuropäischen Ländern. Das Jahresseminar der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten versuchte, die Determinanten für diese Muster und die möglichen Zusammenhänge von Geburtenraten und staatli-

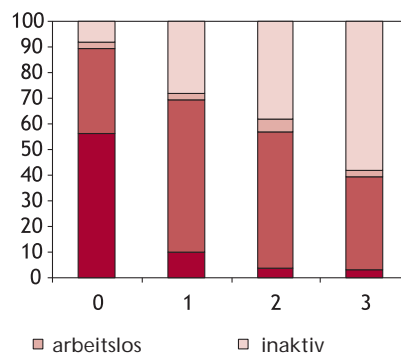
chen Maßnahmen festzustellen. Die Lebensperspektiven der Frauen bei der Verbindung von Beschäftigung und dem Großziehen von Kindern scheinen im Süden unbefriedigender zu sein, die dann zu verspäteter Familiengründung und geringerer Fruchtbarkeit führt. Für die Politiken könnte ein Ziel die Schaffung von Bedingungen sein, die es Paaren ermöglicht, ihren noch nicht erfüllten Kinderwunsch zu erfüllen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beschäftigung und höhere Fruchtbarkeit existieren in den Mitgliedstaaten, wo Pflegeleistungen besser zwischen Frauen und Männern verteilt, staatliche Pflegeeinrichtungen besser entwickelt und Teilzeitstellen in höherem Maße verfügbar sind und wo die Gesetzgebung familien- und frauenfreundlicher ist. In den Mitgliedstaaten, wo die Situation umgekehrt ist und Betreuung von Kindern oder anderer Personen eher von der Unterstützung durch die Familie abhängt (hauptsächlich von Frauen), scheinen Fruchtbarkeit und Beschäftigung von Frauen eher auf Kompromissen zu beruhen¹⁰.

S.b. 10 Beschäftigungsniveau der 24-35-jährigen Frauen nach Anzahl der abhängigen Kinder von 0-9 Jahren

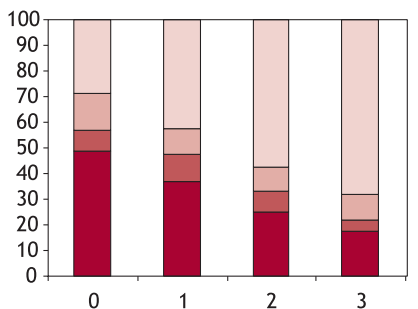
EU
1999



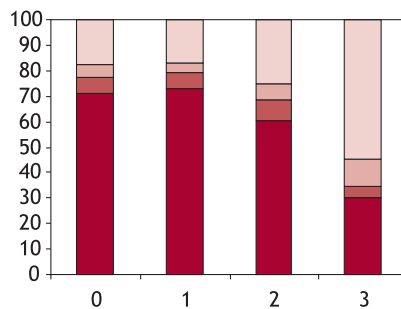
Niederlande
1999



Italien
1999



Portugal
1999



Quelle: Eurostat - AKE

¹⁰ Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Familien- und Arbeitsleben siehe das Dokument: "Follow-up to the Beijing platform for action on the relationship between family life and working life. Presidency Report" - Rat der Europäischen Union, 2000. Mehr Information zu diesem Thema ist in den folgenden Jahresberichten zu finden: Beschäftigung in Europa 2000, Arbeitsbeziehungen in Europa 2000 und Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union, 1999.

2.1.3 Haupttrends bei den Migrationsflüssen

Migration ist ein wichtiger Faktor bei der Gestaltung der Größe, Altersstruktur, Haushaltszusammensetzung und anderer Eigenschaften der Bevölkerung in einem gegebenen Territorium. In diesem Kapitel sollen die Auswirkungen der verschiedenen Migrationsbewegungen unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Migrationsbewegungen und der positiven Nettomigration zwischen der Union und Drittländern untersucht werden.

Migrationsmuster innerhalb der EU-Mitgliedstaaten: Wanderungen über kurze Entfernungen nehmen zu, über lange Entfernungen nehmen sie ab

Die während der letzten Jahrzehnte beobachteten Migrationsmuster innerhalb der EU, die sich erheblich von denen in den 50er und 60er Jahren unterscheiden, sind im Wesentlichen durch zwei entgegengesetzte Dynamiken gekennzeichnet: die Zunahme von Ortswechseln über kurze Entfernungen (in Vororte) in Verbindung mit einer Reduzierung der Ortswechsel über lange Entfernungen¹¹. In der Vergangenheit zog der wirtschaftliche Übergang von der Landwirtschaft zur Industrie die Menschen vom Land in die Städte. Dieser Trend zur „Urbanisierung“ ist derzeit immer noch bei den beitragswilligen Ländern und ziemlich entfernt gelegenen ländlichen Gebieten in der EU zu beobachten. Allerdings ist dieser Typ von Ortswechsel in den EU-Mitgliedstaaten zur Zeit nicht sehr bedeutsam: mit dem Übergang zu einer Dienstleistungs- und Informationswirtschaft wurde der Ortswechsel vom Land in die Stadt durch denjenigen von den Großstädten in deren Randgebiete („Suburbanisierung“) oder in entferntere kleine und mittlere Städte und in ländliche Gebiete mittlerer Bevölkerungsdichte mit guten Verbindungen zu den großen Stadtzentren („Counterurbanisation“) ersetzt. Daraus ergeben sich folgende Dynamiken:

- **Große Städte haben einen Teil ihrer Bevölkerung verloren**, während mittlere Siedlungen (Kleinstädte, Vororte) wachsen. Währenddessen verlieren entfernte und dünn besiedelte ländliche Regionen sowie Industrie- und Bergbaustädte an Bevölkerung. Gebiete hingegen, die sich hauptsächlich Dienstleistungen (beispielsweise jene, die auf Tourismus spezialisiert sind) oder neuen Technologien widmen, fördern die Zuwanderung;
- **...aber diese geographischen Migrationsmuster unterscheiden sich je nach Alter und Lebenslauf:** Suburbanisierung und Counterurbanisation haben hauptsächlich die Familienmigration zur Ursache, d.h. Ortswechsel von Erwachsenen (im Alter von etwa 30-44 Jahren) mit ihren Kindern (hauptsächlich unter 14 Jahre), die nach einer besseren Umgebung oder einer preiswerteren Wohnung suchen oder aus Arbeitsgründen umziehen;
- **es gibt auch eine Tendenz, große Städte nach Erreichen des Rentenalters zu verlassen ...:** Es ist für die Altersgruppe von 55-70 Jahre eine Bewegung aus Großstädten hin zu entweder den Herkunftsregionen oder

zu irgendeiner Art „Sonnengürtel“ (Küstenregionen wie z.B. die Mittelmeerküste) auf der Suche nach mehr Lebensqualität zu beobachten;

- **...junge Menschen aber sind eher von Großstädten angezogen**, da die Jugend (im Alter von etwa 15-29 Jahren) nach Bildungseinrichtungen (Hochschulen), Stellenangeboten, Freizeitaktivitäten usw. sucht. Unter den jungen Menschen beschäftigt die Altersgruppe der 15-19-Jährigen eher Studium und Ausbildung, die Suche nach einer Arbeitsstelle eher die Altersgruppe von 20-29 Jahren. Beide Motive haben eine positive Nettomigration junger Menschen in die urbanen Gebiete und/oder in die wirtschaftlich dynamischsten Gebiete zur Folge;
- **...und dasselbe gilt für „sehr alte“ Menschen:** es gibt eine gewisse positive Nettomigration älterer/abhängiger Menschen (70 Jahre alt und darüber), die medizinische Einrichtungen oder Pflegeeinrichtungen oder nach Pflege durch die Familie in den Städten suchen.

Interregionale Ortswechsel könnten die Ungleichheiten auf regionaler und örtlicher Ebene noch verstärken: Gewisse Gebiete, die sich durch Abwanderung von jungen und Zuwanderung von älteren Menschen auszeichnen, sind möglicherweise mit einer deutlichen Verschiebung ihrer Alterspyramide konfrontiert, was einen zunehmenden Niedergang der wirtschaftlichen Dynamik zur Folge haben könnte. Urbanere Regionen können jüngere Menschen eher halten. Diese globalen Trends der Mobilität, die sich mit der globalen Alterung der Bevölkerung entwickeln, müssen künftig bei der Schaffung von Pflegeeinrichtungen ihren Niederschlag finden.

- **Die Zukunft der EU-internen Migrationen:** Mit der Entwicklung der Kommunikationstechnologien und der Transportmöglichkeiten werden sich die Migrationsmuster sicherlich weiter verändern. Die Auswirkung des Pendelns und der Telearbeit auf die zukünftige Entwicklung der Migrationen ist nicht leicht vorherzusehen, aber die derzeitigen Trends zeigen, dass neue und flexiblere Formen vorübergehender und periodisch auftretender Migration an Attraktivität gewinnen, insbesondere für hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Das Gesamtmigrationsniveau und die Muster könnten auch von der Überalterung der Bevölkerung beeinflusst werden (mit Auswirkungen auf die Altersstruktur in den Mitgliedstaaten), da sich die Migrationsmuster der einzelnen Altersgruppen stark voneinander unterscheiden.

Migrationsbewegungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten waren in den 90er Jahren geringer als einige Jahrzehnte zuvor, z. B. in den 60er Jahren, als die Arbeitskräftewanderung von den südeuropäischen Ländern in die entwickelteren nördlichen Mitgliedstaaten ihren Höchststand erreichte. Dies geschah trotz der verstärkten Handels- und Finanzbeziehungen zwischen den Ländern (als

¹¹ Einige Beispiele solcher Dynamiken in Europa sind in der vom Europarat und der GD EMPL finanzierten Studie enthalten: P. Rees, M. Kupiszewski (Dir.): *International migration and regional population dynamics in Europe*, 1998, die fünf Mitgliedstaaten umfasst (Deutschland, Italien, die Niederlande, Portugal, Vereinigtes Königreich), sowie vier beitragswillige Länder (Tschechische Republik, Estland, Polen, Rumänien und Norwegen). Diese Studie hebt hervor, dass, während die internationale Migration (außerhalb der EU) in den 90er Jahren gestiegen ist, im gleichen Zeitraum die EU-interne Migration mit wenigen Ausnahmen leicht rückläufig ist. Der Anstieg des Pendelns in den westlichen Ländern und die Wirtschaftskrise in den alten kommunistischen Ländern könnten hier verantwortlich sein. Die Abnahme interner Ortswechsel sollte jedoch mit Vorsicht behandelt werden, da gemeinhin Daten über interne Migration - aufgrund der Tatsache, dass die Zahlen gewisse interne Ortswechsel nicht berücksichtigen, die offiziell nicht registriert werden (zum Beispiel leben manche Menschen zeitweise an verschiedenen Orten, sind aber nur an einem gemeldet, so dass ihre Ortswechsel nicht registriert werden) - nur beschränkte Aussagekraft haben. Im Allgemeinen ist die Qualität der Daten über interne Migration in fast allen Ländern verbesserungswürdig.

Folge der europäischen Integration, aber auch der „Globalisierung“) und der Aufhebung von Mobilitätsbeschränkungen der Menschen innerhalb der EU (z.B. Koordinierung der in der EU vorhandenen sozialen Sicherheitssysteme). Als Folge davon verändert sich die Zahl der in den EU-Mitgliedstaaten lebenden Nicht-EU-Bürger, wobei der Anteil der EU-Bürger, die in anderen Mitgliedstaaten leben im Vergleich zu dem wachsenden Anteil der Drittbürgern rückläufig ist.

Steigende Nettomigration in der Europäischen Union

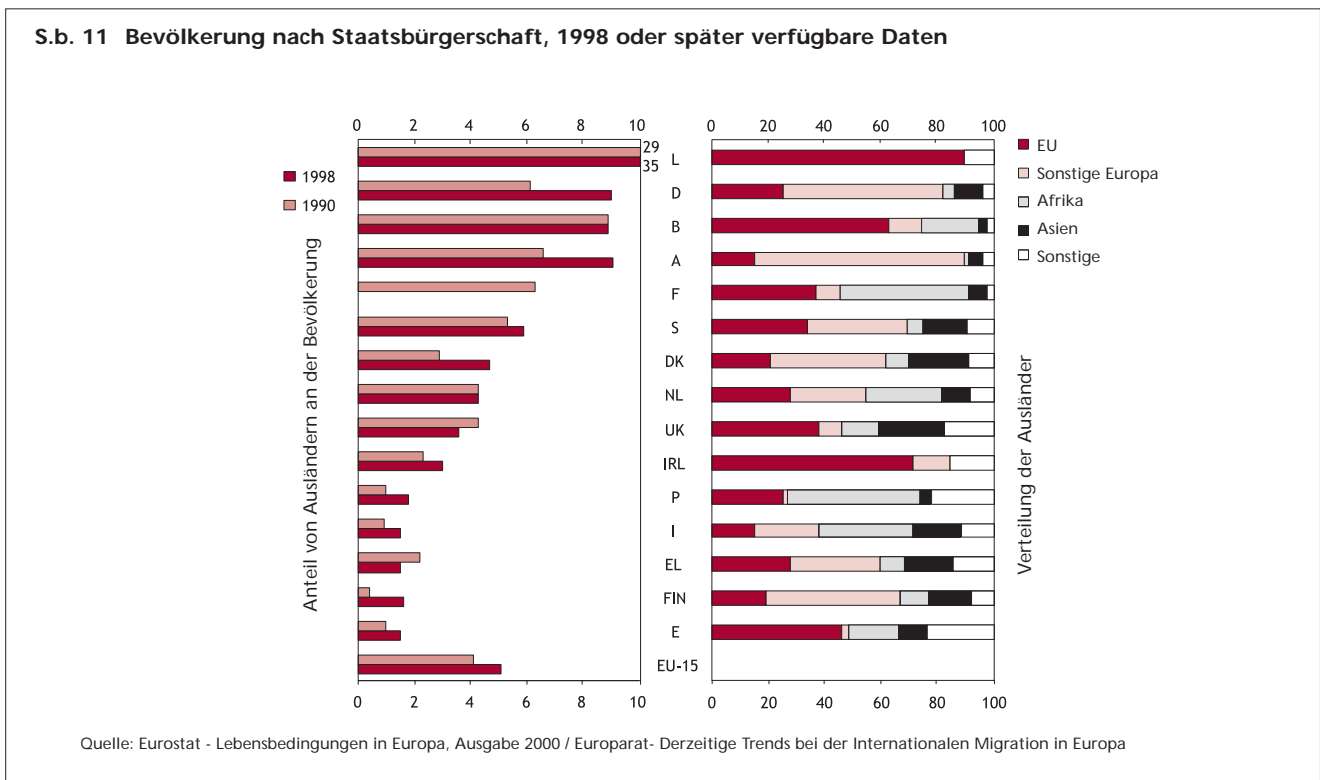
Vor dem Hintergrund des Langzeittrends scheint die Gesamtnettoimmigration (Gesamtzuwanderung minus Gesamt abwanderung) in der EU insgesamt wieder anzusteigen (siehe Kapitel 3.4, Migration und Asyl). Dieser Trend wird durch folgende Daten illustriert¹²:

- **Eine höhere Nettoimmigration für 1999:** Nach zwei Jahren relativ niedriger Nettoimmigration von etwa einer halben Million jedes Jahr, schätzt man für 1999 wieder eine Nettoimmigration von über 700.000 Migranten. Unter den Mitgliedstaaten beträgt die Nettoimmigration für Deutschland 1999 ein Viertel der Gesamtnettoimmigration der EU. Das Vereinigte Königreich ist für ein weiteres Viertel verantwortlich und Italien für fast ein Fünftel der Zunahme der EU-Immigration, gefolgt von Frankreich, den Niederlanden und Spanien. Insgesamt wird die Nettoimmigrationsrate 1999 auf nahezu 2 % geschätzt, verglichen mit 3 % für die USA, 6 % für Kanada und nahe 0 % für Japan.

- **Steigender Anteil an Ausländern in den EU-Mitgliedstaaten...:** 1998 lebten 19 Millionen Ausländer (EU-Bürger und Bürger aus Drittstaaten) in den 15 Mitgliedstaaten. Das entspricht 5,1% der EU-Gesamtbevölkerung, verglichen mit 4,1% 1990. Deutschland (7,3 Millionen), Frankreich (3,6 Millionen) und das Vereinigte Königreich (2,1 Millionen) haben den größten ausländischen Bevölkerungsanteil ;

- **...mit ungleicher relativer Größe unter den Mitgliedstaaten...:** Mit Ausnahme von Luxemburg (wo die Ausländer mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen) sind die drei Mitgliedstaaten mit dem höchsten Ausländeranteil (etwa 9%) Belgien, Österreich und Deutschland. Am anderen Ende der Skala stehen Portugal, Spanien, Griechenland und Finnland mit dem niedrigsten Ausländeranteil: unter 2% (siehe Abschnitt 4, Statistik-Anhang);

- **...und verschiedenen Anteilen an Ausländern aus der EU...:** Die Verteilung der Ausländer nach Staatsbürgerschaft variiert beträchtlich zwischen den Mitgliedstaaten. 1998 lebten 6 Millionen EU-Bürger in einem anderen als ihrem eigenen Mitgliedstaat (d.h. 31% der gesamten ausländischen Bevölkerung), mit einer sehr ungleichen Verteilung unter den Mitgliedstaaten: die größte Zahl gab es in Deutschland mit über 1,8 Millionen und Frankreich mit über 1,3 Millionen. Das heißt, der relative Anteil von EU-Bürgern an der ausländischen Bevölkerung war nur in Luxemburg (89%), Irland (71%), Belgien (63%) und Spanien (46%) nahe 50% oder darüber;



¹² Einzelheiten über die internationale Migration in die Europäische Union finden sich in der EUROSTAT-Publikation *Patterns and trends in international migration in Western Europe*. Ausgabe 2000.

- **...und Drittstaatenangehörigen:** 1998 lebten 13 Mio. Bürger aus Drittstaaten in den 15 EU-Mitgliedstaaten. Die Bürger aus Mittel- und Osteuropa (einschließlich der Türkei und der früheren UdSSR) mit einer Gesamtzahl von 5,8 Millionen sind in den Mitgliedstaaten entlang der Ostgrenze der Union, insbesondere in Deutschland (4 Millionen), zahlenmäßig stark vertreten. Menschen aus dem früheren Jugoslawien haben einen hohen Anteil daran, und 70% von ihnen leben in Deutschland. Drei Viertel der 2,7 Millionen Menschen aus der Türkei leben in Deutschland. Andererseits leben mehr als die Hälfte der 3,1 Millionen in der Union registrierten Bürger aus afrikanischen Ländern in Frankreich.
- **Nicht-EU-Bürger leben hauptsächlich in städtischen Gebieten:** Migrationsmuster der internationalen Migranten, die von außerhalb in die EU kommen, unterscheiden sich von denen der einheimischen Bevölkerung. Schätzungen zeigen, dass Einwanderer aus Drittländern hauptsächlich in Städte ziehen, eine Tatsache, die den allgemeinen Trend der urbanen Dekonzentration überdeckt. Sie stellen beispielsweise über 15% der Gesamtbevölkerung von fünf großen Städten: von München, Frankfurt, Stuttgart, Wien und Brüssel. Als letztes Beispiel sei das folgende genannt: der Anteil der Einwanderer an der Gesamtbevölkerung war im Pariser Ballungsraum fast 15%, verglichen mit weniger als 3% in den ländlichen Gebieten und 5.6% in städtischen Gebieten von weniger als 20.000 Einwohnern (Französische Volkszählung, 1990).

Es gibt eine Auswanderung hoch qualifizierter Menschen von der EU in die USA: Immer mehr EU-Bürger promovieren in den USA: ihre Zahl hat sich in den 90er Jahren praktisch verdoppelt und erreichte einen Anteil von 3,5% aller in den USA in Natur- und Ingenieurwissenschaften verliehener Doktorgrade. Fast die Hälfte der Europäer, die in wissenschaftlich-technischen Fächern promovierten, wollten in den USA auch beruflich weiterarbeiten. Aber die USA ziehen nicht nur EU-Doktoranden an. Während der 90er Jahre stieg die Zahl der hoch qualifizierten Europäer, die in den USA eine Anstellung im Bereich Natur- und Ingenieurwissenschaften hatten. Die meisten von ihnen waren relativ jung, hatten einen naturwissenschaftlichen Hintergrund (vorwiegend Ingenieure und Informatiker), ein sehr hohes Bildungsniveau (die Hälfte von ihnen hatte promoviert oder ein Diplom) und arbeiteten hauptsächlich in der Privatwirtschaft und im Bildungs- und Forschungsbereich.

Quelle: Wissenschaft, Technologie und Innovation – Schlüsselzahlen 2000 – (Science, technology and innovation - Key Figures 2000) - Europäische Kommission: GD Wissenschaft und EUROSTAT.

2.2 Lebensbedingungen

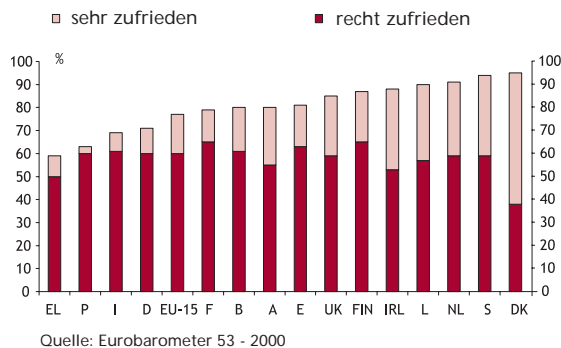
In diesem Kapitel geht es um die Entwicklung der Lebensbedingungen. Die gesammelten Daten werden durch die Wahrnehmung der Bürger untermauert.

Der Eurobarometer-Umfrage (EB 53-2000) zufolge erklären 77% der EU-Bürger, dass sie mit ihrem Leben im allgemeinen zufrieden sind. Männer (78%) sind zufriedener als Frauen (76%) und junge Menschen (81%) zufriedener als alte (74%).

Als Hauptdeterminanten für ihre Lebensqualität nennen die Bürger *Gesundheit, Einkommen, Familienleben und Wohnen*.

- **Gesundheit:** 83% der EU-Bürger sind mit ihrem Gesundheitszustand zufrieden. Die Lebenserwartung ist zwar für Frauen höher (81 Jahre) als für Männer (75 Jahre), aber Männer sind mit ihrem Gesundheitszustand zufriedener als Frauen, und der Unterschied vergrößert sich mit dem Alter. Der Gesundheitszustand hängt mit Faktoren zusammen, wie dem Einkommen (Menschen der höchsten Einkommensgruppe geben häufiger an, gesund zu sein als Menschen der niedrigsten Einkommensgruppe), der Bildung (Menschen mit höherem Bildungsstand geben im Vergleich zu Menschen mit niedrigerem Bildungsstand häufiger an, ihr Gesundheitszustand sei gut) und der Beschäftigung (Beschäftigte haben einen besseren Gesundheitszustand als Nichtbeschäftigte; die Arbeitsbedingungen beeinflussen die Gesundheit).
- **Einkommen:** Die ausführlichere Behandlung dieses Faktors erfolgt in Abschnitt 2.3. Mit ihrer finanziellen Situation zufrieden sind 67% der EU-Bürger.
- Das **Familienleben** - oder genauer gesagt "Familienmitglieder zu haben, die da sind, wenn ich sie brauche" - wurde als weiterer wichtiger Faktor genannt, der zur Lebensqualität beiträgt. Die Zeit, die für das Familienleben zur Verfügung steht, wird weitgehend durch die Arbeitszeit bestimmt, die in der Landwirtschaft und in der Industrie rückläufig ist, nicht jedoch im Dienstleistungsbereich. Die Arbeitszeit ist für ältere Industriearbeiter und für junge Menschen im Dienstleistungsbereich länger. Beim Verplanen ihrer Zeit sieht die Mehrzahl der Arbeitnehmer die Arbeitszeit als gegeben an und passen dann ihre Freizeit dementsprechend an – allerdings würden sie gern über mehr freie Zeit für die Familie, soziale Aktivitäten und Freizeit verfügen.
- **Wohnen** ist das vierte Kriterium, das den EU-Bürgern im Hinblick auf die Lebensqualität wichtig war. Im Statistik-Anhang sind zwar einige Daten über die Wohnsituation enthalten, sie wird jedoch im Bericht dieses Jahres nicht ausführlich untersucht.
- Unter einem analytischen Gesichtspunkt sind **Bildung, Sicherheit** und der **Zugang zur Informationstechnik** auch Bestandteile der Lebensqualität.
- In einer wissensbasierten Gesellschaft wirken sich **Bildung** und Ausbildung wesentlich auf die Lebensqualität aus. Beide mindern das Risiko der Arbeitslosigkeit und verbessern die soziale Beteiligung. Die Anhebung des Bildungsstands hat in den letzten zehn Jahren EU-weit beachtliche Fortschritte gemacht: 71% der jungen Generation (25-29 Jahre) hat zumindest eine Ausbildung der Sekundarstufe II abgeschlossen. Die entsprechende Zahl für die ältere Generation (50-64 Jahre) beträgt knapp unter 50%. Auch in der Gleichstellung der Geschlechter wurden beachtliche Fortschritte erzielt: in den meisten Mitgliedstaaten weisen die jungen Frauen inzwischen einen Bildungsstand auf, der leicht über dem der Männer liegt. In der Altersgruppe zwischen 25-34 Jahren haben 25% Frauen eine Tertiärausbildung abgeschlossen, verglichen mit 23% der Männer. Die entsprechenden Zahlen für die Altersgruppe zwischen 50-59 Jahren sind 13% beziehungsweise 21%. Der familiäre Hintergrund ist immer noch eine wesentliche Determinante für das Bildungsniveau der Einzelnen, aber es scheint, als wäre das Bildungssystem in bestimmten Mitgliedstaaten imstande, den Einfluss dieses Faktors zu verändern.
- **Sicherheit** wird unter dem Gesichtspunkt untersucht, wie sie die Lebensqualität beeinflusst. Es gibt zahlreiche Quellen der Unsicherheit. Wir konzentrieren uns in diesem Bericht auf Verbrechen, Verkehrsunfälle und Gewalt in der Familie. Bei den gemeldeten Verbrechen geht die Zahl der Tötungen und Einbrüche zurück, während die Angriffshandlungen und Autodiebstähle zunehmen. Die Gefahren des Straßenverkehrs bilden einen weiteren Unsicherheitsfaktor. Im Jahre 1998 lag die Zahl der verzeichneten Gewaltverbrechen (1,38 Mio.) unter der gemeldeten Zahl der Verkehrstopfer (1,7 Mio.). Trotz des enormen Anstiegs des Verkehrsaufkommens ist die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle in den neunziger Jahren konstant gesunken. Die Gewalt in der Familie ist ein weitverbreitetes Phänomen, von dem alle sozialen Gruppen und Kulturen in allen Mitgliedstaaten betroffen sind. Da diese Handlungen nicht länger vergeben oder im gleichen Maße stillgeschwiegen werden, ist die Zahl der gemeldeten Vorfälle steigend.
- Die meisten EU-Bürger stehen den **neuen Informations- und Kommunikationstechnologien** positiv gegenüber und fordern die öffentlichen Stellen auf, dafür zu sorgen, dass alle Zugang zu diesen neuen Technologien haben.

S.b. 12 Zufriedenheit der Bevölkerung mit ihrem Leben im allgemeinen in % (Alter 16 und darüber)



2.2.1 Leben im allgemeinen

77% aller EU-Bürger erklärten im Jahr 2000, mit ihrem Leben im allgemeinen zufrieden zu sein: 17% davon erklärten, sehr zufrieden zu sein. Es gibt jedoch zwischen den EU-Mitgliedstaaten wesentliche nationale Unterschiede, was diese Wahrnehmung angeht. Am zufriedensten sind die Menschen in Dänemark, während Portugal (63%) und Griechenland (59%) das niedrigste Niveau an Zufriedenheit aufweisen.

Insgesamt scheinen Männer (78%) etwas zufriedener zu sein als Frauen (76%). Die Zufriedenheit mit dem Leben wird auch durch das Alter beeinflusst. Junge Menschen (81%) sind zufriedener als Menschen über 55 (74%). Eine Erklärung für diese Abweichung könnte sein, dass sich der Gesundheitszustand mit zunehmendem Alter verschlechtert.

Eurobarometer befragt die EU-Bürger seit 1973 regelmäßig über ihre allgemeine Zufriedenheit (siehe Statistik-Anhang). Die Analyse der Ergebnisse liefert einige interessante Aufschlüsse.

Der Grad an Zufriedenheit mit dem Leben im allgemeinen scheint mit kulturellen Faktoren zusammenzuhängen. Es lassen sich zwei Hauptgruppen unterscheiden:

- Die skandinavischen Länder (Dänemark, Finnland, Schweden) weisen zusammen mit den Niederlanden und Luxemburg einen sehr hohen Zufriedenheitsgrad auf (über 89% zufriedener Menschen), der relativ konstant bleibt. Der Grad an Zufriedenheit ist in Dänemark am höchsten.
- Die südlichen EU-Länder (Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Frankreich) weisen einen geringeren Grad an Zufriedenheit auf, der in Griechenland am niedrigsten ist. Die anderen Länder sind zwischen diesen beiden Extremen angesiedelt.

Die Statistiken zeigen (insbesondere für die Länder mit niedrigem Zufriedenheitsgrad) von Jahr zu Jahr wesentliche Schwankungen, die sich nicht allein durch wirtschaftliche Faktoren erklären lassen.

Bei einigen Ländern ist eine erstaunliche Stabilität festzustellen (Dänemark, Niederlande, Vereinigtes Königreich). Andere weisen einen langsamen Aufwärtstrend (Frankreich, und in

größeren Maße Italien), und wieder andere Länder einen Abwärtstrend auf (Deutschland und Belgien).

(Siehe auch Kapitel 4: Statistik-Anhang 1.11)

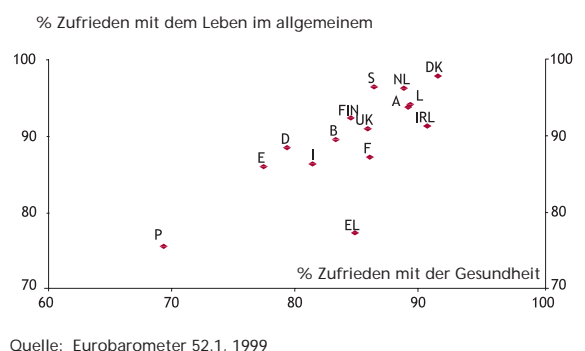
2.2.2 Die Gesundheitssituation und ihre Determinanten

(siehe auch Kapitel 3 Statistisches Porträt, Blatt 19 und 20, und Kapitel 4 Statistik-Anhang 1.10)

Die EU-Bürger sehen in der Gesundheit den wichtigsten, ihre Lebensqualität erhöhenden Faktor. Die große Mehrheit (über 80 %, selbst im sehr hohen Alter) sind mit ihrem Gesundheitszustand zufrieden. (Eurobarometer 52.1 – 1999). Lediglich vier Länder (Portugal, Spanien, Deutschland und Italien) liegen unter dem EU-Durchschnitt (83% zufriedene Menschen).

Diese verbreitete Zufriedenheit ist verständlich, wenn wir uns die objektiven Daten anschauen. Aus epidemiologischen und sozioökonomischen Studien geht hervor, dass sich die Lebenserwartung und der Gesundheitszustand im Laufe der letzten fünfzig Jahre im allgemeinen kontinuierlich verbessert haben. Die Ausrottung von chronischen Krankheiten, Verbesserungen in der Lebensweise, der Wohnsituation und der Ausbildung sowie das Wirtschaftswachstum sind die Hauptdeterminanten für einen guten Gesundheitszustand. An die 87% der EU-Bevölkerung zwischen 16 und 64 Jahren werden in ihrem täglichen Leben nicht von Gesundheitsproblemen geplagt. 4% der restlichen 13% geben an, dass sie schwer behindert sind und 9%, dass sie in bestimmtem Umfang behindert sind. Dieser Durchschnitt beinhaltet aber nationale Ungleichheiten: nur 79% der finnischen Bevölkerung sind nicht behindert, während dieser Prozentsatz in Italien 93% ausmacht.

S.b. 13 Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand/mit dem Leben im allgemeinen

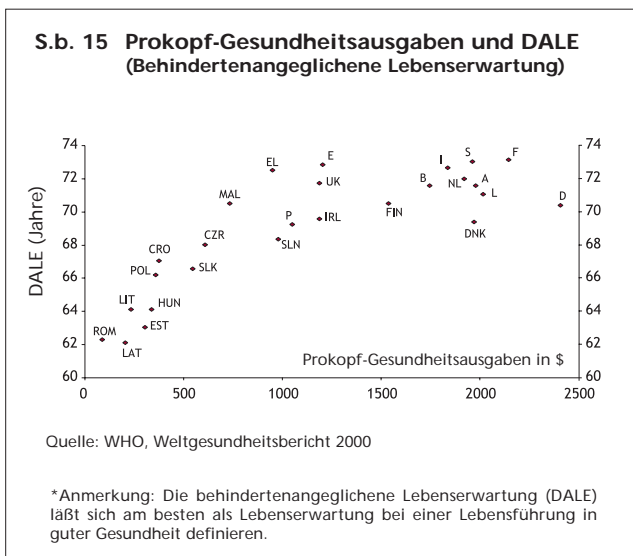
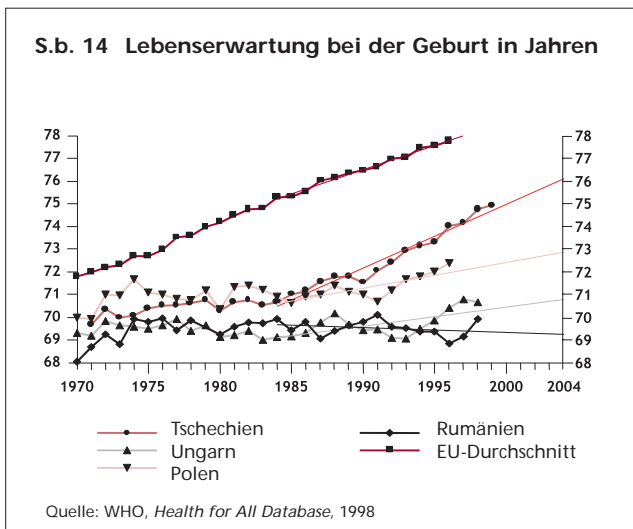


Obwohl die EU-Bürger ihren Gesundheitszustand als ausschlaggebenden Faktor für ihre Lebensqualität betrachten, sind sie – mit Ausnahme Griechenlands - mit ihrem Leben im allgemeinen zufriedener als mit ihrer Gesundheit.

Wir sollten auch darauf hinweisen, dass die EU-Bürger im Vergleich zu bestimmten Kandidatenländern länger und gesünder leben.

Lebenserwartung in einigen Kandidatenländern

Der Vergleich der Lebenserwartung des EU-Durchschnitts mit dem der Beitrittsländer zeigt beträchtliche, in einigen Fällen noch zunehmende Unterschiede. Die Gesundheitssituation in der Tschechischen Republik, in Polen und Ungarn bessert sich nach einer Zeit der Stagnation, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die ungünstigen sozioökonomischen Trends während des Übergangsprozesses haben sich im Laufe der ersten Jahre des Übergangsprozesses im Zusammenwirken mit sozialen Unruhen, Armut und Migration in Ungarn, und in geringerem Umfang auch in Polen, anscheinend negativ auf die Gesundheitssituation ausgewirkt. Dies scheint auf die Tschechische Republik nicht zuzutreffen. Ferner ist erwähnenswert, dass es, während in den wohlhabenderen EU-Ländern kein augenscheinlicher Zusammenhang zwischen den Gesundheitsausgaben der Regierung und dem Gesundheitszustand der Einzelnen besteht, diesen offensichtlichen Zusammenhang für die relativ ärmeren Erweiterungsländer gibt.



Geschlechterunterschiede

Die Lebenserwartung ist EU-weit für Frauen größer als für Männer ... Die durchschnittliche Lebenserwartung auf EU-Ebene betrug im Jahre 1999 81 Jahre für Frauen und 85 Jahre für Männer (siehe Abschnitt 1, Blatt 19), **Männer geben jedoch häufiger als Frauen an, ihr Gesundheitszustand sei gut, und der Unterschied nimmt mit dem Alter zu.** In allen Ländern mit Ausnahme Finnlands ist der Anteil der Männer, die angeben, ihr Gesundheitszustand sei gut (68% im EU-Durchschnitt), größer als der der Frauen (61%). Die größte Abweichung finden wir in Portugal (12%) und in Italien (10%). Der konstante Unterschied zwischen Männern und Frauen läßt darauf schließen, dass Frauen zwar länger leben als Männer, ihre Lebensqualität in diesen zusätzlichen Jahren aber geringer ist (ECHP 1996 A: Personen im Alter von 16 und darüber geben an, ihr Gesundheitszustand sei "gut" oder "sehr gut").

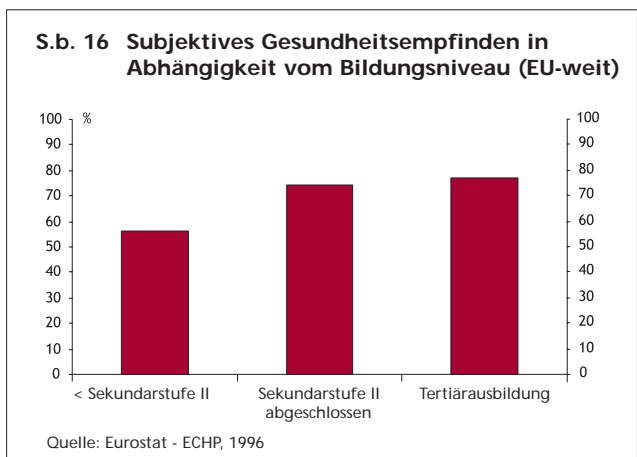
Die Auswirkungen des Einkommens auf Gesundheit

Es ist ferner statistisch belegt (ECHP, 1996), dass es eine positive Korrelation zwischen Einkommensniveau und Gesundheitssituation gibt. Ein schlechterer Gesundheitszustand korreliert mit den untersten Einkommensgruppen (eine ausführlichere Darstellung findet sich in Abschnitt 2, Kapitel 3).

Dieser Zusammenhang wird durch Eurobarometer (1999) bestätigt: 72% der untersten Einkommensgruppen sind zufrieden mit ihrem Gesundheitszustand, verglichen mit 90% der obersten Einkommensgruppen.

Bildung und Gesundheit

Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Bildung und Gesundheit. Der angegebene Gesundheitszustand verbessert sich in allen Mitgliedstaaten mit zunehmendem Bildungsniveau. Der Zusammenhang scheint besonders ausgeprägt, wenn man den Unterschied des subjektiven Gesundheitsempfindens von Personen mit niedrigerer und höherer Bildung vergleicht. Dieser Unterschied läßt sich teilweise durch einen Generationeneffekt erklären: die älteren Generationen sind in der Regel weniger gut ausgebildet als die jüngeren. Er läßt sich eventuell auch auf die Tatsache zurückführen, dass schlechter ausgebildete Personen häufiger (als gut ausgebildete) mit den Problemen der Arbeitslosigkeit, ungesunden Arbeits- und Lebensbedingungen und schlechten Wohnsituation konfrontiert sind.



Die Wechselwirkung zwischen Beschäftigung und Gesundheit

(siehe auch: "Unsicherheit am Arbeitsplatz")

Der prozentuale Anteil der Personen, die angeben, ihr Gesundheitszustand sei gut, nimmt mit geringerer beruflicher Stellung ab (beispielsweise Aufsichtsfunktion, Zwischenfunktion, keine Aufsichtsfunktion), wobei es aber verblüffende Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt. In den meisten Fällen unterscheidet sich die Gesundheitssituation der Arbeitslosen - ausgenommen in Belgien, Deutschland und Luxemburg, und weniger ausgeprägt im Vereinigten Königreich und in Australien - nicht so sehr von der der Erwerbstätigen.

Die ersten Ergebnisse der von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Jahre 2000¹³ durchgeführten Dritten Europäische Erhebung zu den Arbeitsbedingungen zeigen, dass die mit der Gesundheit, dem Arbeitstempo und der Arbeitszeit verbundenen Probleme auch weiterhin auf den Arbeitsplätzen innerhalb der EU auftreten (siehe auch Kapitel 2.4).

In einer von der European Agency im Jahre 2000 durchgeführte Pilotstudie (Die Arbeitsplatzsicherheits- und Gesundheitssituation in der Europäischen Union)¹⁴ wurden zahlreiche Probleme in Zusammenhang mit der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz ausgewiesen. In dieser Studie werden die relevantesten Risikokategorien und ihre Korrelation zu den Beschäftigungssektoren und der Tätigkeit untersucht. Zu den relevantesten Risiken gehören: körperliche Risiken (Lärm, Schwingungen, usw.), chemische Risiken, Haltungs- und Bewegungsrisiken und psychologische Arbeitsbedingungen (Arbeit bei hoher Geschwindigkeit, monotone Arbeit, Gewalt und Schikane). Bei den Beschäftigungssektoren sind es die Baubranche, das verarbeitende Gewerbe, die Landwirtschaft und die Gesundheits- und Sozialarbeit, in denen die meisten Risiken gemeldet werden. Als Berufsgruppen mit größeren Risiken werden genannt: Maschinenbedienpersonal, Arbeiter am Bau, im verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und im Gesundheitsbereich. Es werden auch organisatorische Arbeitsformen wie Telearbeit und neu entstehende Risiken wie Stress, Einsatz neuer Chemikalien, Gewalt und wiederholte Belastung untersucht.

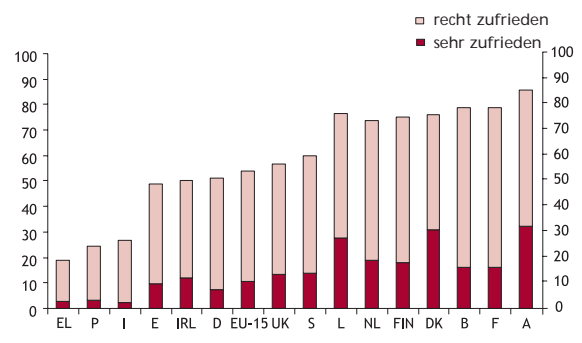
Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem

Eurobarometer (EB 52.1 – 1999) zufolge ist **lediglich die Hälfte der EU-Bürger zufrieden mit ihrem Gesundheitssystem**, und von diesen ist nur ein Fünftel sehr zufrieden. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die EU-Bürger in ihrer persönlichen Bewertung der nationalen Gesundheitssysteme stark voneinander abweichen.

Fast einer von drei Österreichern, Dänen und Luxemburgern erklärt, sehr zufrieden mit dem Gesundheitssystem seines Landes zu sein. Dagegen ist in den südeuropäischen EU-Ländern nur eine geringe Zufriedenheit der Bürger mit ihrem Gesundheitssystem festzustellen. Mehrere von der Europäischen Kommission und anderen Organisationen, beispielsweise der OECD, durchgeführte Studien sind zu ähnlichen Ergebnissen gelangt. Für die geringe Zufriedenheit sind möglicherweise mehrere Faktoren verantwortlich, der wichtigste ist die unerfüllte Hoffnung auf einen qualitativ

höherwertigen Dienst, obwohl die EU-Mitgliedstaaten in den achtziger und neunziger Jahren zahlreiche Maßnahmen ergriffen haben, um die Sozial- und Gesundheitsdienste stärker an der Nachfrage und den Bedürfnissen der Verbraucher auszurichten und einem größeren Bevölkerungsspektrum zugänglich zu machen.

S.b. 17 Personen, die mit dem Gesundheitssystem ihres Landes zufrieden sind



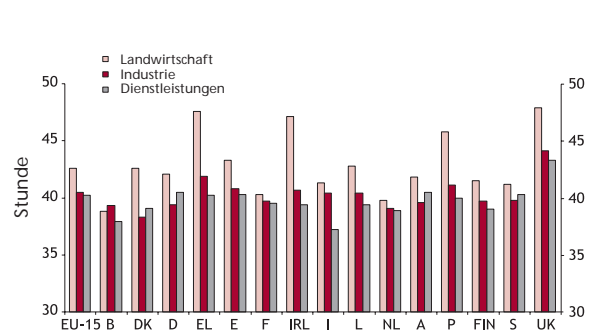
Quelle: Eurobarometer 52.1

Familienleben: Aufteilung der Zeit auf Arbeit und Sozial- und Familienleben

(siehe auch Kapitel 4, Statistik-Anhang 1.5 und die GD Beschäftigung und soziale Angelegenheiten: "Wie nutzen Männer und Frauen ihre Zeit – drei EU-Studien", 1998)

Die Arbeitszeit sinkt im EU-Durchschnitt bleibt aber im Dienstleistungsbereich stabil, wobei es von Land zu Land erhebliche Schwankungen gibt.

S.b. 18 Durchschnittliche Arbeitszeit (Vollzeit), 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Im Jahre 1999 betrug die übliche Wochenarbeitszeit im EU-Durchschnitt 43 Stunden in der Landwirtschaft, 40,5 Stunden in der Industrie und 40 Stunden in Dienstleistungsbereich. Die höchste durchschnittliche Wochenarbeitszeit verzeichnete das Vereinigte Königreich (Landwirtschaft: 48 Stunden, Industrie: 44 Stunden, Dienstleistungsbereich: 43 Stunden), und die niedrigste Belgien (Landwirtschaft: 30 Stunden), Dänemark (Industrie: 38 Stunden) und Italien (Dienstleistungsbereich: 37 Stunden).

¹³ Dritte europäische Erhebung zu den Arbeitsbedingungen. Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen 2000.

¹⁴ Die Arbeitsplatzsicherheits- und Gesundheitssituation in der Europäischen Union - Pilot Study. Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, 2000.

In der Industrie arbeiten ältere Arbeitnehmer länger als andere Arbeitnehmer, im Dienstleistungsbereich arbeiten die jüngeren Arbeitnehmer länger. Die Wochenarbeitszeit steigt in den ersten beiden Altersgruppen (15-24 Jahre und 35-39 Jahre) an, bleibt dann stabil und erhöht sich wieder für die ältesten Arbeitnehmer (60-64 Jahre). Im Dienstleistungsbereich ist das Muster völlig anders: nach einem Anstieg zu Beginn der Laufbahn (bis zur Altersgruppe zwischen 30-34 Jahren) geht die Wochenarbeitszeit zurück (Altersgruppe zwischen 35-40 Jahren bis zur Altersgruppe zwischen 45-49 Jahren) und steigt dann wieder an. Die Wochenarbeitsstundenzahl in der Altersgruppe zwischen 60-64 ist höher als der Durchschnitt, bleibt aber unter dem der Altersgruppe zwischen 25-29 Jahren und 30-34 Jahren.

Es ist schwierig, die Auswirkung der Arbeitszeit auf die für andere Aktivitäten aufgewendete Zeit zu ermitteln. Erwerbstätige in 8 Mitgliedstaaten wurden in einer von Chronopost – Management & Communication im Jahre 1999 durchgeführten Erhebung befragt, ob sie ihre Zeit unter Zugrundelegung ihrer Arbeitszeit oder ihrer anderen Aktivitäten (Familie, Freizeit, freie Zeit, usw.) planen (vgl. Grafik 19).

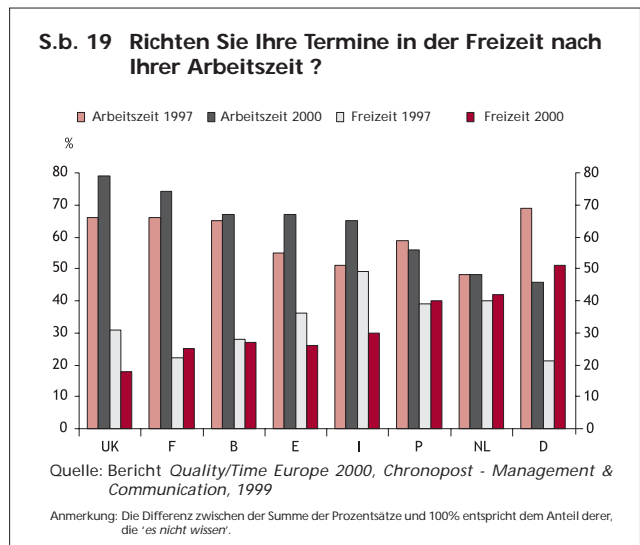
Im Jahre 1997 gab die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Arbeitszeit den Vorrang – die Unterschiede zwischen dem Vorrang für die Arbeitszeit und dem für die übrige Zeit war enorm. Eine Ausnahme machten die Niederlande und Italien. Im Jahre 2000 nahm der der Arbeitszeit eingeräumte Vorrang in fünf von acht Ländern ab. In Deutschland läßt sich die verblüffendste Entwicklung feststellen: die Situation hat sich in drei Jahren vollständig umgekehrt.

Der Arbeitszeit Priorität einräumen kann auch bedeuten, Arbeit mit nach Hause zu nehmen, was 53% der Manager in der Union auch tun. Die meisten von ihnen sind der Ansicht, dass dies, auch wenn es häufig nötig sein kann, nicht üblich ist.

Der wachsende Einsatz der neuen Technologien, die eine stärkere Integration von Arbeits- und Privatleben ermöglichen, kann die Suche nach einem vernünftigen Gleichgewicht zwischen beiden Sphären zunehmend erforderlich machen.

Der Wunsch nach mehr freier Zeit ist am ausgeprägtesten in der Altersgruppe zwischen 25-39 (12%), gefolgt von den 40- bis 54-Jährigen (11%) und der jüngsten Altersgruppe (9%): das Thema ist weit weniger wichtig für die Altersgruppe von 55 und darüber (5%), da ein Großteil von ihnen nicht an der Beschäftigung teilhat. Je höher das Ausgangsbildungsniveau, desto größer der Wunsch nach mehr freier Zeit, nach weniger Stress und nach Zugang zu den neuen Technologien und zu sozialen und kulturellen Aktivitäten. Ähnlich läßt sich feststellen: je höher das Einkommensniveau, desto größer der Wunsch nach mehr freier Zeit (von 4 bis 14%) und nach weniger Stress (von 11 bis 15%).

Die meisten EU-Bürger nutzen ihre freie Zeit für Familienaktivitäten (21%), Hausarbeit (15%), soziale Aktivitäten (18%), zur Entspannung (18%) und für den Sport (9%). Der Geschlechterunterschied zeigt sich besonders deutlich bei der Hausarbeit (Frauen 21%, Männer 9%) und beim Sport (Männer 12%, Frauen 6%).

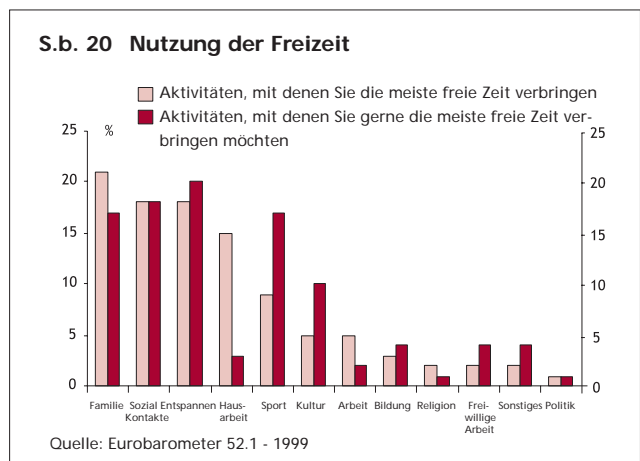


Mehr freie Zeit wäre sinnvoll für soziale Aktivitäten und für die Freiwilligenarbeit... Was würden die Menschen tun, wenn sie wöchentlich 5 Stunden mehr freie Zeit hätten? Hauptsächlich mehr entspannen und mehr Sport treiben, aber auch mehr soziale, familiäre und kulturelle Aktivitäten pflegen und der Freiwilligenarbeit mehr Zeit widmen. Das Wahlmuster ist nicht wirklich geschlechtsspezifisch.

... und für die Familie... 17% der Menschen würden EU-weit mehr Zeit mit Familienaktivitäten verbringen, in Dänemark beispielsweise 26% und in Italien 10%. Die Finnen verbringen nur 10% ihrer freien Zeit mit der Familie, aber 14% mit Sport.

... und für mehr Sport?... Ja - 17% der EU-Bürger (26% in Luxemburg) sprechen sich dafür aus. Die EU-Bürger widmen dem Sport effektiv weniger Zeit (9%). Die höchsten Zahlen werden aus Finnland und Schweden (14%), die niedrigsten aus Griechenland (4%) gemeldet.

... aber nicht so viel für Bildung: nur 4% der EU-Bürger geben an, ihre freie Zeit für Bildung zu nutzen; die Skala reicht von 0,7% in Belgien bis zu 11% in Finnland. Der Grad der Beteiligung an Bildungsaktivitäten ist in Dänemark am höchsten (6%).

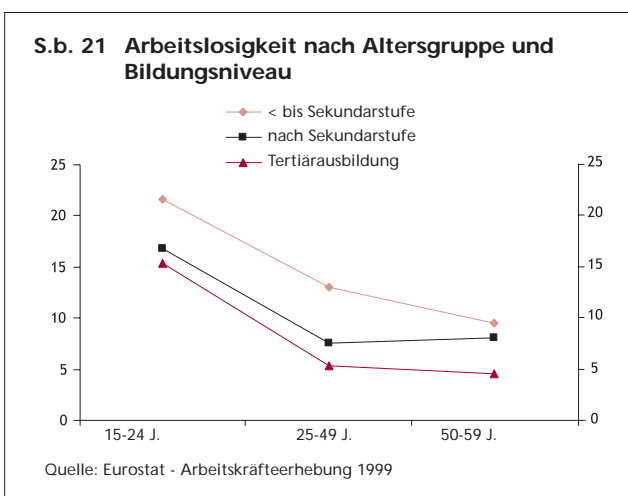


2.2.3 Bildung

(siehe auch Kapitel 3: Statistisches Porträt, Blatt 5 und 6, sowie Kapitel 4: Statistik-Anhang 1.4)

Eurobarometer zufolge **scheinen die EU-Bürger die Bildung nicht zu den wichtigsten Faktoren zu zählen, die zu ihrer Lebensqualität beitragen.**

Dennoch **wird die Bildung als ein Schlüsselfaktor für die Beteiligung am Arbeitsmarkt und somit auch für die soziale Integration anerkannt**, da die Beschäftigung die wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche soziale Integration darstellt. Die Statistik zeigt, dass **Bildung das Risiko von Arbeitslosigkeit drastisch senkt...** Die Arbeitslosigkeit sinkt mit wachsendem Bildungsstand - dies gilt für jedes Alter.



Eine Studie über die Auswirkungen der sozioökonomischen Familiensituation auf Bildung und Ausbildung¹⁶

Die Studie zeigt, dass in allen Ländern eine deutliche allgemeine Verbesserung des Bildungsstands festzustellen ist, der anhand der Ausbildungsdauer und den Bildungsabschlüssen ermittelt wird. Seit der Einführung und Weiterentwicklung der Schulpflicht zu Beginn des letzten Jahrhunderts ist eine kontinuierliche Verbesserung des Qualifikationsniveaus der Erwerbsbevölkerung festzustellen. Die empirische Analyse zeigt ferner, dass ein positiver Zusammenhang zwischen sozialem Egalitarismus und der mittleren Lese- und Schreibfähigkeit besteht. Das mittlere Niveau der Lese- und Schreibfähigkeit ist in Ländern mit einem ausgeprägterem sozialen Gefälle niedriger als in Ländern mit geringerer Ungleichheit.

Der Einfluss der Familie

Auf den ersten Blick entsteht der Eindruck, es bestünde eine enge statistische Korrelation zwischen den finanziellen Mitteln und dem Ausbildungsniveau. Bezieht man aber andere Variablen wie das Bildungsniveau der Eltern in die Untersuchung mit ein, wird diese Korrelation so unbedeutend, dass sie vernachlässigt werden kann. Die finanziellen Mittel haben nachweislich einen Einfluss, insbesondere auf

die schulischen Wahlmöglichkeiten und die Entscheidung, das Bildungsangebot über die Schulpflicht hinaus zu nutzen.

Die statistischen Daten belegen, dass die **gesellschaftliche Schicht einen starken Einfluss auf das Bildungsergebnis hat**. Dieser Einfluss ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die soziale Klasse eine Kombination aus drei Ressourcen darstellt, den finanziellen, kulturellen und sozialen Ressourcen. Es besteht in der Tat ein enger Zusammenhang zwischen dem **Bildungsniveau der Eltern**, dem Bildungsergebnis der Kinder und der Entscheidung, eine Sekundarausbildung auf Universitätsniveau fortzusetzen. Die statistische Analyse weist auf eine enge Korrelation zwischen dem **kulturellen Kapital** einerseits und dem Bildungskapital und der Gesellschaftsklasse andererseits hin. Sie weist im Hinblick auf das soziale Kapital ferner nach, dass die Familienstruktur das Bildungsvermögen stark beeinflusst. Die Verbindung zwischen Eltern und Kindern spielt eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung von sozialen Fähigkeiten und von Wissen.

Fortschritte im Bildungsbereich

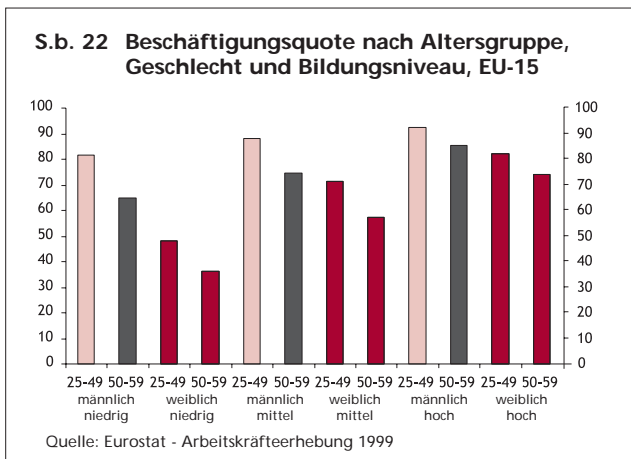
(Siehe auch Kapitel 3, Blatt 5: Bildungsergebnisse)

Die grundlegende Rolle der Bildung wird in den zunehmend wissensbasierten Gesellschaften noch an Bedeutung gewinnen. Die Bildung ist aber nicht nur lebenswichtig für die soziale Integration und die Einbindung in den Arbeitsmarkt, sie gilt gleichzeitig zunehmend als lebenswichtiges Element für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Die Schließung der Kluft zwischen den Ländern mit dem höchsten und den Ländern mit dem niedrigsten Bildungsniveau - besonders für die jüngeren Generationen - stellt eine interessante Entwicklung dar.

Der prozentuale Anteil der jungen Menschen zwischen 25 und 29 Jahren, die zumindest eine Ausbildung der Sekundarstufe II abgeschlossen haben, liegt mit Ausnahme Spaniens und Portugals über 60%. Diese beiden Länder hatten jedoch mit weniger als 20% die niedrigsten Ausgangsniveaus und können zusammen mit Griechenland auf die deutlichsten Fortschritte verweisen. In diesen Ländern ist der Anteil der Personen der jüngeren Generation (25-29 Jahre), die zumindest eine Ausbildung der Sekundarstufe II abgeschlossen hat, ungefähr drei Mal so hoch wie der der älteren Generation (50-64 Jahre). Dieser Prozentsatz erhöhte sich in einer Generation um beinahe 50%. Ein weitere interessante Entwicklung ist die sich **schließende Kluft zwischen den Geschlechtern**. In den meisten Mitgliedstaaten hat sich die Entwicklung für die Altersgruppe zwischen 25-34 sogar umgekehrt: junge Frauen sind in allen Ländern mit Ausnahme Österreichs, Dänemarks, Deutschlands und des Vereinigten Königreichs besser ausgebildet. Es ist interessant festzustellen, dass das Bildungsniveau der Frauen in Irland und Portugal in allen Altersgruppen höher als das der Männer ist. Das Bildungsniveau der Frauen ist insbesondere in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen. Diese Entwicklung fördert die verstärkte Beteiligung von Frauen an wirtschaftlichen Aktivitäten in allen Mitgliedstaaten, auch wenn das Potenzial von vielen Frauen nicht voll ausgeschöpft wird. Zu sub-optimalen Ergebnissen kommt es, wenn Frauen arbeitslos sind, wenn sie nach einer Pause an einen Arbeitsplatz zurückkehren, der ihrem Qualifikationsniveau nicht entspricht, wenn sie weniger Fortbildungschancen oder

¹⁵ Studie "Innovation, flexibility, training and education: link with the family situation" von I. A.R.D., Milano 1999



weniger Möglichkeit zur Entwicklung ihrer Karriere erhalten (dies trifft mehr für Südeuropa zu).

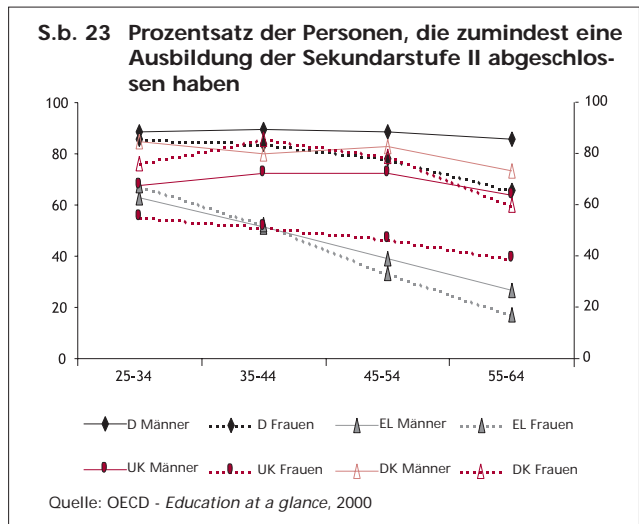
(siehe auch: Employment in Europe Bericht 2000)

Es ist allgemein bekannt, dass **Behinderte** im Vergleich zu Nichtbehinderten **eingeschränkte Ausbildungs- und Bildungschancen haben**. Unterschiede im Bildungsniveau sind, was die Gesundheit angeht, das Ergebnis zweier Faktoren: zum einen kann die Verschlechterung des Gesundheitszustand verhindern, dass jemand seinen normalen Ausbildungsgang fortsetzt, und zum zweiten besteht eine Wechselbeziehung zwischen einem niedrigen Bildungsniveau und gesundheitsgefährdenden Lebens- und Arbeitsbedingungen und einem gesundheitsschädlichen Verhalten. Die Zahlen belegen, ohne den jeweiligen Beitrag dieser beiden Faktoren genau bestimmen zu können, dass von den Personen, die im Alltagsleben schwer behindert sind, 65% den Abschluss der Sekundarstufe II nicht erreicht haben, verglichen mit 45% der Nichtbehinderten. Der Vergleich läßt sich auch auf die Schwerbehinderten übertragen; für sie ist die Wahrscheinlichkeit doppelt so gering wie für die Nichtbehinderten, dass sie eine Tertiärausbildung beginnen, das heißt 7 % der Schwerbehinderten im Vergleich zu 17 % der Nichtbehinderten.

Bildung fördert auch die soziale Beteiligung... Es besteht eine positive Wechselwirkung zwischen der Beteiligung an Freiwilligenaktivitäten und dem Bildungsniveau. Eine 1992 in Belgien durchgeführte Studie zeigt, dass nur 8% der Personen mit einer Ausbildung der Sekundarstufe I sich an Freiwilligenaktivitäten beteiligen, verglichen mit 14% der Personen mit einer Ausbildung der Sekundarstufe II und 21% mit einer Tertiärausbildung.

In einigen Fällen sinkt das Bildungsniveau. In Dänemark ist der prozentuale Anteil von Frauen der Altersgruppe zwischen 25-34, die eine Ausbildung bis zum Abschluss der Sekundarstufe II genossen haben, geringer als in der Altersgruppe zwischen 35-44. Dieser Rückgang könnte vorübergehend sein und keine langfristigen Auswirkungen haben, wie das bei den Männern der Fall zu sein scheint (in der Altersgruppe zwischen 35-44 ist das Bildungsniveau niedriger als in der Altersgruppe zwischen 45-54, das der 25- bis 34-Jährigen jedoch höher als das aller übrigen Gruppen). Im Vereinigten Königreich ist das Bildungsniveau der Männer

der Altersgruppen zwischen 25-34 und zwischen 35-44 niedriger als der Altersgruppe zwischen 45-54. In Italien ist das Bildungsniveau der Altersgruppe zwischen 35-44 vergleichbar mit dem der jüngsten Altersgruppe (25-34). Die Entwicklungen in diesen beiden Ländern sind vielleicht überraschender als die in Dänemark, weil der Rückgang im Vereinigten Königreich in den beiden jüngsten Altersgruppen signifikant ist und der Stillstand sich in Italien auf einem relativ niedrigen Bildungsniveau manifestiert (50% der Altersgruppe mit einer Ausbildung der Sekundarstufe II).

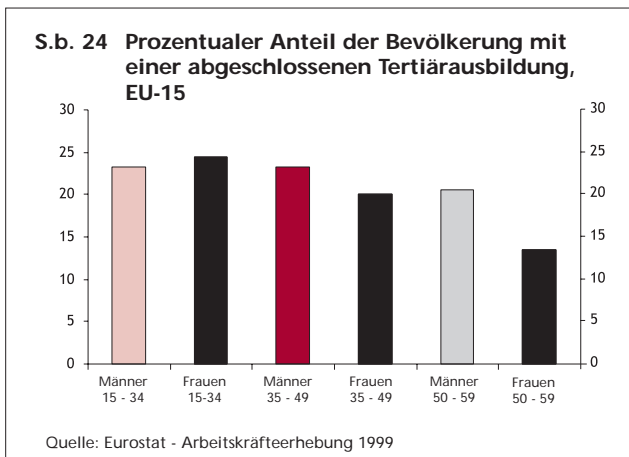


Der Prozentsatz der Personen mit einer Tertiärausbildung nimmt zu, dabei ist der Anteil der Frauen allerdings größer als der der Männern. Es ist EU-weit kein Anstieg bei den Altersgruppen der Männer zwischen 25-34 und 35-49 zu verzeichnen. In 8 Ländern ist der Prozentsatz der Personen mit einer Tertiärausbildung für die Frauen höher als für die Männer. In einigen Ländern wie Schweden, Portugal und Italien trifft das für alle Altersgruppen zu. In einigen Fällen weitet sich die Kluft zwischen den Geschlechtern, weil die Frauen ihr Bildungsniveau schneller verbessern konnten als die Männer, wie beispielsweise in Belgien, Italien, Portugal, Finnland oder Schweden.

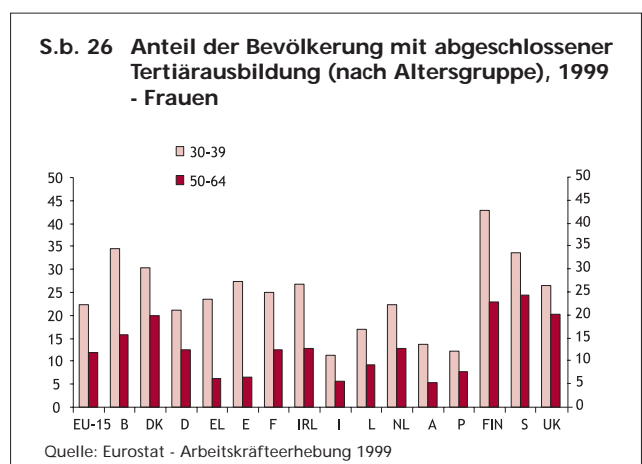
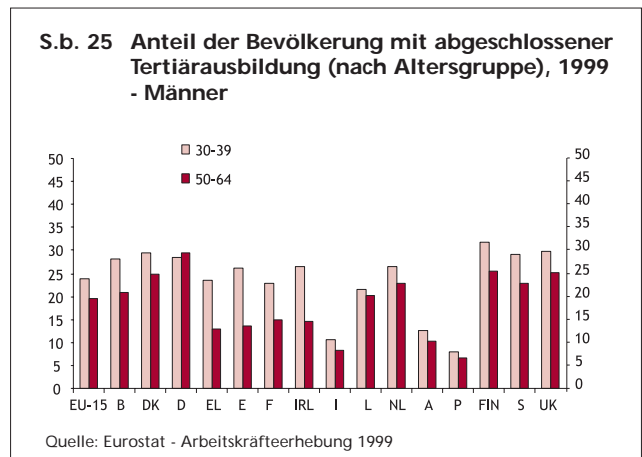
Schließlich ergibt der Vergleich zwischen den Altersgruppen zwischen 25-34 und 35-49 einen ähnlichen Bildungsstand (Griechenland, Italien, Luxemburg, Schweden, Vereinigtes Königreich) - oder sogar einen Rückgang (Deutschland, Niederlande, Österreich) des Prozentsatzes der Männer mit einer Tertiärausbildung.

Der Anteil der Personen mit einer abgeschlossenen Tertiärausbildung hat in den letzten zehn Jahren zugenommen. 23% der Altersgruppe zwischen 30-39 verfügte über eine solche Qualifikation, verglichen mit nur 16% der Altersgruppe zwischen 50-64. Die Kluft zwischen den Generationen ist EU-weit zu beobachten - insbesondere in Belgien, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland und Finnland.

Der Anstieg des Bildungsstandards läßt sich weitgehend auf die wachsende Zahl von Akademikerinnen zurückführen. EU-weit ist die Wahrscheinlichkeit doppelt so hoch, dass Frauen



zwischen 30 und 39 einen akademischen (oder gleichwertigen) Grad haben wie die Frauen zwischen 50 und 64, während die Kluft zwischen den beiden Männergenerationen viel geringer ist (um 20%). Trotz dieses Trends, der in unterschiedlichem Maße in praktisch allen Mitgliedstaaten zu beobachten ist, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Männer (24%) zwischen 30 und 39 Jahren eine Tertiärqualifikation haben, größer als für Frauen derselben Altersgruppe (22%). In Deutschland beträgt die Kluft zwischen den Geschlechtern 7 Prozentpunkte zugunsten der Männer. In vielen Mitgliedstaaten, wie beispielsweise in Belgien, Portugal, Finnland und Schweden, trifft das Gegenteil zu. Dort übertreffen die Frauen die Männer marginal. Es ist interessant festzustellen, dass in Portugal und Schweden mehr Frauen im Alter zwischen 50 und 64 über einen akademischen (oder gleichwertigen) Grad verfügen als Männer dieser Altersgruppe, auch wenn dieser Unterschied sehr gering ausfällt.



Ermittlung des Bildungserfolgs anhand der Lese- und Schreibfähigkeiten

Die Befragung der International Adult Literacy Survey (IALS) bezieht sich auf vier Leistungsgruppen :

- **Niveau 1** - Personen mit nur sehr geringen Fähigkeiten, wie beispielsweise Personen, die nicht in der Lage sind, ihrem Kind ein Medikament in der auf dem Beipackzettel genannten Dosierung zu verabreichen.
- **Niveau 2** - Personen, die nur mit einer unkomplizierten und klar vorgegebenen Materie umgehen können; die gestellten Aufgaben dürfen nicht zu komplex sein. Sie können konstante alltägliche Anforderungen bewältigen.
- **Niveau 3** - gilt als vernünftiges Minimum für die Bewältigung der alltäglichen Anforderungen und für die Arbeit in einer komplexen modernen Gesellschaft. Schließt die Fähigkeit ein, Informationen zu integrieren und komplexe Probleme zu lösen. Entspricht ungefähr dem Qualifikationsniveau eines Abgängers der Sekundarstufe.
- **Niveau 4/5** - Personen, die die Fähigkeit beherrschen, anspruchsvollere Informationen zu bearbeiten.

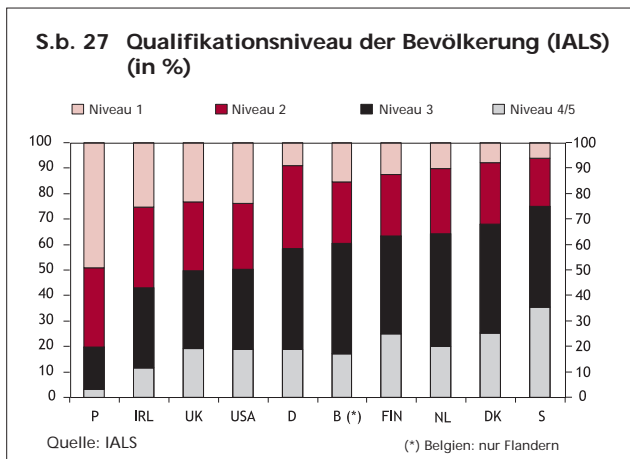
Die IALS-Untersuchungen wurden in den letzten Jahren in mehreren EU-Mitgliedstaaten und anderen Ländern durchgeführt. Wie zu erwarten war, besteht eine starke

Wechselwirkung zwischen den Lese- und Schreibfähigkeiten und der Beteiligung an Bildung, dem Familienhintergrund sowie dem Alter des Befragten.

Sehr gute Ergebnisse für einige Länder ...Schweden erzielt im Ländervergleich das beste Ergebnis. Finnland, die Niederlande und Schweden haben die größten Bevölkerungsanteile in den Qualifikationsgruppen 3 bis 4/5. Portugal liegt knapp über dem Land mit dem niedrigsten Niveau (Chile). Die schlechte durchschnittliche Leistung von Portugal erklärt sich mit den Auswirkungen des Ausgangsbildungsniveaus (vor dem Eintritt in den Arbeitsmarkt), da ein Großteil der Bevölkerung die Sekundarstufe nicht erreichte.

... und große Verteilungsdichten: Dänemark weist die dichteste statistische Verteilung der Fähigkeiten in der Bevölkerung auf (Portugal und die Vereinigten Staaten die größte Streuung). Diese Dimension ist dann wichtig, wenn angesichts einer großen Diskrepanz zwischen Menschen mit den niedrigsten Lese- und Schreibfähigkeiten und denen mit dem höchsten Niveau keine gerechte Verteilung stattfindet. Wie auch auf anderen Gebieten, sind auch hier große Ungleichheiten dem sozialen Zusammenhalt nicht förderlich.

Die Qualität der Ausbildung trägt zur Verbesserung der Lese- und Schreibfähigkeiten bei: Dänemark erzielt – ebenso wie die meisten skandinavischen Länder – bei der Sprachkompetenz der jungen Abgänger der weiterführenden



Schulen eine hohe Plazierung. In den nordischen Länder ist ein erstaunlich homogenes und hohes Niveau der Lese- und Schreibfähigkeit festzustellen; die Auswirkungen des Bildungsniveaus der Familie (Ausbildungsjahre der Eltern) auf die ermittelte Lese- und Schreibfähigkeit sind sehr gering. Diese Länder verfügen über eine hohe durchschnittliche Lese- und Schreibfähigkeit und waren in der Lage, die Lese- und Schreibkompetenz der weniger begünstigten Bürger auszugleichen.

Der Einfluss des Bildungsniveaus der Eltern auf die Lese- und Schreibkompetenz ist im Vereinigten Königreich und in Irland zwar ausgeprägter.

..aber doch nicht ausschlaggebend: Es gibt andere Möglichkeiten als das öffentliche Bildungssystem, Fähigkeiten zu fördern: einige Gesellschaften scheinen erfolgreicher zu sein als andere, wenn es darum geht, Personen mit geringerer Bildung Lese- und Schreibfähigkeiten zu vermitteln. In Schweden und Deutschland können vorzeitige Schulabgänger ein hohes Maß an Lese- und Schreibfähigkeiten nachweisen. Dies trifft für Portugal und die USA weniger zu.

Wer läuft Gefahr, in einer wissensbasierten Gesellschaft ausgegrenzt zu werden ? In vielen Ländern schaffen es überraschenderweise bedeutende Anteile der erwachsenen Bevölkerung (zwischen 25 und 75%) nicht, das Niveau 3 zu erreichen, das von den Sachverständigen als das Niveau angesehen wird, das notwendig ist, um den Alltag in den modernen Gesellschaften bewältigen zu können. Aus diesen Daten geht hervor, dass es in der Regel nicht nur die Randgruppen sind, die über geringe Lese- und Schreibfähigkeiten verfügen, sondern dass durchaus eine große Bevölkerungsgruppe betroffen sein könnte. Sofern diese Personen nicht über entsprechende Fähigkeiten verfügen, stehen sie im Falle eines Arbeitsplatzwechsels oder bei Kontakten mit sozialen Institutionen (Gesundheitsversorgung, Bildung oder Sozialdienste) ernsthaften Problemen gegenüber.

Eine andere Sprache als die jeweilige Muttersprache zu sprechen, wirkt sich auch auf die Lese- und Schreibfähigkeiten aus: Bürger aus Ländern außerhalb der EU, deren

Muttersprache nicht die Amtssprache des Landes ist, in dem sie leben, verfügen in der Regel über geringere Lese- und Schreibfähigkeiten.

Unsicherheit - ein multidimensionales Phänomen Gefühl der Unsicherheit...

Wenn wir von Unsicherheit sprechen, gelten Verbrechen oder städtische Kriminalität zwar nicht als die einzige, aber als eine Hauptursache des Gefühls der Unsicherheit. Diese Ansicht wird durch die Analyse der Kriminalitätsziffern jedoch nicht gestützt, sondern veranlasst vielmehr zu der Schlussfolgerung, dass das Gefühl der Unsicherheit einem allgemeinen Klima der Verunsicherung entspringt, das mit einer größeren wirtschaftlichen Unsicherheit und der Sorge um den Arbeitsplatz, mit der Entwicklung neuer Bedrohungen (Unsicherheit in Zusammenhang mit den jüngsten Problemen im Hinblick auf die Nahrungskette und die Klimaveränderung) oder mit Bedrohungen, die für die Gesellschaft zwar nicht neu sind, jedoch in letzter Zeit von den Medien behandelt wurden (z.B. Pädophilie), zusammenhängt.

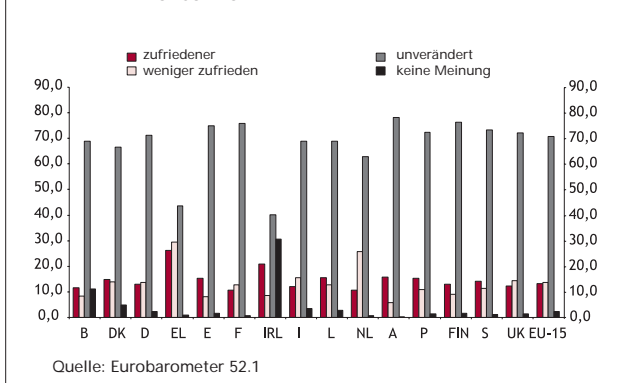
Aus diesem Grund neigen die meisten Spezialisten zu der Ansicht, dass das Gefühl der Unsicherheit nicht so sehr eine Folge von Verbrechen ist als vielmehr der Sorge um die unsicheren Lebensbedingungen (wie beispielsweise gesellschaftliche Isolation, Einkommensverlust, Auseinanderbrechen der Familie, usw.), die besonders bestimmte soziale Gruppen treffen können, entspringt. Diese Verunsicherung würde dann lediglich die Schwierigkeit widerspiegeln, die Menschen, die diesen Gruppen angehören, damit haben, ihren Platz in einer sich verändernden Gesellschaft zu finden – eine Erscheinung, die sich in einem zunehmend unvorhersehbaren Verhalten von Einzelpersonen oder Gruppen äußert.

Aber warum wird die Frage der Unsicherheit auf das Phänomen der städtischen Kriminalität reduziert? Zum einen sind bestimmte Formen der Gewalt immer noch tabu (beispielsweise Gewalt in der Familie), und zum anderen gibt es Formen der Unsicherheit, die von der Gesellschaft leichter akzeptiert werden, weil sie nicht auf eine vorsätzliche Handlung zurückgehen. Es gibt auch seelische Gewalt (insbesondere am Arbeitsplatz), die schwieriger nachzuweisen ist.

Wie aber ist die Meinung der EU-Bürger?

Weitgehend geteiltes Gefühl der Sicherheit.. Der Eurobarometer-Umfrage über die Lebensqualität (Eurobarometer 52.1, 1999) zufolge sind 82% der EU-Bürger mit ihrer persönlichen Sicherheit zufrieden oder sehr zufrieden.

das relativ unverändert fortbesteht. 60% bis 80% der Menschen in allen Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Irlands und Griechenland) sind der Ansicht, dass ihre persönliche Sicherheit sich im Vergleich zu vor zwei Jahren nicht geändert hat. Der Anteil der Personen, die der Ansicht sind, dass ihre Sicherheit sich in den letzten zwei Jahren verbessert hat, ist in 9 von 15 Ländern größer als der Anteil derjenigen, die die Lage für schlimmer halten.

S.b. 28 Persönliche Sicherheit im Vergleich zu vor zwei Jahren

... und Entwicklung der Kriminalität.

Trotz der beschränkten Verfügbarkeit aktueller Daten¹⁶ können wir doch einige allgemeine und interessante Feststellungen zur Entwicklung der Kriminalität machen.

Trends in der Kriminalität entsprechen Änderungen der sozioökonomischen Lage... Die wachsende Kriminalität in den Jahren 1950-1975 ging hauptsächlich auf den beträchtlichen Anstieg der Diebstähle (Einbrüche) zurück. Die Kriminologen erklären dieses Phänomen mit dem starken umlaufenden Vermögen in diesen Jahren (mehr "gewinnträchtige" Ziele) und dem Anstieg der Beschäftigungsquote, vor allem bei den Frauen, was dazu führte, dass mehr Häuser tagsüber unbewohnt waren.

Die Verbrechen ändern sich ab Mitte der siebziger Jahre: der Anstieg der Diebstähle geht zurück, aber die Gewalt gegen Menschen (jede Form der Körperverletzung, Vergewaltigungen und Raub) nimmt zu, obwohl die Zahl der Totschläge ziemlich stabil bleibt. In jüngster Zeit ist zu beobachten, dass die Verbrechen weniger im häuslichen Umfeld (Totschlag, Diebstahl) stattfinden, sondern mehr auf der Straße (Nötigung, Autodiebstahl, usw.). Schließlich weisen die Polizeistatistiken (soweit Verbrechenstatistiken zuverlässig sind) in den zehn Jahren von 1988 bis 1998 eine wachsende Kriminalität in den meisten Mitgliedstaaten aus, aber in den meisten Ländern ist das Niveau 1998 niedriger als in den fünf vorhergehenden Jahren.

Die Strukturgleichungen, mit denen sich die westlichen Länder nach den siebziger Jahren konfrontiert sahen, manifestierten sich in zahlreichen, mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Problemen. Für immer mehr junge Menschen bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt schwierig, obgleich die Beschäftigung in unseren Gesellschaften das wichtigste Instrument der sozialen Integration ist. Die Tatsache, dass es sich bei der Mehrheit der Straftäter um Männer zwischen 15 und 35 Jahren handelt, erklärt sich nicht nur durch "körperliche Fähigkeiten". Sie spiegelt auch die Schwierigkeiten wider, die diese Altersgruppe mit der sozialen Integration hat. Es handelt sich um die Altersgruppe mit den höchsten Drogenabhängigkeits- und Selbstmordraten.

Diese analytischen Elemente stimmten mit den Haupttheorien über die Ursachen der Kriminalität überein. Die erste Theorie betont die "soziale Desintegration" und sieht die Indikatoren für potenzielle Sozialisierungsschwierigkeiten im Auseinanderbrechen der Familie, im niederen wirtschaftlichen Status und in der Verstädterung. Die zweite Analyse besagt, dass Verbrechen eine rationale wirtschaftliche Wahlmöglichkeit sein kann, wenn man darauf hofft, durch illegale Aktivitäten eher zu Einkünften zu kommen als durch gesetzliche Aktivitäten wie beispielsweise Arbeit.

Diese Elemente werden auch durch empirische Studien belegt, die die Hauptdeterminanten für Verbrechen (Alter, Geschlecht, Einkommensstatus, Familienstand, Drogenabhängigkeit, Beschäftigung und Verstädterung) untersucht haben und zu folgenden Schlussfolgerungen gelangen:

- **Die - qualitativ hochstehende - Beschäftigung bleibt der wichtigste Weg für eine erfolgreiche Sozialisierung.** Sie sorgt für die Haupteinkommensquelle, für einen realen sozialen Status und für die Stabilität, auf der sich ein Lebensentwurf aufbauen läßt.
- **Die lebenswichtige Rolle, die der Familie bei der Sozialisierung der Kinder zukommt, wird bestätigt.** In gleicher Weise wird die Bedeutung der auf breiter Ebene geführten Diskussion über die Vereinbarkeit von Berufsleben und Familienleben bestärkt. Die Anpassung der Arbeitszeit könnte eine Antwort sein. Andere Lösungen wie die Förderung kindgerechter und insbesondere altersgerechter Betreuungseinrichtungen sind auch denkbar. Die gegenwärtigen Kinderbetreuungseinrichtungen stehen hauptsächlich jüngeren Kindern und weniger den Jugendliche offen. Aber gerade die Pubertät ist ein wichtiger Abschnitt für die Sozialisation junger Menschen, die sich dem Einfluss der Familie entziehen und folglich empfänglicher für Einflüsse von außen sind.

Gewalt in der Familie

Einer Eurobarometer-Umfrage (Oktober 1999) zufolge halten 3 von 4 EU-Bürgern Gewalt gegenüber Frauen für ziemlich (50%) oder für weitverbreitet (24%). Von allen Formen der Gewalt ist die Gewalt in der Familie wahrscheinlich jedoch am wenigsten erfaßt. Es gibt keine regelmäßigen Statistiken, anhand derer sich der genaue Umfang dieses Phänomens messen lassen könnte. Die Kriminalitätsstatistiken enthalten kaum Informationen über Gewalt in der Familie, wahrscheinlich, weil die Opfer praktisch keine Möglichkeit haben (Kindesmissbrauch) oder zögern (Gewalt gegen Frauen), Anzeige zu erstatten, wenn es sich beim Täter um jemanden aus ihrem engsten persönlichen Umfeld handelt.

Die einzigen verfügbaren Daten über Gewalt gegen Frauen stammen aus Umfragen, die auf Initiative von öffentlichen Stellen oder NROs durchgeführt wurden. Das sie nicht zeitgleich, zu unterschiedlichen Zwecken und mit unterschiedlichen Methoden durchgeführt wurden, sind sie leider nicht vergleichbar. Aus den wenigen verfügbaren Informationen¹⁷ kann man aber folgern, dass das **Phänomen allem Anschein nach:**

¹⁶ Jede Kriminalitätsstatistik ist mit Vorsicht zu interpretieren. Sie kann durch unterschiedliche Elemente beeinflusst sein: veränderte Einstellung der Polizei und/oder der Bevölkerung (beispielsweise durch den Einfluss der Medien), was dazu führen kann, dass der Zahl der gemeldeten Straftaten zahlenmäßig mehr Anzeigen gegenüberstehen; Änderung der statistischen Erhebungsmethoden; Entwicklung in der Gesetzgebung usw. Deshalb bilden sie den objektiven Sachverhalt in dem jeweiligen Bereich nicht notwendigerweise vollkommen verzerrungsfrei ab. Das gleich gilt aus den gleichen Gründen für Zeit- oder Ländervergleiche.

¹⁷ Die *European Women's Lobby* hebt in ihrem Bericht „to reveal the hidden data on domestic violence in the European Union“ vom November 1999 hervor, dass Gewalt in der Familie in den meisten EU-Ländern weiterhin ein Problem ist.

- **weitverbreitet ist:** zwischen 20 und 25% der Frauen sind Opfer von körperlicher Gewalt in der Familie,
- **alle Länder in ähnlicher Weise betrifft,**
- **nicht auf eine bestimmte Kultur oder gesellschaftliche Klasse beschränkt ist.** In Italien besitzen 45% derjenigen, die Gewalt in der Familie anwenden, einen akademischen Grad. Aus den in den Niederlanden vorliegenden Informationen geht hervor, dass keine Wechselbeziehung zwischen verfügbarem Einkommen und Gewalt in der Familie besteht.

Die öffentliche Haltung gegenüber der Gewalt in der Familie hat sich grundlegend geändert. Sie wird nicht mehr einfach stillschweigend geduldet, noch weniger verheimlicht, und es wird immer schwieriger, sie zu verbergen. Da es keine zuverlässigen historischen Daten gibt, ist es schwierig zu beurteilen, ob diese Quelle der Unsicherheit zurückgeht oder nicht.

Verkehrssicherheit

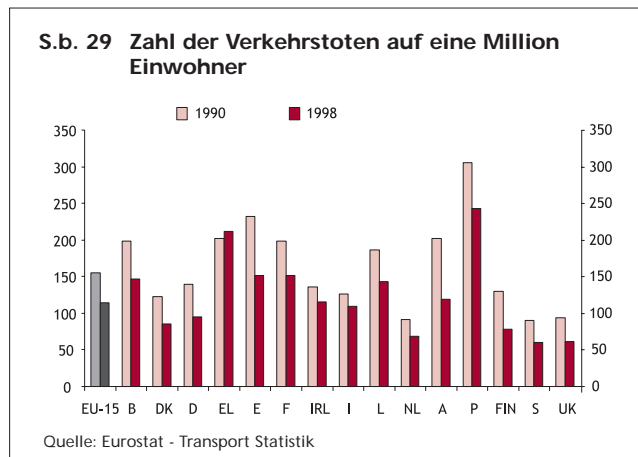
(siehe auch Abschnitt 3, Blatt 20, und Abschnitt 4, Statistik-Anhang)

Durch Unfälle im Straßen- und Schienenverkehr kamen 1998 EU-weit **ungefähr 42 000 Menschen ums Leben und über 1,7 Millionen wurden verletzt**. Die überwiegende Mehrheit der Todesfälle geht auf Verkehrsunfälle zurück; sie sind die Haupttodesursache junger Menschen unter 40 Jahren. Ein tödlicher Verkehrsunfall bedeutet im Vergleich zur normalen Lebenserwartung einen durchschnittlichen Verlust von 40 Jahren (Krebs: 10,5, Herz-Kreislauf-Erkrankung: 9,7).

Zwischen 1990 und 1998 ist die Zahl der Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang trotz des signifikanten Anstiegs des Verkehrsaufkommens im gleichen Zeitraum EU-weit konstant um 27% zurückgegangen. Auf Gemeinschafts-, nationaler und lokaler Ebene wurden zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit auf den Straßen umgesetzt, und zwar unter anderem Gesetzesänderungen im Hinblick auf Alkohol am Steuer, größere Sicherheitsstandards für Kraftfahrzeuge, Geschwindigkeitsbeschränkungen, strengere Vorschriften für Lkw- und Busfahrzeiten und eine bessere Überwachung der Fahrtüchtigkeit der Autos.

Dennoch gibt es weiterhin Unterschiede im Sicherheitsniveau zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, die zusätzliche Verbesserungen notwendig machen. Ein Vergleich der Verkehrstoten je eine Million Einwohner ergibt für Schweden die niedrigste Zahl (60 Tote je Million Einwohner), gefolgt vom Vereinigten Königreich (61), den Niederlanden (68) und Finnland (78), während die Todeszahlen für Griechenland (212) und Portugal (243) weit darüber liegen. Irland, Italien und Österreich liegen dicht beim EU-Durchschnitt.

Der allgemeine Abwärtstrend zeigt sich in allen Ländern mit Ausnahme Griechenlands, wo die Zahl der Verkehrstoten zwischen 1990 und 1998 noch angestiegen ist. Selbst in Spanien und Portugal, wo die Zahl der Autobesitzer rasant zugenommen hat und die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle sehr hoch ist, war im Vergleichszeitraum ein signifikanter Rückgang zu beobachten.



Die Statistiken zeigen, dass der Straßenverkehr ein ebenso großes Risiko des Personenschadens birgt wie die Kriminalität. EU-weit wurden 1998 1,7 Millionen Menschen im Straßenverkehr verletzt. Gleichzeitig registrierte die Polizei 1,38 Millionen Gewaltverbrechen. Die Bevölkerung scheint sich der Bedeutung dieser Gefahr bewusst zu sein. Einer 1998 in Belgien vom *Service Général d'Appui policier* durchgeführten Umfrage zufolge wird das Risiko im Straßenverkehr (von 43% der Personen genannt), nicht die Kriminalität¹⁸, als Hauptgefahr für die persönliche Sicherheit genannt.

Unsicherheit am Arbeitsplatz

Der Arbeitsplatz ist ein weiterer Bereich, auf dem Sicherheitsrisiken bestehen. Die Betonung liegt hier nicht so sehr auf Unfällen oder Arbeitsstress (siehe die vorstehenden Ausführungen: "Auswirkungen der Beschäftigung auf die Gesundheit"), sondern auf physischer oder psychologischer Gewalt, der die Arbeitnehmer zu Opfer fallen können. Einer 1996 in den 15 Mitgliedstaaten durchgeführten Studie zufolge waren 4% der Arbeiter im vergangenen Jahr Opfer von körperlicher Gewalt, 2% waren Opfer von sexueller Belästigung und 8% von Einschüchterung¹⁹.

Diese Gewalt wird nicht unbedingt von Kollegen oder Vorgesetzten ausgeübt, sondern kann auch von unternehmensexternen Personen (Kunden, Benutzer von Versorgungsdiensten) ausgeübt werden.

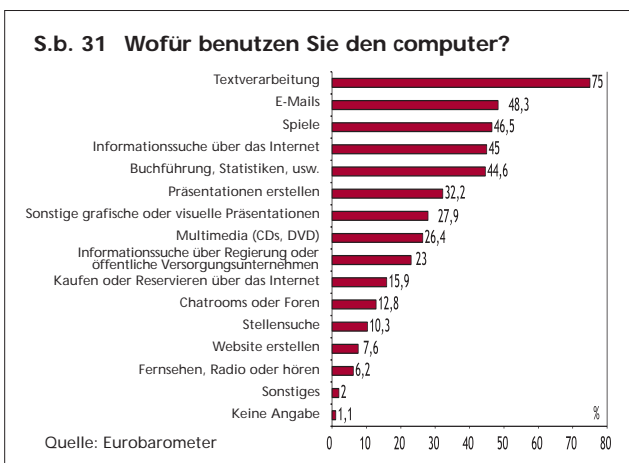
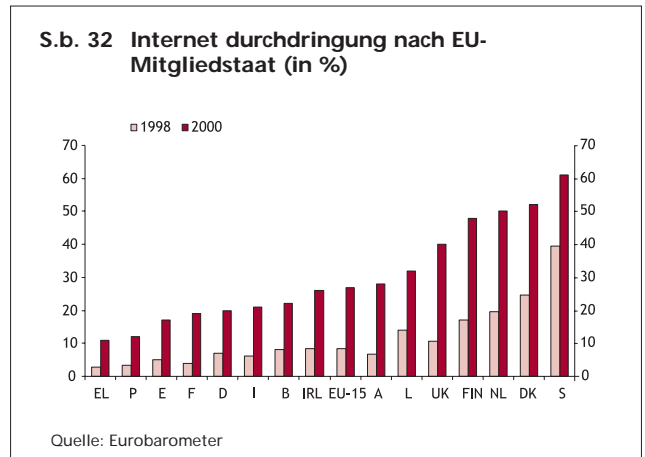
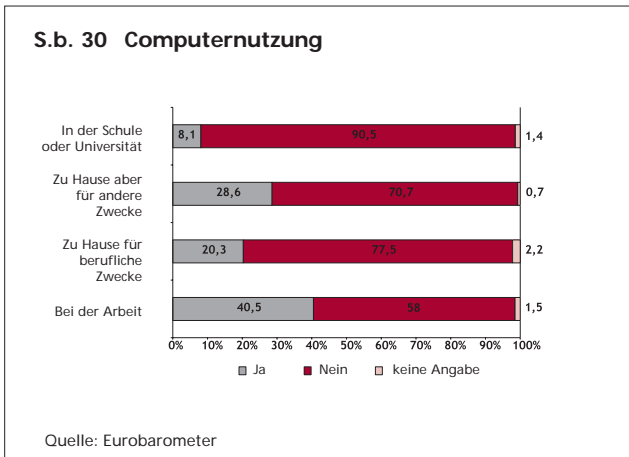
2.2.5 Informationstechnologien

Zwar bleibt der PC am Arbeitsplatz und zu Hause das wichtigste Arbeitsinstrument, aber die Zahl der Computer, die zu Hause für andere Zwecke genutzt werden, nimmt ebenfalls zu. Die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind sehr groß. Schweden steht mit 57% an der Spitze, gefolgt von Dänemark mit 54%, den Niederlanden mit 53% und Griechenland (9%) und Portugal (12%) am unteren Ende der Skala.

Die Unterschiede in der Internet-Nutzung zu Hause sind ebenso signifikant. Die Internet-Durchdringung bei privaten Haushalten schwankt zwischen über 45% der Menschen

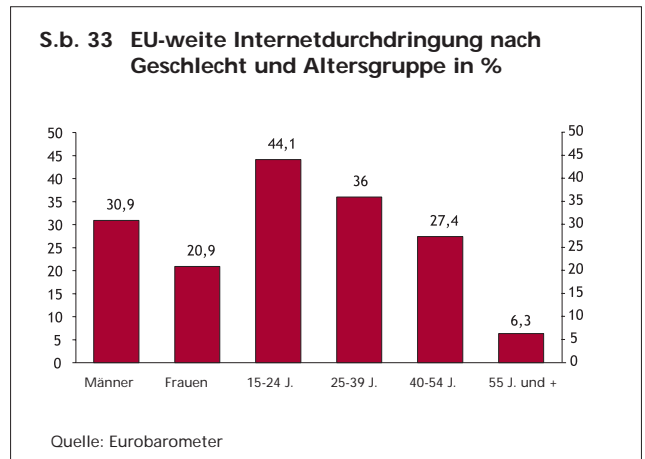
¹⁸ Derselben Erhebung zufolge wurden 4% der befragten Haushalte mit körperlicher Gewalt bedroht und war 1% Opfer von körperlicher Gewalt.

¹⁹ *Violence at work*, D. Chappell & V. Di Martino, OIT, 1999



Die Nutzung der mobilen Kommunikationstechnik breitet sich schnell aus. Die Durchdringungsrate der mobilen Technologien ist EU-weit verglichen mit dem Internetzugang weniger weit gefächert. Insbesondere einige südliche Mitgliedstaaten, die im Hinblick auf den Internetzugang hinterherhinken, schneiden bei der mobilen Kommunikationstechnik sehr gut ab.

mit einem Internetanschluss in Dänemark, den Niederlanden und Schweden und 10% und weniger in Spanien, Portugal und Griechenland. Der Gesamtanteil der Internetbenutzer (zu Hause oder anderswo) liegt über diesen Zahlen; in Schweden sind es über 60%, in Dänemark, den Niederlanden und Finnland über oder an die 50%. Aber in allen Ländern nimmt die Zahl der Internetanschlüsse rapide zu, und die Kluft zwischen den Ländern verringert sich. Die Anschlussrate ist im Jahre 2000 in Frankreich und Italien über dreimal so hoch wie noch vor zwei Jahren, und in den acht übrigen Mitgliedstaaten über zweimal so hoch.



Es besteht ein großer Zusammenhang zwischen Einkommen, PC-Besitz und Internetzugang. Haushalte mit einem höheren Einkommen führen beim Internetzugang zu Hause.

Das Alter spielt bei der privaten Nutzung der neuen Technologien eine bedeutende Rolle. Während die jungen Leute, und insbesondere Studenten, bei der Internetnutzung überdurchschnittlich vertreten sind, hinken die älteren Menschen (über 55 Jahre) mit einer Internetdurchdringung von nur 6% stark hinterher.

Frauen schließlich nutzen das Internet weniger als Männer: obwohl der Unterschied im letzten Jahr geringer geworden ist, macht der Anteil der Frauen, die das Internet nutzen, nur 2/3 des entsprechenden Männeranteils aus.

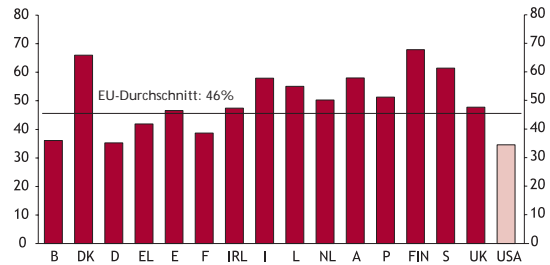
Die Einstellung der EU-Bürger gegenüber den Informationstechnologien

Die meisten EU-Bürger haben eine positive Einstellung gegenüber den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wie Internet, PC und Mobiltelefon. 3 von 4 EU-Bürgern sind der Ansicht, diese neuen Technologien würden sich positiv auf ihre Lebensqualität auswirken. Ein höheres Bildungsniveau fördert sogar eine noch positivere Haltung. Es überrascht nicht, dass die jüngeren Menschen am enthusiastischsten sind (88%). Aber auch bei den älteren Menschen überwiegt die positive Einstellung gegenüber diesen Technologien (55%). Diese Daten bestätigen, dass auch unter denen, die beim Internetzugang hinterherhinken, das positive Interesse an Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) verbreiteter ist als die entsprechende gegenwärtige Internetdurchdringung. Dieses Interesse unterstreicht die Nachfrage nach Integration in die Informationsgesellschaft.

Die überwiegende Mehrheit der EU-Bürger (64%) fordert die öffentlichen Stellen auf, Gelder bereitzustellen, damit jeder Zugang zu diesen neuen Technologien erhält. Obwohl es hinsichtlich dieser Einstellungen bestimmte Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten gibt (an die 80% der Bevölkerung in Portugal, Irland, Spanien, Griechenland und im Vereinigten Königreich würden diese öffentlichen Ausgaben begrüßen), werden diese Maßnahmen über alle sozioökonomischen und Alters-Gruppen hinweg mehrheitlich unterstützt. Es gibt grundsätzlich zwei Optionen der öffentlichen Unterstützung des Internetzugangs: die Einrichtung öffentlicher Internetzugangspunkte oder Anreize für den Kauf und die Nutzung von IKT-Geräten durch den einzelnen Bürger.

In krassem Gegensatz zu diesem Interesse an den Informations- und Kommunikationstechnologien ist der Anteil der Personen, die sich für Computer- und Internet-Schulungskurse angemeldet haben, erstaunlich gering. Weniger als ein Viertel der EU-Bürger (23%) haben an irgendeiner Schulung dieser Art teilgenommen. Während junge Leute und Personen mit einer längeren Ausgangsbildung über etwas höhere Beteiligungsniveaus verfügen, ist die Vermittlung der IKT-Grundkenntnisse unter der Erwerbsbevölkerung verhältnismäßig gering. Arbeitslose, Arbeiter und Selbständige verfügen über ein noch niedrigeres Schulungsniveau – und Nicht-Erwerbstätige, im Haushalt beschäftigte Personen oder Rentner sind so gut wie gar nicht geschult.

S.b. 34 Benutzer von Mobiltelefonen in den EU-Staaten



Quelle: *European Mobile Communications (EMC)* - April 2000; USA: *Cellular Telecoms Industry Association*

2.3 Einkommensverteilung

Das Einkommensniveau ist einer der Hauptfaktoren für den Lebensstandard einer Person. Ein höheres Einkommen bietet dem Individuum mehr Wahl- und Zugangsmöglichkeiten zu Gütern und Dienstleistungen in der Gesellschaft und folglich eine höhere Qualität des Lebensstandards. Die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft insgesamt ist auch im Zusammenhang mit relativer Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung von Bedeutung. In diesem Kapitel werden das Einkommensniveau und die Einkommensverteilung in den EU-Mitgliedstaaten und die Rolle von Sozialtransfers bei der Auseinandersetzung mit Einkommensungleichheiten behandelt. Objektive Informationen über Einkommen werden von einigen subjektiven Daten im Zusammenhang mit der Meinung der Bürger über die Einkommensentwicklungen in ihrem Land unterstützt. Einige der wichtigsten Tatsachen sind folgende:

Einkommensungleichheiten

- Einkommensunterschiede sind in der EU immer noch groß, und zwar nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch innerhalb der Länder. Relativ hohe Einkommensungleichheiten innerhalb der EU finden sich in den südlichen Mitgliedstaaten, dem Vereinigten Königreich, und Irland. Die niedrigsten Werte finden sich in Dänemark und Österreich.
- Untersuchungen haben ergeben, dass die Einkommensunterschiede während der 80er Jahre bis in die Mitte der 90er Jahre in den meisten Mitgliedstaaten angestiegen sind. Vor 1980 waren die Zahlen in den meisten Mitgliedstaaten rückläufig.
- Größere Einkommensungleichheiten innerhalb eines Mitgliedstaates hängen tendenziell mit einem geringeren Durchschnittseinkommen zusammen.

Niedrige Einkommensgruppen

- Der Anteil niedriger Einkommensgruppen betrug 1996 in der EU 17%, gemessen als Prozentanteil der Menschen, die in Haushalten mit einem Einkommen unter 60% des nationalen Medianeinkommens lebten. Unter den Familien mit einem Alleinerziehenden war der Anteil der Menschen mit niedrigem Einkommen 36% in der EU und etwa 50% in Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Irland. Kinder, alleinstehende Frauen und ältere Menschen sind bei den niedrigen Einkommen besser gestellt.
- 40% der Arbeitslosen leben in Haushalten mit niedrigem Einkommen, verglichen mit 9% der Beschäftigten. Im Vereinigten Königreich und in Irland ist die Wahrscheinlichkeit, dass Arbeitslose in einem „armen“ Haushalt leben achtmal höher als für Beschäftigte.
- Ein viel geringerer Anteil der Menschen musste über einen Zeitpunkt von über drei Jahren in dauerhafter Armut leben (1994-1996). Die höchsten Zahlen an niedrigen Einkommen über drei Jahre hinweg fanden sich in Portugal und Griechenland (10% oder darüber). Dänemark und die Niederlande befinden sich am anderen Ende mit etwa 3%. Allerdings liegt der Anteil der Menschen, die innerhalb von drei Jahren wenigstens ein Jahr Armut erleben, bei 32%.
- Sozioökonomische Sicherheit, gemessen als das Erleben finanzieller Probleme, hängt wie erwartet mit den absoluten Einkommensniveaus zusammen. Alleinerziehende berichten die größten Schwierigkeiten, mit ihrem Geld auszukommen.

Die Rolle der Sozialtransfers

- Soziale Sicherheitssysteme vermindern Einkommensungleichheiten und die Armutsrate. Doch tragen sie in dieser Hinsicht nicht zur Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten bei. Die geringsten Auswirkungen auf die Einkommensungleichheiten fanden sich in Portugal und Griechenland, die größten in Deutschland, Dänemark und Belgien. In allen Ländern mit relativ großen Niedrigeinkommensgruppen, sprechen sich die Bürger mehr für Hilfe für ausgegrenzte Menschen und höhere Ausgaben für soziale Sicherheit aus.

2.3.1 Die Einkommensverteilung

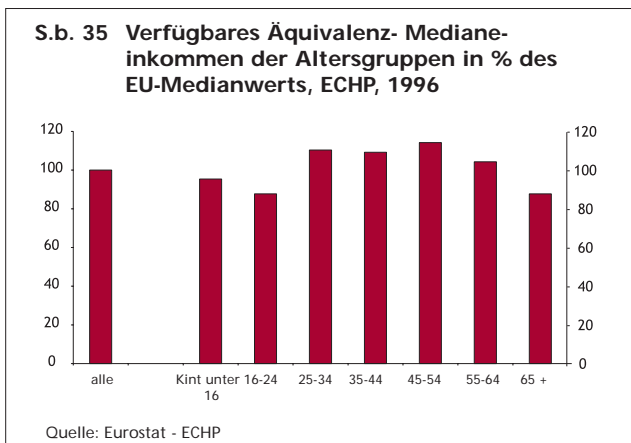
Mittleres Einkommensniveau in der EU

Die Hauptquelle für Einkommensdaten ist EUROSTAT, Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft 1996, das sich auf die Einkommenssituation von 1995 bezieht.²⁰

Das mittlere verfügbare Einkommen pro Person, gemessen auf der Grundlage einer Kaufkraftparität²¹, war in der EU 12.300 KKS (Kaufkraftstandard). In sieben Mitgliedstaaten mit 64% der EU-Bevölkerung waren die mittleren Einkommen ziemlich nahe beieinander und variierten zwischen 13.400 und 14.300 KKS. Andererseits rangierten die südlichen Mitgliedstaaten zwischen 7.700 und 10.100, während Luxemburg mit Abstand den höchsten Wert erreichte (21.900). In Irland liegt das mittlere Einkommen bei fast 11.000 (siehe Kapitel 3.14 über Einkommensverteilung).

- **Welche Haushalte haben niedrigere Einkommen?** Haushalte mit einer erwachsenen Person stehen am schlechtesten dar, verglichen mit Haushalten von mehr als einem Erwachsenen. Für die Union als ganze ist das Äquivalenz-Medianeinkommen eines Einpersonenhaushalts 87% des nationalen Medianeinkommens. In allen Mitgliedstaaten haben allein lebende Männer ein höheres Medianeinkommen als Frauen.

- **Menschen von 45 bis 54 Jahren haben die höchsten Äquivalenz- Haushaltseinkommen.** Die Einkommensniveaus der Altersgruppen von 25-34 und von 35-44 Jahren liegen allerdings kaum darunter. Die niedrigsten Einkommen finden sich bei den 16-24-Jährigen und der Gruppe von 65 Jahren und darüber. Das Muster ist nicht in allen Mitgliedstaaten durchgängig vorhanden. In Spanien, Irland und Luxemburg beispielsweise liegen die höchsten Einkommen nach Altersgruppe nicht bei den 45-54-Jährigen, sondern in einer jüngeren Altersgruppe. Was die nationalen Unterschiede betrifft, siehe den Statistischen Anhang. In Abschnitt 2.3.2, wird das individuelle Arbeitseinkommen berücksichtigt.

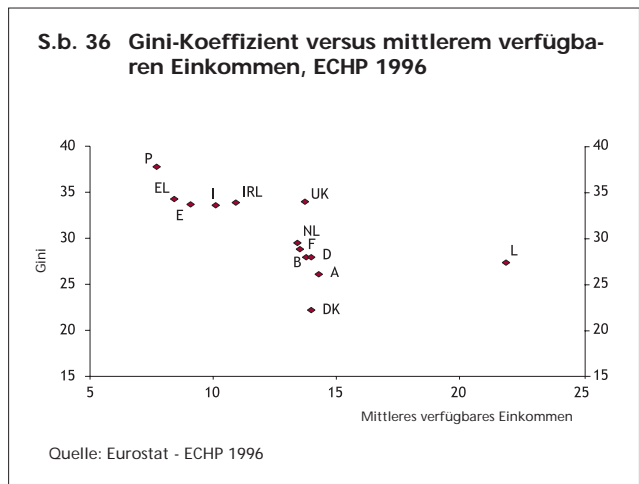


²⁰ Bei den EU-Durchschnittswerten sind Finnland und Schweden nicht berücksichtigt. EUROSTAT bezeichnet ein Einkommen dann als gering, wenn es unter 60 % des mittleren angeglichenen Einkommens pro Person in jedem Mitgliedstaat liegt. Um die Unterschiede der Haushaltsgröße und -zusammensetzung beim Vergleich der Einkommensniveaus zu berücksichtigen, gelten die hier angegebenen Beträge je äquivalentem Erwachsenen. Das Gesamteinkommen des Haushalts wird durch seine „Äquivalenzgröße“ unter Heranziehung der modifizierten OECD-„Äquivalenzskala“. Diese Skala bewertet den ersten Erwachsenen mit 1,0, mit 0,5 die zweite und jede nachfolgende Person über 14 und mit 0,3 jedes Kind unter 14 in einem Haushalt. Äquivalentes Einkommen wird auf Haushaltsebene definiert, so dass jede Person (Erwachsener oder Kind) im selben Haushalt über dasselbe Äquivalenzeinkommen verfügt.

²¹ Durch die Kaufkraftparität wird jede nationale Währung in eine gemeinsame Referenzwährung umgewandelt, den Kaufkraftstandard (KKS), mit dem man für eine Einheit in einem bestimmten Jahr in allen Mitgliedstaaten die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen erwerben kann. Heimarbeit und Einkommen in Sachgütern sind nicht berücksichtigt. Im ECHP variiert der Anteil der Personen, die in Haushalten leben und beträchtlich durch Selbstverbrauch sparen, zwischen 14% und 43% je nach Mitgliedstaat. Atkinson (1995, der EU-12 abdeckt) stellt fest, dass diese Auslassung im Allgemeinen große Unterschiede bei den Einkommen in Spanien, Portugal und Irland bedeutet.

²² Die Korrelation ist -8, erheblich auf der 1%-Ebene.

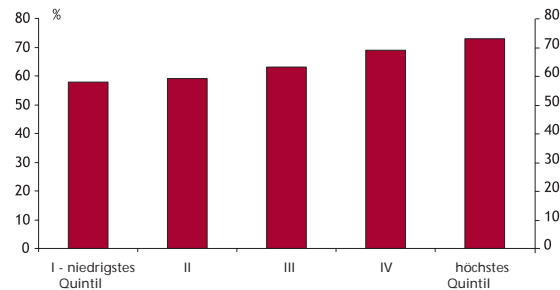
Gibt es eine Beziehung zwischen mittlerem Einkommensniveau und Einkommensungleichheit? Es gab viele Diskussionen über den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Einkommensungleichheit, allerdings ohne eindeutige Schlussfolgerungen. Eine einfache Analyse in der unteren Grafik zeigt, dass ohne Luxemburg eine stark negative Beziehung erscheint²²: je höher das mittlere Einkommen, desto geringer ist die Einkommensungleichheit.



- **Einkommen steht im Zusammenhang mit Gesundheit.** Wenn Menschen nach Einkommen in fünf Gruppen (Quintile) geordnet werden, treten Unterschiede im Gesundheitszustand zutage. Höhere Einkommensgruppen berichten über eine bessere Gesundheit. Dieser Zusammenhang ist auf der EU-Ebene vorhanden, aber auch in allen Mitgliedstaaten, obwohl in fünf von ihnen das Muster unter den ersten beiden oder drei Quintilen nicht sehr deutlich ist. Diese Unterschiede im Einkommen und bei der Gesundheit stehen in positivem Zusammenhang, wenn man die Auswirkungen des Alters mit in die Analyse einbezieht. Der Zusammenhang besteht auch auf der Länderebene für einen eher subjektiven Einkommensindikator, nämlich das Ausmaß, in dem Menschen von sich selbst sagen, sie kämen mit ihrem Geld aus. Das heißt, Gesundheit und sozioökonomische Sicherheit stehen positiv in Zusammenhang.

- **Steht Zufriedenheit mit dem Leben in Zusammenhang mit dem Einkommen (Einkommensungleichheit)?** Im Eurobarometer 1999 variiert die Prozentzahl der einigermaßen oder sehr zufriedenen Menschen von 73% in der niedrigsten Einkommensgruppe bis zu 90% in der höchsten Gruppe (siehe auch Abschnitt 2.2 Lebensbedingungen). Das lässt vermuten, dass Einkommen wichtig ist, aber nicht vollständig die Zufriedenheit mit dem Leben bestimmt. Allerdings wurde eine bemerkenswerte Zahl für die Gruppe der „sehr

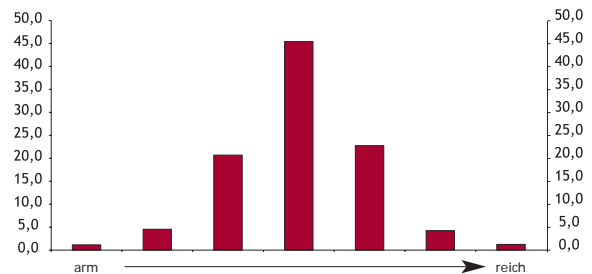
S.b. 37 Menschen, die über gute oder sehr gute Gesundheit berichten nach Quintil (EU-Ebene)



Quelle: Eurostat - ECHP 1996

Zufriedenen“ in Dänemark gefunden: 63%, gefolgt von den sehr viel niedrigeren 39% in Luxemburg. Selbst in der niedrigsten Einkommensgruppe in Dänemark, berichten 56% auf den Fragebogen, sie seien sehr zufrieden.

S.b. 38 Selbsteinschätzung des Haushaltslebensstandard (% der Befragten)



Quelle: Eurobarometer 1993

und Finnland zeigen einen Anstieg der Einkommensungleichheit in der zweiten Hälfte der 90er Jahre²⁷. In den Niederlanden fanden sich zwischen 1990 und 1998 keine nennenswerten Unterschiede²⁸.

Einkommensungleichheiten

Das Ausmaß der Einkommensungleichheiten variiert zwischen den Mitgliedstaaten. Das ECHP 1996 bildet die Grundlage für vergleichende Schätzungen dieser Variabilität. Die Ungleichheit, gemessen durch das Anteilsverhältnis S80/S20 oder den Gini-Koeffizienten²³, stellte sich für die südlichen Mitgliedstaaten, das Vereinigte Königreich und Irland als relativ hoch heraus. Die niedrigsten Werte finden sich in den Mitgliedstaaten im Norden und Österreich.²⁴

• **Sind nationale Ungleichheiten verglichen zu den Unterschieden beim mittleren Einkommen der Mitgliedstaaten von Bedeutung?** Von der gesamten Ungleichheit innerhalb der EU sind bei den mittleren Einkommen 14% auf die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zurückzuführen, während 86% von Einkommensungleichheiten innerhalb jedes einzelnen Mitgliedstaats herrühren²⁵. Mit anderen Worten: wenn alle Mitgliedstaaten das gleiche mittlere Einkommen hätten, aber ihre eigene Verteilung beibehielten, würde sich die Einkommensungleichheit nur um 14% vermindern.

• **Die Ungleichheit stieg in den meisten EU-Mitgliedstaaten.** Daten aus anderen Quellen, die nicht unter allen Mitgliedstaaten vergleichbar sind, aber einen Zeitvergleich für jeden Mitgliedstaat erlauben, zeigen, dass die (gemessene) Ungleichheit in den meisten Mitgliedstaaten im Zeitraum von 1980-1995 anstieg²⁶. In den Jahrzehnten vor 1980 kam es in den meisten Mitgliedstaaten zu einem Rückgang. Jüngste nationale Untersuchungen für das Vereinigte Königreich, Schweden

• **Wie schätzen sich die Menschen auf einer Skala von arm bis reich selbst ein?** Im Eurobarometer 1993 wurden die Menschen gebeten, ihre Familie auf einer 7-Punkte-Skala von arm bis reich zu beurteilen. (Die Begriffe „arm“ und „reich“ wurden nicht weiter erläutert). Fast die Hälfte von ihnen ordnete sich der mittleren der sieben möglichen Gruppen zu, mit einer graduellen Abnahme bis zu 1% für die Gruppen der extrem Armen und Reichen (siehe Grafik unten). Es ergab sich für die meisten Mitgliedstaaten dasselbe allgemeine Bild. Die drei „mittleren Gruppen“ enthielten 81% bis 91% der Menschen in allen Mitgliedstaaten. Nur in Griechenland und Irland bewerteten sich mehr als 2% selbst als „arm“. Die zweitärmste Gruppe enthielt in Griechenland, Spanien und Portugal (6 bis 10%) den höchsten Prozentsatz. Relativ hohe Anteile an Familien, die sich selbst als „reich“ bezeichneten, fanden sich in Dänemark und Frankreich (3 bis 4%). Leider kann die Selbsteinschätzung nicht direkt mit dem objektiven Einkommen in Zusammenhang gebracht werden, da dies vom Eurobarometer etwas grob gemessen wird. Doch schätzt sich in den Mitgliedstaaten mit größerer Einkommensungleichheit oder einem geringeren mittleren Einkommen (Grundlage ECHP) ein höherer Prozentsatz an Menschen als „arm“ ein.

Es gibt einige Hinweise, dass ein Zusammenhang zwischen der Einkommensverteilung, dem sozialen Zusammenhalt und der Gesundheit besteht. Kawachi und Kennedy²⁹ kommen zu dem Schluss, dass eine abnehmende Einkommensungleichheit die Perspektive eines größeren sozialen Zusammenhalts und folglich einer besseren Volksgesundheit bietet. Wilkinson³⁰ behauptet, dass sehr häufig ein starker Zusammenhang zwischen der Einkommensverteilung und

²³ Die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung wird häufig in einer einzigen Zahl ausgedrückt, und zwar dem Ungleichheits-Index. Ein häufig benutztes Verfahren ist dabei Gini-Koeffizient, der sich von 0 für vollständige Gleichheit bis 100 für vollständige Ungleichheit erstreckt (wenn eine einzige Person über das gesamte Einkommen verfügt).

²⁴ Schweden und Finnland waren nicht in der hier genutzten Datenbank. OECD 1998: „Income distribution and poverty in selected OECD countries“ kommt zu dem Schluss, dass diese Länder einen geringen Grad an Einkommensungleichheit aufweisen.

²⁵ Ein anderes Maß für Ungleichheit, der Theil-Koeffizient, wurde für diese Auflösungsanalyse auf der Grundlage der 1996er ECHP-Daten verwendet. Trotz der Anschaulichkeit ist bei dieser Analyse auf EU-Ebene Vorsicht geboten, da die Umrechnungsziffern zwischen den Mitgliedstaaten (KKS) für Durchschnittssituationen berechnet wurden und bei niedrigen und hohen Einkommen keine zwingende Aussagekraft haben.

²⁶ Siehe Gottschalk und Smeeding, 1998

²⁷ UK: Die Auswirkung von Steuern und sozialen Leistungen auf das Haushaltseinkommen 1998-99, Tim Harris, Office for National Statistics (Staatliches Statistikamt) Die nationalen Untersuchungen für Schweden und Finnland sind in Englisch in 'Still different? Income distribution in the Nordic Countries in a European Comparison' - (Immer noch anders? Einkommensverteilung in den nordischen Ländern im europäischen Vergleich) - (Fritzell, LIS, 2000).

²⁸ Jaarboek Welvaartsverdeling 2000 (Statistics Niederlande, 2000)

²⁹ British Medical Journal, 1997

³⁰ International Journal of Health Services 1999; 29 (3)

Messungen der Qualität der sozialen Beziehungen besteht. Vertrauen und Feindseligkeit stehen in enger Beziehung zur Einkommensungleichheit. Und Inglehart³¹ kommt zu dem Schluss, dass „Vertrauen in andere Menschen“ und „relative Armut“ in Westeuropa in einem sehr negativen Zusammenhang stehen. Kulturelle und wirtschaftliche Unterschiede und Unterschiede bei der medizinischen Versorgung bestimmen ebenso den Gesundheitszustand. Einige veröffentlichte Ergebnisse über Zusammenhänge, die in Staaten der USA existieren, können daher nicht auf die EU übertragen werden, da diese Arten von Unterschieden eher in der Union vorherrschen (siehe beispielsweise Amt für Sozial- und Kulturplanung der Niederlande, 2000³²).

Wenn wir die Ungleichheits- und Armutzahlen vom ECHP mit dem Vertrauen in Personen des eigenen Landes aus dem Eurobarometer (Daten für 1995) vergleichen, so scheint die Armut eine Beziehung zum Vertrauen, aber keine zur Ungleichheit zu haben³³. Doch ist ein Zusammenhang mit gesundheitlichen Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten nicht auszumachen.

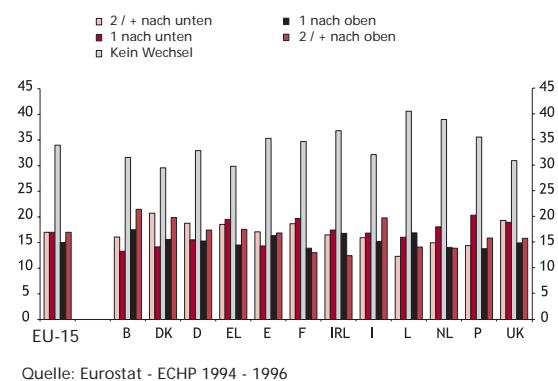
Die Einstufung der Menschen nach Einkommen und ihre Einkommensdynamik

In jedem getrennten Mitgliedstaat können die Menschen nach dem verfügbaren Äquivalenzeinkommen ihres Haushalts eingestuft werden. Es ist gebräuchlich, sie sich in zehn Gruppen von ansteigenden Einkommensdezilen vorzustellen.

- **Das untere Ende der Verteilung...**: Betrachten wir die nach Einkommen geordneten Dezile, so erhält das erste Dezil weniger als 10% des Gesamteinkommens und das höchste Dezil mehr. Der Einkommensanteil des ersten Dezils war in den südlichen Mitgliedstaaten am niedrigsten (2%) und am höchsten in Dänemark, Österreich und Luxemburg (4%). Portugal und Griechenland verbanden das niedrigste verfügbare Einkommen mit dem niedrigsten Anteil des verfügbaren Einkommens für die ersten drei Dezile.
- **... und am oberen Ende:** In allen Mitgliedstaaten hatten die Dezile 10% oder höhere Anteile, beginnend mit dem siebten Dezil. Im zehnten Dezil hatten Portugal und das Vereinigte Königreich die höchsten Anteile (26-27%). Der geringste Anteil fand sich in Dänemark (20%). Der höchste Dezilanteil in Portugal muss im Verhältnis gesehen werden.
- **Mobilität zwischen Dezilen** wird hier für die EU über einen Zeitraum von 1994-1996 (siehe Grafik unten) angezeigt. Während dieses Zeitraums blieben 34% der EU-Bevölkerung jedes Jahr im selben Einkommensdezil. 15% aller Menschen stiegen um ein Dezil auf, 17% um eines ab. Das bedeutet, dass ein Drittel aller Personen dort blieben, wo sie waren, ein Drittel wechselte um ein Dezil und ein weiteres Drittel weiter. In einer Gesellschaft mit einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung tritt Mobilität eher deshalb auf, weil die Dezile näher beieinander sind, wie beim KKS gemessen wurde. Einfach gesagt: durchschnittlich braucht man weniger KKS, um das Dezil zu wechseln. Doch es muss nicht so sein, dass Mobilität in ausgeglicheneren Gesellschaften häufiger auftritt. Ein großes Sozialleistungssystem kann gleichzeitig die

Einkommensfluktuation (indem z. B. eine relativ hohe Leistung gewährt wird, wenn jemand arbeitslos wird) und die Einkommensungleichheit insgesamt vermindern. So ist es immer interessant zu betrachten, wie die Mobilität zwischen den Ländern mit variablen Ungleichheitsgraden variiert. Es gibt nationale Unterschiede, aber die Gruppe „Kein Wechsel“ dominiert in allen Mitgliedstaaten. Natürlich werden einige Menschen der Kategorie „Kein Wechsel“ am unteren Ende der Einkommensverteilung sein, die dauerhaft Armut erleben (siehe später). Die Mobilität nach unten schien in Frankreich, Griechenland und im Vereinigten Königreich höher zu sein als die Mobilität nach oben, das Gegenteil gilt für Belgien und Luxemburg.

S.b. 39 Bewegungen von Personen zwischen Einkommensdezilen (%)



- Im Eurobarometer wurden **Erwartungen und Meinungen über Entwicklungen bei der Einkommensungleichheit** gemessen. 1997 glaubte 83% der Befragten, dass die Reichen in ihren Ländern immer reicher und die Armen immer ärmer würden. Nur 11% glaubten, dass die Einkommensunterschiede abnahmen. Weitere 6% wussten nicht oder waren nicht in der Lage, zwischen diesen Alternativen auszuwählen. Betrachtet man die Personen der niedrigsten Einkommensgruppe, glaubten 88%, dass die Unterschiede zunehmen, verglichen mit 78% in der höchsten Einkommensgruppe. Die Länder, in denen mehr Menschen glaubten, dass die Ungleichheit zunehme (89% or 90%) waren Belgien, Deutschland und Griechenland. Interessanterweise hatte Dänemark mit Abstand die niedrigste Ziffer mit 46% (gefolgt von Luxemburg mit 72%). Dieser Mitgliedstaat hatte bei den letzten ECHP-Daten die niedrigste Ungleichheitsquote. Dieselbe Frage wurde im 1993er Eurobarometer gestellt. Weniger Menschen (79%) glaubten damals, dass Einkommensunterschiede zu dieser Zeit zunähmen. Dänemark stand auf der gleichen Stufe. Etwa 80% der Europäer meinten, dass die Einkommensunterschiede tatsächlich zu groß seien. Ihnen zufolge „sind große Einkommensunterschiede nicht gut für die Gesellschaft“ (Eurobarometer).

Im Eurobarometer 1999 wurden die Menschen über ihre Erwartungen für das Jahr 2000 im Zusammenhang mit der finanziellen Situation ihres Haushalts befragt. 58% erwarteten keine Veränderung, 27% eine Verbesserung. 10%

³¹ *Modernization and postmodernization. Cultural, economic and political change in 43 societies (Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften), 1997*

³² *Sociaal en Cultureel Planbureau, Nederland in Europa 2000 (Sozial- und Kulturreport 2000 - Amt für Sozial- und Kulturplanung der Niederlande)*

³³ Die Korrelation von Armut und Vertrauen ist stärker (-0,6, auf der 5%-Ebene). Die Korrelation zwischen Ungleichheit und Vertrauen ist -0,6, bedeutsam auf der 5%-Ebene. Aber die Auslassung nur eines Landes macht die Korrelation bedeutungslos.

erwarteten eine Verschlechterung ihrer Situation (und 5% wussten keine Antwort). Die Menschen, die eine Verschlechterung der Situation erwarteten, kamen auf 13% in der untersten Einkommensgruppe und auf 8% in der höchsten³⁴.

Schieferer Muster existieren in Griechenland und Portugal, wo 20% oder mehr der untersten Einkommensgruppe ein geringeres Einkommen erwarten.

Menschen mit niedrigem Einkommen neigen im Verhältnis eher zu niedrigen Einkommenserwartungen, was nicht der Dynamik der Gesellschaft entspricht. Wenn Menschen sich in einer relativ stabilen Einkommenssituation bewegen, werden Menschen mit geringem Einkommen eher eine Verbesserung ihrer relativen Position erwarten und hohe Einkommen eher eine Verschlechterung befürchten. Zwei mögliche Erklärungen für die abweichenden Antwortmuster sind ein übertriebener Pessimismus derjenigen mit niedrigem Einkommen (vielleicht aufgrund einer früher erlebten Einkommensverringering) oder ein „objektiverer“ Grund wie geringe Mobilität in Verbindung mit einem Anstieg der Ungleichheit. Die Ergebnisse des Eurobarometers unterstützen die letzte Erklärung: Menschen, insbesondere diejenigen mit geringem Einkommen, erwarten eine zunehmende Ungleichheit.

Niedrige Einkommensgruppen und Armut

In der Sozialpolitik werden Arme besonders berücksichtigt. Armut hängt mit lebensnotwendigen Bedürfnissen zusammen und muss ernst genommen werden, wenn Menschen ihren Bedarf über einen langen Zeitraum nicht befriedigen können und Anzeichen von Mangel zeigen. Das Einkommensniveau sollte daher nicht selbst als Armut, sondern als ein Hinweis auf Armut gesehen werden.

Nationale Regierungen mögen ihre eigene Definition von Armut gebrauchen, aber EUROSTAT hat eine vereinheitlichte Definition für den internationalen Vergleich entwickelt. Für jedes Land ist die Armutsgrenze auf 60% des nationalen Medianwerts des Äquivalenzeinkommens festgesetzt³⁵.

- **In der EU leben 17% der Menschen mit einem Einkommen unterhalb 60% des nationalen Äquivalenz-Medianeinkommens.** Es korreliert stark mit der allgemeinen Einkommensungleichheit innerhalb der Mitgliedstaaten. Die Armutsanteile variieren von 11 bis 22% nach Mitgliedstaat (siehe Kapitel 3. Haushalte mit niedrigem Einkommen). Für Schweden und Finnland werden von OECD (1998) sehr geringe Armutsquoten berichtet. Die Armutsquote an Alleinerziehenden mit abhängigen Kindern ist in der EU viel höher, insbesondere in Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Irland (50%).
- **Die Armut unter Kindern**³⁶ beträgt 21%, was über dem Durchschnitt liegt. In allen Mitgliedstaaten außer Dänemark sind die Armutsraten unter Kindern höher als für die mittleren Altersgruppen. Die Armutsrate unter Kindern in Alleinerziehendenhaushalten ist relativ hoch: über 45%. Eines von neun Kindern (arme und nichtarme) lebt mit nur einem Elternteil. 23% der armen Kinder lebt in einem Alleinerziehendenhaushalt.

- **Armut älterer Menschen:** Bei Kindern ist die Armutsrate hoch, dies gilt auch für die Altersgruppe der 65-Jährigen und darüber. Bei den 25 bis 54-Jährigen ist die Rate relativ niedrig (14%), doch variieren diese Zahlen beträchtlich von Land zu Land. Armutsraten von mehr als 30% gibt es für die Gruppe der 65-Jährigen und darüber in Griechenland und Portugal. Andererseits unterscheidet sich hiervon das Altersmuster Dänemarks ganz erheblich, mit einer extrem niedrigen Armutsrate bei Kindern (4%) und einer sehr hohen Quote für die Personen über 65. Sogar in den Altersgruppen von 16-24 Jahren und von 65 Jahren und darüber gibt es überdurchschnittliche Werte. Bei den Älteren gibt es in etwa der Hälfte der Mitgliedstaaten relativ hohe Raten.

Armutsraten nach Mitgliedstaat, Geschlecht und Alter

Quelle : Eurostat - ECHP, 1996

	EU	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	UK
alle	17	17	11	16	21	18	16	18	19	12	12	13	22	19
Männer	16	16	11	15	20	18	15	17	18	12	11	11	20	17
Frauen	18	18	12	17	21	18	17	20	20	13	12	14	23	21
Kinder unter 16	20	19	04	20	18	23	18	23	22	18	14	16	23	26
16-24	22	20	22	23	24	23	25	19	27	17	24	12	17	21
25-34	14	12	09	17	14	16	12	12	19	10	11	10	13	15
35-44	14	15	06	13	15	17	12	18	16	10	09	10	19	13
45-54	14	14	06	14	18	18	11	16	18	10	08	11	18	12
55-64	16	17	11	12	22	18	15	17	16	14	08	10	24	13
65 oder älter	20	21	25	16	33	14	18	16	16	10	09	17	35	27

- **Leben diese Menschen über einen längeren Zeitraum in Armut?** Es ist bedeutsam, ob Armut ein vorübergehendes Phänomen ist oder zu einem länger andauernden Zustand wird. Von 1994 bis 1996 waren in der EU 7% der Menschen arm, was weniger ist als die jährliche Armutsrate. Andererseits ergab sich, dass nahezu ein Drittel (32%) der EU-Bevölkerung wenigstens einmal ein geringes Einkommen zwischen 1994 und 1996 gehabt hatten. Der Anteil der „dauerhaft Armen“ (der Gesamtbevölkerung) variiert von 3% in den Niederlanden und Dänemark bis hin zu 10 bis 12% in Portugal und Griechenland. Er korreliert in hohem Maße mit dem Anteil (aller) Armen. Dies gilt auch, wenn wir die verschiedenen Altersgruppen betrachten: In jeder Altersgruppe fällt eine höhere Armutsrate mit einer höheren Rate an dauerhaft Armen zusammen. Auf EU-Ebene zeigen jüngere Altersgruppen (jünger als 24 Jahre) die höchste Rate an (dauerhafter) Armut (9%), gefolgt von den Älteren (65 Jahre oder älter) mit einem Prozentsatz von 8%.
- **Mehr als ein Drittel der einkommensschwachen Menschen sind in verschiedenen Bereichen benachteiligt.** Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sind fast dreimal so häufig mit sich häufenden Problemen konfrontiert wie der Rest der Bevölkerung. 1996 betrug die EU-Zahl jener 35%, letzterer 13%. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass etwa 22 Millionen einkommensschwache Menschen in mehr als einem Bereich eine Benachteiligung erlebten. Die entsprechende Zahl für den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung betrug 38 Millionen, die in zwei oder in allen drei berücksichtigten Bereichen mit Problemen konfrontiert waren. Auch auf der Länderebene

³⁴ Dieses Muster gilt in etwa auch für die beiden Eurobarometer von 1997 und 1998, obwohl die Grade beträchtlich variieren (wahrscheinlich wegen der weltweiten Schwankungen der allgemeinen wirtschaftlichen Erwartungen).

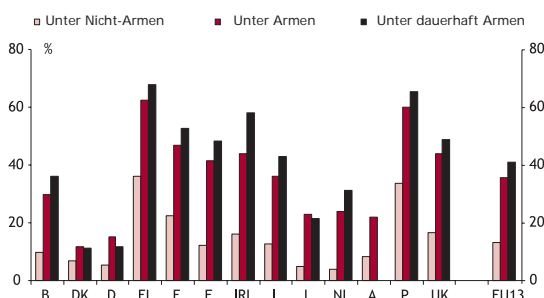
³⁵ Das Medianeinkommen ist das Einkommensniveau der Person, die sich zwischen der gleichen Anzahl an Personen mit niedrigeren Einkommen und Personen mit höheren Einkommen befindet, oder, wenn man alternativ die Definition der Dezile verwendet, das Einkommen, das das fünfte vom sechsten Dezil trennt.

³⁶ Ders., 12/2000.

waren die Einkommensschwachen weit mehr von vielfältigen Benachteiligungen betroffen als Nicht-Einkommensschwache. Eine diesbezügliche große Kluft wurde für alle Mitgliedstaaten außer Deutschland und Dänemark festgestellt. Von dauerhafter Armut Betroffene waren in den meisten Mitgliedstaaten sogar häufiger vielfältigen Beeinträchtigungen ausgesetzt als die arme Bevölkerung insgesamt. Allerdings wurde dieser Unterschied nicht in Dänemark, Deutschland und Luxemburg festgestellt.

- **Dauerhaft Arme werden mit höherer Wahrscheinlichkeit gesellschaftlich ausgegrenzt**, gemessen als Probleme, mit ihrem Geld auszukommen und regelmäßigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Es gibt große Unterschiede zwischen den Ländern, was das Risiko der kumulativen Nachteile angeht, die dem Prozess der sozialen Ausgrenzung zugrundeliegen. Eine jüngste Untersuchung³⁷ hat gezeigt, dass die Risiken in den Ländern am größten sind, wo die jeweiligen normativen Verantwortlichkeiten der Behörden und der Familie am unklarsten definiert sind. In diesen Gesellschaften ist das Risiko am größten, dass Arbeitslose gleichzeitig vor die Arbeitslosigkeit und die soziale Isolation gestellt sind und dabei die Voraussetzungen für den kumulativen Mangel und die soziale Ausgrenzung schaffen.

S.b. 40 Personenanteil mit Benachteiligungen in mehr als einem Bereich (2), 1996



(1) Personen, die auch 1995 und 1994 einkommensschwach waren (ausgenommen Österreich)
 (2) Von insgesamt drei Bereichen: 1. Finanzielle Probleme (rückständige Rückzahlungen), 2. Probleme bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse Fleisch-/Huhn-/Fischkonsum und/oder Platzmangel und/oder einwöchiger Urlaub andernorts) und 3. Probleme mit der Wohnung (fehlende/s Dusche/Bad und/oder Platzmangel und/oder Problem mit feuchten Wänden/Böden).

Quelle: ECHP, 1994-1996 (ausgenommen Finnland und Schweden)

2.3.2 Sozialtransfers

Nettomarkteinkommen

Der Haupteffekt von Sozialleistungen ist einer Verbesserung der Kaufkraft der Haushalte, die diese Leistungen beziehen. Allerdings können Sozialleistungen neben dieser direkten Wirkung andere indirekte Auswirkungen auf das Verhalten von Menschen und Haushalten haben. Wenn eine Sozialleistung nur dann gezahlt wird, wenn diese Menschen kein anderes Einkommen haben, dann sind diese Menschen möglicherweise weniger enthusiastisch bei der Arbeitssuche im Vergleich zu der Situation, wo eine solche Sozialleistung nicht gezahlt wird (siehe auch Soziale Situation in der EU, 2000). Das bedeutet, dass das Markteinkommen via Sozialleistungen auch durch den Wohlfahrtsstaat beeinflusst wird. Andererseits gibt es keine eindeutige wissenschaftliche Antwort auf die Frage, ob Sozialtransfers das Wachstum beeinflussen. Atkinson³⁸ verglich neun länderübergreifende Untersuchungen und kam zu dem Schluss, dass die Ergebnisse nicht stichhaltig waren. Dennoch sollte die Sozialpolitik auf die Markteinkommensverteilung und auf ihre Beziehungen zur Umverteilung achten.

Das Markteinkommen wird hier durch ein „Netto“einkommenskonzept gemessen, was bedeutet, dass Steuern und Sozialabgaben bereits direkt abgezogen wurden. Diese Definition erlaubt zwar keine eingehende Analyse der Auswirkungen des Sozialtransfers, dennoch wird das Konzept innerhalb der ECHP herangezogen, die die am meisten vergleichbare Quelle für Einkommensdaten auf EU-Ebene ist (für Definitionen siehe Kasten unten).

Einkommenskonzepte und Transfers

In diesem Kapitel wird auf mehrere Einkommenskonzepte Bezug genommen. Alle Konzepte sind monetär, d.h., dass Sacheinkommen oder Sachtransfers nicht berücksichtigt werden. Zwischen den Einkommenskonzepten und Transfers bestehen folgende Beziehungen:

1. Bruttomarkteinkommen
 - bezahlte Steuern und Sozialtransfers

2. Nettomarkteinkommen
 + erhaltene Sozialtransfers
 + erhaltene private Transfers

3. verfügbares Einkommen

1. Das Bruttomarkteinkommen ist das gesamte Geldeinkommen aus Arbeit und Kapital.

2. Das Nettomarkteinkommen ist das Markteinkommen nach Entrichtung von Steuern und Überweisung von Sozialtransfers. Steuern und Sozialabgaben werden in diesem Kapitel allerdings nicht analysiert. Dasselbe gilt für das Bruttomarkteinkommen.

3. Das verfügbare Einkommen ist das Nettomarkteinkommen zuzüglich der erhaltenen sozialen und privaten Transfers. Die erhaltenen Sozialtransfers (d.h. Sozialleistungen) bestehen in Alters- und Hinterbliebenenbezügen und anderen Sozialleistungen (Leistungen bei Arbeitslosigkeit,

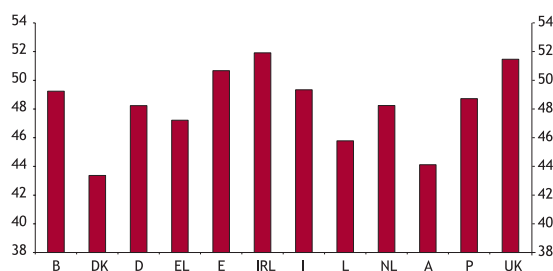
³⁷ The employment precarity, unemployment and social exclusion research programme – EPUSE – Final Report 2000 Europäische Kommission, GD Forschung
³⁸ A.B. Atkinson. *The welfare state and economic performance* (Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftsleistung). In: National tax journal 48 (2), Juni 1995, Seiten 171-198.

Berufsunfähigkeit, Krankheit etc.). Sie können staatlicher oder privater Natur sein. Die erhaltenen privaten Transfers sind von anderen Haushalten eingegangene Geldtransfers. Das Gegenstück dieser Komponente, die Zahlungen, wird vom Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) nicht gemessen. Sie werden im ECHP nicht vom Markteinkommen in Abzug gebracht.

Zusammenfassung der Betrachtung der Transfers: Es ist anzumerken, dass die erhaltenen Geldtransfers (soziale und private) gemessen und analysiert werden. Die bezahlten Sozialtransfers (Steuern und Sozialabgaben) werden nicht analysiert, sondern im Konzept des Nettomarkteinkommens berücksichtigt. Die bezahlten privaten Transfers werden weder analysiert noch berücksichtigt.

- **Die Nettomarkteinkommen nach Alter...:** Die Altersgruppe der 25-54-Jährigen hat das höchste Nettomarkteinkommen in allen Mitgliedstaaten. 1996 lebten Menschen im Alter zwischen 25 und 54 Jahren im Allgemeinen in Haushalten mit den höchsten Äquivalenz-Nettomarkteinkommen, aber auch in den größten Haushalten.
- **... unterscheiden sich vom verfügbaren Einkommen:** Beim Vergleich mit dem verfügbaren Einkommen, begünstigt das Altersmuster der EU die Gruppe der 25-54-Jährigen in beiden Einkommensarten. Für die Gruppen der 55-Jährigen und Älteren, ist das Nettomarkteinkommen allerdings viel niedriger. Männer von 25-49 und von 50-64 Jahren haben bei weitem die höchsten Einkommen (vg. Kapitel 4). Die Einkommen der Gruppe von 16-24 Jahren sind niedrig, teilweise weil einige von ihnen sich noch in der Ausbildung befinden. Ohne eine detaillierte Arbeitsmarktanalyse vorzunehmen, sind mögliche Erklärungen hierfür geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Arbeitszeiten, das Bildungsniveau, Beschäftigungsunterbrechungen, die Art der Arbeit und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.
- **Geschlechts- und Altersprofile ähneln sich in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme des geschlechtsspezifischen Unterschieds in der Gruppe von 16-24 Jahren.** Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Gruppen von 25-49 und 50-64 Jahren variieren von etwa 20% bis zu über 60% nach Mitgliedstaat. Es ist festzuhalten, dass die sich die Beschäftigungsraten auch nach Mitgliedstaat unterscheiden, vor allem für bei Frauen (von 37% bis 72%).

S.b. 41 Ungleichheit (Gini) des Äquivalenz-Nettomarkteinkommens, ECHP 1996



Quelle: Eurostat - ECHP 1996

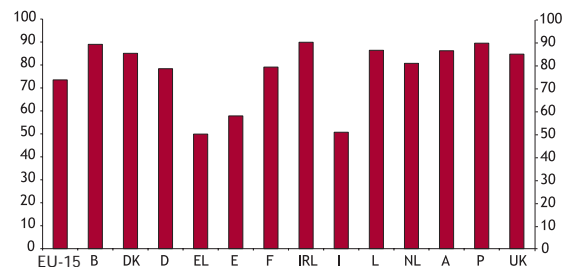
- **Die Verteilung des Nettomarkteinkommens ist unterschiedlich.** Die umverteilende Wirkung sozialer Transfers auf das Markteinkommen lässt sich anhand der Auswirkungen auf die Ungleichheit mit dem Gini-Koeffizienten messen. Die größten Ungleichheiten beim Nettomarkteinkommen wurden in Irland und dem Vereinigten Königreich, die geringsten in Dänemark und Österreich festgestellt.

Umfang und Größe der Sozialleistungen

Auf der Haushaltsebene werden im Durchschnitt 29% des verfügbaren Einkommens von Renten und anderen Sozialtransfers erzielt. Die Hauptkomponente des Einkommens ist mit einem Prozentsatz von 67% Arbeit (Beschäftigung und selbständige Tätigkeit). Die übrigen 4% stammen von Kapitalerträgen und privaten Einkommensquellen (siehe Kapitel 3.14). Die EU-Ausgaben für Sozialschutz (hier als Synonym für Sozialleistungen verwendet) beliefen sich 1997 auf 28% des BIP (siehe Kapitel 3.12).

- **Mehr als 70% der Personen gehörten zu Haushalten, die berichteten, 1996 Sozialleistungen empfangen zu haben,** einschließlich solcher im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, Alter, Ruhestand and Hinterbliebenenrenten (öffentliche und private), Familie, Krankheit und Invalidität sowie Studienbeihilfen. Griechenland, Spanien und Italien hatten die niedrigsten Anteile (50-60%), während alle anderen Mitgliedstaaten sich im Rahmen von 78 bis 90% bewegen.

S.b. 42 Personen in Haushalten, die Sozialleistungen beziehen (%), 1996

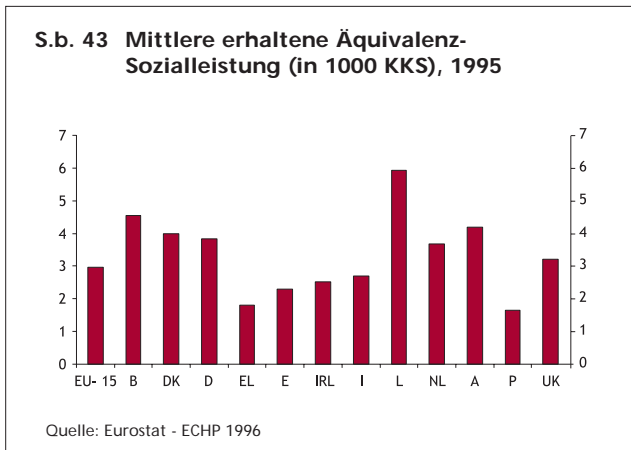


Quelle: Eurostat - ECHP 1996

- **76% der in Haushalten mit Kindern unter 16 Jahren lebenden Personen bezogen Sozialleistungen,** und dieser Prozentsatz betrug zwischen 60% and 70% für die 16-54-Jährigen, 77% für die 55-64-Jährigen und 98% für die 65-Jährigen und Älteren. Dieses Muster ist mehr oder weniger in den meisten Mitgliedstaaten vorhanden, aber in Griechenland, Spanien und Italien hatten Kinder geringere Anteile. Diese letzten Unterschiede sind möglicherweise auf die Geringfügigkeit familiärer Sozialleistungen in diesen Ländern zu erklären.

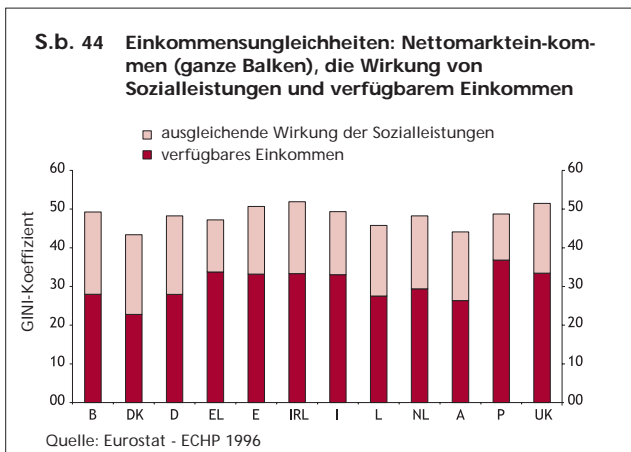
- **Der mittlere bezogene äquivalente Nettosozialtransfer betrug 3000 KKS für alle Personen** einschließlich Personen in Haushalten, die keine Sozialtransfers erhalten. Am kleinsten war er in Portugal (1.700) und Griechenland (1.800) und am größten in Belgien (4.600) und Luxemburg

(5.900). Wenn wir das SozialtransfERNiveau mit den Medianeinkommen (verfügbar, äquivalent) der entsprechenden Länder in Beziehung setzen, stellen wir fest, dass Belgien den höchsten Prozentsatz (36%) hat, gefolgt von den Niederlanden und Österreich (32%). Nur 3 Mitgliedstaaten haben ein Niveau unterhalb von 30%, Griechenland, Portugal und Irland (entsprechend 25%, 26% und 28%).



Umverteilung durch Sozialleistungen

- **Sozialleistungen vermindern die Einkommensungleichheit innerhalb der Mitgliedstaaten.** Die Umverteilungswirkung sozialer Transfers ist in dieser Analyse auf erhaltene Geldtransfers beschränkt. Die (möglicherweise große) Wirkung von Steuern und Abgaben ist nicht berücksichtigt. Die vermindernde Wirkung von Sozialleistungen auf die Einkommensungleichheit variierte von 12 bis 13 Prozentpunkten in Portugal und Griechenland bis etwa 20 in Deutschland, Dänemark und Belgien.



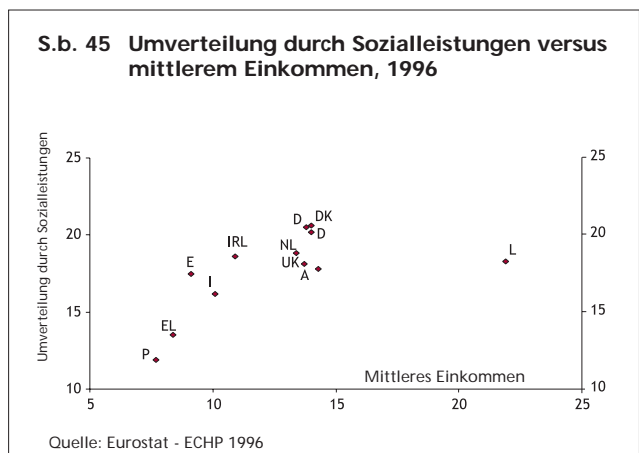
Allerdings vergrößern sie die Einkommensungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten: Wenn wir die Standardabweichung zur Messung der Variabilität der Ungleichheitsniveaus verwenden, scheint diese Standardabweichung bei den Ungleichheiten des Nettomarkteinkommens der verschiedenen Länder 2,7 zu betragen und 4,1 bei den Ungleichheiten des verfügbaren

Einkommens. So steigen die Unterschiede bei der Ungleichheit zwischen den Ländern um den Faktor 1,5, wenn man vom Nettomarkteinkommen zum verfügbaren Einkommen wechselt.

- **73% der europäischen Bürger behaupteten: „Regierungen sind für die Verminderung der Einkommensunterschiede verantwortlich“.** In einigen Mitgliedstaaten wie in Griechenland, Spanien und Portugal werden Regierungsmaßnahmen entweder zur Verminderung extremer Einkommensungleichheiten oder zu einer verstärkten Unterstützung ausgegrenzter Personen bevorzugt. 78% der Befragten sprachen sich dafür aus, dass die Regierung mehr Mittel für Sozialschutz aufwenden sollte: die geringste Befürwortung derartiger Maßnahmen gab es im westlichen Teil Deutschlands und in Dänemark, die größte wiederum in Südeuropa. Die Gruppen mit höheren Einkommen unterstützen in geringem Maße Vorschläge zur Erhöhung der Regierungsausgaben für Sozialschutz. Arbeitslose und Menschen, die fast immer zu Hause sind, fordern in höherem Maße staatliche Eingriffe zur Verminderung der Einkommensungleichheit und zur Unterstützung ausgegrenzter Personen.

Anscheinend entsprechen die Meinungen der Menschen in gewisser Hinsicht den objektiven Daten: mehr Ausgaben für Sozialschutz wird von Menschen der geringeren Einkommensgruppen und aus Ländern mit größerer Ungleichheit und Armut gefordert.

- **In der EU korreliert ein höheres mittleres, verfügbares Einkommen mit einer höheren Umverteilung von Sozialleistungen.**³⁹ Ein höherer Lebensstandard gibt Regierungen die Möglichkeit zu Steuererleichterungen und Einkommensumverteilung. Es ist jedoch schwierig, den Kausalzusammenhang dieser Beziehung zu bestimmen. Möglicherweise ist ein dritter gemeinsamer Faktor wie der Typ des Wohlfahrtsstaats die zugrundeliegende Ursache. Eine jüngere Untersuchung über den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaat und Armutsindikatoren, Ungleichheit und Umverteilung geht davon aus, dass der Typ des Wohlfahrtsstaats einige, aber nicht alle Unterschiede erklären kann⁴⁰.



- **Die mittleren erhaltenen Äquivalenz-Sozialleistungen sinken mit dem Nettomarkteinkommen.** Ein Großteil

³⁹ Wenn man Luxemburg mit seinem sehr hohen Mittelwert weglässt, ist die Korrelation 0,85 und von Bedeutung auf der 1%-Ebene.

⁴⁰ Amt für Sozial- und Kulturplanung der Niederlande, Measuring welfare states: structure and impact of the socioeconomic order in eleven western countries (Das Messen von Wohlfahrtsstaaten: Struktur und Auswirkungen der sozioökonomischen Ordnung in westlichen Ländern), 2000.

der Sozialleistungen ist für Fälle niedrigen Einkommens wie Arbeitslosigkeit und Behinderung vorgesehen. Doch werden Sozialleistungen z. B. auch an Haushalte mit Kindern and arbeitslose Partner beschäftigter Personen gezahlt. Die allgemeine Auswirkung ist, dass höhere Sozialleistungen an Haushalte mit niedrigerem Markteinkommen gezahlt werden. Bei der Einteilung des Einkommens in Einkommensquintile, beträgt der KKS im Mittel 7.600 im ersten (untersten) Quintil und fällt dann (3.900, 1.900, 1.300) auf 800 KKS im höchsten Quintil.

- **Armutszahlen nehmen durch Sozialleistungen ab.** Abschnitt 3.15 beschreibt, dass, anders als die Renten, sich die meisten Sozialleistungen vorwiegend auf niedrige Markteinkommen konzentrieren. In allen Mitgliedstaaten außer Griechenland, Italien und Portugal fällt der Anteil der Menschen an niedrigen Einkommen um mehr als 25%, wenn andere Sozialleistungen als Renten zuzüglich zu ihren Markteinkommen bezogen werden. In Dänemark beträgt die Verminderung etwa zwei Drittel, was für dieses Land die niedrigste Armutsquote nach Sozialleistungen zur Folge hat. Das zeigt deutlich, dass die Verminderung der Armut aufgrund von Sozialleistungen beträchtlich unter den Mitgliedstaaten variiert und kein systematischer Zusammenhang zum Armutsniveau vor Sozialleistungen besteht.

Etwa 44% der Armen verfügen über ein Arbeitseinkommen als Haupteinnahmequelle ihres Haushalts, 4% hauptsächlich aus selbständiger Arbeit. Ihre Verteilung nach den höchsten Sozialtransfers ist, wie folgt: 52% verfügen über Renten (Alters- / Hinterbliebenen-) als größte Transferleistungen, 12% über Arbeitgeberleistungen als größte Transfers, 9 % über Krankengeld/Invalidenrente und der Rest über andere Arten als größte Transfers.

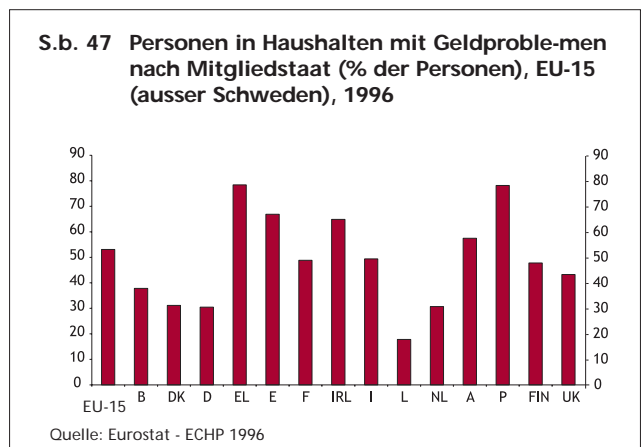
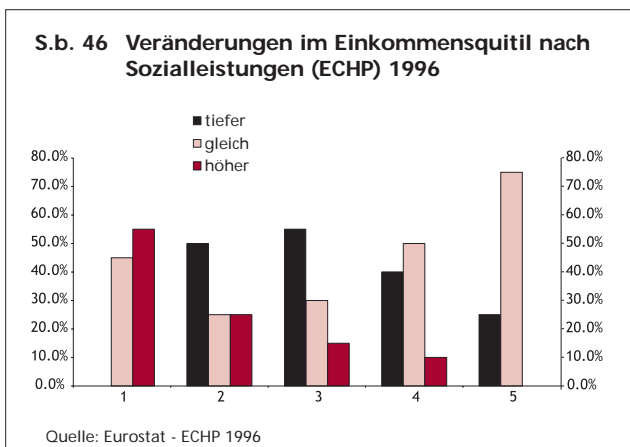
- In Griechenland und Italien ist der Anteil der Armen, die in Haushalten mit Arbeitseinkommen als Haupteinnahmequelle leben, über 55%. Niedrige Zahlen (25-30%) finden sich im Vereinigten Königreich, in Irland und Belgien. Die große Mehrheit der anderen Armen verfügen über Sozialleistungen als Haupteinnahmequelle, wovon wiederum die größte Gruppe Alters- und Hinterbliebenenrenten beziehen (50% von ihnen).
- **Sozialleistungen verändern die relative Stellung von Personen.** Die untere Grafik zeigt den Prozentanteil von Personen in jedem Quintil des Nettomarkteinkommens, die aufgrund der Wirkungen der Sozialleistungen, d.h. eingestuft nach verfügbarem Einkommen, entweder um

mindestens ein Quintil aufgestiegen oder abgestiegen oder im selben Quintil geblieben sind. Zum Beispiel fanden sich 50% dieser Menschen des zweituntersten Quintil des Nettomarkteinkommens im untersten Quintil des verfügbaren Einkommens wieder.

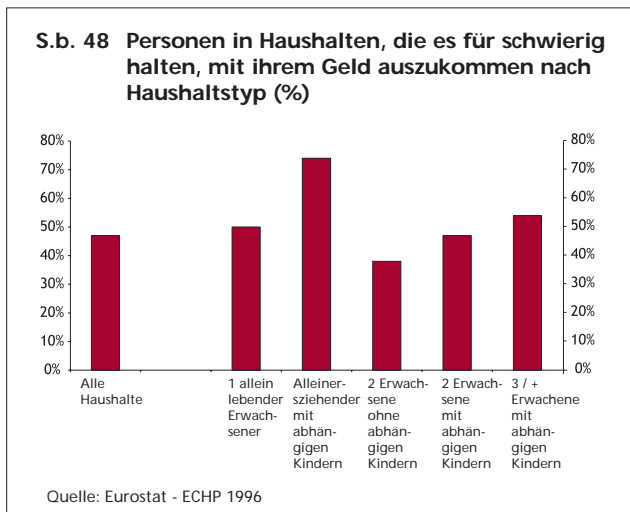
2.3.3 Sozioökonomische Sicherheit

Sozioökonomische Sicherheit bezieht sich auf die Art, wie die Bürger ihre täglichen lebensnotwendigen Bedürfnisse durch die verschiedenen für soziale Maßnahmen verantwortlichen Systeme und Strukturen befriedigen und ist daher eine wichtige Komponente der sozialen Qualität. Ein akzeptables Minimum an sozioökonomischer Sicherheit bietet Schutz gegen Armut, Krankheit und andere Formen materiellen und sozialen Mangels.

- **Mehr als die Hälfte der EU-Bürger behaupten, finanzielle Probleme zu haben...:** Einkommen ist ein objektives Maß für die Verfügungsgewalt über Güter und Dienstleistungen, aber es entspricht nicht notwendigerweise den Erfahrungen der Menschen und ihrem sozioökonomischen Sicherheitsniveau. Es ist daher wichtig, die Menschen zu fragen, ob ihr Haushalt finanzielle Schwierigkeiten hat. Mehr als die Hälfte der Menschen in der EU lebten in einem Haushalt, der für 1996 behauptete, zumindest einige Probleme gehabt zu haben. Die meisten Probleme wurden in Portugal und Griechenland (beide 78%) berichtet, gefolgt von Spanien und Irland. Diese Anteile sind zwischen 1994 und 1996 ziemlich stabil. Luxemburg hat mit unter einem Fünftel (18%) bei weitem den niedrigsten Prozentsatz. Die Niederlande, Deutschland und Dänemark sind die nächstniedrigen (alle mit 31%).
- **... und ihre Probleme scheinen mit niedrigen Einkommen zusammenzuhängen:** Griechenland, Portugal und Spanien haben die niedrigsten mittleren verfügbaren Einkommen in der EU und relativ hohe Ungleichheitsniveaus. Die Anteile der Menschen in Haushalten mit Problemen waren in Griechenland und Portugal 90% in den ersten beiden Einkommensquintilen, was vermuten lässt, dass die gemessenen niedrigen Einkommen und Berichte über Probleme in enger Beziehung stehen. Andererseits muss man vorsichtig sein, den Berichten von Problemen einen absoluten Wert beizumessen. Selbst in Mitgliedstaaten mit hohem mittleren Einkommensniveau fühlten sich mindestens 10 bis 20% der Menschen im höchsten Quintil von finanziellen Problemen beeinträchtigt (mit Ausnahme von Luxemburg: 4% im vierten und 0% im fünften Quintil).



- **Alleinerziehendenhaushalte stehen in der gesamten EU unter dem größten Druck**, da durchschnittlich fast drei Viertel Probleme haben, mit ihrem Geld auszukommen. Haushalte mit drei Erwachsenen und „abhängigen“ Kindern stehen auch unter einigem Druck: in der gesamten EU hält es über die Hälfte dieser Haushalte (54%) für schwierig, mit ihrem Geld auszukommen. Dies sind gewöhnlich Drei-Generationen-Haushalte, so dass Druck sowohl auf den Kindern als auch auf anderen Familienmitgliedern lastet.



- In der gesamten EU halten es **weibliche Alleinstehende** für schwieriger, mit ihrem Geld auszukommen als männliche (53% zu 45%). In Spanien ist dieser Unterschied dramatischer, da nur 49% der männlichen, verglichen mit 71% der weiblichen Alleinstehenden Schwierigkeiten haben, mit ihrem Geld auszukommen. In Finnland allerdings ist das Muster umgekehrt: ein höherer Anteil an alleinstehenden Männern hat Schwierigkeiten, mit seinem Geld auszukommen (53%/45%).

2.4 Vertrauen in die Gesellschaft und soziale Beteiligung

In diesem Kapitel werden bestimmte mit der sozialen Beteiligung und dem Vertrauen in die Gesellschaft zusammenhängende Trends untersucht. Die Fähigkeit und die Bereitschaft Einzelner und von Gruppen, sich an wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen, ist eine entscheidende Voraussetzung für das Entstehen von sozialem Zusammenhalt. Jede Beteiligung trägt zur Entwicklung gemeinsamer Werte und von Zusammengehörigkeitsgefühl bei. Der Grad an Beteiligung in Gewerkschaften, politischen Parteien und anderen freiwilligen Organisationen kann ein Indikator für die Bereitschaft der Menschen sein, sich zusammenzufinden und zusammen gemeinsame Probleme anzugehen. Der Umfang des Vertrauens in die öffentliche Verwaltung ist ein weiterer Indikator für den sozialen Zusammenhalt.

• Die Beteiligung an Arbeit und Beschäftigung

Die Erwerbsquoten lassen auf die Fähigkeit der Menschen schließen, durch eine bezahlte Beschäftigung an der Arbeit teilzunehmen und für sich und ihre Angehörigen zu sorgen. Die bezahlte Beschäftigung ist die am weitesten verbreitete Form der Beteiligung an der Gesellschaft und ein wichtiger Faktor für die gesellschaftliche Stellung der Menschen im arbeitsfähigen Alter, die mehr Zeit bei der Arbeit verbringen (Kapitel 2.2) als bei irgendeiner anderen partizipatorischen Tätigkeit. Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen beeinflussen das allgemeine Wohlbefinden und die Gesundheit der Arbeitnehmer wesentlich und wirken sich auf das Familienleben und andere soziale Aktivitäten aus. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung in den neunziger Jahren konnten mehr Menschen an der Beschäftigung teilnehmen (Kapitel 3.7). Gleichzeitig haben sich instabilere Formen der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen herausgebildet. Die gegenwärtig zu beobachtenden Trends hin zur Flexibilisierung von Arbeitsvereinbarungen können bewirken, dass am Arbeitsplatz weniger Monotonie und mehr Autonomie herrscht. Erscheinungsformen wie flexible Arbeitszeit, flexible Verträge, Telearbeit und *Outsourcing* können jedoch auch zu größerer Unsicherheit, zu mehr Stress und anderen Gesundheitsproblemen führen.

Der soziale Dialog bleibt ein wesentlicher Bestandteil des EU-Sozialmodells, doch ist die Beteiligung in Form der Mitgliedschaft in Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Spaniens zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum hat es auch bedeutend weniger Streiks gegeben. Eine mögliche Erklärung dafür sind die Verlagerung des Beschäftigungsvolumens von der Fertigung hin zu den Dienstleistungen sowie Änderungen in den Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen und der Regierungsmaßnahmen, die mit einer zunehmenden Individualisierung der Arbeitsvereinbarungen und der Lebenswahlmöglichkeiten einhergehen.

• Soziale Beziehungen, Freiwilligenarbeit und Sozialwirtschaft

In den südlichen EU-Ländern sind die Kontakte zur Familie, zu Freunden und Nachbarn in der Beteiligung der Zivilgesellschaft vorherrschend, während in den nördlichen EU-Ländern und Irland die formale Freiwilligenarbeit recht weitverbreitet ist. Obwohl es keine eindeutige Definition dieses Sektors gibt, kann man davon ausgehen, dass die Organisationen des dritten Sektors 6,6% der Beschäftigung in Europa ausmachen. Die NRO spielen häufig eine wichtige Rolle im Kampf gegen die soziale Ausgrenzung und in der lokalen Entwicklung.

• Gleichstellung der Geschlechter im Entscheidungsprozess

Die Umwandlung der EU in eine wissensbasierte Gesellschaft kann nicht ohne die ausgewogene Beteiligung von Frauen erfolgen. Und doch ist die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Niveau der Entscheidungsfindung noch lange nicht erreicht. Der Anteil der Frauen auf den obersten Ebenen der Entscheidungshierarchie ist im wirtschaftlichen, politischen und naturwissenschaftlichen Bereich immer noch sehr gering.

• Vertrauen und Regierungsführung

Die meisten EU-Bürger erkennen die Demokratie als das "beste politische System" an, und eine große Mehrheit von ihnen ist der Überzeugung, die Gesellschaft müsse integrativ sein und sich jeder auf Rasse, Religion oder Kultur beruhenden Diskriminierung widersetzen. Aber der Grad des Vertrauens in die politischen Institutionen, politischen Parteien und öffentlichen Verwaltungen zeigt auch, wie kritisch die gegenwärtigen Regierungs- und Repräsentationsstrukturen beurteilt werden. 42% der Europäer gaben an, dass sie den öffentlichen Diensten in ihrem Land vertrauen. Während 60% der Befragten angeben, den Nichtregierungsorganisationen zu vertrauen, sind es bei den Gewerkschaften und großen Unternehmen nur die Hälfte.

2.4.1. Einleitung

Die soziale Beteiligung, das soziale Engagement und die Solidarität in einer aktiven Gesellschaft stellen die Hauptelemente des EU-Sozialmodells dar. Die soziale Beteiligung ist wichtig für die Errichtung von Netzwerken zwischen Einzelpersonen und Gruppen. Seit langem wird die Auffassung vertreten, dass Netzwerke und aktive Formen der Solidarität zur Entstehung der modernen Volkswirtschaften und zu ihrem Erfolg beigetragen haben. Der Grad des sozialen Zusammenhalts läßt sich am Umfang der allgemeinen Beteiligung, der zwischenmenschlichen Beziehungen und Interaktionen, des persönlichen Engagements in Bereichen des öffentlichen Interesses sowie am Vertrauen in die grundlegenden Einrichtungen messen.

In der ersten Ausgabe dieses Berichts (2000) wurden die informellen zwischenmenschlichen Beziehungen ausführlich beschrieben. In diesem Bericht werden die Entwicklung der Interaktionsmuster auf Familienebene (Kapitel 1.2 und 2.1) dargestellt und Daten über die Bedeutung der häuslichen und sozialen Aktivitäten vorgelegt (Kapitel 2.2). In diesem Kapitel wird ausführlicher auf die Entwicklung der mit der Beteiligung verbundenen Arbeit, auf den Umfang der Freiwilligenarbeit und auf die Sozialwirtschaft, auf die Frage der Chancengleichheit im Entscheidungsprozess und darauf eingegangen, wie sich das Vertrauen in die sozialen und politischen Institutionen äußert.

2.4.2. Beteiligung in Zusammenhang mit Arbeit und Beschäftigung

Die Beteiligung an der bezahlten Beschäftigung stellt die bedeutendste und weitverbreitetste Form der sozialen Beteiligung in unserer Gesellschaft dar, und die Gefahr von sozialer Ausgrenzung ist eng mit der Erfahrung von langfristiger Arbeitslosigkeit verknüpft. Ein hoher Beschäftigungsgrad – mit besonderem Blick auf die Frauen und älteren Arbeitnehmer - ist eines der vordringlichsten sozialen Ziele (siehe Kapitel 3.7 bis 3.11, 3.17). Aber angesichts der Tatsache, dass sich zur Zeit in allen Produktionssektoren neue, an die wissensbasierte Wirtschaft angepasste "Spielregeln" herausbilden, ändern sich die Formen der Beteiligung und mit ihnen die Modalitäten der wirtschaftlichen Produktion und der Vermögensverteilung. Dies gilt insbesondere für die neuen Muster der Entscheidungsfindung im Bereich der Ressourcen-Allokation (Unternehmensführungs- und Kontrollstrukturen), der neuen Ertragsverteilungsstrukturen (Gewinnbeteiligung, Aktienbezugsrechtsvergabe an die Belegschaft) und der wachsenden Arbeits- und Beschäftigungsflexibilität.

Veränderte Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen

Die **Arbeitsflexibilität**: Arbeitnehmern im Produktionsprozess wird mehr Verantwortung gegeben, und es wird von ihnen erwartet, dass sie schnell auf Veränderungen der Wünsche der Kunden reagieren. Da sie in Teams und Netzwerken mit den Lieferanten und Kunden zusammenarbeiten müssen, werden von ihnen mehr kommunikative und soziale Fähigkeiten verlangt. Die Entwicklung der zu niedrigen Preisen zur Verfügung stehenden Kommunikationstechnologien hat die Umwandlung der Produktionsstätten beschleunigt.

... **nimmt unterschiedliche Formen an**: flexible Arbeitszeit und flexibler Arbeitsort, Telearbeit, flexible Verträge, funktionelle Flexibilität, Fremdbeschaffung und Untervergabe in den Bereichen, in denen die Marktbeherrschung an die Stelle der hierarchischen Kontrolle tritt⁴¹. Der prozentuale Anteil der Arbeitnehmer, die über eine gewisse Autonomie bei der Festsetzung ihres individuellen Arbeitstempos verfügen, ist zwischen 1991 und 1996 von 64% auf 72% gestiegen. Gleichzeitig haben auch Fragen wie Vertrauen und Verantwortung als eine Möglichkeit Bedeutung erlangt, die effektive Kommunikation in sich kontinuierlich wandelnden Netzwerken sicherzustellen und die Arbeitnehmer zu motivieren.

... **und eröffnet neue Chancen**: Zu den positiven Entwicklungen zählen die nachlassende Monotonie in der Arbeit, mehr Autonomie, Gruppenarbeit und Zusammenarbeit. Dadurch entsteht eine höhere Arbeitsqualität. Die Arbeitnehmer haben darüber hinaus mehr Möglichkeiten, ihre persönliche Arbeitszeit zu bestimmen, die Arbeit und das Familienleben besser in Einklang zu bringen und es Menschen mit Betreuungsverantwortung zu erleichtern, eine bezahlte Arbeit aufzunehmen.

... **erhöht aber auch die Intensivierung**: Die Überbetonung von Ergebnissen, verwischte Grenzen zwischen Arbeits- und Privatsphäre, Überlastung, keine Prognostizierbarkeit der Arbeitsanforderungen sowie die Vernachlässigung von Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz werden als die wichtigsten negativen Nebeneffekte der jüngsten Veränderungen genannt (ILO 2000). Der Zeitdruck nimmt zu: "Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer sind zumindest während eines Viertels ihrer Arbeitszeit hohen Geschwindigkeiten ausgesetzt und stehen unter Termindruck"⁴².

... **bringt neue Sicherheitsprobleme mit sich**: Zu den häufigsten berufsbedingten Gesundheitsproblemen zählen EU-weit Rückenschmerzen (30% der Arbeitnehmer) und Stress (28% der Arbeitnehmer). Mehr als jeder dritte Arbeitnehmer⁴³ fühlt sich durch seine Arbeit gestresst, jeder fünfte fühlt sich ständig müde. Im Vereinigten Königreich rangieren **psychische Gesundheitsprobleme** (beispielsweise Depression) nach den Muskel- und Skelettstörungen an zweiter Stelle der berufsbedingten Krankheiten. Der vorzeitige Ruhestand wegen psychischer Gesundheitsprobleme und der durch den Stress am Arbeitsplatz verursachte Anstieg der Sozialsicherheitsausgaben mußten vermehrt Beachtung finden. Es ist möglich, ein "**gesundes Arbeitsumfeld**" zu schaffen, in dem die Auswirkungen beispielsweise der Technologie, von Zeitdruck und Stress als Präventivmaßnahme berücksichtigt werden⁴⁴.

... **und birgt mehr Gefahren der Dualisierung ...**: Die starke Zunahme der flexiblen Arbeitspraktiken kann zu mehr Lebensqualität, aber gleichzeitig auch zu mehr sozialer Ausgrenzung führen. Es bilden sich ein Kern- und ein peripherer Arbeitsmarkt, auf dem die Leistungstarken die Gewinne im Zentrum ernten, während die leistungsschwächeren Arbeitnehmer an die Peripherie der Produktionsanlagen geschickt werden, wo flexible Arbeit eher Unsicherheit bedeutet als Autonomie. Es ist ein starker Anstieg des Prozentsatzes der befristeten Arbeitsverträge,

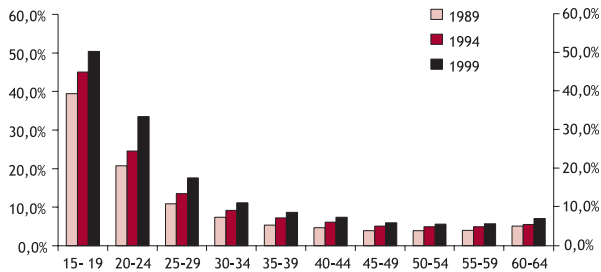
⁴¹ In Kapitel 2.1. wurde gezeigt, dass die Migration der Erwerbsbevölkerung, bei der es sich auch um eine Form der Flexibilität handelt, in der Europäischen Union nicht zugenommen hat.

⁴² Die Erhebung zu den Arbeitsbedingungen des Jahres 2000 der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

⁴³ Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, 2000

⁴⁴ Streß am Arbeitsplatz - ein Leitfaden; 'Würze des Lebens - oder Gifthauch des Todes?', Europäische Kommission 1999

S.b. 49 Anteil der Zeitverträge nach Altersgruppen (in %), EU-15



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

speziell für die Gruppe der jüngeren Arbeitnehmer, zu beobachten⁴⁵. Die für den Anstieg der Zeitarbeit und für die Arbeitszeitentwicklung relevanten Daten finden sich in Kapitel 2.2, Kapitel 3 (Ziffer 3.7) und 4.

...mit ambivalenten sozialen Folgen: Die Lebensqualität der Arbeitnehmer hängt von den Flexibilitätsbedingungen und dem Grad an Sicherheit ab. Wenn die Unternehmen ihre langfristigen Verpflichtungen durch den Einsatz von mehr Arbeitnehmern mit kurzfristigen Arbeitsvereinbarungen verringern, tragen die einzelnen Arbeitnehmer, die Haushalte und die lokale Gemeinschaft einen größeren Teil des Risikos. Dadurch verstärkt sich das Gefühl der Unsicherheit.

Fast jeder zweite EU-Bürger klagt, regelmäßig Stress ausgesetzt zu sein, und zwar trifft das mehr für Frauen (48%) als für Männer (36%), für die Altersgruppe zwischen 25-39 und für Personen mit einer höheren Schulbildung (42% gegenüber 33%) oder höherem Einkommen zu. Personen im Ruhestand gaben an, weniger unter Stress zu leiden (22%). Das geringste Stressniveau geben Finnland (28%) und die übrigen nordischen Ländern an. Mit 72% ist das Stressniveau in Griechenland außerordentlich hoch, gefolgt von Belgien mit 48%.

Die sich herausbildenden vielfältigen flexiblen Arbeitsformen bewirken in der Tendenz eine Intensivierung der Arbeit und eine Erosion der langfristigen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Änderungen in den Arbeitsvereinbarungen haben signifikante Auswirkungen auf die Lebensqualität der Arbeitnehmer – auch außerhalb des Arbeitsplatzes.

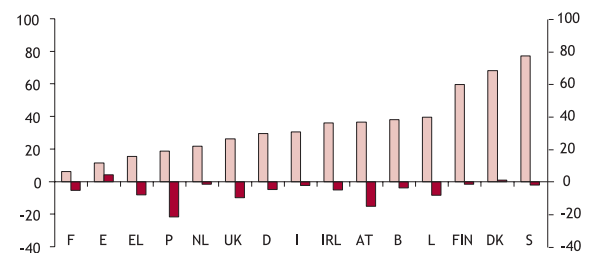
Die Entwicklung des sozialen Dialogs

Die Institutionen zur Aushandlung der Tarifverträge spielen in der EU weiterhin eine zentrale Rolle ... bei der Organisation des Sozial- und Wirtschaftslebens. Sie tragen durch eine Reihe komplexer politischer, institutioneller und sozialer Mechanismen zur wirtschaftlichen Leistung bei. Die Sozialpartner bringen wichtige Werte in das EU-Sozialmodell ein: Verantwortung, Solidarität und

Partizipation. So sind die branchenweiten Verhandlungen der Tarifpartner EU-weit seit langem weit verbreitet und tragen zur Lohntransparenz und zum sozialen und regionalen Zusammenhalt bei⁴⁶.

.. obwohl es zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Beteiligung an Informationen, Beratung, Konzertierung und Verhandlungen **beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Art und des Niveaus des sozialen Dialogs gibt**, sehen sich die unterschiedlichen Regierungssysteme vor **dieselben zahlreichen Herausforderungen** gestellt: wachsender internationaler Wettbewerb und Existenz multinationaler Unternehmen, Zunahme der kundenspezifischen Märkte, Trend hin zu Dienstleistungen, mit der EWU verbundene.

S.b. 50 Gewerkschaftsdichte EU-15, 1995



■ Gewerkschaftsdichte (in % der nicht in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbsbevölkerung - Quelle ILO)
 ■ Änderung in der Gewerkschaftsdichte (1985-95); DK, Italien und Schweden nur: 85-94; D, nur für ehemalige BRD: 85-93, Luxemburg: 87-95

Quelle: ILO

...und sind alle im Wandel begriffen: Die Strukturen der Kollektivvertretung sind in den mittel- und nordeuropäischen, in denen die Gewerkschaften immer noch eine wichtige soziale Rolle spielen, immer noch stark ausgeprägt, sind jedoch in allen Ländern rückläufig. Das wird besonders deutlich, wenn wir die Entwicklung der Mitgliedszahlen der Gewerkschaften betrachten, die in allen Ländern mit Ausnahme Spaniens zurückgegangen sind. Gleichzeitig können wir den Trend beobachten, dass weiter gefasste Themen in Zusammenhang mit der Beschäftigungsfähigkeit (Schulungen), Gleichbehandlung von Männern und Frauen, Bekämpfung der Diskriminierung, usw., die auch von bestimmten Interessengruppen (Familienverbände, Arbeitslose und andere NROs) formuliert werden, in die Tarifverhandlungen einfließen⁴⁷.

Für die zurückgehende Beteiligung in den Gewerkschaften gibt es unterschiedliche Erklärungen: Wandel in den Regierungspolitiken, eine teilweise geringere Bereitschaft des öffentlichen Sektors, den sozialen Dialog zu stärken, größere persönliche Autonomie, zunehmende Individualisierung der Gesellschaft, allgemein rückläufige Mitgliedschaft in den traditionellen hierarchisch strukturierten Organisationen, Individualisierung der Arbeitsbedingungen, Spezialisierung der Erwerbsbevölkerung und der Unternehmenstrukturen.

⁴⁵ Andere relevante Veröffentlichungen: Beschäftigung in Europa 2000 und Arbeitsbeziehungen in Europa 2000

⁴⁶ siehe:Arbeitsbeziehungen in Europa, Europäische Kommission 2000

⁴⁷ siehe beispielsweise die Richtlinie des Rats 2000/78/EG vom 27. November 2000, die einen allgemeinen Rahmen für die Gleichbehandlung im Beruf und bei der Beschäftigung festlegt (OJ L303/16 vom 2./12./2000)

Rückgang der Arbeitskämpfe ? Auf Streiks als kollektive Vorgehensweise wird weit weniger häufig zurückgegriffen. Die Zahl der Streiks ist seit 1979 EU-weit von über 85 Millionen Tagen auf unter 10 Millionen Tage im Jahre 1996⁴⁸ gesunken. Dieser Rückgang kann als eine Folge der hohen Arbeitslosigkeit, als ein Zeichen der „sanfteren“ industriellen Arbeitsbeziehungen oder als ein Zeichen für die geschwächte Machtposition der Gewerkschaften ausgelegt werden. Die neuen Modelle der Netzwerkproduktion setzen auf Konsens und sanfte Führungs- und Kontrollstrukturen innerhalb und zwischen Unternehmen. „Konfliktivität“ gilt nicht länger als Modell für die sozialen Beziehungen, statt dessen wird der Ruf nach sanfterer Kommunikation und nach Verhandlungen mit Win-Win-Strategien laut. Diese Entwicklung kann dazu führen, dass eventuelle, sonst aus der Neuverteilung der Gleichgewichte der wirtschaftlichen Macht entstehende soziale Spannungen überdeckt werden. Die Frage ist: in welcher Form werden diese sozialen Spannungen künftig ihren Ausdruck finden?

2.4.3. Beteiligung an der Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit

Informelle und formale Beziehungen

Was die informellen Beziehungen angeht, sprechen vier Fünftel aller EU-Bürger mindestens einmal in der Woche mit einem Nachbarn. Dies gilt insbesondere für Griechenland, Spanien, Irland und Portugal. In den Niederlanden, Dänemark und Luxemburg ermittelten wir die meisten Bürger, die mindestens einmal pro Monat oder nie derartige Kontakte pflegen. Das Isolationsrisiko ist insbesondere für behinderte Menschen oder solche, die in ihrem alltäglichen Leben beeinträchtigt sind, doppelt so hoch wie für Nichtbehinderte (ECHP 1996).

Was die Beteiligung in Organisationen und formalen Gruppen (die Arbeit ausgenommen) angeht, beteiligt sich ungefähr die Hälfte der EU-Bürger an sozialen, politischen oder kulturellen Aktivitäten (Daten in Kapitel 4, Eurobarometer 1998).



Die höchsten Raten der Beteiligung an formalen Gruppen erzielen die nordischen Länder (Schweden, Dänemark, Niederlande und Finnland) und die niedrigsten Griechenland, Portugal und Spanien.

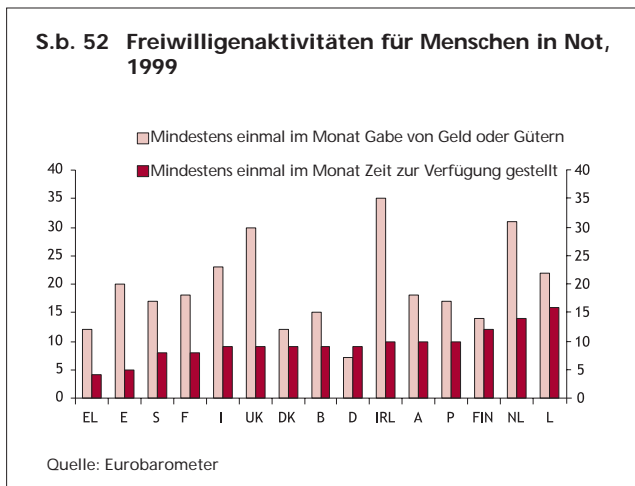
Die Freiwilligenarbeit und die assoziativen Fähigkeit ist in den Mitgliedstaaten in Nordwesteuropa (Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Skandinavien sowie Vereinigtes Königreich) ausgeprägter als in Spanien und Portugal. Die meisten Freiwilligen sind in den Bereichen Sport und Freizeit, Kirchen und religiöse Aktivitäten, Wohltätigkeit, Kultur und Bildung aktiv. In Deutschland und Luxemburg sind 6% der Einwohner in Fußballvereinen engagiert. 20% der EU-Bürger gehen jedes Wochenende zur Kirche; in Irland sind es 64%.

Trotz des drastischen Rückgangs der Mitgliedszahlen in den politischen Parteien und Gewerkschaften in den letzten zwanzig Jahren sind diese zwei Formen der Beteiligung immer noch vorherrschend.

Die soziale Beteiligung im Süden hat eher einen formalen, auf Interaktionen der Nachbarschaft und Gemeinschaft beruhenden Charakter, während sie im Norden eher auf der Beteiligung an formalen Klubs und Vereinen beruht.

Freiwilligenarbeit - ein Beitrag zum sozialen Zusammenhalt

Die Freiwilligenarbeit wird in vielen Mitgliedstaaten als wichtig für den Aufbau einer verantwortungsbewußten und demokratischen Gesellschaft, als Gegengewicht zu den starken Marktwerten und als Reaktion auf die Herausforderungen der sich wandelnden sozialen Muster angesehen. In anderen Mitgliedstaaten wiederum gilt die Freiwilligenarbeit immer noch als suspekt. Die Freiwilligenarbeit und die Freiwilligenvereinigungen spielen eine besondere Rolle in der lokalen Entwicklung. Sie tragen zu einer besseren Lebensqualität bei, indem sie ihren Mitgliedern Möglichkeiten der sozialen Entwicklung und persönlichen Erfüllung bieten. Die Freiwilligenaktivitäten spielen eine wichtige Rolle im Kampf gegen die soziale Ausgrenzung.



Bei den EU-Bürgern besteht die Bereitschaft, Menschen in Not durch freiwillige Geldtransfers zu unterstützen ... : 1999 wurden die EU-Bürger befragt, ob sie armen oder sozial ausgegrenzten Menschen Geld gegeben oder ihnen ihre Zeit gewidmet hätten. Durchschnittlich 3 von 5 Personen haben im letzten Jahr freiwillige Geld- oder Warentransfers durchgeführt, jeder Fünfte auf monatlicher Basis – das höchste Niveau wurde in Irland, das niedrigste in Deutschland festgestellt.

⁴⁸ Weitere Analyse in: Arbeitsbeziehungen in Europa, 2000

... und durch Zeit...: Seine Zeit zu ausgegrenzten Personen zu widmen, scheint problematischer zu sein. Im Durchschnitt haben drei von 10 Personen ausgegrenzten Menschen ihre Zeit gewidmet - weniger als eine von 10 Personen auf monatlicher Basis. Geld zu geben ist bei höheren Einkommensgruppen üblicher, während die Aufwendung von Zeit nicht an das Einkommen gebunden ist. Die Freiwilligenarbeit betrifft alle sozialen Gruppen, die Jungen allerdings weniger. Ein höherer Bildungsstand ist eine gute Voraussetzung für persönliches Engagement.

... und sie beurteilen die Maßnahmen der Organisationen in der derzeitigen Form kritisch: Die Arbeit der Freiwilligen- und Wohltätigkeitsorganisationen für sozial ausgegrenzte Menschen wird generell als am effektivsten eingeschätzt. Die Maßnahmen der einzelnen öffentlichen Verwaltungen werden anerkannt und geschätzt, aber die EU-Bürger sind der Ansicht, dass diese mehr leisten könnten. Sie haben hohe Erwartungen an die staatliche Intervention auf diesem Gebiet. Die Arbeit der NROs sollte die Regierungsmaßnahmen nicht ersetzen. Diese Einstellung stimmt mit der geäußerten Befürwortung der Sozialtransfers über ein (Kapitel 2.3.2). Die Rolle der Unternehmen und Gewerkschaften bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung wird als nicht relevant beurteilt, und die Erwartungen an diese Gruppen sind erstaunlich gering.

(Eurobarometer 1999) <i>Wer sollte Ihrer Meinung nach am meisten Hilfe für sozial ausgegrenzte und finanziell schwache leisten</i>	leisten am meisten Hilfe	sollten am meisten Hilfe leisten
Freiwilligenorganisationen	29	9
Religiöse Organisationen	17	8
Öffentliche Verwaltung/Soziales	18	22
Öffentliche Verwaltung/ Wohnen	11	19
Öffentliche Verwaltung/Beschäftigung	5	15
"Die armen oder ausgegrenzten Menschen selbst"	5	3
deren Verwandten	7	6
Unternehmen	1	6
Gewerkschaften	1	3
Europäische Union	2	8

Die wachsende Bedeutung der "Sozialwirtschaft"

Die im Bereich der sozialen Dienstleistungen tätigen vorstehend genannten Freiwilligenorganisationen sind Teil der "Sozialwirtschaft" (oder des "dritten Sektors"), die diese seit Jahrzehnten zwischen den öffentlichen und privaten Sektoren erfolgreich angesiedelten Initiativen (Genossenschaften, Vereinigungen, Organisationen auf Gegenseitigkeit sowie Stiftungen) umfasst. Dieser Sektor ist sehr heterogen und komplex. Die Freiwilligenorganisationen geben als gemeinsame Prinzipien an, dass außer der Gewinnerzielung und den Erträgen aus investiertem Kapital noch zusätzliche Ziele haben und dass sie formell vom öffentlichen und privaten Sektor unabhängig sind. Ihr erklärtes Ziel ist die Förderung einer Vision der sozialen Entwicklung, in der der Mensch im Vordergrund steht und nicht das Kapital und Gewinnstreben, und in der die Begünstigten einer Maßnahme an ihrer Durchführung beteiligt werden sollen.

... verstärkt den sozialen Zusammenhalt durch Förderung der Beteiligung ...: Diese Initiativen werden in der Regel ins Leben gerufen, um ihren Mitgliedern oder der Gemeinschaft (Gemeininteresse) als Reaktion auf entstehende Nachfragen spezielle Dienstleistungen zu erbringen. Sie versuchen, Bedürfnissen zu entsprechen, die weder von den öffentlichen Verwaltungen noch vom Markt abgedeckt werden. Der dritte Sektor umfasst sowohl die traditionellen als auch innovative Organisationen mit jeweils unterschiedlichem Einfluss. Aber in der lokalen Gemeinschaft festverwurzelte kleine und innovative Organisationen tragen durch Konsultationsmechanismen und Entwicklungsstrategien zum sozialen Zusammenhalt bei, indem sie das Vertrauen, die assoziativen Netzwerke und die sozialen Infrastrukturen stärken.

.. und durch die Reaktion auf sich herausbildende Bedürfnisse und Anforderungen: Die Freiwilligenorganisationen passen sich den lokalen sozialen Bedürfnissen flexibel und wirksam an. Um ihre Ziele zu erreichen, engagieren sie sich in wirtschaftlichen Tätigkeiten und stellen Mitarbeiter ein. Diese Organisationen stellen - wenn wir die Zahl der von ihnen geschaffenen bezahlten Arbeitsplätze berücksichtigen - heute in vielen Ländern eine messbare wirtschaftliche und soziale Realität dar. Wenn man allein die bezahlte Arbeit in diesen Organisationen in Betracht zieht, macht der dritte Sektor in der EU 6,6% der Beschäftigung aus:⁴⁹ er ist ein sehr kleiner Sektor in Griechenland (unter 2%), macht an die 6% in Deutschland, Belgien, Italien und Frankreich aus, und über 7% in Österreich, Finnland, dem Vereinigten Königreich und Spanien. In einigen Ländern ist der prozentuale Anteil noch höher (über 12% in den Niederlanden, in Irland und Dänemark) – allerdings ist die Unterscheidung zwischen öffentlichen Diensten und drittem Sektor nicht in allen Mitgliedstaaten eindeutig. Der Anteil der Beschäftigung im dritten Sektor steigt überdurchschnittlich, hauptsächlich in Vereinigungen, die im Bereich der sozialen und Gesundheitsdienstleistungen, im Bildungs- und Forschungssektor sowie in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit aktiv sind. Der Anstieg des Beschäftigungsanteils läßt sich teilweise durch Outsourcing bestimmter Funktionen erklären, die in der Vergangenheit vom öffentlichen Sektor ausgeführt wurden.

... und regt auch das Entstehen neuer öffentlicher Debatten an: Diese Organisationen können auf politischer Ebene dadurch, dass sie als Fürsprecher auftreten und Veränderungen bewirken, einen Anstoß zu öffentlichen Debatten geben. Sie sind häufig die ersten, die Besorgnisse formulieren und innovative Strategien entwickeln, und sie werden in den meisten Mitgliedstaaten und EU-weit in der Regel mit den öffentlichen Debatten in Verbindung gebracht.

Es ist eine wachsende politische Unterstützung für die Entwicklung der Sozialwirtschaft zu beobachten, aber es wird noch diskutiert, wie die Verteilung der Verantwortung hin zum dritten Sektor stattfinden soll. Bestimmten Organisationen werden mangelnder Sachverstand und Professionalität, ihre Abhängigkeit von öffentlichen Subventionen und die von ihnen gebotenen Arbeitsbedingungen vorgeworfen.

⁴⁹ Dritte System und Beschäftigung ; a mid term review – Bericht an DG Beschäftigung – 2000 (CIRIEC 2000)

Die veränderten Migrationsmuster und die daraus resultierenden Unterschiede des Bildungsniveaus und des kulturellen Hintergrunds, die wachsende Zahl älterer Menschen mit besonderen Pflegebedürfnissen könnten bewirken, dass die Entwicklung dieses Sektors in den kommenden Jahren vorangetrieben wird.

Die innovativen Erfahrungen im Bereich der sozialen Integration haben gezeigt, dass die neuen Planungs- und lokalen Entwicklungsmodelle auf komplexen Netzwerken öffentlicher und privater Initiativen, bezahlter Arbeit und Freiwilligenarbeit, großen Unternehmen und lokalen sozialen Gruppen beruhen. Die Modelle fördern die Komplementarität unterschiedlicher Akteursgruppen, statt an den traditionellen Grenzen und Aufgabenzuweisungen festzuhalten⁵⁰.

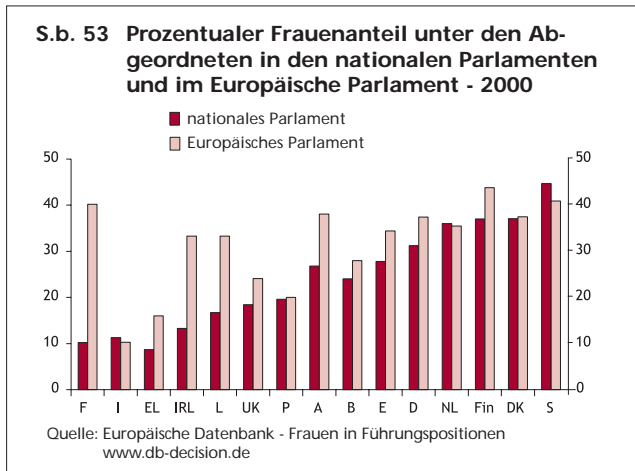
2.4.4. Ungleiche Beteiligung der Geschlechter an der Entscheidungsfindung

Im Rahmen der Betrachtung der öffentlichen Entscheidungsprozesse muss auch untersucht werden, wie stark die öffentlichen Entscheidungsprozesse in der Gesellschaft verankert sind. Wie sind die unterschiedlichen gesellschaftlichen Trends und Werte auf dieser Ebene vertreten? Sind die Gruppen in der Lage, ihre Meinungen und Interessen angemessen zu vertreten. Sollten bestimmte Gruppen der Meinung sein, dass ihre Interessen, Bedürfnisse, Erfahrungen und Ansätze nicht ausreichend berücksichtigt werden, kann dies zu sozialen Problemen oder zu einem Gefühl der Ausgrenzung führen. Die Benachteiligung bestimmter Gruppen in der Gesellschaft kann, sofern diese Gruppen keine uneingeschränkten politischen oder sozialen Rechte genießen, einerseits durch direkte und formale Ausgrenzungsmustern erfolgen, und andererseits gibt es auch andere Formen der Diskriminierung, die informell durch soziale Praktiken entstehen. Das derzeitige Repräsentationssystem wurde beispielsweise eingeführt, um spezifische politische Fragen zu lösen. Inzwischen entstehen neue Fragen, und es stellt sich die Frage, wer diese sich herausbildenden Interessen vertreten wird. Wer vertritt die Interessen von Kindern und jungen Menschen? Was ist mit der Vertretung der sehr alten Menschen?

Wir werden uns in diesem Jahr auf die Ungleichbehandlung von Frauen bei der Beteiligung an Entscheidungsprozessen konzentrieren⁵¹. Es ist unbestritten, dass die Umwandlung der EU in eine wissensbasierte Gesellschaft mit bedeutenden strukturellen Änderungen in der Wirtschaft, der Politik und im gesellschaftlichen Leben einhergeht. Dieser Wandel kann nicht ohne die ausgewogene Beteiligung von Frauen erfolgen.

Beteiligung von Frauen am Entscheidungsprozess. Das Ungleichgewicht hinsichtlich der Beteiligung von Frauen am Entscheidungsprozess in der Politik, der Unternehmensführung, in Gewerkschaften, Universitäten, der Zivilgesellschaft und der Justiz besteht EU-weit fort. Obwohl der Zugang zu diesen Einrichtungen inzwischen allen Bürgern offensteht, belegen die Zahlen, dass Frauen immer noch nicht am Entscheidungsprozess teilnehmen.

... **in der Politik**⁵²: In den nationalen parlamentarischen Gremien ist nur jeder fünfte Sitz von einer Frau besetzt. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind enorm; sie reichen von dem Mindestanteil von 8,7% in Griechenland bis zum Höchstanteil von 44,7% in Schweden. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten des Europäischen Parlaments liegt mit 30,2% leicht über dem EU-Durchschnitt⁵³.



In den regionalen und lokalen Gremien liegt der Frauenanteil sogar unter 20 %. In einigen Mitgliedstaaten werden Maßnahmen ergriffen, um die der Beteiligung von Frauen in politischen Gremien entgegenstehenden Barrieren zu überwinden, beispielsweise dadurch, dass ein Mindest-(Höchst-)anteil von Männern und Frauen in den Kandidatenlisten oder dass ein ausgewogeneres Verhältnis der in den Ausschüssen vertretenen Geschlechter verlangt wird.

... **in der öffentlichen Verwaltung:** Im Jahre 1999 betrug der Anteil der Frauen in den höchsten Positionen (nach dem Minister) der Zentralverwaltungen in Schweden 39%, in Portugal 19% und in Spanien 4%. Die Zahl für die Europäische Kommission beträgt 10%⁵⁴.

... **in der Wirtschaft:** Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre wirkte sich für die Frauen durch eine gestiegene Beteiligung am Arbeitsmarkt positiv aus. Aber die Frauen sind nicht in gleichem Maße wie die Männer auf den Entscheidungsebenen vertreten. Die wenigen verfügbaren Daten zeigen durchgehend, dass weniger als 5% Frauen Spitzenpositionen in der Industrie innehaben.

Entscheidungsfindung im Finanzwesen: Obwohl der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer im Finanzsektor (Banken, Bankenvereinigungen, Finanzministerien) hoch ist, sind Frauen immer noch die Ausnahme in Führungspositionen. Einer Erhebung der Handelsbanken für das Jahr 1999 zufolge sind 8% der Positionen im oberen Management mit Frauen besetzt, während Frauen in den Vorständen und anderen Leitungsgremien mit nur jeweils 5% beziehungsweise 3% vertreten sind.

⁵⁰ siehe: COM(2000) 196, Die Beschäftigung vor Ort fördern - Eine lokale Dimension für die europäische Beschäftigungsstrategie

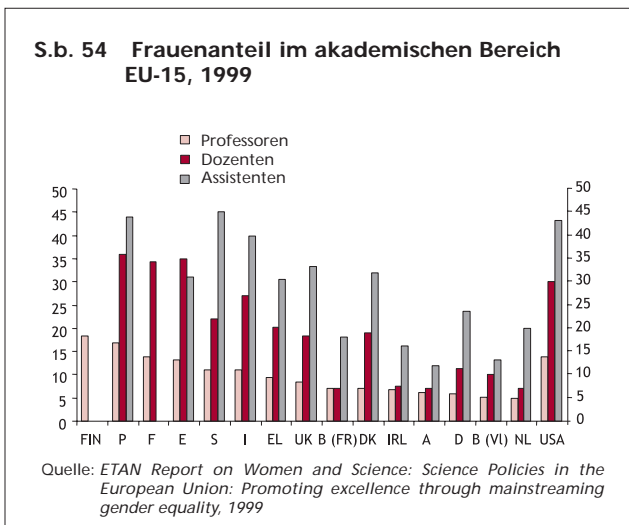
⁵¹ Weitere Veröffentlichungen: Chancengleichheit für Frauen und Männer in der EU, 1999

⁵² Weitere Veröffentlichungen: Chancengleichheit für Frauen und Männer in der EU, 1999

⁵³ aktualisierte Daten siehe: <http://www.db-decision.de/>

⁵⁴ Europarat: Überprüfung der Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform durch die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen, 8. November 1999

... und in der Wissenschaft: Man kann in einer wissenschaftsbasierten Gesellschaft davon ausgehen, dass die Wissenschaft in allen Lebensbereichen an Bedeutung gewinnen werden. Frauen spielen bei den Entscheidungen, die wissenschaftliche Maßnahmen und Prioritäten betreffen, nur eine untergeordnete Rolle. Ferner gehen auch nur verhältnismäßig wenige Frauen einem wissenschaftlichen Beruf nach, obwohl sie inzwischen in vielen Ländern 50% der Studenten ausmachen, die ein Examen mit "sehr gut" abgelegt haben⁵⁵. Der Anteil der Frauen unter den ordentlichen Professoren liegt mit beispielsweise 5% in den Niederlanden und 18% in Finnland weit unter der Parität. In vielen Ländern blieben die Prozentsätze in den achtziger Jahren stabil und stiegen zu Beginn der neunziger Jahre leicht an. Die Frauen scheiden in der Regel aus dem akademischen Leben aus, bevor sie Karriereposten erhalten. Je höher der Rang in der Hierarchie, desto niedriger der prozentuale Frauenanteil.



Dieses Muster bestätigt sich in allen Disziplinen, obwohl der Anteil der Akademikerinnen je nach Disziplin erheblich schwankt. Im Vereinigten Königreich sind 60% der Biologiestudenten Frauen, aber weniger als 10% der Professoren sind Frauen.

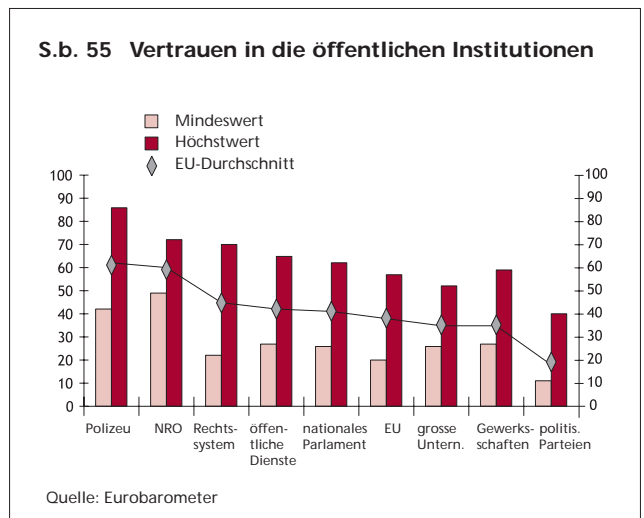
2.4.5. Vertrauen in die politischen Institutionen und sozialen Organisationen

Ein Indikator für den sozialen Zusammenhalt ist das Vertrauen, das die Menschen in ihre politischen Institutionen und anderen sozialen Gremien setzen. Das EU-Sozialmodell beruht auf den Werten der demokratischen Ordnung, die eine bedingungslose Unterstützung für die Würde und Freiheit des Einzelnen, für die Achtung der Menschenrechte, die Herrschaft des Gesetzes und die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit beinhaltet.

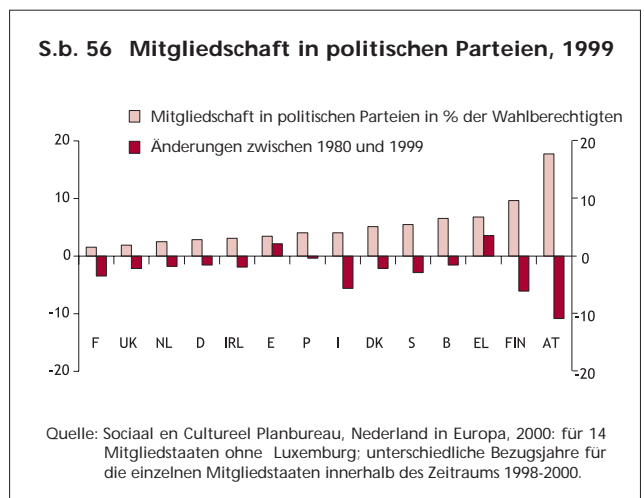
"Die Demokratie ist das beste politische System"... Dieser Aussage stimmen 82% der EU-Bürger zu, und 6 von 10 Personen sind damit zufrieden, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert, während 35% nicht sehr oder überhaupt nicht zufrieden sind (Eurobarometer 51, 1999). Die Menschen in Luxemburg (83%), Dänemark (81%) und den Niederlanden (78%) sind augenscheinlich am zufriedensten

mit der Demokratie in ihrem Land, während die Zufriedenheit in Belgien (49%) und Italien (34%) am niedrigsten ist.

... - das Vertrauen in die politischen Institutionen war in den Niederlanden und Luxemburg am größten und in Italien und Belgien am geringsten (Daten von Eurobarometer 51, 1999, siehe Kapitel 4). 42% der EU-Bürger vertrauen dem öffentlichen Dienst, dem Parlament und der Regierung ihres Landes. Das Vertrauen in den nationalen öffentlichen Dienst ist in Österreich (65%) am größten und in Italien (27%) und Belgien (37%) am geringsten. Das Vertrauen in das nationale Parlament und die nationale Regierung ist in den Niederlanden und Luxemburg am größten und in Belgien und Italien am geringsten, obwohl in Belgien seit 1997 ein Anstieg zu beobachten ist.



Das Vertrauen in die politischen Parteien ist vernichtend gering (18%): das geringste Vertrauen genießen die politischen Parteien in Frankreich, das meiste in den Niederlanden. Die Beteiligung an den politischen Parteien ist in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Griechenlands und Spaniens zurückgegangen. Die Mitgliedsrate beträgt ausgedrückt als Prozentsatz der wahlberechtigten Bürger in Österreich 17,7% und nur 1,9% im Vereinigten Königreich – der EU-Durchschnitt liegt 5,3%⁵⁶.



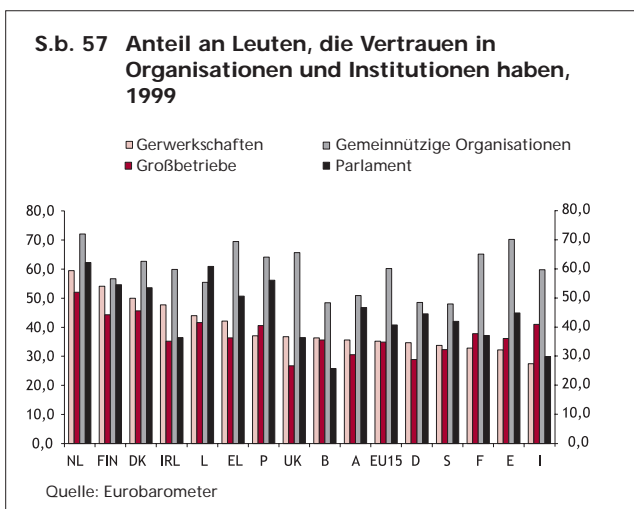
⁵⁵ ETAN Report on Women and Science: Science Policies in the European Union: Promoting excellence through mainstreaming gender equality, 1999
⁵⁶ Sociaal en Cultureel Planbureau, Nederland in Europa, 2000: für 14 Mitgliedstaaten ohne Luxemburg; unterschiedliche Bezugsjahre für die einzelnen Mitgliedstaaten innerhalb des Zeitraums 1998-2000.

Das Vertrauen in das Rechtssystem ist gering ... Insgesamt weniger als die Hälfte der EU-Bevölkerung vertraute dem Rechtssystem ihres Landes. Es gab geringfügig mehr Menschen, die dem System mißtrauten (46%) als Menschen, die ihm trauten (45%). In Frankreich, Italien und Portugal war das Mißtrauen in das Rechtssystem ihres Landes stärker als das Vertrauen.

..während es in die Polizei und die Armee groß ist: Mehr als sechs von zehn EU-Bürgern vertrauen der Polizei und der Armee ihres Landes; nur sehr wenige misstrauen diesen Einrichtungen (32% misstrauen der Polizei und 22% der Armee). In Finnland war der Grad an Vertrauen in alle diese drei Bereiche (Recht, Polizei, Armee) hoch, gefolgt von Dänemark. In Österreich war der Vertrauensgrad in das Rechtssystem sehr hoch, und Griechenland hatte den höchsten Grad an Vertrauen in seine Armee. In Belgien war der Grad an Vertrauen in allen drei Bereichen am geringsten und das Misstrauen am höchsten.

In einer Stichprobenerhebung wurden EU-Bürger befragt (Eurobarometer 52, 1999) **"welchen von zwölf möglichen Informationsquellen über die moderne Biotechnik sie am meisten vertrauten"**. Von allen zur Wahl gestellten Informationsquellen erhielten die Verbraucherorganisationen die meisten Stimmen (26%), gefolgt von der Ärzteschaft (24%) und den Umweltschutzorganisationen (14%). Diese drei Informationsquellen wurden für viel vertrauenswürdiger befunden als die Universitäten (7%), die Medien (4%), die amtlichen Stellen (3%) und die Industrie.

Die sozialen Organisationen genießen unterschiedlich hohes Vertrauen. Jeder dritte EU-Bürger vertraut den Gewerkschaften und den großen Unternehmen, während die Hälfte ihnen misstraut. Das Vertrauen in die Unternehmen ist im Vereinigten Königreich und in Deutschland sehr gering, dagegen rangieren sie in den Niederlanden, Dänemark und Finnland an erster Stelle. Das Misstrauen den Gewerkschaften ist in Italien, Spanien und Frankreich sehr hoch, jedoch weniger ausgeprägt in den Niederlanden, Finnland und Dänemark.

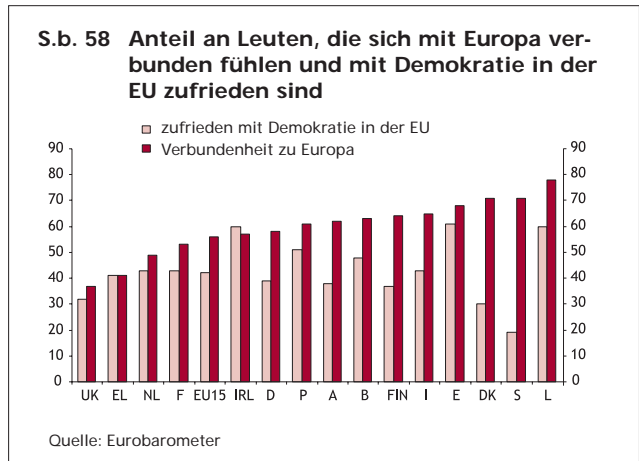


⁵⁷ Daten aus: Eurobarometer 53, 2000

⁵⁸ siehe Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (Amtsblatt Nr. L 303 vom 02/12/2000). - siehe Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (Amtsblatt Nr. L 180 vom 19/07/2000) - siehe die Arbeit der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien (EUMC)

Der Kirche vertrauen 50% der Befragten. Das Vertrauen ist in Griechenland, Portugal, Finnland und Dänemark, und das Misstrauen in Belgien, Frankreich und Österreich am größten. Den Freiwilligenorganisationen vertrauen 60% der Befragten. Am größten ist das Vertrauen in den Niederlanden, in Spanien und Griechenland und am geringsten in Belgien, Schweden und Deutschland, aber auch hier genießen sie immer noch das Vertrauen ungefähr der Hälfte der Bevölkerung.

Die internationalen Institutionen genießen ein leicht höheres Vertrauen. Die internationalen Regierungsinstitutionen genossen mehr Vertrauen als die nationalen Regierungsinstitutionen. Knapp die Hälfte der EU-Bürger vertraute der UNO und etwas weniger der EU, verglichen mit nur vier von zehn EU-Bürgern, die ihrer nationalen Regierung vertrauten. Die Menschen in Spanien (61%), in Luxemburg und Irland sind am zufriedensten damit, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert, während die Menschen in Schweden (19%), Dänemark (30%) und dem Vereinigten Königreich (32%) am wenigsten zufrieden scheinen.



Eine weitere Dimension ist das Zugehörigkeitsgefühl: Das Vertrauen in die Europäische Union oder die Zufriedenheit damit, wie die Demokratie auf dieser Ebene funktioniert, geben die Gesamtsituation nur unvollständig wieder. Das größte Zugehörigkeitsgefühl zur EU nach Luxemburg (78%) wurde in Dänemark und Schweden (beide 71%) ermittelt. Die Griechen und die Briten fühlen sich der EU am wenigsten verbunden (41% beziehungsweise 37%). **Es überrascht nicht, dass die meisten EU-Bürger sich mehr ihrem Land, ihrer Stadt und ihrer Region zugehörig fühlen (89, 87, 86%) als der Europäischen Union (56%)** (Eurobarometer 51, 1999, siehe Kapitel 4)

Angesichts der Tatsache, dass 74% der befragten EU-Bürger der Aussage zustimmen, dass ihr Land "immer aus unterschiedlichen kulturellen und religiösen Gruppen bestanden habe", klingt eine multikulturelle Gesellschaft wie eine gemeinsame Utopie⁵⁷. Fragen in Zusammenhang mit der Diskriminierung aufgrund der rassischen oder ethnischen Herkunft, und aufgrund von Religion oder Glauben, fremdenfeindliche Einstellungen sowie die Maßnahmen⁵⁸, die innerhalb der EU ergriffen werden, um dieser Entwicklung (insbesondere durch die Erziehung) entgegenzuwirken, werden in künftigen Berichten untersucht werden.

Abschnitt III

**Sozialpolitische Themen
- statistische Profile**

Abschnitt 3 stellt eine Reihe von statistischen Profilen im Rahmen der einzelnen sozialpolitisch relevanten Themen für die Europäische Union vor. Praktisch alle sozialpolitischen Schlüsselbereiche sind erfasst: Bildung, Beschäftigung, Wanderung, sozialer Zusammenhalt, Sozialschutz, Gleichstellung der Geschlechter und Gesundheit.

Jedes statistische Profil wird in Form von Tabellen, Grafiken und Kommentaren präsentiert. Der diesjährige Bericht enthält zwanzig Profile, d. h. fünf mehr als im vergangenen Jahr. Zwei der neuen Profile liefern Hintergrundinformationen - das eine zur Bevölkerung, den Haushalten und den Familien und das andere zur wirtschaftlichen Lage. Die Themen der anderen drei lauten i) Wanderung und Asyl, ii) Lebenslanges Lernen und iii) Haushalte ohne Erwerbstätige und niedrige Einkommen. Gleichstellungsfragen kommen teils in zwei Profilen unter der Überschrift „Gleichstellung der Geschlechter“ zur Sprache, teils auch in anderen Profilen und im statistischen Anhang, in dem mehrere Indikatoren nach Geschlechtern aufgeschlüsselt sind.

Jedes Profil konzentriert sich auf einen ausgewählten Schlüsselindikator (siehe nachfolgende Tabelle). Zusammengenommen liefern all diese Indikatoren nicht nur eine Momentaufnahme der heutigen sozialen Lage, sondern dienen zugleich als Instrument zur Beobachtung und zum Vergleich der sozialen Fortschritte in den fünfzehn Mitgliedstaaten.

Die fünf Schlüsselindikatoren wurden nach bestimmten Kriterien ausgewählt. Jeder Indikator sollte folgende Eigenschaften aufweisen: i) politische Relevanz auf EU-Ebene, ii) Vergleichbarkeit zwischen den fünfzehn Mitgliedstaaten, iii) Verfügbarkeit bei Nutzung der harmonisierten Eurostat-Quellen, iv) Messbarkeit im Zeitverlauf und v) gute Verständlichkeit. Der Kontinuität halber sollte diese Gruppe von Indikatoren im Laufe der Zeit relativ unverändert bleiben. Eine gewisse Flexibilität ist jedoch unvermeidlich, wenn veränderten politischen Erfordernissen und künftigen Verbesserungen bei der Datenverfügbarkeit Rechnung getragen werden soll.

Eine Zusammenfassung der Schlüsselindikatoren mit Daten für alle Mitgliedstaaten ist in Anhang I enthalten. Detaillierte statistische Daten zum gesamten Bericht sind Anhang II zu entnehmen.

Sämtliche Angaben in diesem Bericht entsprechen dem Sachstand per 1. Februar 2001. Zusätzliche bzw. neuere Daten können bei den Eurostat Data Shops (siehe Verzeichnis in Anhang III) angefordert werden.

Bereich		Statistisches Profil	Entsprechender Schlüsselindikator
Wirtschaft	1	Wirtschaftliche Lage	-
Demografische Entwicklung	2	Bevölkerung, Haushalte und Familien	-
	3	Überalterung der Bevölkerung	Alterslastquote
	4	Wanderung und Asyl	Nettozuwanderung
Bildung	5	Bildungsabschlüsse	Anteil der Altersgruppe 18-24 mit geringer Qualifikation (Personen in Bildungsmaßnahmen ausgenommen) an der Bevölkerung (in Prozent)
	6	Lebenslanges Lernen	Anteil der Altersgruppe 25-64 in Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen an der Bevölkerung (in Prozent)
Beschäftigung	7	Beschäftigung	Beschäftigungsquote der 15-64-Jährigen
	8	Beschäftigung älterer Arbeitnehmer	Beschäftigungsquote der 55-64-Jährigen
	9	Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote
	10	Jugendarbeitslosigkeit	Verhältnis Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung
	11	Langzeitarbeitslosigkeit	Langzeitarbeitslosenquote
Sozialschutz	12	Ausgaben für den Sozialschutz	prozentualer Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP
	13	Altersversorgung	prozentualer Anteil der Altersversorgungsausgaben/ Hinterbliebenenrenten an den gesamten Sozialleistungen
Einkommen und Armut	14	Einkommensverteilung	Einkommensverteilungsquotient (Verteilungsquotient S80/S20)
	15	Haushalte mit niedrigem Einkommen	Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 60 % des nationalen Medianwerts
	16	Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt	Anteil der Haushalte ohne ein erwerbstätiges Mitglied an der Gesamtzahl der Haushalte mit mindestens einer Erwerbsperson
Gleichstellung der Geschlechter	17	Beschäftigung der Frauen	Beschäftigungsquote der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren
	18	Arbeitseinkommen von Männern und Frauen	Verhältnis monatliches Durchschnittseinkommen von Frauen/monatliches Durchschnittseinkommen von Männern (in Prozent)
Gesundheit und Sicherheit	19	Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten	(Behinderungsfreie) Lebenserwartung bei der Geburt
	20	Unfälle	Arbeitsunfallrate

Anmerkung: Für die beiden statistischen Kontextprofile (Nummer 1 und 2) wurde kein Schlüsselindikator gewählt.

Symbole, Abkürzungen und Ländergruppen

*	vorläufige/geschätzte Daten oder geringe Zuverlässigkeit aufgrund geringer Zahl von Beobachtungen
:	nicht verfügbar
-	null
.	nicht zutreffend oder Daten statistisch nicht signifikant
0	weniger als die Hälfte der verwendeten Einheit

KKS	Kaufkraftstandard
BIP	Bruttoinlandsprodukt

EU-15	Europäische Union der Fünfzehn
EUR-11	Mitgliedstaaten der Euro-Zone (siehe unten)
B	Belgien
DK	Dänemark
D	Deutschland
EL	Griechenland
E	Spanien
F	Frankreich
IRL	Irland
I	Italien
L	Luxemburg
NL	Niederlande
A	Österreich
P	Portugal
FIN	Finnland
S	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

Zu den Mitgliedstaaten der „Euro-Zone“ gehören B, D, E, F, IRL, I, L, NL, A, P und FIN. Die Daten für EL, das der Euro-Zone im Jahr 2001 beitrug, sind in der jeweiligen Gesamtangabe nicht enthalten, da sich die statistischen Angaben auf den Zeitraum bis 2000 beziehen.

Die „südlichen“ Mitgliedstaaten sind EL, E, I und P.

Die „nordischen“ Mitgliedstaaten sind DK, FIN und S.

1

Wirtschaftliche Lage

Hohes Wirtschaftswachstum fast überall in der Union

Nach der Wirtschaftskraft zu urteilen, war 1999 für die Europäische Union mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,4 % ein verhältnismäßig gutes Jahr. Diese Gesamteinschätzung wird noch erhärtet durch die verfügbaren Daten für die ersten sechs Monate des Jahres 2000, die gegenüber dem ersten Halbjahr 1999 ein Wachstum von 3,5 % ausweisen. Unter den vier größten Volkswirtschaften Europas verzeichneten Frankreich und das Vereinigte Königreich 1999 Zuwachsraten von +2,9 % bzw. +2,2 %, wogegen Deutschland (+1,6 %) und Italien (+1,4 %) niedrigere Zuwächse vermeldeten. In den Volkswirtschaften Irlands und Luxemburgs erfolgt das Wachstum auch weiterhin rascher als in den anderen Mitgliedstaaten: 1999 wuchs das BIP Irlands um 9,8 %, während das Luxemburgs einen Zuwachs von immerhin 7,5 % aufwies. Mehr als vier Prozentpunkte hinter Irland und Luxemburg folgten dann Spanien (+4,0 %) und Schweden (+3,8 %).

Erhebliche länderspezifische Unterschiede im Pro-Kopf-BIP

Im Jahr 1999 betrug der Wert des Pro-Kopf-BIP in der Europäischen Union 21 200 KKS. Um einen Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, wurden die Werte für das Pro-Kopf-BIP im Verhältnis zum EU-Durchschnitt errechnet (EU-15 = 100). So lassen sich die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten leichter beobachten und messen. Das höchste Pro-Kopf-BIP und zudem einen der höchsten Werte weltweit erzielte Luxemburg, das 84 % über dem EU-Durchschnitt liegt. Dänemark weist den zweithöchsten Wert auf, der allerdings den EU-15-Wert nur um 18 % übertrifft. Am Schluss rangieren Griechenland (33 % unter dem EU-Durchschnitt), Spanien (-18 %) und Portugal (-24 %).

Niedriges Inflationsniveau

Im Oktober 2000 betrug in EU-15 die Jahresinflation 2,4 % (2,7 % für die Euro-Zone) gegenüber 1,3 % im Oktober 1999. Die höchsten Jahresquoten wurde im Oktober 2000 in Irland (6,0 %), Luxemburg (4,3 %) und Spanien (4,0 %) verzeichnet, die niedrigsten im Vereinigten Königreich (1,0 %), Schweden

(1,3 %), Frankreich und Österreich (jeweils 2,1 %). Im Vergleich zum Oktober 1999 wurde der höchste relative Anstieg in Deutschland (von 0,9 % auf 2,4 %), Belgien (von 1,4 % auf 3,7 %), Österreich und Frankreich (jeweils von 0,8 % auf 2,1 %) festgestellt, zum einzigen relativen Rückgang kam es im Vereinigten Königreich (von 1,2 % auf 1,0 %). Den niedrigsten Zwölfmonatsdurchschnitt bis Oktober verzeichneten das Vereinigte Königreich (0,8 %), Schweden (1,2 %) und Frankreich (1,7 %); den höchsten Irland (5,0 %), Luxemburg (3,4 %) und Spanien (3,3 %).

Rückgang des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstands in den meisten Mitgliedstaaten

Das öffentliche Defizit ist in den Beschlüssen von Maastricht als der Nettofinanzierungssaldo im Sinne des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen definiert. 1999 erzielten sieben Mitgliedstaaten einen Haushaltsüberschuss (Finanzierungsüberschuss), während in allen anderen das Defizit weniger als 2 % des BIP betrug. Abgesehen von Irland und Luxemburg, die schon seit mehreren Jahren einen Überschuss vermelden, haben alle anderen Länder ihr Defizit abgebaut oder ihren Überschuss vergrößert. Die in den vergangenen Jahren eingeführten Haushaltseinschränkungen tragen offenkundig Früchte. Die Durchschnittswerte für die Union insgesamt und für die Euro-Zone sind in den betrachteten vier Jahren kontinuierlich zurückgegangen und beliefen sich Ende 1999 auf -0,7 % bzw. -1,2 % des BIP. 1996 hatten beide Werte -4,2 % betragen.

Der öffentliche Schuldenstand ist in den Beschlüssen von Maastricht als Brutto-Gesamtschuldenstand zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung definiert. Ende 1999 lag der öffentliche Schuldenstand in sieben Ländern unter der 60-%-Grenze, und in fünf weiteren bewegte er sich zwischen 60 und 70 %. Drei Mitgliedstaaten (Italien, Belgien und Griechenland) lagen noch immer über 100 %, doch ist der Wert seit 1995 Jahr für Jahr gesunken. Im Falle Deutschlands, Österreichs und Portugals war jedoch zwischen 1998 und 1999 ein Anstieg der Staatsverschuldung zu verzeichnen. Die durchschnittliche Schuldenquote der gesamten Union belief sich 1999 auf 68,1 % (72,2 % für die Euro-Zone).

Politischer Hintergrund

Am 11. April 2000 verabschiedete die Kommission eine Empfehlung für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft. Diese Grundzüge der Wirtschaftspolitik stehen im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Koordinierungsprozesses und bilden den Rahmen für die Bestimmung der allgemeinen politischen Ziele und Orientierungen für die Mitgliedstaaten und die Europäische Union. Das für Wirtschaft und Währung zuständige Mitglied der Europäischen Kommission Pedro Solbes erklärte aus diesem Anlass: „Die Grundzüge 2000 geben den Schlussfolgerungen der Lissabonner Sondertagung des Europäischen Rats einen operationellen Gehalt. Sie skizzieren

eine umfassende Strategie für die vier zentralen Herausforderungen, die sich der EU-Wirtschaft stellen: Rückkehr zur Vollbeschäftigung, Übergang zu einer Wissensökonomie, Bewältigung der Folgen einer rasch alternden Bevölkerung und Verbesserung des sozialen Zusammenhalts.“ Die Kommission empfiehlt rasche Fortschritte in folgenden Bereichen: i) wachstums- und stabilitätsorientierte makroökonomische Politik, ii) Förderung der Wissensökonomie, iii) tiefgreifende, umfassende Wirtschaftsreformen und iv) Modernisierung der Sozialversicherungssysteme. Die Mitgliedstaaten werden „nachdrücklich aufgefordert, die Chance der günstigen Wirtschaftsaussichten zur entschlossenen Umsetzung dieser Strategie zu nutzen.“

In Abschnitt 4.1.1.2 der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 0379 endg.) wird ein Tätigwerden auf allen Ebenen (auf gemeinschaftlicher, nationaler, regionaler und lokaler Ebene) gefordert: „Übereinstimmung und stärkere Synergie von Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungspolitik sind zu gewährleisten, insbesondere bei der Ausarbeitung und Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien und der Grundzüge der Wirtschaftspolitik“.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene (ESVG 95).

Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Wachstumsrate des BIP Aufschluss über die absolute Größenordnung und die absoluten Ergebnisse der Wirtschaft eines Landes geben, vermittelt die Berechnung des Pro-Kopf-BIP (im Verhältnis zur Bevölkerung) eine - wenn auch etwas vereinfachte - Vorstellung vom Vermögen eines Landes. Um Vergleiche zu erleichtern und vor allem weil wir uns auf das Vermögens-Konzept beziehen, wurden die in diesem Kapitel vorgelegten Daten in Kaufkraftstandards (KKS) berechnet. Die Verwendung der KKS bietet den Vorteil, dass sie die Verzerrungen ausräumen, die durch die Unterschiede im Preisniveau zwischen den EU-Staaten verursacht werden: Sie sind Umrechnungsfaktoren, ermittelt als gewichteter Durchschnitt der Preise für einen Korb von homogenen, vergleichbaren und für jeden Mitgliedstaat repräsentativen Waren und Dienstleistungen.

Die Jahresinflationsrate misst die Preisänderung zwischen dem laufenden Monat und dem gleichen Monat des Vorjahres.

Dieses Maß reagiert auf die jüngsten Veränderungen im Preisniveau, es kann jedoch in jedem Monat durch „one-off“-Effekte beeinflusst werden. Bei der Durchschnittsrate für 12 Monate wird diese Veränderungsintensität abgestellt, indem die durchschnittlichen harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) der letzten 12 Monate mit dem Durchschnitt der vorausgegangenen 12 Monate verglichen werden. Dieses Maß reagiert weniger empfindlich auf vorübergehende Änderungen der Preise.

Je nachdem, ob die Einnahmen eines Landes dessen Ausgaben decken oder nicht, weist sein Haushalt ein Defizit oder aber einen Überschuss auf. Bei Einnahmengenmangel sieht sich die Regierung zur Kreditaufnahme genötigt. Als prozentualer Anteil am BIP ausgedrückt, stellen der jährliche (Defizit) und der kumulative (Schuldenstand) Finanzbedarf eines Landes wichtige Indikatoren der Belastung dar, die die staatliche Kreditaufnahme für die Volkswirtschaft bedeutet.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

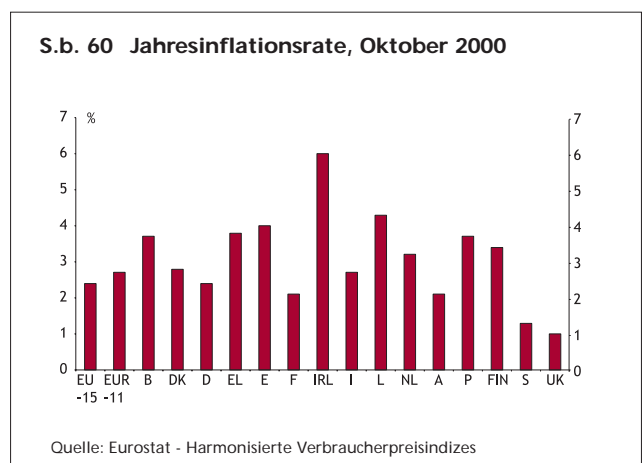
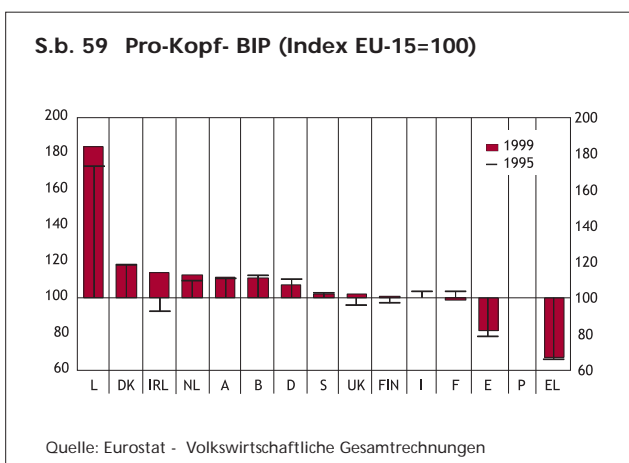
Beschäftigung (3.7), Arbeitslosigkeit (3.9), Wirtschaft (Anhang II)

Literaturhinweise

- „The Economic Portrait of the Union, 1999“ (Wirtschaftsprofil der Union), Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Wirtschaft und Finanzen): „Vierteljährliche Gesamtrechnungen - Zweites Quartal 2000“, Nr. 36/2000. Statistik kurzgefasst (Wirtschaft und Finanzen): „Harmonisierte Verbraucherpreisindizes Oktober 2000“, Nr. 43/2000. Monatlich aktualisiert. Eurostat.

BIP-Wachstumsraten	EU-15	EUR-11	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1999	2,4	2,4	2,5	1,7	1,5	3,5	3,7	2,9	9,8	1,4	7,5	3,6	2,1	2,9	4,0	3,8	2,1
2000 (erstes Halbjahr)	3,5	3,5	5,0	3,2	3,0	:	4,1	3,4	:	2,8	:	4,4	3,8	2,9	5,0	3,6	3,1

Quelle: Eurostat - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen



2

Bevölkerung, Haushalte und Familien

376 Millionen Einwohner in der Union

Am 1. Januar 2000 hatte die Europäische Union 376 Millionen Einwohner. Damit ist die Bevölkerung der Union nach der Chinas (1253 Millionen) und Indiens (1009 Millionen) die drittstärkste der Welt noch vor den Vereinigten Staaten (274 Millionen) und Japan (126 Millionen). Deutschland hat mit 82 Millionen Einwohnern - das entspricht einem Anteil von 22 % an der Gesamtbevölkerung der Union - die größte Bevölkerung der EU-Länder. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien haben jeweils einen entsprechenden Anteil von rund 15 %.

Etwa 17 % der Bevölkerung in EU-15 sind unter 15 Jahre alt. Irland hat die jüngste Bevölkerung (22 % der Gesamtbevölkerung). Die Erwerbsfähigen (Altersgruppe 15-64) stellen 67 % der Gesamtbevölkerung der EU. Bei den restlichen 16 % handelt es sich um ältere Menschen der Altersgruppe 65 Jahre und älter. Die Anzahl der älteren Menschen hat in den vergangenen Jahrzehnten rasch zugenommen. Alles deutet darauf hin, dass sich dieser Trend auch in den kommenden Jahrzehnten fortsetzt. Siehe dazu Überalterung der Bevölkerung (3.3).

In den vergangenen 35 Jahren ging das Bevölkerungswachstum in der Union schrittweise zurück. Im Zeitraum 1995-1999 betrug das durchschnittliche Bevölkerungswachstum pro Jahr 2,5 Promille, während der Durchschnitt in den 60er Jahren noch bei rund 8 gelegen hatte. Seit Mitte der 80er Jahren hat die internationale Wanderung rasch an Bedeutung gewonnen und ist zu einem entscheidenden Faktor für das Bevölkerungswachstum geworden. Siehe dazu Wanderung und Asyl (3.4).

Dem Basisszenario zufolge soll die Gesamtbevölkerung der EU etwa um das Jahr 2022 einen Spitzenwert erreichen. Innerhalb der Union wird das künftige Bevölkerungswachstum alles andere als einheitlich ausfallen. Die Bevölkerung Italiens wird voraussichtlich in den nächsten Jahren zurück gehen, während für die Bevölkerung Irlands vor 2048 nicht mit einem Rückgang gerechnet wird. Siehe dazu Bevölkerungstrends und zugehörige Themen (2.1).

Weniger Kinder zu einem späteren Zeitpunkt

Die vollendete Fruchtbarkeitsrate der Nachkriegsgenerationen ist ständig gesunken und beträgt heute etwa 1,7, was deutlich unter der Reproduktionsgrenze (2,1 Kinder pro Frau) liegt. Siehe dazu Überalterung der Bevölkerung (3.3).

Weniger und spätere Eheschließungen sowie mehr geschlechterte Ehen

Im Jahr 1999 wurden in EU-15 je tausend Einwohner nur fünf Ehen geschlossen gegenüber fast acht im Jahre 1970. Das Durchschnittsalter, in dem die erste Ehe eingegangen wird, hat sich ebenfalls erhöht: bei den Männern von 26 Jahren 1980 auf fast 30 derzeit und bei den Frauen von 23 auf 27 Jahre. Betrachtet man die Angehörigen gleicher Ehejahrgänge, so wird bei den 1960 geschlossenen Ehen der

Anteil der Scheidungen auf 14 % geschätzt; hat sich dieser Anteil bei den später geschlossenen Ehen (1980) auf 28 % verdoppelt. Dennoch gibt es beträchtliche länderspezifische Unterschiede. So werden in Dänemark, Finnland, Schweden und im Vereinigten Königreich mehr als 40 % der (1980 geschlossenen) Ehen geschieden, während die südlichen Mitgliedstaaten eine Scheidungsquote von maximal 15 % aufweisen.

Deutliche Zunahme der nichtehelichen Gemeinschaften...

Seit ungefähr zwanzig Jahren ist an die Stelle der Ehe in vielen Ländern zunehmend die nichteheliche Lebensgemeinschaft getreten. In der EU insgesamt wohnen 31 % aller jungen Menschen (unter 30 Jahren), die in einer Partnerschaft leben, unverheiratet zusammen, verglichen mit 8 % sämtlicher Paare. In der jungen Generation bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Während mehr als 70 % der jungen dänischen Paare ohne Trauschein zusammen wohnen, leben nur 9-17 % ihrer griechischen, spanischen, irischen, italienischen und portugiesischen Altersgenossen in Lebensgemeinschaften.

... und als Ergebnis dessen ein Anstieg der außerehelichen Geburten

Der Anteil der außerehelichen Geburten nimmt weiter zu, was im wesentlichen Ausdruck der zunehmenden Beliebtheit des nichtehelichen Zusammenlebens ist: Er stieg von 6 % aller Geburten im Jahre 1970 auf 27 % im Jahre 1999. In Schweden hatte mehr als die Hälfte (55 %) aller 1999 geborenen Kinder unverheiratete Eltern. In mehreren anderen Ländern (Dänemark, Frankreich, Finnland and Vereinigtes Königreich) beträgt dieser Anteil ungefähr 40 %. Niedrig, wenn auch im Ansteigen begriffen, sind dagegen die entsprechenden Werte in vielen südeuropäischen Ländern, so zum Beispiel in Griechenland (von 1,5 % 1980 auf 4,0 % 1999), Italien (von 4,3 % auf 8,7 % 1998) und Spanien (von 3,9 % auf 13,1 % 1997).

Ein Trend zu kleineren Haushalten mit ...

Als Folge dieser und anderer Trends (wie etwa der wachsenden Zahl Alleinlebender) werden die Haushalte kleiner und alternative Familienformen und Nicht-Familienhaushalte nehmen zu. Obwohl sich dieses Muster überall in der Union feststellen lässt, gibt es doch beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

Die absolute Zahl der Haushalte hat zwar zugenommen, die durchschnittliche Haushaltsgröße jedoch abgenommen. 1999 lebten in den fünfzehn Mitgliedstaaten schätzungsweise 370 Millionen Menschen in 153 Millionen privaten Haushalten. Das entspricht durchschnittlich 2,4 Personen je Haushalt gegenüber 2,8 Personen 1981. In allen Ländern der EU war in diesem Zeitraum ein Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße zu verzeichnen. Lediglich in Spanien, Irland und Portugal bestehen die Haushalte aus ungefähr 3,0 Personen.

... mehr allein lebenden Menschen

Im Jahr 1999 lebten schätzungsweise 12 % der Bevölkerung allein gegenüber 8 % im Jahre 1981. Am höchsten ist der Anteil der Einpersonenhaushalte in den nordischen Ländern (über 15 %) und am niedrigsten (5 %) in Spanien und Portugal. Beim Anteil der Alleinlebenden bestehen deutliche Geschlechts- und Generationsunterschiede. In mehr als einem Drittel der Einpersonenhaushalte leben Frauen im Alter von 65 Jahren und darüber, wogegen die Männer der gleichen Altersgruppe nur 9 % dieser Haushalte ausmachen.

... ein gravierender Anstieg der Zahl der Kinder, die mit nur einem Elternteil leben ...

Obwohl der Bevölkerungsanteil, der in Alleinerzieher-Haushalten lebt, verhältnismäßig klein ist (4 %), war in den vergangenen zwanzig Jahren doch ein deutlicher Anstieg in der Zahl dieser Familien zu verzeichnen. 1998 lebten 13 % aller unterhaltsberechtigten Kinder in Familien mit nur einem Elternteil gegenüber gerade einmal 8 % 1983. Im Vereinigten Königreich hat sich der Anteil in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt. Heute reicht er von 6 % in Griechenland und Spanien bis zu 25 % im Vereinigten Königreich. Die große Mehrzahl der allein erziehenden Elternteile waren Frauen.

... und weniger Paare mit Kindern

Parallel zu den vorstehend genannten Veränderungen, geht der Bevölkerungsanteil, der in Familien bestehend aus zwei und mehr Erwachsenen und unterhaltsberechtigten Kindern lebt, nach und nach zurück: von 52 % im Jahre 1988 auf 47 % im Jahre 1999. Die höchsten Prozentsätze sind in Spanien, Irland und Portugal festzustellen, was vor allem daran liegt, dass dort ein erheblicher Bevölkerungsanteil (etwa 20 %) in Familien mit drei und mehr Erwachsenen und unterhaltsberechtigten Kindern lebt. Diese Zahl ist jedoch in Spanien und Portugal drastisch gesunken, nachdem sie 1988 noch knapp 30 % betragen hatte.

Die Personen, die in Haushalten mit zwei Erwachsenen ohne unterhaltsberechtigten Kinder leben, machen 24 % der Bevölkerung aus. Allerdings sind in dieser Zahl auch Paare erfasst, deren Kinder schon aus dem Haus sind. Darüber hinaus 14 % der Bevölkerung, die in Haushalten aus drei und mehr Erwachsenen ohne unterhaltsberechtigten Kinder leben. Eine Beispiele für diese Kategorie sind Haushalte, in denen ein oder mehrere Elternteile eines Paares mit diesem Paar zusammenleben. Dieser Haushaltstyp ist in den südlichen Mitgliedstaaten verbreiteter. Siehe dazu Anhang II zu den Daten für die einzelnen Mitgliedstaaten.

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Bevölkerungsstatistik. Bevölkerungs- und Haushaltsszenarien ausgehend vom Jahr 2000 (Basisvariante). Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) und Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE).

Hinweise auf andere Teile des Berichts

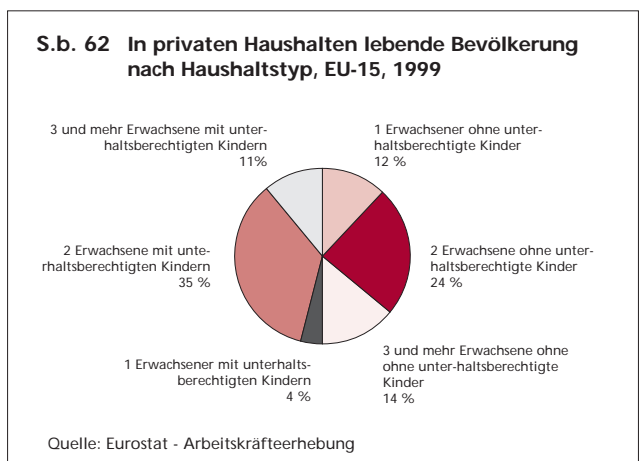
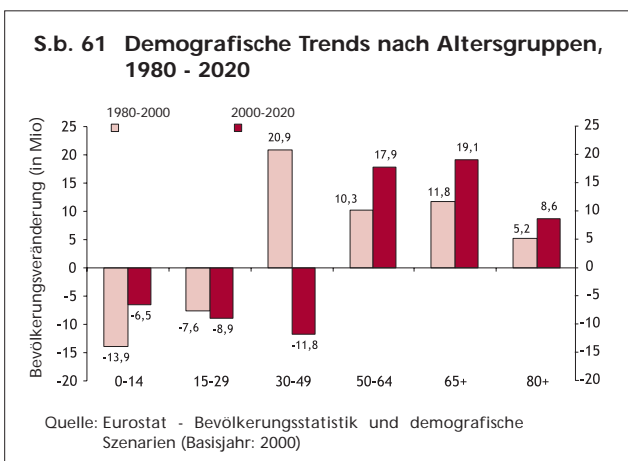
Überalterung der Bevölkerung (3.3), Wanderung und Asyl (3.4), Bevölkerungstrends und zugehörige Themen (2.1), Bevölkerung, Haushalte und Familien (Anhang II)

Literaturhinweise

- „Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung“, Ausgabe 2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Erste Ergebnisse der Erhebung von Bevölkerungsdaten für 1999 in Europa“, Nr. 10/2000. Eurostat.
- „Bericht über die demografische Lage 1997“, Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- „Family Structure, Labour Market Participation and the Dynamics of Social Exclusion“ (Familienstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und die Dynamik der sozialen Ausgrenzung), Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000. „Social Strategies in Risk Societies – SOS-TRIS“ (Soziale Strategien in der Risikogesellschaften), Bericht der GD Forschung, 1999.

	EU-15	EUR-11	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Gesamtbevölkerung, 2000	375968	291607	10239	5330	82165	10546	39442	58746	3775	57680	436	15864	8092	9998	5171	8864	59623
Prozentualer Anteil and EU-Gesamtbevölkerung	100	78	3	1	22	3	10	16	1	15	0	4	2	3	1	2	16

Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik



3 Überalterung der Bevölkerung

1999 gab es in der EU 60 Millionen Personen im Alter von 65 und älter gegenüber lediglich 34 Millionen im Jahre 1960. Heute stellen die älteren Menschen 16 % der Gesamtbevölkerung bzw. 24 % der Gruppe, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (15-64 Jahre). Bis 2010 wird mit einem Anstieg dieser Quote auf 27 % gerechnet. Der Anteil der „sehr Alten“ (80 Jahre und darüber) wird in den nächsten fünfzehn Jahren um fast 50 % zunehmen.

Rückgang der Geburtenhäufigkeit und höhere Lebenserwartung führen zur Überalterung der EU-Bevölkerung

Die Überalterung der Bevölkerung hat zwei wesentliche Gründe: den Rückgang der Geburtenhäufigkeit und den Rückgang der Sterblichkeit. Die Zahl der Geburten in der EU sank im Jahr 1999 auf rund 4 Millionen - dies war der niedrigste Wert seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer in der EU sank von 2,59 im Jahr 1960 auf 1,45 im Jahr 1999. Am deutlichsten ging die Geburtenhäufigkeit in jenen Ländern zurück, die zu Beginn der Achtzigerjahre noch die höchste Fertilität aufgewiesen hatten (Griechenland, Spanien, Irland und Portugal), nämlich um 32-46 %. Die niedrigste Gesamtfertilität weisen heute Spanien (1,19) und Italien (1,21) auf. Trotz eines markanten Rückgangs verzeichnet Irland weiterhin die höchste Rate (1,89). Im Gegensatz dazu setzte sich der starke Rückgang der Geburtenhäufigkeit in Schweden, das früher eine der höchsten Fruchtbarkeitsziffern in der Union aufgewiesen hatte, fort; zwischen 1995 und 1999 sank die Rate von 1,73 auf 1,50. In den letzten 50 Jahren ist die Lebenserwartung insgesamt um ungefähr 10 Jahre gestiegen, was auf die höheren Sozialfürsorgestandards und die bessere medizinische Behandlung und Betreuung zurückzuführen ist. Siehe dazu Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten (3.19).

Von 1960 bis heute stieg der Anteil der älteren Menschen (65 Jahre und älter) an der Bevölkerung von 11 % auf 16 %. Alles deutet darauf hin, dass sich dieser Trend bis weit ins 21. Jahrhundert fortsetzen wird, auch wenn die Veränderungen wegen des Geburtenrückgangs während des Zweiten Weltkrieges in diesem Jahrzehnt etwas langsamer erfolgen dürften. Dennoch wird es bis 2010 doppelt so viele ältere Menschen (69 Millionen) wie 1960 (34 Millionen) geben. Von diesen 69 Millionen werden 40 Millionen Frauen sein.

In den nächsten fünfzehn Jahren wird die Zahl der über 65-Jährigen um 22 % steigen. In Irland, Luxemburg, den Niederlanden und Finnland wird der Anstieg mehr als 30 % betragen. In Belgien, Spanien, Portugal und im Vereinigten Königreich wird er weiterhin unter 20 % bleiben.

Stärkstes Bevölkerungswachstum bei den „sehr Alten“

Die Bevölkerung im Alter ab 80 Jahre wird in den nächsten fünfzehn Jahren sogar noch schneller wachsen: EU-weit wird die Zahl der „sehr Alten“ um fast 50 % auf mehr als 20 Millionen Menschen ansteigen (darunter 13 Millionen Frauen). In Griechenland wird mit einem Anstieg von sage und schreibe 70 % gerechnet. In krassm Gegensatz dazu wird das Wachstum in Dänemark and Schweden sehr gering ausfallen (unter 10 %).

Erwähnenswert ist der Umstand, dass auch die Bevölkerung der Altersgruppe 55-64 in den kommenden fünfzehn Jahren

beträchtlich zunehmen wird (um etwa 20 %), wobei in Frankreich, Irland, Luxemburg und den Niederlanden mit einem Zuwachs von mehr als 40 % gerechnet wird. Lediglich in Deutschland und Italien wird der Anstieg weniger als 10 % betragen, obwohl die Zahl der Personen dieser Altersgruppe in den nachfolgenden Jahren auch dort stark zunehmen wird. Siehe dazu auch Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8).

Schwindende „demografische“ Unterstützung für die älteren Bürger

1990 machte die Bevölkerung der EU-15 im Alter von 65 Jahren und darüber 22 % der Gruppe aus, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (15-64 Jahre). Bis 1999 stieg die Alterslastquote auf 24 % an. Für alle Mitgliedstaaten wird bis 2010 mit einer Erhöhung dieses Quotienten gerechnet (EU-Durchschnitt 27 %), obwohl das Ausmaß des Anstiegs in den einzelnen Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede aufweisen dürfte. In Griechenland, Deutschland und Italien wird die Veränderung am stärksten ausfallen: Bis 2010 wird für alle drei Länder ein Quotient von ungefähr 30 % vorausgesagt. Währenddessen wird Irland weiterhin den niedrigsten Anteil an alten Menschen, gemessen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, aufweisen (17 %).

Durchschnittlich 45 % der „sehr Alten“ werden 2010 allein leben

Ungefähr ein Drittel (32 %) der älteren Bevölkerung der Europäischen Union (im Alter von 65 Jahren und älter) wird im Jahr 2010 allein leben. Mehr als die Hälfte (54 %) lebt mit einem Partner zusammen (in einem Haushalt, zu dem auch Kinder oder Erwachsene gehören können). Der restliche Teil wohnt bei seinen Kindern (oder anderen Verwandten/Freunden) oder aber in einem Heim bzw. einer anderen Einrichtung. Es liegt jedoch auf der Hand, dass die Nachfrage nach Unterbringung und Pflege mit zunehmenden Alter beträchtlich zunimmt. Daher sollten die älteren Bürger nicht in einer einzigen Altersgruppe zusammengefasst werden. Während 63 % der Menschen im Alter von 65-79 Jahren immer noch mit einem Partner zusammenleben, trifft dies nur auf 31 % der „sehr alten“ Menschen (80 Jahre und älter) zu. Die „sehr Alten“ leben weiterhin tendenziell eher allein (45 %), in Seniorenwohnheim (10 %) oder bei ihren Kindern/anderen Verwandten/Freunden (14 %). Es bestehen beträchtliche länderspezifische Unterschiede, insbesondere was den Anteil der „sehr alten“ Menschen anbelangt, die ohne Partner, aber bei ihren Kindern oder anderen Verwandten/Freunden leben: Während in Spanien and Portugal 30 % oder mehr Angehörige dieser Altersgruppe diese Form potentieller Unterstützung genießen, sind es in Dänemark, den Niederlanden und Schweden weniger als 5 %. In Dänemark und Schweden leben mehr als 60 % der Personen im Alter von 80 Jahren und älter allein.

Politischer Hintergrund

In ihrer Mitteilung „Ein Europa für alle Altersgruppen – Wohlstand und Solidarität zwischen den Generationen“ (KOM/1999/221 endg.) gelangte die Kommission zu folgendem Schluss: „Die Größenordnung des demografischen Wandels auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert bietet der Europäischen Union die Chance und zwingt ihr gleichzeitig die Notwendigkeit auf, die veraltete Seniorenpolitik zu ändern. Sowohl vor als auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, in der zweiten Lebenshälfte einen größeren gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Die Fähigkeiten älterer Menschen bilden ein gewaltiges Leistungsreservoir, das bisher nur unzureichend erkannt und genutzt wird. Eine angemessene Gesundheits- und Pflegepolitik sowie entsprechende Dienstleistungen können die Abhängigkeit im Alter vermeiden, hinauszögern und minimieren. Darüber hinaus wird der Bedarf an derartigen Dienstleistungen neue Arbeitsplätze schaffen.“ Die Kommission wird die Möglichkeiten für neue, horizontale Gemeinschaftsprogramme auf der Grundlage von Artikel 13, 129 und 137 EG-Vertrag untersuchen, mit denen älteren Menschen, die von Diskriminierung, Arbeitslosigkeit oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind, geholfen werden könnte. Darüber hinaus wird das 5. Rahmenprogramm der Europäischen Union im Bereich der Forschung gemäß Artikel 166 des Vertrages europäische Forschungsmittel dazu einsetzen, die Lebensqualität, Unabhängigkeit und soziale Integration älterer Menschen zu verbessern.

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Bevölkerungsstatistik. Bevölkerungsszenarien ausgehend vom Jahr 2000 (Basisvariante) und

Haushaltsszenarien ausgehend vom Jahr 1995 (Basisvariante). Die Alterslastquote gibt Aufschluss über den prozentualen Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre).

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bevölkerung, Haushalte und Familien (3.2), Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8), Altersversorgung (3.13), Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten (3.19), Bevölkerungstrends und zugehörige Themen (2.1), Bevölkerung, Haushalte und Familien (Anhang II)

Literaturhinweise

- „Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung“, Ausgabe 2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Erste Ergebnisse der Erhebung von Bevölkerungsdaten für 1999 in Europa“, Nr. 10/2000 Eurostat.
- „Bericht über die demografische Lage 1997“, Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- „Ein Europa für alle Altersgruppen - Wohlstand und Solidarität zwischen den Generationen“, KOM(99)221 endg. 1999.
- „Family Structure, Labour Market Participation and the Dynamics of Social Exclusion“ (Familienstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und die Dynamik der sozialen Ausgrenzung), Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000. „Social Strategies in Risk Societies – SOS-TRIS“ (Soziale Strategien in der Risikogesellschaft), Bericht der GD Forschung, 1999.

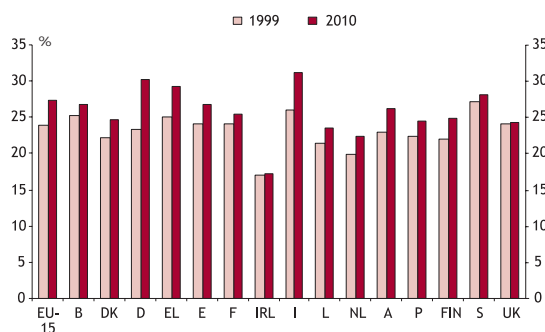
Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Alterslastquote (1)																
1999	24	25	22	23	25	24	24	17	26	21	20	23	22	22	27	24
2010	27	27	25	30	29	27	25	17	31	24	22	26	24	25	28	24

(1) Bevölkerung ab 65 Jahre im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre)

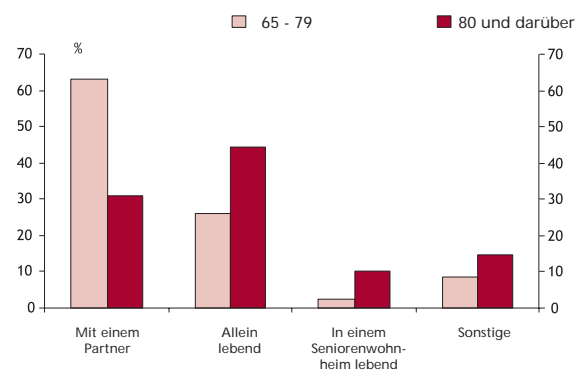
Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik.

S.b. 63 Alterslastquote (1), 1999 und 2010



Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik.

S.b. 64 Ältere Bevölkerung nach Haushaltsslage und Alter, EU-15, 2010



Quelle: Eurostat, Haushaltsszenarien ausgehend vom Jahr 1995 (Basisvariante)

4 Wanderung und Asyl

Seit 1989 war die Nettozuwanderung die wichtigste Komponente der jährlichen Bevölkerungsentwicklung in der Union. 1999 betrug die Nettozuwanderungsquote 1,9 pro 1 000 Einwohner und machte rund 70 % des gesamten Bevölkerungszuwachses aus. Rund 5 % der EU-Bevölkerung sind Ausländer (3,5 % Staatsangehörige von Drittländern und 1,5 % Bürger der EU). Im Jahr 1999 wurden in den fünfzehn Mitgliedstaaten mehr als 350 000 Asylanträge gestellt.

Wichtige Rolle der internationalen Wanderung für das Bevölkerungswachstum

Seit Mitte der Achtzigerjahre hat die internationale Wanderung als wichtiger Faktor des Bevölkerungszuwachses rasch an Bedeutung gewonnen. In den vergangenen fünf Jahren trug sie zu diesem Zuwachs durchschnittlich 70 % bei. Derzeit handelt es sich um etwas mehr als 700 000 Personen pro Jahr. Ohne positive Nettozuwanderung wären die Einwohnerzahlen von Deutschland, Italien und Schweden rückläufig.

19 Millionen Ausländer in der EU, davon 13 Millionen Angehörige von Drittstaaten

Im Jahr 1998 lebten insgesamt rund 19 Millionen Ausländer in den fünfzehn Mitgliedstaaten, was 5,1% der Gesamtbevölkerung entspricht. 1990 hatte dieser Wert 4,1% betragen. In Belgien, Deutschland und Österreich ist der Ausländeranteil der Bevölkerung mit ungefähr 9% beachtlich. Es folgen Frankreich und Schweden mit ungefähr 6%. Luxemburg stellt einen Sonderfall dar; dort machen die Ausländer etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung aus. Teilweise ist dies auf Unterschiede in der nationalen Gesetzgebung zum Erwerb der Staatsbürgerschaft zurückzuführen.

Rund ein Drittel der Ausländer (sechs Millionen Menschen) sind Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten, die übrigen zwei Drittel Staatsangehörige eines nicht zur Union gehörenden Landes. Belgien, Irland und Luxemburg sind die einzigen Länder, in denen die Zahl der „Bürger anderer EU-Länder“ höher ist als die der Nicht-EU-Bürger.

Die beiden größten Gruppen in der Union lebender Ausländer stellen türkische Staatsangehörige (rund 2,5 Millionen 1998) und Bürger der ehemaligen Republik Jugoslawien (rund 2 Millionen).

1997 waren rund 1 Million gemeldete Zuwanderer in der EU Nicht-EU-Bürger

Im Jahr 1997 wurde die Zahl der legalen Zuwanderer in den fünfzehn Mitgliedstaaten auf knapp 1,4 Millionen geschätzt. Etwas mehr als eine Million waren Staatsangehörige von Drittstaaten. Die höchsten Zuwandererströme solcher Bürger von Drittstaaten (465 000) wurden in Deutschland verzeichnet, gefolgt von Italien (134 000 im Jahr 1996) und dem Vereinigten Königreich (127 000).

352 000 Asylanträge in der EU im Jahr 1999

Nach dem 1992 erreichten Höchstwert von 672 000 Asylanträgen sank deren Anzahl in der EU bis 1996 auf 227 000. Seither ist die Tendenz wieder steigend. Im Jahr 1999 wurden in der EU schätzungsweise 352 000 Asylanträge gestellt, was gegenüber der Zahl von 1998 einen Anstieg um etwa 20 % bedeutet.

Den größten Zuwachs (zwischen 1998 und 1999 in absoluten Zahlen) gab es in Belgien (+ 14 000) und im Vereinigten Königreich (+ 24 000). Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich und Finnland verzeichneten einen starken relativen Anstieg, der weitgehend auf den verhältnismäßig starken Zustrom von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien zurückzuführen war.

Im Jahr 1999 wurden in Deutschland die meisten Anträge eingereicht (95 000), gefolgt vom Vereinigten Königreich (70 000), den Niederlanden (39 000), Belgien (36 000) und Frankreich (31 000). Die höchsten Asylantragsquoten – gemessen an der Gesamtbevölkerung – verzeichneten Belgien (3,5 Antragsteller pro 1 000 Einwohner), die Niederlande (2,5), Österreich (2,5) und Irland (2,1) (hiervon ausgenommen ist Luxemburg, mit 6,8 Anträgen pro 1000 Einwohner, obwohl die Gesamtzahl der Anträge unter 3 000 lag).

Politischer Hintergrund

Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde ein neuer Titel IV (Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr) in den EG-Vertrag aufgenommen. Er regelt die folgenden Bereiche: freier Personenverkehr, Kontrolle der Außengrenzen, Asyl, Einwanderung und Schutz der Rechte von Staatsangehörigen dritter Länder und justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen.

Damit begründet der Vertrag von Amsterdam die Zuständigkeit der Gemeinschaft in den Bereichen Einwanderung und Asyl. Der Europäische Rat forderte auf seiner Tagung in Tampere im Oktober 1999 die Entwicklung einer gemeinsamen Politik der EU in diesen Bereichen, die folgende Elemente aufweist: Partnerschaft mit

Herkunftsländern, ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem, gerechte Behandlung von Drittstaatenangehörigen und Steuerung der Migrationsströme. Ein detailliertes Aktionsprogramm wird im „Anzeiger der Fortschritte bei der Schaffung eines ‚Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts‘ in der Europäischen Union“ (Halbjährliche Aktualisierung, KOM(2000)782 endg.) dargelegt. Die Kommission hat bereits Vorschläge für ein gemeinsames Asylverfahren (KOM(2000)755) und eine Migrationspolitik der Gemeinschaft (KOM(2000)757) sowie eine Reihe von Richtlinien zur Festlegung des rechtlichen Rahmens vorgelegt, denen weitere folgen werden.

Darüber hinaus werden Wanderung und Asyl gemäß Vertrag von Amsterdam definitiv vom dritten Pfeiler (Regierungszusammenarbeit) auf den ersten Pfeiler

(Gemeinschaft) verschoben. Dies dürfte sich nachhaltig auf das Entscheidungsinstrumentarium für Wanderungs- und Asylfragen auswirken und dazu führen, dass Entscheidungen in diesen Bereichen durch Gemeinschaftsinstrumente wie Richtlinien und Verordnungen geregelt werden.

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Migrationsstatistik.

Unter Bevölkerungswachstum versteht man den relativen Zuwachs der Gesamtbevölkerung pro 1 000 Einwohner während des betreffenden Jahres (der Jahre). Der Anstieg der Gesamtbevölkerung setzt sich aus dem natürlichen Zuwachs (Lebendgeburten abzüglich Sterbefälle) und der Nettozuwanderung zusammen. Die Nettozuwanderung wird anhand der Differenz zwischen Bevölkerungsentwicklung und natürlichem Zuwachs geschätzt (bereinigte Nettozuwanderungsrate pro 1000 Einwohner).

Die Gesamtzuwanderung umfasst die Zuwanderung von EU-Bürgern und Drittstaatenangehörige. In den meisten Mitgliedstaaten stützen sich die Statistiken auf die Absicht des Einzelnen, über einen bestimmten Zeitraum hinaus in einem Land zu verbleiben (in der Regel zwölf Monate oder länger).

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bevölkerung, Haushalte und Familien (3.2), Bevölkerungstrends und zugehörige Themen (2.1), Bevölkerung, Haushalte und Familien (Anhang II)

Literaturhinweise

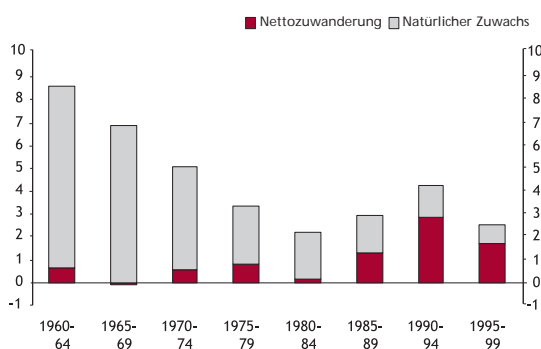
- „Europäische Sozialstatistik - Wanderung“, Ausgabe 2000.
- „Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung“, Ausgabe 2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Erste Ergebnisse der Erhebung von Bevölkerungsdaten für 1999 in Europa“, Nr. 10/2000. Eurostat.
- „Patterns and trends in international migration in Western Europe“, (Muster und Trends der internationalen Wanderung) 2000. Eurostat.
- „Migrants' insertion in the informal economy, deviant behaviour and the impact on receiving societies“ (Eingliederung von Migranten in die Schattenwirtschaft, abweichendes Verhalten und Auswirkungen auf die aufnehmende Gesellschaft), Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Durchschnittliche jährliche Nettozuwanderungsrate (pro 1000 Einwohner)																
1999	1,9	1,6	1,8	2,5	2,4	1,0	0,9	4,9	1,8	10,9	2,8	1,1	1,1	0,7	1,5	2,7
1995 - 99	1,7	1,0	3,0	2,5	1,9	1,1	0,7	4,8	2,1	9,6	2,0	0,7	1,2	0,8	1,1	1,9
1990 - 94	2,9	1,9	2,0	7,0	5,7	0,4	1,3	-0,4	1,9	10,5	2,7	7,5	-1,3	1,8	3,7	1,3

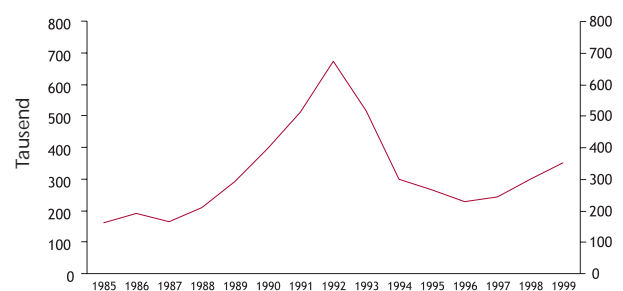
Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik.

S.b. 65 Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsentwicklung nach Komponenten, EU-15, 1960-1999



Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik

S.b. 66 Asylanträge, EU-15, 1985-1999



Quelle: Eurostat - Migrationsstatistik

5 Bildungsabschlüsse

Das Bildungsniveau der Bevölkerung ist in den vergangenen dreißig Jahren beträchtlich gestiegen, insbesondere das der Frauen. Heute haben mehr als 74 % der jungen Menschen im Alter zwischen 25 und 29 Jahren in der Europäischen Union einen Abschluss, der über den Pflichtschulabschluss hinausgeht. Gleichzeitig verlassen jedoch 19 % der 18-24-Jährigen das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss der Sekundarstufe I.

Die jüngere Generation ist besser gebildet

Ein Vergleich der gegenwärtigen Absolventen des Bildungssystems mit früheren Generationen ermöglicht es, die Entwicklung im Bildungsniveau über einen langen Zeitraum von etwa dreißig Jahren zu verfolgen. Im Jahr 1999 hatten 74 % der Jugendlichen in der Altersgruppe von 25-29 Jahren zumindest die Sekundarstufe II abgeschlossen (GCE "A"-Levels, Baccalauréat, Abitur oder gleichwertiger Abschluss). Demgegenüber traf das nur für 49 % der Personen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren zu. Im Allgemeinen weisen die nördlichen Mitgliedstaaten ein höheres Bildungsniveau auf: Zwischen 83 % und 90 % der jungen Menschen im Alter zwischen 25 und 29 Jahren in den drei nordischen Ländern, Deutschland, Österreich und dem Vereinigten Königreich haben einen Abschluss, der über den Pflichtschulabschluss hinausgeht. In Griechenland, Spanien, Italien und Portugal ist das Bildungsniveau nach wie vor am niedrigsten, wobei jedoch dort in den letzten drei Jahrzehnten die deutlichsten Fortschritte erzielt wurden. In diesen Ländern ist der Anteil der Personen, die zumindest die Sekundarstufe II abgeschlossen haben, in der jüngsten Generation mehr als doppelt so hoch wie in der ältesten. Die Folge ist, dass die Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den Mitgliedstaaten geringer werden.

Seit ungefähr dreißig Jahren sind die Unterschiede im geschlechterspezifischen Bildungsniveau unionsweit zurückgegangen: Während 75 % der jungen Frauen in der EU in der Altersgruppe von 25-29 Jahren einen Abschluss besitzen, der über die Pflichtschulbildung hinausgeht (im Vergleich zu 73 % der jungen Männer), haben nur 43 % der Frauen in der Altersgruppe von 50-64 Jahren eine derartige Qualifikation (im Vergleich zu 56 % der Männer der gleichen Altersgruppe). Zu den Daten für die einzelnen Mitgliedstaaten siehe Anhang II.

Fast jeder fünfte Schulabgänger besitzt nur einen Abschluss der Sekundarstufe I

Obwohl das Bildungsniveau weiter steigt, weisen 19 % der 18-24-Jährigen in der Union am Ende ihrer Ausbildung keinen Abschluss auf, der über die Sekundarstufe I hinausgeht (was in vielen Fällen gleichbedeutend mit dem Pflichtschulabschluss ist). In Spanien (29 %), Italien (27 %) und Portugal (45 %) ist der Anteil der jungen Menschen mit geringer Qualifikation am höchsten. In nahezu allen Mitgliedstaaten gehören Frauen (EU-Durchschnitt: 17 %) seltener zu dieser Gruppe als Männer (EU-Durchschnitt: 21 %).

Um die vorstehend genannten Zahlen im richtigen Kontext zu sehen, ist ein Blick auf den Beschäftigungsstatus der 18-24-Jährigen hilfreich. EU-weit befinden sich schätzungsweise 50% dieser Altersgruppe in einer allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahme (15% verbinden Ausbildung und Beschäftigung miteinander), wobei davon ausgegangen werden kann, dass die Mehrzahl von ihnen zumindest die Sekundarstufe II bereits abgeschlossen hat (oder das in naher Zukunft tun wird). Für die Union als Ganzes ergibt sich kein homogenes Bild, was an den Unterschieden in den Bildungssystemen, der unterschiedlichen Ausbildungsdauer, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Chancen für Jugendliche ohne Arbeitserfahrung usw. liegt. Siehe dazu auch Jugendarbeitslosigkeit (3.10).

Eine höhere Qualifikation verringert das Risiko, arbeitslos zu werden ...

Allgemein lässt sich feststellen, dass eine höhere Bildung die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit in allen Mitgliedstaaten verringert, wenn auch in unterschiedlichem Maße. In EU-15 lag die Arbeitslosenquote bei Personen mit Hochschulabschluss im Jahr 1999 bei 5 %, während sie bei den Personen, die höchstens die Sekundarstufe II abgeschlossen hatten, 8 % und bei denjenigen, die nicht über die Sekundarstufe I hinaus gekommen waren, 12 % betrug.

... erhöht das Einkommen ...

Aus den Zahlen geht auch hervor, dass Personen mit höherer Qualifikation zumeist höhere Einkommen beziehen. Im Durchschnitt betrug das Äquivalenzeinkommen von Personen mit Pflichtschulabschluss 90 % des nationalen Medians, bei Personen mit Hochschulabschluss dagegen 147 %. Am größten waren die Unterschiede zwischen den Personen mit niedrigster und höchster Qualifikation in Irland (82 % gegenüber 185 %) und Portugal (92 % gegenüber 287 %) und am geringsten in Dänemark (88 % gegenüber 117 %) und Deutschland (95 % gegenüber 124 %).

Wie die Zahlen außerdem belegen, liegt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mitglied eines Haushaltes mit hohem Bildungsniveau auf Dauer in einem einkommensschwachen Haushalt lebt, bei lediglich 3 %; bei Personen aus Haushalten mit niedrigem Bildungsniveau dagegen bei 12 %.

... und eröffnet größere Weiterbildungsmöglichkeiten

Unionsweit haben Erwachsene um so größere Weiterbildungsmöglichkeiten, je höher ihr Bildungsniveau ist. Siehe dazu auch Lebenslanges Lernen (3.6).

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Titel XI, Kapitel 3, Art. 149 Absatz 1) heißt es: „Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ

hochstehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und [deren] Tätigkeit ... erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.“ Art. 150 Absatz 1 besagt: „Die Gemeinschaft führt

eine Politik der beruflichen Bildung durch, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ... unterstützt und ergänzt."

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 heißt es: „Schulabbrecher, die nicht über die auf dem Arbeitsmarkt geforderten Qualifikationen verfügen, haben schlechte Aussichten auf einen Arbeitsplatz.“ Die Mitgliedstaaten werden daher (Leitlinie Nr. 7) „die Qualität ihrer Schulsysteme verbessern, damit die Zahl der Schulabbrecher spürbar verringert wird. Ein besonderes Augenmerk sollte Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten gelten.“ Außerdem werden sie dafür Sorge tragen (Leitlinie Nr. 8), „dass die Jugendlichen befähigt werden, sich an den technologischen und wirtschaftlichen Wandel anzupassen, und dass ihnen dem Bedarf des Arbeitsmarktes entsprechende Qualifikationen vermittelt werden. Die Mitgliedstaaten widmen der Entwicklung und Modernisierung ihrer Lehrlingsausbildungs- und Berufsausbildungssysteme besondere Aufmerksamkeit, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, sowie der Entwicklung von Ausbildungskonzepten für die Vermittlung von Informatikkenntnissen an Schüler, Studenten und Lehrpersonal sowie der Ausrüstung der Schulen mit Computern und der Erleichterung des Internet-Zugangs für Schüler und Studenten bis Ende 2002.“

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE) und Verdienststrukturstatistik.

Die Definition des Bildungsniveaus erfolgt gemäß ISCED (Internationale Standardklassifikation im Bildungswesen - Fassung UNESCO 1997). Schulabgänger vor Abschluss der Sekundarstufe II entsprechen ISCED 0-2 (manchmal Vollzeitschulpflicht genannt), abgeschlossene Sekundarstufe II ISCED 3-4 (auch über die Pflichtschulbildung hinausgehende Bildung genannt) und eine Tertiärausbildung (Hochschulausbildung) ISCED 5-6. Der Schlüsselindikator zeigt den Anteil der 18-24-Jährigen, der das Bildungssystem mit einer niedrigen Qualifikation verlassen hat.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Lebenslanges Lernen (3.6), Beschäftigung (3.7), Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8), Arbeitslosigkeit (3.9), Jugendarbeitslosigkeit (3.10), Lebensbedingungen (2.2), Allgemeine und berufliche Bildung (Anhang II)

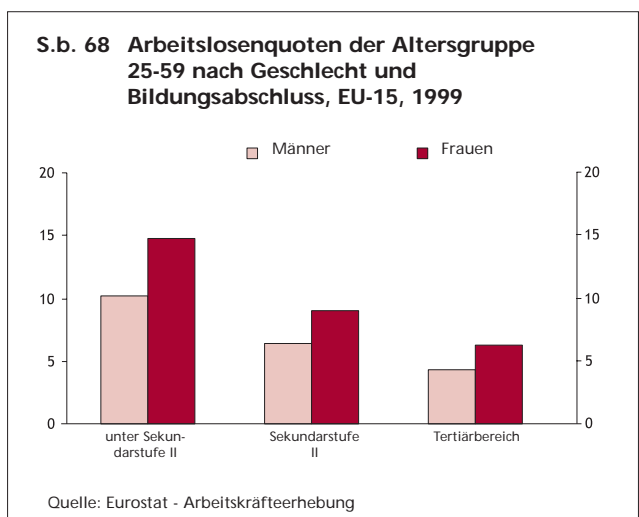
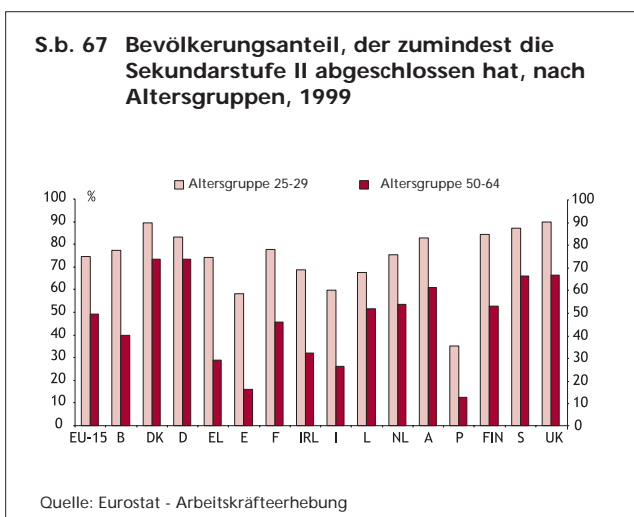
Literaturhinweise

- „Bildung in der Europäischen Union - Statistiken und Indikatoren 1999“. Eurostat.
- „Schlüsselzahlen zum Bildungswesen“, 1999. Europäische Kommission, GD Bildung und Kultur/ Eurostat.
- „Jugend in der Europäischen Union: von der Schule zum Berufsleben“, 1997. Eurostat.
- „Living conditions in Europe, statistical pocketbook“ (Lebensbedingungen in Europa – Statistiktaschenbuch), Ausgabe 2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Dauernde Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union“, Nr. 13/2000. Eurostat.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Anteil der 18-24-Jährigen außerhalb des Bildungssystems und mit niedriger Qualifikation (ISCED 0-2)																
1999	19	15	13	15	18	29	15	19	27	19	16	11	45	10	7	7*
18-24-Jährige nach Beschäftigungsstatus (%), 1999																
innerhalb des Bildungs- und Beschäftigungssystems	15	6	39	28	2	5	7	11	3	7	38	13	7	23	17	27
innerhalb des Bildungssystems nur innerhalb des Beschäftigungssystems	36	51	23	28	40	47	47	32	42	49	20	27	34	31	42	19
weder im Bildungs- noch im Beschäftigungssystem	34	29	31	33	34	33	29	43	30	35	33	51	48	33	31	40
systemarbeitslos	16	14	7	11	24	15	17	15	26	9	9	8	11	13	10	14

Anmerkung: IRL, A - Daten für 1997. UK - GCSE, 'O' Abschlüsse unter ISCED 3.
Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung.



6

Lebenslanges lernen

Im Jahr 1999 hatten EU-weit 8 % der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren in den zurückliegenden vier Wochen an allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen teilgenommen. Besonders verbreitet sind solche Bildungsmaßnahmen offenbar in den nordischen Ländern, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich. Älteren Menschen wird seltener eine Fortbildung zuteil als jüngeren. Personen mit höherer Qualifikation nehmen häufiger an solchen Maßnahmen teil als niedrigqualifizierte.

Lebenslanges Lernen in den nordischen Ländern und im Vereinigten Königreich weiter verbreitet

Im Frühjahr 1999 gaben 8 % der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren an, dass sie in den vier Wochen vor der Befragung an allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen teilgenommen haben. Am höchsten ist die Beteiligung mit 14-26 % in den nordischen Ländern, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich. Die südlichen Mitgliedstaaten liegen durchweg unter dem EU-Durchschnitt. In Frankreich wurde ebenfalls ein niedriger Wert festgestellt, doch bezieht sich dieser dort auf einen anderen Bezugszeitraum (siehe dazu Methodische Anmerkungen).

Beträchtliche Unterschiede von Land zu Land bei der Teilnahme der Frauen

In der Europäischen Union insgesamt kommen Frauen mit 9 % etwas häufiger in den Genuss von allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen als Männer (8 %). Besonders groß ist der Vorsprung der Frauen in Dänemark (23 % gegenüber 17 %) und im Vereinigten Königreich (22 % gegenüber 16 %). In Belgien, Deutschland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich dagegen nehmen zumeist mehr Männer daran teil als Frauen.

Mehr Weiterbildung für junge und qualifizierte Menschen

EU-weit geht der Grad der Teilnahme an solchen Bildungsmaßnahmen mit zunehmendem Alter zurück: von 14 % bei Personen im Alter von 25 und 34 Jahren bis zu 3 % in der Altersgruppe von 55-64 Jahren. Erwähnenswert ist jedoch, dass der Anteil der Personen in den älteren Altersgruppen, denen eine Fortbildung zuteil wird, in einigen Ländern verhältnismäßig hoch bleibt - in Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich sind es etwa 10-15 % der 55-64-Jährigen.

Das Bildungsniveau hat ebenfalls Einfluss auf die Chancen für eine Teilnahme von Personen der Altersgruppe von 25-64 Jahren am „lebenslangen Lernen“: 16 % der Hochschulabsolventen nahmen an einer Weiterbildung teil, aber nur 3 % der Personen der untersten Bildungsstufe.

Beträchtliche Altersunterschiede bei den Hochschulstudenten

Eine andere Möglichkeit zur Messung des „lebenslangen Lernens“ besteht darin, den Anteil der Hochschulstudenten im Alter von 30 Jahren und darüber zu betrachten. Im Jahr 1997 waren rund 2,1 Millionen Hochschulstudenten in der Union mindestens 30 Jahre alt. Anders ausgedrückt, stellte diese Altersgruppe 17 % aller Studenten in der Tertiärausbildung. In Dänemark (24 %), Finnland (27 %), Schweden (30 %) und im Vereinigten Königreich (32 %) ist dieser Anteil erheblich höher.

Staatliche Bildungsausgaben: 5,1 % des BIP der EU

Auch wenn die Investitionen in die Bildung von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst werden (z. B. vom Beteiligungsgrad oder der Dauer der Ausbildungsgänge), gibt doch der Anteil des Volksvermögens, der für Bildungszwecke eingesetzt wird, Aufschluss über die Bedeutung, die die jeweiligen Regierungen der Bildung beimessen. Die öffentlichen Mittel, die zur Finanzierung sämtlicher Bildungsebenen eingesetzt wurden (ohne private Aufwendungen), entsprachen 1997 im Durchschnitt ungefähr 5,1 % des BIP der Union. Die staatlichen Aufwendungen für die Bildung können von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen und reichen von 3,2 % in Griechenland bis zu 7,9 % in Schweden und 8,0 % in Dänemark. Die Aufteilung der Bildungshaushalte auf die Bildungsebenen folgte einem einheitlicheren Muster, wobei auf die Primarstufe und die Hochschulausbildung im Durchschnitt jeweils rund 1,0 % des BIP entfielen und auf die Sekundarstufe 2,5 %.

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Titel XI, Kapitel 3, Art. 150 Absatz 2) heißt es: „Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele: ... Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung ...; Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen;“

Leitlinie 6 der Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 lautet: „Sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Sozialpartner werden sich bemühen, zur Heranbildung qualifizierter und anpassungsfähiger Arbeitskräfte die Möglichkeiten für lebensbegleitendes Lernen, insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, auszubauen. Jeder Mitgliedstaat wird - unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Gegebenheiten - eine Zielvorgabe für Personen festlegen, die in den Genuss entsprechender

Maßnahmen kommen. Dabei ist insbesondere dafür zu sorgen, dass entsprechende Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer leicht zugänglich sind.“

Der Europäische Rat von Lissabon vom März 2000 nannte vier Kernbereiche einer aktiven Beschäftigungspolitik. Einer dieser Bereiche lautete: „Aufwertung des lebenslangen Lernens als Grundbestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells, indem unter anderem Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern über Innovation und lebenslanges Lernen gefördert werden, indem die positive Wechselwirkung von lebenslangem Lernen und Anpassungsfähigkeit durch flexible Gestaltung der Arbeitszeiten und den Wechsel zwischen Ausbildung und Beschäftigung nutzbar gemacht wird und indem eine europäische Auszeichnung für besonders progressive Unternehmen eingeführt wird; für die Fortschritte im Hinblick auf diese Ziele sollten Benchmarks geschaffen werden.“

Wie in Abschnitt 4.1.1.1 der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 379 endg.) betont wird, müssen sich die Bemühungen darauf konzentrieren, „die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und Qualifikationslücken zu verringern, insbesondere dadurch, dass lebenslanges Lernen und ‚e-Learning‘ sowie die wissenschaftliche und technologische Bildung gepflegt werden; ... Erziehungs- und Ausbildungssysteme müssen so weiterentwickelt und verbessert werden, dass sie der Strategie des lebenslangen Lernens Rechnung tragen.“

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE) und UOE (UNESCO, OECD und Eurostat) Fragebögen zur Bildungsstatistik (Daten zu den staatlichen Bildungsausgaben).

Zwar wurden vorstehend einige statistische Informationen zum „lebenslangen Lernen“ (LLL) vorgestellt, doch ist der Begriff des LLL sehr umfassend, und seine Untersuchung erfordert klare Aussagen zu den Themen, denen vorrangig auf den Grund gegangen werden soll. Darüber hinaus lassen sich einige Aspekte einfach nicht messen. Daher müssen die statistischen Informationen durch Kontextinformationen ergänzt werden. Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, die sich unter anderem mit den Prioritäten des LLL und deren operationeller Aufbereitung für den Bedarf der Statistik befassen soll. Sobald diese Arbeit angelaufen ist, können Benchmarks zur Evaluierung der Fortschritte in Richtung auf klar abgesteckte Ziele gesetzt werden. Siehe „Memorandum über Lebenslanges Lernen“, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen, SEK(2000) 1832, Brüssel, 30.10.2000.

Bei den meisten Mitgliedstaaten beziehen sich die Daten auf Personen, die in den vier Wochen vor der Befragung an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen haben. In Frankreich, den Niederlanden und Portugal muss die Bildungsmaßnahme zum Zeitpunkt der Befragung stattgefunden haben, um erfasst worden zu sein.

Die Bildungsausgaben für Belgien beziehen sich lediglich auf die Flämische Gemeinschaft.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3.5), Beschäftigung (3.7), Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8), Arbeitslosigkeit (3.9), Lebensbedingungen (2.2), Allgemeine und berufliche Bildung (Anhang II)

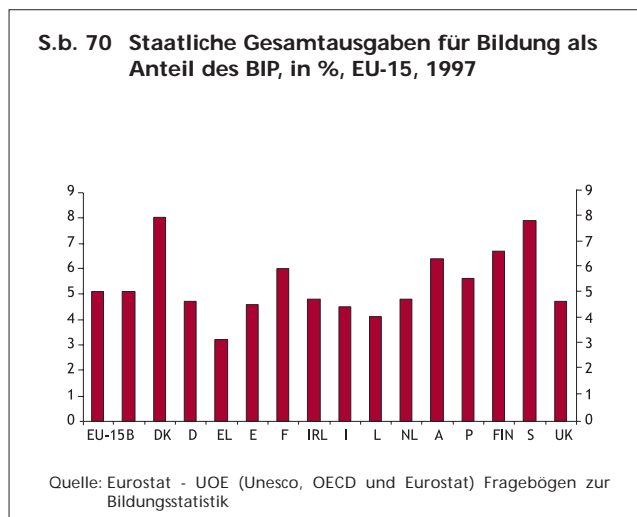
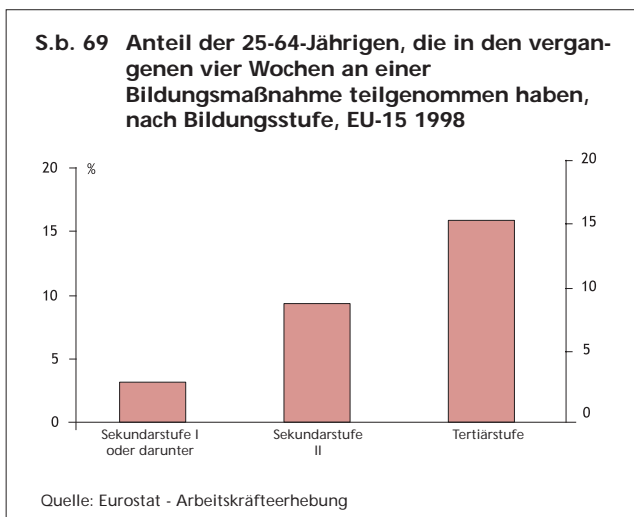
Literaturhinweise

- „Bildung in der Europäischen Union - Statistiken und Indikatoren 1999“. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Junge Europäer und Bildung - Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den PHARE-Ländern“, Nr. 14/2000. „Öffentliche Bildungsausgaben in der EU im Jahre 1997“, Nr. 8/2000. Eurostat.
- „Schlüsselzahlen zum Bildungswesen“, 1999. Europäische Kommission, GD Bildung und Kultur/ Eurostat.
- „Living conditions in Europe, statistical pocketbook“ (Lebensbedingungen in Europa - Statistiktaschenbuch), Ausgabe 2000. Eurostat.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Anteil der 25-64-Jährigen, die in den vergangenen vier Wochen an einer allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahme teilgenommen haben, 1999																
Insgesamt, 25-64	8	7	20	6	1	5	3*	5	6	5	14*	8	3*	18	26	19
25-34	14	11	30	13	4	12	6	9	12	8	22	14	8	25	33	23
35-44	8	8	21	5	1	4	2	5	5	6	15	8	2	20	29	21
45-54	6	6	16	3	0*	1	1	3	3	4	9	5	1	17	23	18
55-64	3	1	9	1	:	1	0	1*	1	1*	5	2	:	6	15	11

Anmerkung: IRL, A - Daten für 1997; F, NL, P, - siehe methodische Anmerkungen
 Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung



7 Beschäftigung

Im Jahr 1999 waren in der Union schätzungsweise 162 Millionen Menschen erwerbstätig, über 7 Millionen mehr als im Jahr 1995. Das entspricht einer jährlichen Zunahme von etwa 1,2 % p. a. Im Jahr 1999 stieg die Beschäftigung um 1,6 % an. Die Beschäftigungsquote für die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren lag 1999 bei 62 %.

Beachtliches Beschäftigungswachstum in nahezu allen Mitgliedstaaten

Im Jahr 1999 waren in der Union rund 162 Millionen Menschen erwerbstätig. Das entspricht einem Anstieg von mehr als 7 Millionen seit 1995. In mehreren Mitgliedstaaten war in diesem Zeitraum, dem einige Jahre der Rezession vorangegangen waren, ein beträchtliches Beschäftigungswachstum zu beobachten: 2,9 % im Jahresdurchschnitt in Spanien, 5,6 % in Irland, 3,0 % in den Niederlanden und 2,3, % in Finnland. Absolut gesehen war der größte Anstieg der Beschäftigtenzahlen in Spanien (+1,6 Millionen) und im Vereinigten Königreich (+1,5 Millionen) zu verzeichnen. In Deutschland dagegen ging die Beschäftigungszahl in den Jahren 1996 und 1997 zurück. Seither verzeichnet das Land jedoch erneut ein jährliches Wachstum von annähernd 1 %. EU-weit lag die Beschäftigungsquote im Jahr 1999 bei 1,6 %.

Beträchtlich zugenommen hat in diesem Zeitraum (1995-1999) in nahezu allen Mitgliedstaaten die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Im Gegensatz dazu gingen überall in der Union Arbeitsplätze im Agrarsektor verloren, von ein bis zwei kleineren Ausnahmen einmal abgesehen.

Beschäftigungsquote der EU noch immer niedriger als in den USA und Japan

1999 lag die Beschäftigungsquote der Bevölkerung der Altersgruppe 15-64 Jahre zwischen 52 % in Spanien bzw. 53% in Italien und 76 % in Dänemark. Der EU-Durchschnitt von 62% liegt erheblich niedriger als der in den USA (73 %) und Japan (70%).

Die EU-15-Quote für Männer liegt bei 72 % gegenüber 53 % bei Frauen. Siehe dazu Beschäftigung der Frauen (3.17).

Zwei Drittel der Erwerbstätigen arbeiten im Dienstleistungsbereich

EU-weit sind 5 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, 29% in der Industrie und die übrigen 66% im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Dieses Muster sieht in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Griechenlands und Portugals, wo noch ein verhältnismäßig großer Bevölkerungsanteil in der Landwirtschaft beschäftigt ist, recht ähnlich aus. Das erklärt vielleicht auch teilweise den recht hohen Anteil der selbständig Tätigen in diesen beiden Ländern: 32 % bzw. 25 % gegenüber durchschnittlich 14 % für die gesamte Union.

Innerhalb der Mitgliedstaaten ist zumeist in den Hauptstadtregionen der Mitgliedstaaten der höchste Anteil an

Beschäftigten des Dienstleistungssektors zu verzeichnen: Im Jahr 1997 waren das Inner-London (90% der Gesamtbeschäftigten) für das Vereinigte Königreich, Brüssel-Hauptstadt (87%) für Belgien, Stockholm (82%) für Schweden, die Ile de France (79%) für Frankreich, das Latium (77%) für Italien, Wien (76%) für Österreich und Attika (74%) für Griechenland.

Zahl der Teilzeitbeschäftigten steigt weiter

Die übliche Vollzeitbeschäftigung geht in der EU offenbar zurück. Teilzeitarbeit, eine Verkürzung und mitunter Polarisierung der Arbeitsstunden - wobei die Beschäftigten von der üblichen Arbeitswoche abgehen und entweder verkürzt oder auch länger arbeiten - und Zeitarbeitsverträge sind heute weitverbreitete Strukturmerkmale der Beschäftigung in der EU.

Der Anteil der Teilzeitarbeit an der Gesamtbeschäftigung stieg zwischen 1990 und 1998 von 14 % auf 17 %. Mehr als 20 % der Beschäftigten in Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich und fast 40 % in den Niederlanden gehen einer Teilzeitarbeit nach. Verhältnismäßig unüblich ist Teilzeitarbeit in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal.

Längste Arbeitszeiten im Vereinigten Königreich

Die Vollzeitbeschäftigten in EU-15 arbeiten im Durchschnitt 40 Wochenstunden, wobei das Bild in der gesamten Union relativ einheitlich ist. Die einzige Ausnahme bildet mit 44 Stunden das Vereinigte Königreich. EU-weit arbeiteten 1999 nahezu 20 % der Vollzeitbeschäftigten länger als die durchschnittlichen 40 Wochenstunden. Rund 8 % arbeiteten 48 oder mehr Stunden. Der entsprechende Wert für das Vereinigte Königreich betrug sogar 21 %. Die Männer arbeiten in allen Mitgliedstaaten länger als die Frauen, obwohl der Unterschied in den Niederlanden, Österreich und Schweden noch nicht einmal eine Stunde ausmacht. Fast fünf Stunden beträgt der Unterschied dagegen im Vereinigten Königreich.

Auf EU-Ebene hatten 16% der Beschäftigten einen Arbeitsplatz, auf dem sie „gewöhnlich“ oder „manchmal“ nachts arbeiten mussten, und 26% leisteten 1999 Sonntagsarbeit. Fasst man all diese Daten (sowie die Samstagsarbeit) zusammen, so waren 52% der männlichen und 45% der weiblichen Beschäftigten außerhalb der Regelarbeitszeit tätig.

Der Anteil der Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen in der EU steigt weiter an: von 10 % im Jahr 1990 auf 13 % 1999. In Spanien ist dieser Anteil mit Abstand am größten (33 %). EU-weit werden 63 % der Zeitverträge für einen Zeitraum zwischen einem Monat und einem Jahr geschlossen.

Politischer Hintergrund

Im Vertrag von Amsterdam wurde ein wesentlicher Schritt unternommen, um ein hohes Beschäftigungsniveau zu einem ausdrücklichen politischen Ziel der Union zu machen: „Das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus wird bei der Festlegung und Durchführung der Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen berücksichtigt“ (Art. 127 Absatz 2). Außerdem wird in Artikel 130 EG-Vertrag verfügt, dass der Rat „einen Beschäftigungsaus-

schuss mit beratender Funktion zur Förderung der Koordinierung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten“ einsetzt. Eine der Aufgaben dieses Ausschusses ist es, „die Beschäftigungslage und die Beschäftigungspolitiken in den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft“ zu verfolgen.

Auf dem Beschäftigungsgipfel von Luxemburg im November 1997 wurde eine auf folgenden vier Pfeilern beruhende Strategie vereinbart: Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmer-

geist, Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit. Jedes Jahr wird für jeden dieser Pfeiler eine Reihe von Leitlinien verabschiedet, in denen spezifische Ziele festgelegt werden, welche die einzelnen Mitgliedstaaten in ihrer Beschäftigungspolitik zu erreichen haben. Die beschäftigungspolitischen Leitlinien werden dann von den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer nationalen Beschäftigungspolitischen Aktionspläne in konkrete und durchführbare Maßnahmen umgesetzt.

In der Mitteilung der Kommission vom 21. April 1999 über die Gemeinschaftspolitiken zur Förderung der Beschäftigung heißt es, dass die wirtschaftliche Reform in der EU fortgesetzt und vertieft werden sollte, damit ein dynamischer, innovativer Binnenmarkt als Rahmenbedingung für ein langfristiges wirtschaftliches Wachstum sichergestellt werden und Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Der Europäische Rat von Lissabon nannte im März 2000 vier Kernbereiche einer aktiven Beschäftigungspolitik: (i) Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Reduzierung der Qualifikationsdefizite; (ii) Aufwertung des lebenslangen Lernens als Grundbestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells; (iii) Ausbau der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich und (iv) Förderung der Chancengleichheit in allen ihren Aspekten. Er stellte fest, dass „das übergeordnete Ziel dieser Maßnahmen darin bestehen sollte, ausgehend von den verfügbaren Statistiken die Beschäftigungsquote von heute durchschnittlich 61 % bis 2010 möglichst nahe an 70 % anzuheben. Die Mitgliedstaaten sollten, jeweils unter Berücksichtigung ihrer Ausgangslage, die Festlegung nationaler Ziele für die Steigerung der Beschäftigungsquote prüfen. Dies wird zu einer Zunahme der Erwerbsbevölkerung führen und dadurch die langfristige Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme stärken.“ (Schlussfolgerungen 29 und 30 des Vorsitzes). Das Ziel, bis 2010 eine Beschäftigungsquote von 70 % zu erreichen, wurde in Abschnitt 4.1.1.1 der Sozialpolitischen Agenda bekräftigt (KOM(2000) 379 endg.).

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESA 95) (Zahl der Beschäftigten). Alle ande-

ren Daten stammen aus der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE). Die Beschäftigungsquote entspricht dem prozentualen Anteil der Beschäftigten im Alter zwischen 15 und 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe. Zu den beschäftigten Personen zählen jene, die im Bezugszeitraum (der Woche der Arbeitskräfteerhebung, AKE) mindestens eine Stunde lang einer Arbeit nachgingen, für die sie entlohnt wurden oder mit der sie einen Gewinn erzielten, sowie jene Personen, die in diesem Zeitraum zwar nicht arbeiteten, jedoch eine Beschäftigung hatten, der sie zeitweilig fernblieben. Beschäftigte in Familienbetrieben werden mitgezählt. Die Klassifizierung nach Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung hängt von einer direkten Frage in der AKE ab; Ausnahmen sind Österreich und die Niederlande, wo die Einteilung davon abhängt, ob eine bestimmte Zahl von Arbeitsstunden überschritten wurde.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3.5), Lebenslanges Lernen (3.6), Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8), Arbeitslosigkeit (3.9), Beschäftigung der Frauen (3.17), Soziale Beteiligung (2.4), Arbeitsmarkt (Anhang II)

Literaturhinweise

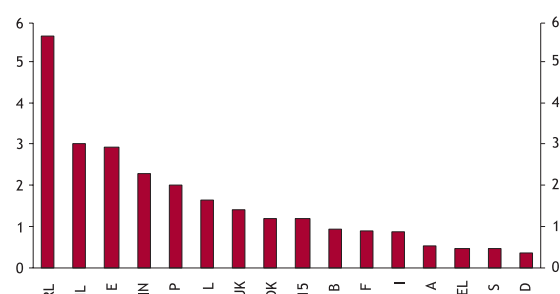
- „Europäische Sozialstatistik - Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 1999“, 2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Arbeitskräfteerhebung - Wichtigste Ergebnisse 1999“, Nr. 5/2000. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 2000“. „Die Arbeitsbeziehungen in Europa - 2000“. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- „Employment precarity, unemployment and social exclusion“ (Beschäftigungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung) und „Inclusion through participation“ (Einbeziehung durch Partizipation), Berichte der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Beschäftigungsquote, 15-64 Jahre																
1999	62,1	58,9	76,5	64,8	55,6	52,3	60,4	62,5	52,5	61,6	70,9	68,2	67,4	67,4	70,6	70,4
Beschäftigungstrend																
1999 (Millionen)	162,1	3,9	2,7	37,9	4,0	15,2	23,6	1,6	22,3	0,2	8,0	4,0	4,8	2,2	4,2	27,6
1995 (Millionen)	154,7	3,8	2,6	37,3	3,8	13,6	22,9	1,3	21,5	0,2	7,1	3,9	4,5	2,0	4,1	26,1
1999-1995 (Millionen)	7,4	0,1	0,1	0,5	0,1	1,6	0,8	0,3	0,8	0,0	0,9	0,1	0,4	0,2	0,1	1,5
1999/1995 (Durchschnittliches Jahreswachstum in %)	1,2	0,9	1,2	0,4	0,5	2,9	0,9	5,6	0,9	1,6	3,0	0,5	2,0	2,3	0,5	1,4
1999/1998 (Jahreswachstum in %)	1,6	1,3	1,1	1,1	-0,7	3,3	1,7	6,0	1,3	2,2	2,7	1,4	1,8	2,0	2,3	1,2

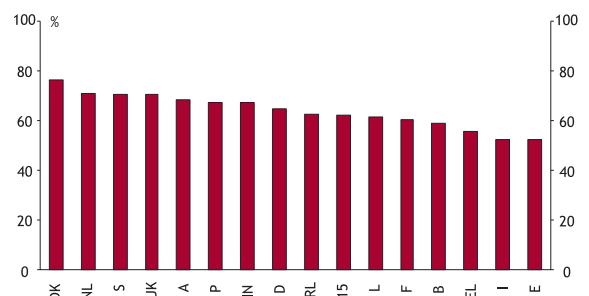
Anmerkung: Die Daten für das Beschäftigungswachstum 1999/1998 für EL, F, IRL und P beruhen auf Vorhersagen.
Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (ESVG 95)

S.b. 71 Durchschnittliches jährliches Beschäftigungswachstum, 1995 - 1999



Quelle: Eurostat - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (ESVG 95)

S.b. 72 Beschäftigungsquoten (15-64 Jahre), EU-15, 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

8

Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

In den letzten zehn Jahren ist in der EU die Beschäftigungsquote der Männer im Alter von 55 bis 64 Jahren um etwa 5 Prozentpunkte auf 47% im Jahr 1999 zurückgegangen. Der Grund für diesen Rückgang ist weniger in dem Wunsch nach einem früheren Rückzug aus dem Erwerbsleben zu suchen als vielmehr in einer Kombination von Arbeitsplatzknappheit, geringerer Mobilität und unangepassten Qualifikationen. Die vergleichbare Quote der Frauen ist im Gegensatz dazu um fast 4 Punkte angestiegen und erreichte 1999 27%. Insgesamt waren 1999 37% der Bevölkerung zwischen 55 und 64 Jahren erwerbstätig.

Auswirkung der Überalterung der Bevölkerung auf die Beschäftigung

Die Überalterung der Bevölkerung wird sich nachhaltig auf den Arbeitsmarkt auswirken, wenn die ersten geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen. In der Union insgesamt und in den meisten Mitgliedstaaten wird das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) 2010 zum Stillstand gekommen sein. Dieser Bevölkerungsrückgang wird mehrere Jahrzehnte andauern. Von dieser Entwicklung werden praktisch alle Mitgliedstaaten betroffen sein, wobei die Intensität und der Beginn des Rückgangs jedoch sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene unterschiedlich ausfallen werden. Beispielsweise hat er in Deutschland, Griechenland und Italien bereits eingesetzt. Andererseits wird in Irland und Portugal der Höchstwert der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erst 2033 bzw. 2023 erwartet. Für Luxemburg dagegen wird mit überhaupt keinem Rückgang gerechnet.

Die Auswirkungen eines Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung auf das Arbeitskräfteangebot und die Wirtschaft könnte ausgeglichen werden, indem unter anderem die Beschäftigungsquote der Erwerbsfähigen einschließlich der älteren Arbeitskräfte erhöht wird.

15,5 Millionen Beschäftigte in der EU sind 55 bis 64 Jahre alt

EU-weit gehörten 1999 37 % der Bevölkerung, die vor dem Rentenalter steht (55-64 Jahre), der Erwerbsbevölkerung an. Dass diese Quote in den gesamten neunzige Jahren verhältnismäßig stabil ausfiel, verbirgt wichtige Veränderungen, die sich in diesem Zeitraum in den Quoten der Männer und der Frauen vollzogen haben. Bei den Männern dieser Altersgruppe ging die Quote in den letzten zehn Jahren um 5 Prozentpunkte zurück. Dieser Rückgang wurde jedoch durch den Anstieg bei der weiblichen Erwerbsbeteiligung (4 Punkte) nahezu vollständig ausgeglichen. Doch trotz dieses Trends ist die Quote für die Männer (47%) nach wie vor beträchtlich höher als die der Frauen (27%). Schweden hat die mit Abstand höchste Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer (65 %), wogegen ihr Anteil in Dänemark, Portugal und dem Vereinigten

Königreich ungefähr 50 % beträgt. Am anderen Ende der Skala stehen Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und Österreich, wo weniger als 30 % der älteren Menschen arbeiten.

In Portugal hohe Beschäftigungsquote in der Gruppe der über 65-Jährigen

Ein genauerer Blick auf die einzelnen Altersgruppen zeigt folgendes: Die Beschäftigungsquote der 55-59-jährigen liegt bei 51%, die der 60-64-jährigen dagegen bei 22%. In der Altersgruppe ab 65 Jahre sinkt die Beschäftigungsquote drastisch. EU-weit sind nur 7% der Altersgruppe 65-69 erwerbstätig. Einen Sonderfall bildet Portugal, wo 25% dieser Altersgruppe noch immer erwerbstätig sind.

Ältere Menschen gehen häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nach

In der gesamten Union gehen 21 % der erwerbstätigen Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren einer Teilzeitbeschäftigung nach, womit der Anteil der Teilzeitarbeiter in dieser Altersgruppe etwas höher ist als in der Gruppe der 15-64-Jährigen (17%). Die größte Lücke zwischen den Generationen klafft im Vereinigten Königreich (31% gegenüber 24%). Wie bei den jüngeren Beschäftigten sind auch bei den Angehörigen dieser Altersgruppe deutlich mehr Frauen (41%) als Männer (8%) teilzeitbeschäftigt.

Älteren Beschäftigten wird seltener als jüngeren eine Fortbildung zuteil

In der gesamten Union nimmt die Weiterbildung der Arbeitnehmer mit zunehmendem Alter ab: EU-weit sinkt der Anteil der Beschäftigten, die an Schulungen teilnehmen, von 10 % bei den 30-39-Jährigen auf 7 % bei den 50-59-Jährigen. Am kleinsten ist die Lücke zwischen den Generationen in den drei nordischen Mitgliedstaaten und im Vereinigten Königreich – den Ländern, wo die Beteiligung an Fortbildungsmaßnahmen insgesamt am höchsten ist. In diesen Ländern hatten 1999 16-21 % der Beschäftigten zwischen 50 und 59 Jahren (in den jeweils zurückliegenden vier Wochen) an Bildungsmaßnahmen teilgenommen.

Politischer Hintergrund

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 - Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit (Nr. 4) heißt es, jeder Mitgliedstaat werde „eine Politik des ‚aktiven Alterns‘ auf den Weg ... bringen, die u. a. abstellt auf die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, auf lebenslanges Lernen und auf die Einführung flexibler Arbeitsmodelle. Älteren Arbeitskräften soll dadurch ermöglicht werden, länger erwerbstätig zu bleiben.“

Der Europäische Rat von Lissabon gelangte im März 2000 zu dem Schluss: „Die Beschäftigungsquote ist zu niedrig und durch eine ungenügende Beteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt gekennzeichnet.“ (Schlussfolgerung Nr. 4 des Vorsitzes).

Die Kommission verabschiedete am 11. Oktober 2000 ihre Mitteilung (KOM(2000) 622 endg.) „Die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive: zukunftssichere

Renten“. Abschnitt 2.3 befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen zukunftssicheren Renten, der Lissabonner Strategie und der Beschäftigungsförderung: „In der Regel begünstigen die heutigen Rentensysteme ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt; sie werden daher häufig zum Personalabbau unter Vermeidung von Entlassungen genutzt. Oft bleiben dabei die unterschiedlichen persönlichen Bedürfnisse außer Betracht. Einige Rentensysteme bieten den mobilsten und flexibelsten Arbeitnehmern keinen ausreichenden Schutz. Generell gesehen, muss die Anreizstruktur der Rentensysteme dahingehend revidiert werden, dass die Systeme beschäftigungsfreundlich werden.“

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE).

Definitionen der Erwerbs- und Beschäftigungsquoten siehe Beschäftigung (3.7).

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Überalterung der Bevölkerung (3.3), Lebenslanges Lernen (3.6), Beschäftigung (3.7), Arbeitslosigkeit (3.9), Arbeitsmarkt (Anhang II)

Literaturhinweise

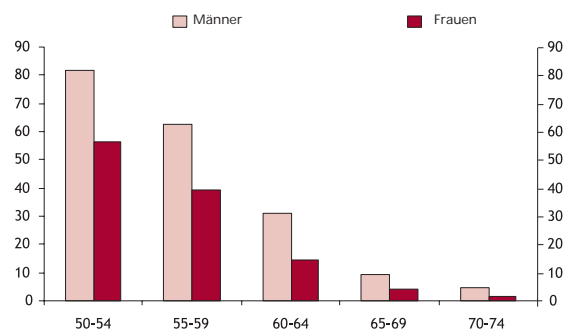
- „Europäische Sozialstatistik - Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 1999“. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 2000“, Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- „Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersbarrieren in der Erwerbstätigkeit - Forschungsbericht“, 1998. Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.
- „Employment precariousness, unemployment and social exclusion“ (Beschäftigungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung) und „Inclusion through participation“ (Einbeziehung durch Partizipation), Berichte der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Beschäftigungsquote, 55-64 Jahre, 1999																
Insgesamt	37	25	54	38	38	35	28	44	27	26	35	29	51	39	65	49
Männer	47	35	60	47	55	52	32	62	41	35	49	42	62	41	67	59
Frauen	27	15	48	29	23	19	25	26	15	17	22	18	42	38	62	40
Beschäftigte 55-64 Jahre, 1999 (1000)	15469	256	301	4338	488	1436	1526	137	1867	11	542	257	545	212	617	2929

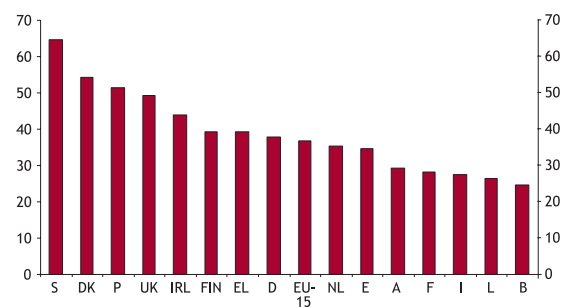
Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

S.b. 73 Beschäftigungsquoten nach Altersgruppen und Geschlecht, EU-15, 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

S.b. 74 Beschäftigungsquoten der 55-64 Jährigen, 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

9 Arbeitslosigkeit

Im Jahr 1999 sank die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Europa der Fünfzehn zum ersten Mal seit 1992 unter 16 Millionen. Diese Zahl entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,2 %, verglichen mit 4,2 % in den Vereinigten Staaten und 4,7 % in Japan. Zwischen 1998 und 1999 vermeldeten Spanien und Irland den stärksten Rückgang ihrer Arbeitslosenquoten, obwohl Spanien nach wie vor die höchste Quote (15,9 %) aufweist. Griechenland ist dagegen das einzige Land, in dem die Quote weiterhin ansteigt.

Arbeitslosenquote der EU auf dem niedrigsten Stand seit 1992

Im Jahr 1999 lag die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der EU bei 15,7 Millionen, was 9,2% der Erwerbsbevölkerung entsprach. Mit dem Absinken der Arbeitslosenquote der EU um 0,7 Prozentpunkte in den Jahren 1998-1999 setzte sich der seit 1996 beobachtete jährliche Rückgang fort. Die Quote ist in allen Mitgliedstaaten gesunken mit Ausnahme Dänemarks, wo sie bei 5,2% verblieb, und Griechenland, wo sie weiterhin ansteigt. Den stärksten Rückgang vermeldeten Spanien und Irland.

Betrachtet man die Arbeitslosenquote über einen längeren Zeitraum hinweg - nämlich seit dem 1994 erreichten Höchststand in EU-15 von 11,1 % -, so zeigt sich in Dänemark, Spanien, Portugal, Finnland und dem Vereinigten Königreich ein Rückgang um etwa ein Drittel. In Irland und den Niederlanden sank die Quote auf weniger als die Hälfte.

Im Jahr 1999 war das am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffene Land Spanien mit einer Quote von 15,9 %. Im Gegensatz dazu lag die Arbeitslosenquote in Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und Portugal bei 5 % oder darunter. Damit wiesen diese Länder ähnliche Werte auf wie Japan (4,7 %) und die Vereinigten Staaten (4,2 %).

Frauen sind nur in drei Mitgliedstaaten weniger häufig von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer

Die Arbeitslosenquote der Frauen (10,8 %) liegt in der Europäischen Union fast 3 Prozentpunkte höher als die der Männer (7,9 %). Diese für Frauen ungünstigere Situation besteht in zwölf Mitgliedstaaten, angeführt von Griechenland, Spanien und Italien, wo die Arbeitslosenquote der Frauen doppelt so hoch ist wie die der Männer. Die einzigen Ausnahmen bilden Irland, Schweden und insbesondere das

Vereinigte Königreich, wo 6,7% der zur Erwerbsbevölkerung zählenden Männer, aber nur 5,3% der zur Erwerbsbevölkerung zählenden Frauen arbeitslos sind.

In ungefähr 30 % der Regionen auf NUTS-2-Ebene lag die Arbeitslosenquote der Frauen unter der der Männer.

Große regionale Ungleichgewichte bei der Arbeitslosigkeit

Hinter den nationalen Arbeitslosenquoten verbergen sich häufig bedeutende regionale Ungleichgewichte innerhalb der Mitgliedstaaten. Dies gilt insbesondere für Deutschland (Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Bundesländern), Italien (zwischen Norden und Süden) und das Vereinigte Königreich (ebenfalls zwischen Norden und Süden). In Deutschland reichte die Arbeitslosenquote im April 1999 von 4% (weniger als die Hälfte des nationalen Durchschnitts von 9%) in Oberbayern bis 21 % (mehr als das Doppelte des nationalen Durchschnitts) in Dessau. Ähnlich verhielt es sich in Italien, wo viele Regionen im Norden des Landes (mit 4-6%) weitgehend von der Arbeitslosigkeit verschont blieben, während in den südlichen Regionen Kampanien, Kalabrien und Sizilien alarmierende 24-29% der Erwerbsbevölkerung ohne Arbeit waren. Zu den weiteren Regionen in der Union, in denen die Arbeitslosenzahlen deutlich über dem nationalen Durchschnitt lagen, zählten der Hennegau (17%) in Belgien, Andalusien (27%) in Spanien, Languedoc-Roussillon (18%) in Frankreich und Itae-Suomi (16%) in Finnland.

Noch ausgeprägter waren die regionalen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit junger Menschen unter 25 Jahren. Der Hennegau, Dytiki Mazedonien in Griechenland, Ceuta y Melilla in Spanien und verschiedene Regionen in Italien vermeldeten 1999 jeweils Jugendarbeitslosenquoten von rund 50% und mehr. Kalabrien führte diese Liste mit traurigen 65% an.

Politischer Hintergrund

In den allgemeinen Grundsätzen der Beschäftigungs-politischen Leitlinien 2000 (Präambel) steht zu lesen: „Es müssen weiterhin anhaltend koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur dauerhaften Verbesserung des derzeitigen Beschäftigungsniveaus durchgeführt werden.“ In Leitlinie Nr. 3 heißt es, dass jeder Mitgliedstaat sich bemühen wird, „die Zahl der Personen, die in den Genuss aktiver Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit kommen, spürbar zu erhöhen“. Darüber hinaus wird jeder Mitgliedstaat „seine Sozialleistungs- und Steuersysteme überprüfen und gegebenenfalls neu ausrichten, um Arbeitslosen und anderen Nichterwerbstätigen Anreize zu bieten, sich um Arbeit oder um eine Teilnahme an Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu bemühen und entsprechende Angebote wahrzunehmen, und um Arbeitgebern Anreize zu bieten, neue Arbeitsplätze zu schaffen.“ (Leitlinie Nr. 4).

Der Europäische Rat von Lissabon im März 2000 nannte vier Kernbereiche einer aktiven Beschäftigungspolitik. Einer dieser Bereiche lautete: „Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Reduzierung der Qualifikationsdefizite insbesondere durch ... Förderung spezieller Programme, die Arbeitslosen die Möglichkeit geben, Qualifikationsdefizite abzubauen.“

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen beruhen auf der Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft (AKE).

Arbeitslose sind gemäß den von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) aufgestellten Kriterien Personen im Alter von 15 Jahren und darüber, die i) ohne Arbeit sind, ii) verfügbar sind, innerhalb der folgenden zwei Wochen eine Arbeit aufzunehmen und iii) irgendwann in den vergangenen

vier Wochen aktiv Arbeit gesucht oder eine Arbeit gefunden haben, die sie zu einem späteren Zeitpunkt beginnen werden. Die Arbeitslosenquote entspricht dem prozentualen Anteil der beschäftigungslosen Personen an der Erwerbsbevölkerung desselben Alters. Die Erwerbsbevölkerung wird als die Summe aus Beschäftigten und Arbeitslosen definiert.

Die regionalen Arbeitslosenquoten beruhen auf den Schätzungen der beschäftigten und arbeitslosen Personen aufgrund der Arbeitskräfteerhebungen auf nationaler Ebene, die jeweils zu einem bestimmten Referenzdatum im April erfolgen. In einem zweiten Schritt werden die geschätzten Arbeitslosenzahlen auf die einzelnen Regionen umgelegt, wobei die regionalen Strukturen der registrierten Arbeitslosigkeit oder die regional repräsentativen Resultate der Arbeitskräfteerhebungen herangezogen werden. NUTS ist die Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik. In der derzeitigen Systematik wird das Gebiet der Union in 78 NUTS-1-Regionen, 211 NUTS-2-Regionen und 1093 NUTS-3-Regionen unterteilt. Obwohl die meisten Regionen der NUTS-2-Ebene von ihrer Größe her weitgehend miteinander vergleichbar sind, gibt es doch einige extreme Abweichungen.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3.5), Beschäftigung (3.7), Jugendarbeitslosigkeit (3.10), Langzeitarbeitslosigkeit (3.11), Arbeitsmarkt (Anhang II)

Literaturhinweise

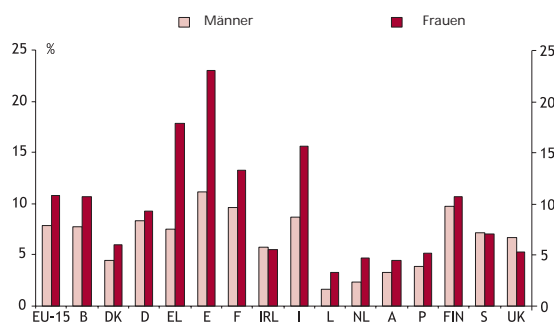
- „Europäische Sozialstatistik - Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 1999“, Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 2000“. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Arbeitskräfteerhebung - Wichtigste Ergebnisse 1999“, Nr. 5/2000. (Allgemeine Statistik): „Regionale Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union 1999“, Nr. 3/2000. Eurostat.
- „Employment precariousness, unemployment and social exclusion“ (Beschäftigungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung), Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Arbeitslosenquote																
1999	9,2	9,1	5,2	8,8	11,7	15,9	11,3	5,7	11,3	2,3	3,3	3,8	4,5	10,2	7,2	6,1
1998	9,9	9,5	5,2	9,4	10,9	18,8	11,8	7,6	11,8	2,7	4	4,5	5,2	11,4	8,3	6,3
1994	11,1	10,0	8,2	8,5	8,9	24,1	12,3	14,3	11,1	3,2	7,1	3,8	6,9	16,6	9,4	9,6
Arbeitslosigkeit (1000), 1999	15763	396	149	3460	521	2607	2887	96	2649	4	263	146	228	261	319	1766

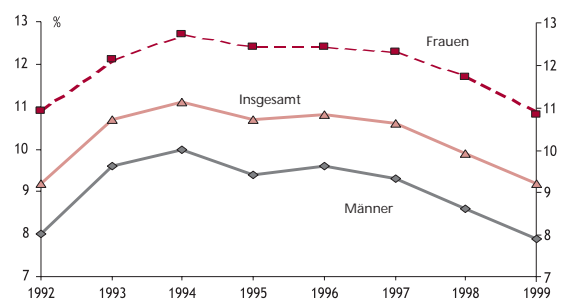
Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Basis der Arbeitskräfteerhebung

S.b. 75 Arbeitslosenquote nach Geschlecht, 1999



Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Basis der Arbeitskräfteerhebung

S.b. 76 Trend der Arbeitslosenquote nach Geschlecht, EU-15, 1992-1999



Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Basis der Arbeitskräfteerhebung

10

Jugendarbeitslosigkeit

In der EU waren 1999 durchschnittlich 8,5 % der jungen Menschen (im Alter von 15 bis 24) ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote (in Prozent der Erwerbsbevölkerung) der Jugendlichen betrug 17,9 %. Bei diesen beiden Prozentzahlen gibt es deutliche länderspezifische Unterschiede. Während aus dem ersten Wert hervorgeht, dass nur ein relativ geringer Anteil der Jugendlichen ohne Beschäftigung ist, gibt der zweite Aufschluss über die Arbeitsmarktsituation junger Menschen. In den meisten Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 1998 und 1999 gesunken, was dem allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit entspricht.

Längere Ausbildungszeiten

Aufgrund der längeren Ausbildungsdauer treten die jungen Menschen heute in einem späteren Alter in den Arbeitsmarkt ein als in der Vergangenheit. In der Union insgesamt gehen 50 % der Jugendlichen erst im Alter von 22 Jahren mindestens zwölf Stunden pro Woche einer Arbeit nach. Allerdings bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Beispielsweise liegt das entsprechende Alter in Deutschland, Österreich und dem Vereinigten Königreich im Durchschnitt bei 19 Jahren.

Die Jugendarbeitslosigkeit hängt zum einen mit der allgemeinen Situation auf dem Arbeitsmarkt zusammen. Sie gibt aber auch Aufschluss darüber, wie gut einander die Ausbildungs- und Beschäftigungssysteme in bezug auf die Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt ergänzen und wie gut das Bildungs- und Berufsbildungssystem die jungen Menschen auf die Erwerbstätigkeit vorbereitet. Bei der Betrachtung der Arbeitslosenquote der 15-24-Jährigen gilt es zu berücksichtigen, dass die betreffenden Jugendlichen sich zum Großteil erstmals auf Arbeitssuche begeben und dass ein beträchtlicher Teil von ihnen nur eine geringe Qualifikation hat.

Etwa jeder zwölfte Jugendliche ist beschäftigungslos

Im Jahr 1999 hatten in der Europäischen Union ungefähr 3,9 Millionen Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren keine Arbeit. Das sind 8,5 % der jugendlichen Bevölkerung oder 17,9 % der Erwerbspersonen in dieser Altersgruppe. Die Jugendarbeitslosenquote reicht von 5-7 % in Luxemburg, den Niederlanden und Österreich bis rund 30 % in Griechenland, Spanien und Italien.

Die jüngste Entwicklung in der Jugendarbeitslosigkeit deckt sich weitgehend mit der allgemeinen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Von 1998 bis 1999 ging die Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen von 19,5 % auf 17,9 % zurück.

Belgien, Dänemark und Griechenland waren die einzigen Mitgliedstaaten, in denen die Quote in diesem Zeitraum anstieg. Über einen längeren Zeitraum betrachtet - seit dem Höchstwert von 22,0 % in EU-15 im Jahr 1994 - sanken die Quoten in Spanien, den Niederlanden, Portugal, Finnland und Schweden um ungefähr ein Drittel. Irland vermeldete mit mehr als 60 % den größten Rückgang.

Jugendliche sind meist doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Menschen ab 25 Jahre

In der Union insgesamt und auch in den meisten Mitgliedstaaten sind Jugendliche unter 25 Jahren meist doppelt so oft von Arbeitslosigkeit betroffen wie Menschen im Alter von 25 Jahren und darüber. In Belgien, Griechenland und Italien ist die Jugendarbeitslosenquote mehr als dreimal so hoch wie die Arbeitslosenquote der über 25-Jährigen. Der große Unterschied zwischen den beiden Quoten lässt sich zum Teil durch geringe Beteiligung am Arbeitsmarkt erklären. Die einzige Ausnahme ist Deutschland, wo die Quote nur geringfügig höher ist als die der Altersgruppe über 25 Jahre, was teilweise auf das System der Lehrausbildung zurückzuführen ist.

Bei weiblichen Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit höher als bei männlichen

Weibliche Jugendliche (19,2 %) sind häufiger arbeitslos als männliche (16,5 %), obwohl die Kluft zwischen den Geschlechtern in dieser Altersgruppe nicht so groß ist wie bei der Bevölkerung im Alter von 25 Jahren und darüber. In Griechenland, Spanien und Italien liegt die Arbeitslosenquote unter den jungen Frauen bei knapp 40 %. In Deutschland und dem Vereinigten Königreich ist der Anteil der Arbeitslosen unter den jungen Männern signifikant höher als unter den jungen Frauen.

Die Langzeitarbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag 1999 bei 9,6 %. Siehe Langzeitarbeitslosigkeit (3.11).

Politischer Hintergrund

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 heißt es: „Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ... werden sich die Mitgliedstaaten verstärkt bemühen, präventive Strategien auszuarbeiten, die ... auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit abzielen.“ Laut Leitlinie Nr. 1 sollen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass „allen arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz vermittelt oder ein Neuanfang in Form einer Ausbildung, einer Umschulung, eines Praktikums

oder einer anderen die Beschäftigungsfähigkeit fördernden Maßnahme ermöglicht“ wird.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE).

Die Definition der Arbeitslosigkeit entspricht jener der IAO. Definition siehe Arbeitslosigkeit (3.5). Das Verhältnis Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung entspricht dem prozen-

tualen Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Die Jugendarbeitslosenquote ist der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren an der Erwerbsbevölkerung derselben Altersgruppe. Die Erwerbsbevölkerung wird als Summe der Beschäftigten und Arbeitslosen definiert.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3.5), Beschäftigung (3.7), Arbeitslosigkeit (3.9), Langzeitarbeitslosigkeit (3.11)

Literaturhinweise

- „Europäische Sozialstatistik - Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 1999“, Eurostat.

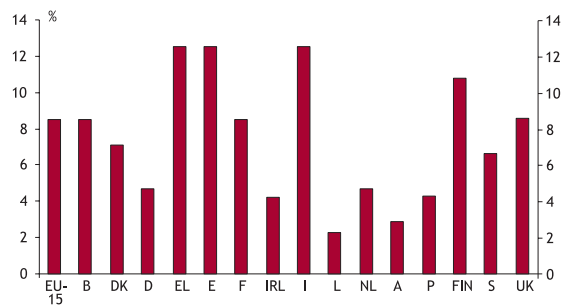
- „Jugend in der Europäischen Union: von der Schule zum Berufsleben“, 1997. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Von der Schule ins Berufsleben: Fakten zur Jugendarbeitslosigkeit.“, Nr. 13/1998. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 2000“, Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- „Youth unemployment and the processes of marginalisation on the northern European periphery“ (Jugendarbeitslosigkeit und Ausgrenzungsprozesse im nördlichsten Teil Europas), Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission, 1999. „Employment precariousness, unemployment and social exclusion“ (Beschäftigungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung), Bericht der GD Forschung, 2000

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Verhältnis Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung																
1999	8,5	8,5	7,1	4,7	12,5	12,5	8,5	4,2	12,5	2,3	4,7	2,9	4,3	10,8	6,6	8,6
1998	9,2	7,8	5,7	5,0	11,9	14,7	9,2	5,5	13,0	2,5	5,2	3,7	5,0	11,1	7,6	9,0
1994	10,7	8,8	7,8	4,8	10,2	19,4	10,8	10,7	12,6	3,3	7,0	3,5	6,8	15,5	11,6	11,2
Jugendarbeitslosenquote																
1999	17,9	24,9	9,8	9,2	31,6	29,5	24,2	8,3	32,7	6,8	7,2	5,1	9,0	21,4	13,6	13,0
1998	19,5	23,2	8,0	9,9	30,1	35,4	26,5	11,3	33,8	7,1	8,0	6,4	10,6	23,5	16,6	13,6
1994	22,0	24,2	11,1	8,8	27,7	45,1	29,2	23,0	32,3	7,3	11,5	5,7	15,0	34,0	22,0	17,0

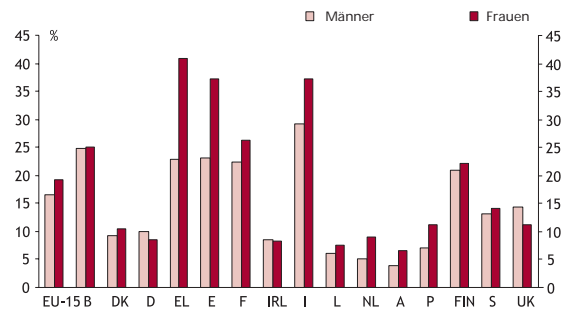
Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Basis der Arbeitskräfteerhebung

S.b. 77 Verhältnis Jugendarbeitslosigkeit / Bevölkerung (15-24 Jahre), 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

S.b. 78 Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach Geschlecht, 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

11

Langzeitarbeitslosigkeit

Im Jahr 1999 waren 4,2 % der Erwerbsbevölkerung in EU-15 von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Das bedeutet, dass 45 % der beschäftigungslosen Personen seit mindestens einem Jahr ohne Arbeit waren. Die Langzeitarbeitslosenquote ist zwar in den vergangenen Jahren gesunken, weist aber in Spanien und Italien noch immer einen verhältnismäßigen hohen Stand auf (etwa 7 %). In der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre waren 9,4 % der Erwerbsbevölkerung der EU mindestens sechs Monate arbeitslos.

Knapp die Hälfte der Arbeitslosen hat seit mindestens zwölf Monaten keinen Arbeitsplatz

Im Jahr 1999 waren 4,2 % der Erwerbsbevölkerung in EU-15 mindestens seit einem Jahr arbeitslos. In Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Schweden und dem Vereinigten Königreich waren höchstens 2 % der Erwerbsbevölkerung betroffen; in Spanien und Italien dagegen hatten 7 % der Erwerbsbevölkerung seit mindestens einem Jahr keinen Arbeitsplatz.

Von den Arbeitslosen insgesamt waren 45 % seit mindestens zwölf Monaten auf Arbeitssuche. In Dänemark, Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich ist dieser Anteil mit weniger als 30 % am niedrigsten, während er in Belgien und Italien rund 60 % beträgt.

Frauen sind stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer

EU-weit sind arbeitslose Frauen geringfügig stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer. In Griechenland und Spanien tragen beschäftigungslose Frauen ein sehr viel größeres Risiko als Männer, länger als zwölf Monate ohne Arbeit zu bleiben. Im Gegensatz dazu ist in Irland, den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich der Prozentsatz der arbeitslosen Männer, die längere Zeit keinen Arbeitsplatz finden, größer als der der Frauen.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit bleibt stabil ...

Die Langzeitarbeitslosenquote in der EU sank im Zeitraum von 1994 bis 1999 mehr oder weniger im Gleichklang mit der

Gesamtarbeitslosenquote. Die Folge war, dass der prozentuale Anteil der Personen, die mindestens zwölf Monate ohne Arbeit waren, in der Union insgesamt relativ stabil blieb. Allerdings wurde in Deutschland ein beträchtlicher Anstieg beobachtet, während der Anteil der Langzeitarbeitslosen im Vereinigten Königreich von 45 % im Jahr 1994 auf 29 % im Jahr 1999 zurückging.

... obwohl der Anteil unter den jungen Menschen gesunken ist

Die Quote der Langzeitarbeitslosigkeit unter Jugendlichen (in dieser Gruppe wird bereits ab einer Arbeitslosigkeit von sechs Monaten von Langzeitarbeitslosigkeit gesprochen) lag im Jahr 1999 bei 9,4 %, was einem deutlichen Rückgang gegenüber dem 1994 verzeichneten Höchststand (13,9 %) und auch gegenüber dem 1998 erreichten Wert von 11,0 % entspricht. In Griechenland, Spanien und Italien sind Jugendliche besonders stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen (17-25 % der Erwerbsbevölkerung), was in diesen drei Ländern aber auch für Personen im Alter von 25 und darüber gilt.

Im Zeitraum zwischen 1994 und 1999 sank die Langzeitarbeitslosenquote bei den jungen Menschen schneller als die gesamte Jugendarbeitslosigkeit. Somit konnte der Anteil der Jugendlichen, die sechs Monate und mehr beschäftigungslos waren, verringert werden. Im Jahr 1999 waren 53 % der arbeitslosen Jugendlichen seit sechs oder mehr Monaten ohne Arbeit, während es 1994 noch rund 64 % gewesen waren. In Griechenland, Italien und den Niederlanden waren 1999 über 70 % der jugendlichen Arbeitslosen betroffen; in Frankreich, Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich dagegen rund 27-36 % und in Dänemark und Finnland nur 13-16 %.

Politischer Hintergrund

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Einleitung zu Nr. 1) heißt es: „Zur Bekämpfung der ... Langzeitarbeitslosigkeit werden sich die Mitgliedstaaten verstärkt bemühen, präventive Strategien auszuarbeiten, die ... auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit abzielen.“ Die Mitgliedstaaten werden sicherstellen, dass „allen arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz vermittelt oder ein Neuanfang in Form einer Ausbildung, einer Umschulung, eines Praktikums oder einer anderen die Beschäftigungsfähigkeit fördernden Maßnahme ermöglicht“ wird (Leitlinie Nr. 1), und dass „arbeitslosen Erwachsenen innerhalb von zwölf Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz vermittelt, ein Neuanfang in Form einer Ausbildung, einer Umschulung, eines Praktikums

oder einer anderen die Beschäftigungsfähigkeit fördernden Maßnahme ermöglicht oder eine individuelle Berufsberatung angeboten wird, wobei eine effektive Eingliederung in den Arbeitsmarkt anzustreben ist“ (Leitlinie Nr. 2).

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE).

Die Definition von Arbeitslosigkeit entspricht jener der IAO. Definition siehe Arbeitslosigkeit (3.5). Arbeitslose werden zu den Langzeitarbeitslosen gezählt, wenn sie mindestens zwölf Monate lang ohne Beschäftigung sind. Die Langzeitarbeitslosenquote wird berechnet, indem man die Zahl der seit zwölf oder mehr Monaten arbeitslosen Personen durch die Zahl der Erwerbspersonen in derselben

Altersgruppe dividiert und das Ergebnis mit 100 multipliziert. Für die Altersgruppe der 15-24-Jährigen wurde die Schwelle auf sechs Monate herabgesetzt. Die Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit werden auch im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitslosen dargestellt.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3.5), Beschäftigung (3.7), Arbeitslosigkeit (3.9), Jugendarbeitslosigkeit (3.10)

Literaturhinweise

- „Europäische Sozialstatistik - Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 1999“, Eurostat.

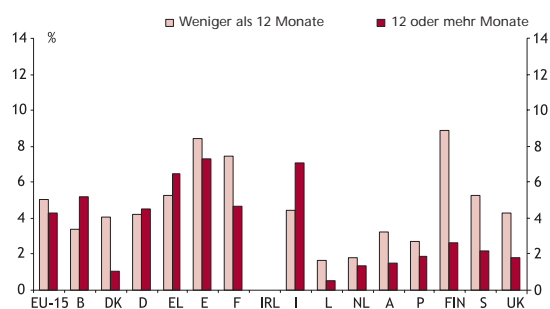
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Dynamische Indikatoren zur Erwerbssituation, insbesondere zur Arbeitslosigkeit: 1. Profile und Entwicklung“, Nr. 17/1999. „Dynamische Indikatoren zur Erwerbssituation, insbesondere zur Arbeitslosigkeit: 2. Erwerbsstatus nach Zugehörigkeitsdauer“, Nr. 18/1999. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 2000“, Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- „Employment precariousity, unemployment and social exclusion“ (Beschäftigungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung), Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate und länger)																
1999	4,2	5,2	1,1	4,5	:	7,3	4,4	2,7	6,9	0,8	1,2	1,2	1,7	2,9	2,1	1,7
1998	4,7	5,8	1,3	4,8	:	9,4	4,8	3,3	7,1	0,9	1,7	1,4	2,2	3,9	2,9	2,1
1994	5,3	5,9	2,5	3,8	:	12,7	4,7	9,1	6,9	0,9	3,5	1,1	3,1	6,2	1,9	4,3
Anteil der 12 und mehr Monate arbeitslosen Personen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen, 1999	45	57	21	51	55	46	39	47	61	32	38	31	38	29	29	29
Langzeitarbeitslosigkeit der Jugendlichen (6 Monate oder länger)																
1999	9,4	13,4	1,6	4,3	23,0	17,5	9,6	:	25,4	:	3,9	1,9	4,8	3,5	4,4	4,0
1998	11,0	13,9	1,3	4,8	21,9	23,0	13,0	:	25,9	:	5,1	2,4	5,0	5,8	6,4	4,1
1994	13,9	15,0	3,3	4,4	20,3	32,1	13,8	16,1	25,7	:	6,3	:	5,9	:	:	9,0
Anteil der 6 oder mehr Monate arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen, 1999	53	59	16	52	73	59	36	:	78	:	82	31	54	13	27	32

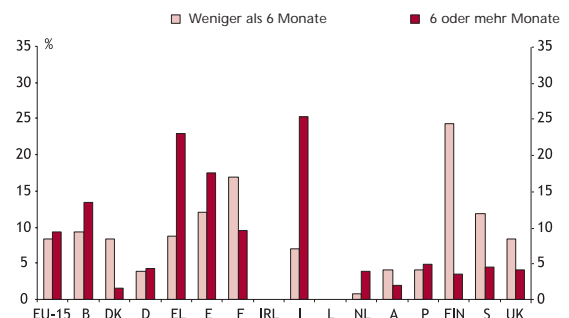
Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Basis der Arbeitskräfteerhebung

S.b. 79 Arbeitslosenquoten nach Dauer, 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

S.b. 80 Jugendarbeitslosenquoten nach Dauer, 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

12

Ausgaben für den Sozialschutz

Im Jahr 1998 entsprachen die Ausgaben für den Sozialschutz in der EU 27,7% des BIP, womit sich der Abwärtstrend dieses Indikators bestätigte, der seit dem 1993 erreichten Höchstwert von 28,9% festzustellen ist. Dennoch bietet sich, gemessen an dem 1990 vermeldeten Stand von 25,4%, noch immer ein günstiges Bild. Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten bestehen erhebliche Unterschiede und vor allem ein recht klares Nord-Süd-Gefälle. Trotz dieser Unterschiede ist eine Angleichung der Sozialschutzausgaben zu verzeichnen, da die größten Zuwächse in den letzten Jahren in den Ländern mit den niedrigsten Ausgaben beobachtet wurden.

Erheblicher Anstieg von 1990-1993, dann geringfügiger Rückgang

Im Jahr 1990 machten die Gesamtausgaben für den Sozialschutz in der Union 25,4 % des BIP aus. In den drei folgenden Jahren stieg diese Quote stark an um 28,9% im Jahr 1993 zu erreichen. Die EU-weite Zunahme in diesem Zeitraum war in erster Linie auf eine Verlangsamung des BIP-Wachstums und steigende Arbeitslosenzahlen zurückzuführen. Der Anstieg war in der gesamten Union zu beobachten, ganz besonders aber in Portugal, Finnland und dem Vereinigten Königreich. Zwischen 1993 und 1998 gingen die Ausgaben für den Sozialschutz als prozentualer Anteil des BIP geringfügig zurück, was zum Teil auf das erneute BIP-Wachstum, zum Teil aber auch auf den langsameren Anstieg dieser Ausgaben zurückzuführen war. Am deutlichsten ausgeprägt war der Rückgang in den Ländern, in denen die Ausgaben im Jahr 1993 noch besonders hoch waren, wie etwa in Schweden (-5,3 Prozentpunkte), Finnland (-7,4 Prozentpunkte) und den Niederlanden (-5,0 Prozentpunkte).

Geringerer Anstieg der realen Ausgaben von 1993 bis 1998

Die realen Ausgaben für den Sozialschutz (d. h. gemessen zu konstanten Preisen pro Kopf der Bevölkerung) stiegen im Zeitraum von 1990 bis 1993 in EU-15 jährlich real um ungefähr 4,3 %. Besonders deutlich fiel der Anstieg in Portugal (13 % pro Jahr) und im Vereinigten Königreich (9 % pro Jahr) aus. Im Gegensatz dazu lag die jährliche Wachstumsrate für die gesamte Union im Zeitraum 1993 bis 1998 lediglich bei rund 1,4 %. Griechenland, Irland, Luxemburg und Portugal zeichneten in diesem Zeitraum Wachstumsraten, die erheblich über dem Durchschnitt lagen. In praktisch allen anderen Mitgliedstaaten war bei den realen Pro-Kopf-Ausgaben in diesem Zeitraum ein relativ langsamer Anstieg festzustellen.

Die länderspezifischen Unterschiede treten deutlicher zutage, wenn die Ausgaben als Pro-Kopf-KKS ausgedrückt werden

Der EU-Durchschnitt der Ausgaben für den Sozialschutz als prozentualer Anteil des BIP (27,7 %) verbirgt die großen Unterschiede, die zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. Der höchste Anteil wurde 1998 in Schweden (33 %) festgestellt, gefolgt von Frankreich und Dänemark (rund 30 %), während Irland und die südlichen Mitgliedstaaten mit 16-

25% die niedrigsten Anteile vermeldeten. Wenn der Sozialschutz als KKS pro Einwohner ausgedrückt wird, treten die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten noch deutlicher zutage. So betrug das Verhältnis zwischen Luxemburg (dem Land mit den höchsten Ausgaben) und Portugal (dem Land mit den niedrigsten Ausgaben) im Jahr 1998 3,0 zu 1. Dies entspricht allerdings einer Verringerung der im Jahr 1990 beobachteten Differenz, als das Verhältnis noch 3,7 zu 1 betragen hatte. Die Unterschiede zwischen den Ländern spiegeln die unterschiedlichen Gegebenheiten in Bezug auf soziale Sicherungssysteme, demografischen Wandel, Arbeitslosigkeit und andere soziale, institutionelle und wirtschaftliche Faktoren wider.

Zwei Muster in der Finanzierung des Sozialschutzes

Auf EU-Ebene werden die sozialen Netze in erster Linie mit den Sozialbeiträgen (von Arbeitgebern und Arbeitnehmern), die im Jahr 1998 60,9 % der Gesamteinnahmen ausmachten, sowie mit staatlichen Beiträgen finanziert, die aus Steuergeldern stammen (35,4 %). Der europäische Durchschnitt überdeckt allerdings beträchtliche länderspezifische Unterschiede in der Finanzierungsstruktur. Die Sozialversicherungsbeiträge spielen in Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Österreich eine größere Rolle (mindestens 62 % der Gesamteinnahmen). Im Gegensatz dazu wird das soziale Netz in Dänemark, Irland sowie – in geringerem Maße – in Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich vorwiegend mit Steuergeldern finanziert.

Beträchtlicher Anstieg der allgemeinen staatlichen Beiträge zwischen 1990 und 1998

Der Anteil der staatlichen Beiträge an der Gesamtfinanzierung stieg in EU-15 zwischen 1990 und 1998 um 5,1 Prozentpunkte. Die größten Zuwächse wurden in Frankreich, Italien und Portugal beobachtet. Hingegen ging der staatliche Anteil in Dänemark, Griechenland und den Niederlanden deutlich zurück. Im Jahr 1998 wurden nur 16 % des niederländischen Sozialschutzes mit allgemeinen staatlichen Beiträgen finanziert. Der Anteil der Sozialbeiträge an den Gesamteinnahmen sank zwischen 1990 und 1998 in EU-15 von 65,5 % auf 60,9 %.

Zur Struktur der Ausgaben für den Sozialschutz siehe auch Altersversorgung (3.13).

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag heißt es in Art. 2, dass die Aufgabe der Gemeinschaft darin besteht, „in der ganzen Gemeinschaft ... ein hohes Maß an sozialem Schutz ... zu fördern.“

Besondere Aufmerksamkeit wurde auf dem Europäischen Rat vom Lissabon im März 2000 der Rolle geschenkt, die den Sozialschutzsystemen beim Erreichen des von ihm abgesteckten strategischen Gesamtziels zukommt. Der Rat wies auf die Aufgabe des europäischen Gesellschaftsmodells hin, mit seinen entwickelten Sozialschutzsystemen die Umstellung auf

die wissensbasierte Wirtschaft zu unterstützen, und stellte anschließend fest, dass diese Systeme jedoch als Teile eines aktiven Wohlfahrtsstaates angepasst werden müssen, um sicherzustellen, dass Arbeit sich lohnt und dass die Systeme angesichts einer alternden Bevölkerung auch langfristig aufrechterhalten werden können, um die soziale Integration und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und eine gute Gesundheitsfürsorge zu gewährleisten.

In ihrem Zwischenbericht für den Gipfel von Feira im Juni 2000 unterstrich die Hochrangige Gruppe „Sozialschutz“ die Bedeutung des Sozialschutzes und stellte fest, dass dieser eine Seite eines Dreiecks bilden müsse, dessen andere, mit ihm verbundene, aber doch eigenständige Seiten die Wirtschaftspolitik und die Beschäftigungspolitik sind; in diesem Kontext sei die Rolle des Sozialschutzes als produktiver Faktor zu festigen, was unter Bejahung des europäischen Gesellschaftsmodells geschehen müsse.

Eines der Ziele der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 379 endg.) lautet, „den Sozialschutz zu modernisieren und zu verbessern, um auf den Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft und den Wandel bei den Sozial- und Familienstrukturen zu reagieren und sich auf den Sozialschutz als produktiven Faktor zu stützen“ (Abschnitt 4.2.1.1).

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

Sozialschutz sind alle Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen, um die Lasten privater Haushalte und Einzelpersonen zu decken, die ihnen durch eine genau festgelegte Zahl von

Risiken oder Bedürfnissen entstehen, ohne dass der Begünstigte eine gleichwertige und gleichzeitige Gegenleistung erbringt. Die Risiken und Bedürfnisse, die den Sozialschutz begründen können, werden vereinbarungsgemäß acht „Sozialschutzfunktionen“ zugeordnet. Siehe dazu Altersversorgung (3.13). Ausgenommen sind alle Versicherungen, die von Personen oder Haushalten ausschließlich im eigenen Interesse aus privater Initiative abgeschlossen werden. Die Daten für 1998 für B, D, EL, E, F, I, NL, P, FIN und UK sind provisorisch. Die Kaufkraftparitäten (KKP) wandeln die nationalen Währungseinheiten in eine gemeinsame Referenzeinheit um, den Kaufkraftstandard (KKS). Mit dieser Einheit kann in sämtlichen Mitgliedstaaten in einem gegebenen Jahr dieselbe Menge von Gütern und Dienstleistungen erworben werden.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Altersversorgung (3.13), Einkommensverteilung (3.14), Sozialschutz (Anhang II)

Literaturhinweise

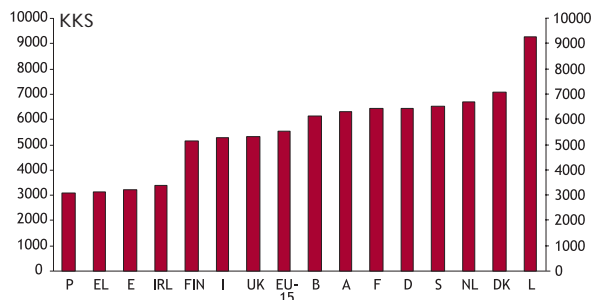
- „Europäische Sozialstatistik - Sozialschutz - Ausgaben und Einnahmen 1990-1998“, 2000. Methodik: „ESSOSS-Handbuch 1996“, Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Der Sozialschutz in Europa“, Nr. 15/2000. Eurostat.
- „Sozialschutz in Europa 1999“, 2000. „Sozialschutz in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union - Situation am 1. Januar 1998 und Entwicklung“, 1998. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Ausgaben für den Sozialschutz in Prozent des BIP																
1998	27,7	27,5	30,0	29,3	24,5	21,6	30,5	16,1	25,2	24,1	28,5	28,4	23,4	27,2	33,3	26,8
1993	28,9	29,5	31,9	28,4	22,3	24,7	30,9	20,5	26,2	24,5	33,5	28,9	21,3	34,6	38,6	29,1
1990	25,4	26,4	28,7	25,4	23,2	20,5	27,6	18,7	24,3	19,1	32,4	26,7	15,8	25,1	33,1	22,9

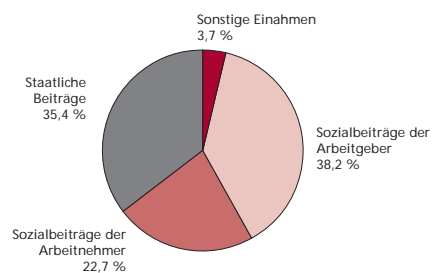
Quelle: Eurostat - Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

S.b. 81 Ausgaben für den Sozialschutz pro Einwohner, 1998



Quelle: Eurostat - Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

S.b. 82 Einnahmen des Sozialschutzes nach Typ als Anteil an den Gesamteinnahmen, EU-15, 1998



Quelle: Eurostat - Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

13

Altersversorgung

Im Jahr 1998 entfiel in den meisten Mitgliedstaaten der größte Teil der Ausgaben für den Sozialschutz auf die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Das galt insbesondere für Italien (wo dieser Bereich 64,0 % der Gesamtleistungen gegenüber 45,7 % im EU-Durchschnitt ausmachte). EU-weit stiegen im Zeitraum 1990-1998 die Leistungen im Rahmen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung um real 22 % an.

Auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung entfällt der größte Teil der Leistungen

In den meisten Mitgliedstaaten macht die Alters- und Hinterbliebenenversorgung den größten Posten in den Ausgaben für den Sozialschutz aus (im EU-Durchschnitt entfielen im Jahr 1998 darauf 45,7% der Gesamtleistungen oder 12,2% des BIP). Dies galt insbesondere für Italien, wo für diese beiden Funktionen 64,0% der gesamten Sozialleistungen aufgewandt wurden. In Irland hingegen entfielen lediglich 24,9% der Leistungen auf Altersversorgung und Hinterbliebenenrenten zusammengekommen. Tatsächlich ist Irland das „jüngste“ Land in der EU: Im Jahr 1998 waren 32 % der irischen Bevölkerung unter 20 Jahre alt (EU-Durchschnitt 23 %), während der Anteil der Altersgruppe ab 65 Jahre nur 11 % betrug (EU-Durchschnitt 16 %). Daher überrascht es nicht, dass die Ausgaben für Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Irland niedrig sind, während die Ausgaben für Familien- und Kinderbeihilfen zu den höchsten in der Union zählen.

In Irland, Portugal und Finnland fließt der größte Teil der Sozialleistungen in die Funktionen Krankheit/Gesundheitsversorgung/Invalidität/Gebrechen. Auch was das relative Gewicht der Arbeitslosenunterstützung angeht, gibt es wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Auf die entsprechenden Sozialleistungen entfielen 1998 in Spanien und Irland 14-15% der Gesamtleistungen, während es in Italien weniger als 3% waren. Auf Familie/Kinder entfielen 8,3% aller Sozialleistungen in EU-15. Doch während in Dänemark, Irland, Luxemburg und Finnland 13-14% aller Sozialleistungen in diese Bereiche flossen, waren es in Spanien, Italien, den Niederlanden und Portugal noch nicht einmal 5%.

Die Struktur der Ausgaben für Sozialleistungen änderte sich zwischen 1990 und 1998

Zwischen 1990 und 1998 wuchsen die Gesamtsozialleistungen um real (d. h. in konstanten Preisen pro Kopf der Bevölkerung) 22%. Die Sozialleistungen wiesen in diesem Zeitraum bei den verschiedenen Funktionen unterschiedliche Zuwachsraten auf. Die Abweichungen beruhen auf veränderten Erfordernissen sowie auf Änderungen der Gesetzgebung zum Sozialschutz.

Die Ausgaben für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung nahmen sehr kontinuierlich zu, ebenfalls um real 22 %. Auf EU-Ebene war ihr Anteil an den Gesamtleistungen Anfang der Neunzigerjahre zurückgegangen, hatte jedoch bis 1998 wieder den 1990 verzeichneten Stand erreicht. Besonders deutlich fiel der Rückgang in diesem Zeitraum in Deutschland (-3,5 Prozentpunkte) und Irland (-5,1 Prozentpunkte) aus. In Italien, wo die Ausgaben für diese Funktionen bereits 1990 hoch gewesen waren, stiegen sie schneller als in der übrigen Union, wodurch der Anteil der beiden Bereiche an den Gesamtleistungen in diesem Achtjahreszeitraum um 4,4 Prozentpunkte anwuchs. Eine Reihe von Ländern haben angesichts der Tatsache, dass die Erwerbsbevölkerung stetig altert, mit der Reformierung ihrer Rentensysteme begonnen. Die Wirkungen dieser Eingriffe werden im Laufe der Zeit zutage treten. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Renten auf EU-Ebene rund 90 % der Ausgaben für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung ausmachen.

Die Ausgaben für Krankheit/Gesundheitsversorgung/Invalidität/Gebrechen machten im Jahr 1998 in EU-15 einen geringeren Teil der Sozialleistungen aus als 1990. Infolge der Bemühungen zur Senkung der Kosten in diesen Bereichen ging ihr Anteil an den Ausgaben in fast allen Mitgliedstaaten zurück.

Der Trend in der Entwicklung der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung kann zum Teil mit dem unterschiedlichen Niveau der Arbeitslosigkeit erklärt werden. Zwischen 1990 und 1998 erhöhten sie sich in EU-15 um 23 %, wobei es sich jedoch nicht um eine gleichmäßige Zunahme handelte: Zwischen 1990 und 1993 stiegen diese Leistungen sehr rasch an, so dass sich ihr Anteil an den Gesamtausgaben von 7,3 % auf 9,5 % erhöhte. Doch setzte 1993 ein realer Rückgang der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung in EU-15 (7,2 % im Jahr 1998) ein, der zum Teil Ausdruck der allmählichen Verbesserung der Wirtschaftslage war, in dem sich aber auch die in mehreren Ländern vorgenommenen Reformen der Unterstützungssysteme (z. B. Änderungen bei den Anspruchsvoraussetzungen für Leistungen) widerspiegelten.

Der Anteil der Ausgaben für Familien an den Gesamtleistungen stieg zwischen 1990 und 1998 in EU-15 von 7,8 % auf 8,3 %. Besonders deutlich fiel dieser Anstieg (real +30 % zwischen 1990 und 1998) im Jahr 1996 aus, als Deutschland Reformen durchführte und das System der Familienunterstützung erweiterte.

Politischer Hintergrund

Im Rahmen seiner allgemeinen Hinweise zur Bedeutung der Sozialschutzsysteme und seines Appells zu deren Anpassung erteilte der Lissabonner Gipfel vom März 2000 der Hochrangigen Gruppe „Sozialschutz“ den Auftrag, „als ihre erste Priorität“ auf der Grundlage einer Mitteilung der Kommission eine Studie über die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive unter besonderer Berücksichtigung der Tragfähigkeit der Altersversorgungs-

systeme zu erstellen. Die Kommission ihrerseits nahm daraufhin am 11. Oktober 2000 eine Mitteilung (KOM(2000) 622 endg.) „Die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive: zukunftsichere Renten“ an. In Abschnitt 2.6 heißt es: „Den Mitgliedstaaten obliegt es zu entscheiden, welches Rentensystem sie wünschen und welcher Policy-Mix erforderlich ist, damit ältere Menschen auch künftig über ein ausreichendes Einkommen verfügen, ohne dass die Stabilität der öffentlichen Finanzen gefährdet, Beschäftigungsanreize ausgehöhlt oder andere wesentliche

öffentliche Ausgaben gestrichen werden.“Doch sind die „...Mitgliedstaaten mit den gleichen ... dargestellten Problemen konfrontiert. Gemeinsam sind ihnen ferner die Zielsetzung der Rentenreform und eine Reihe von Grundsätzen, denen sie verpflichtet sind. Hierzu zählen Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt ... Daher lädt die Kommission die Mitgliedstaaten ein, ihre Bemühungen zu koordinieren und Gedanken und Informationen über ihre laufenden und geplanten Reformen auszutauschen.“ In einem Zwischenbericht, vorgelegt auf dem Gipfel von Nizza im Dezember 2000, wurden die Mitgliedstaaten von der Hochrangigen Arbeitsgruppe aufgefordert, bis spätestens 15. Februar 2001 nationale Beiträge über die Strategien zu erarbeiten, mit denen sie die grundlegenden Ziele ihrer Altersversorgungssysteme gewährleisten und gleichzeitig deren Nachhaltigkeit in Anbetracht der Probleme der Bevölkerungsentwicklung sicherstellen wollen.

Siehe auch Ausgaben für den Sozialschutz (3.12).

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

Siehe Ausgaben für den Sozialschutz (3.12). Die Sozialleistungen werden ohne Abzug von Steuern oder anderen Zwangsabgaben, die die Empfänger für sie zu entrichten haben, angegeben. „Steuerliche Vergünstigungen“ (Steuerermäßigungen für Haushalte für Zwecke des Sozialschutzes) sind grundsätzlich nicht erfasst. Die Sozialleistungen werden in folgende acht Funktionen unterteilt: Krankheit/Gesundheitsversorgung; Invalidität/Gebrechen; Alter; Hinterbliebene; Familie/Kinder; Arbeitslosigkeit; Wohnen; soziale Ausgrenzung, die keiner anderen Kategorie zugeordnet werden kann (n.a.z.). Die Altersversorgung beinhaltet Leistungen zur Deckung altersbedingter Risiken: Verlust des Einkommens, unzureichendes Einkommen, Abhängigkeit bei der Bewältigung täglicher

Aufgaben, reduzierte Beteiligung am sozialen Leben und so weiter. Die medizinische Versorgung älterer Personen ist nicht berücksichtigt (sie wird dem Bereich Krankheit/Gesundheitsversorgung zugerechnet). Es ist nicht immer leicht, eine Sozialleistung richtig zuzuordnen. In den meisten Mitgliedstaaten der EU besteht eine starke Interdependenz zwischen den drei Funktionen Altersversorgung, Hinterbliebene und Invalidität. Um die Daten EU-weit besser vergleichen zu können, wurden die Bereiche Altersversorgung und Hinterbliebene zusammengefasst. F, IRL und P erfassen Behindertenrenten, die an Personen im Rentenalter gezahlt werden, als Leistungen des Bereichs Invalidität/Gebrechen und nicht des Bereichs Alter.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Überalterung der Bevölkerung (3.3), Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8), Ausgaben für den Sozialschutz (3.12), Sozialschutz (Anhang II)

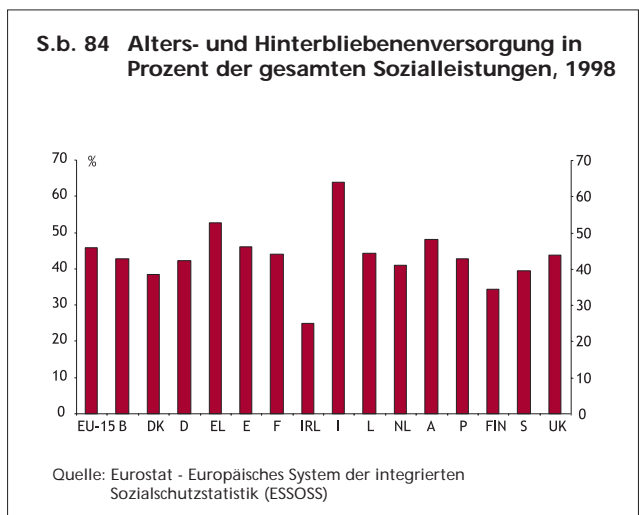
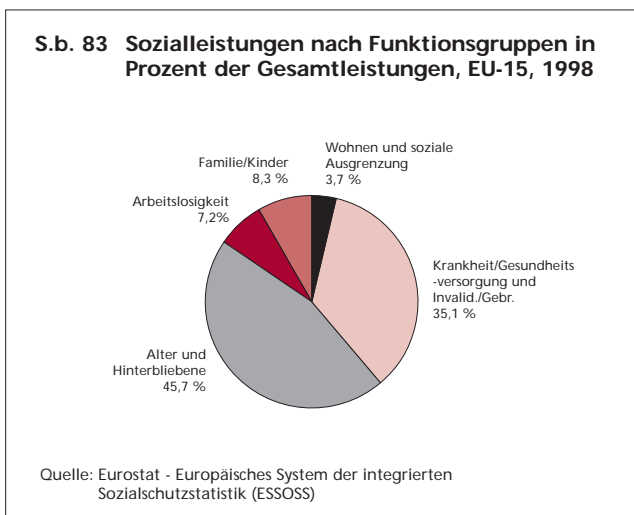
Literaturhinweise

- „Europäische Sozialstatistik - Sozialschutz - Ausgaben und Einnahmen 1980-1998“, 2000. Methodik: „ESSOSS-Handbuch 1996“, 1996. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Der Sozialschutz in Europa“, Nr. 15/2000. „Der Sozialschutz in Europa: Rentenausgaben“, Nr. 6/2000. „Sozialleistungen und ihre Umverteilungseffekte in der EU“, Nr. 9/2000. Eurostat.
- Mitteilung (KOM (2000) 622 endg.) „Die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive: zukunftssichere Renten“. Europäische Kommission.
- „Social protection for dependency in old age in the 15 EU Member States and Norway“ (Sozialschutz für Altersabhängigkeit in den 15 EU-Mitgliedstaaten und Norwegen), 1998. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Prozent der gesamten Sozialleistungen																
1998	45,7	42,8	38,3	42,3	52,6	46,1	44,0	24,9	64,0	44,2	41,1	48,2	42,7	34,5	39,4	43,9
1990	45,7	40,4	36,7	45,8	50,9	42,9	42,7	30,5	59,6	45,8	37,4	50,0	43,1	33,8	:	42,5

Quelle: Eurostat - Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)



14

Einkommensverteilung

Auf EU-Ebene erzielten im Jahr 1996 die ärmsten 20 % der Bevölkerung lediglich 7,6 % des Gesamteinkommens, während auf die reichsten 20 % 39,3 % des Gesamteinkommens entfielen, d. h. 5,2-mal so viel. Am kleinsten ist diese Lücke zwischen den wohlhabendsten und ärmsten Haushalten in Dänemark (2,9) und Schweden (3,7), am größten in den vier südlichen Mitgliedstaaten, wo das niedrigste Durchschnittseinkommen der Union zu verzeichnen ist.

In Mitgliedstaaten mit niedrigerem Durchschnittseinkommen ist die Ungleichheit zumeist höher

Im Jahr 1996 lag der Medianwert des Äquivalenz-Nettojahreseinkommens in etwa der Hälfte der Mitgliedstaaten - unter ihnen Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich - bei rund 14 000 KKS. Allerdings besteht das Nord-/Süd-Gefälle weiter. In Griechenland, Spanien, Italien und Portugal⁶⁰ liegt das Einkommensniveau zwischen 7700 und 10 100 KKS. Irland liegt ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt von 12 000 KKS. Einen Sonderfall stellt Luxemburg dar, wo das Einkommensniveau außergewöhnlich hoch ist.

Die Einkommensverteilung kann anhand der Verteilung des Gesamteinkommens auf verschiedene Bevölkerungsschichten analysiert werden, die dem Einkommen entsprechend definiert werden. EU-weit erzielen die ärmsten 20% der Bevölkerung 7,6% des Gesamteinkommens, während auf die reichsten 20% 39,3% des Einkommens entfallen. Diese Zahlen werden im Anteilsverhältnis S80/S20 ausgedrückt, das den Anteil der oberen 20 % in Beziehung zu dem der unteren 20 % setzt. Dieses Verhältnis ist in den südlichen Mitgliedstaaten am höchsten (angeführt von Portugal mit 6,8), allerdings liegen auch Irland und das Vereinigte Königreich über dem EU-Durchschnitt von 5,2. Am anderen Ende der Skala befinden sich Dänemark (2,9) und Schweden (3,7). Im allgemeinen ist in den Mitgliedstaaten mit stärkeren Unterschieden meist auch das Durchschnittseinkommen niedriger.

Über 70 % der Personen erhalten Sozialleistungen, obwohl diese lediglich 25 % des Äquivalenzeinkommens ausmachen

In den meisten Ländern werden 70% des Äquivalenzeinkommens mit Arbeit, rund 25-30 % mit Renten und anderen Sozialleistungen und der geringfügige Rest aus Kapitalerträgen und anderen privaten Einkommensquellen erzielt. Obwohl der prozentuale Anteil der Sozialleistungen am Äquivalenzeinkommen nicht hoch ist, profitieren 73 % der EU-Bürger direkt oder

indirekt (d. h. über andere Mitglieder des Haushaltes) von solchen Transferleistungen. Der prozentuale Anteil der Begünstigten schwankt zwischen nur 50 % in Griechenland und Italien und rund 90 % in Belgien⁶¹, Irland und Portugal. EU-weit leben 13 % der Bevölkerung in Haushalten, deren einzige Einkommensquelle Sozialleistungen sind. Ihr Anteil reicht von 4% in Frankreich bis zu 19 % in Belgien. Im Durchschnitt entspricht das Äquivalenzeinkommen von (in Haushalten lebenden) Personen, die Renten beziehen, jenem der Gesamtbevölkerung. Überdurchschnittlich hoch ist es in Frankreich, Italien, den Niederlanden und vor allem in Irland. Die Sozialleistungen mit Ausnahme der Renten sind in der gesamten Union - wenn auch in unterschiedlichem Maß - vorwiegend auf Haushalte mit niedrigem Einkommen konzentriert. Siehe dazu Haushalte mit niedrigem Einkommen (3.14).

Nach wie vor signifikante regionale Ungleichgewichte beim „Vermögen“

Es gibt viele mögliche Gradmesser der regionalen Ungleichgewichte beim Vermögen. Einige führen deutlich vor Augen, dass sich die ärmeren Regionen dem EU-Durchschnitt annähern. Beispielweise ist das Pro-Kopf-BIP (das eine - wenn auch leicht vereinfachte - Vorstellung vom Vermögen eines Landes vermittelt) in den 10 ärmsten Regionen insgesamt von 41 % des EU-Durchschnitts im Jahr 1986 auf 50 % 1996 angestiegen. Andere Indikatoren sind wesentlich weniger aufschlussreich. Zum Beispiel lässt der Koeffizient der Variation im Pro-Kopf-BIP in Regionen der NUTS-3-Ebene (der die Entwicklungen in allen Regionen zusammenfasst und nicht nur die der beiden Extreme) in den vergangenen zwei Jahrzehnten keinerlei nennenswerten Rückgang der regionalen Ungleichgewichte erkennen. Ihm zufolge bestanden 1997 die größten regionalen Ungleichgewichte in Deutschland, gefolgt vom Vereinigten Königreich, obwohl dieses Land ein hervorragendes Beispiel für die Schwierigkeiten ist, die ein solcher Indikator bereitet. Die jüngst erfolgte Einstufung von Inner London mit seinem sehr hohen Pro-Kopf-BIP als Region hat große Auswirkungen auf den Koeffizienten.

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Art. 2) heißt es: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, ... die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität ... zu fördern.“ Laut Art. 3 umfasst die Tätigkeit der Gemeinschaft unter anderem „die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts“.

Der Europäische Rat von Lissabon im März 2000 hat sich „ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein daue-

haftes Wirtschaftswachstum mit mehr besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Siehe auch Mitteilung der Kommission „Ein Europa schaffen, das alle einbezieht“ vom März 2000.

In der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 379 endg.) heißt es: „Sozialtransfers in Gestalt von Renten und Sozialversicherungsleistungen tragen nicht nur zu einer ausgeglicheneren Einkommensentwicklung über die gesamte Lebenszeit und Einkommensverteilung zwischen sozialen Gruppen bei, sondern fördern darüber hinaus die Qualität der Beschäftigung mit entsprechenden positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft.“

⁶⁰ Das Nationale Statistische Amt nimmt derzeit eine gründliche Überarbeitung der Wellen 1-3 der portugiesischen Daten vor. Die revidierten Daten finden anschließend Eingang in den neuen EU-Datensatz, der die Wellen 1-4 enthält.

⁶¹ Die belgischen Daten tragen vorläufigen Charakter und werden momentan überarbeitet, da Unstimmigkeiten bei der Kodifizierung einiger Einkommenspositionen festgestellt wurden.

Die Strukturfonds sind Bestandteil der gemeinschaftlichen Strukturpolitik, die das Entwicklungsgefälle zwischen den verschiedenen Regionen und zwischen den Mitgliedstaaten verringern und damit den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt fördern soll. Zwischen 1994 und 1999 hat die Gemeinschaft annähernd 35 % des Gesamthaushalts der EU für Strukturmaßnahmen bereitgestellt (208 Mrd. EUR).

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP), Welle 3. Die Einkommensdaten beziehen sich auf das Kalenderjahr 1995. Die Daten zum Pro-Kopf-BIP auf NUTS-3-Ebene sind den regionalen Eurostat-Rechnungen entnommen und beruhen im Wesentlichen auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Unter dem Gesamteinkommen eines Haushalts werden sämtliche Nettogeldeinnahmen verstanden, die ein Haushalt und all seine Mitglieder zum Zeitpunkt der Befragung (1996) während des Referenzjahres der Erhebung (1995) bezogen haben. Hierin eingeschlossen sind Erwerbseinkommen, private Einkommen (etwa aus Investitionen oder Vermögen), Renten und andere direkt bezogene Sozialtransferleistungen. Nicht berücksichtigt wurden indirekte Sozialleistungen, Naturalleistungen und unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohneigentum. Da das Gewicht dieser Einkommenspositionen von Land zu Land unterschiedlich ausfällt, ist die volle Vergleichbarkeit der Einkommensstatistik beeinträchtigt. Keine Einkommensdaten stehen für Finnland und Schweden zur Verfügung.

Um beim Vergleich der Einkommensniveaus den Unterschieden in bezug auf Haushaltsgröße und -zusammensetzung Rechnung zu tragen, wird das Gesamteinkommen eines Haushalts durch seine „Äquivalenzgröße“ geteilt, die anhand der modifizierten OECD-Äquivalenzskala berechnet wird. In dieser Skala werden der erste im Haushalt lebende Erwachsene mit 1,0, der zweite sowie jede weitere Person im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Um das Anteilsverhältnis zu berechnen, werden die Personen zunächst aufgrund ihres Äquivalenzeinkommens

einer Kategorie zugeordnet und anschließend in 5 Gruppen gleicher Größe unterteilt, die als Quintile bezeichnet werden. S80/S20 gibt den Anteil der oberen 20 % im Verhältnis zu jenem der unteren 20 % wieder. Informationen zu NUTS siehe Anmerkungen im Abschnitt Arbeitslosigkeit (3.9). Die in der Analyse verwendeten Daten zum Pro-Kopf-BIP sind in KKS ausgedrückt und berücksichtigen somit die Unterschiede zwischen den Preisniveaus der einzelnen Länder, jedoch nicht zwischen verschiedenen Regionen ein und desselben Landes. Der Variationskoeffizient des Pro-Kopf-BIP in Regionen der NUTS-3-Ebene ist ein Gradmesser der Gesamtabweichungen vom Durchschnitt.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Ausgaben für den Sozialschutz (3.12), Haushalte mit niedrigem Einkommen (3.14), Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt (3.16), Einkommensverteilung (2.3), Einkommen (Anhang II)

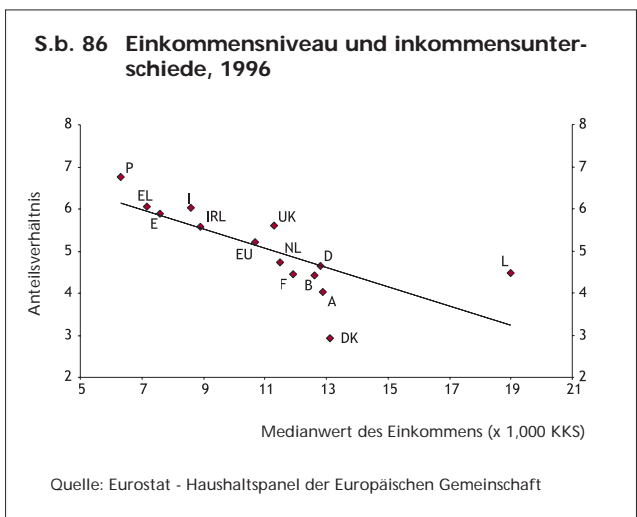
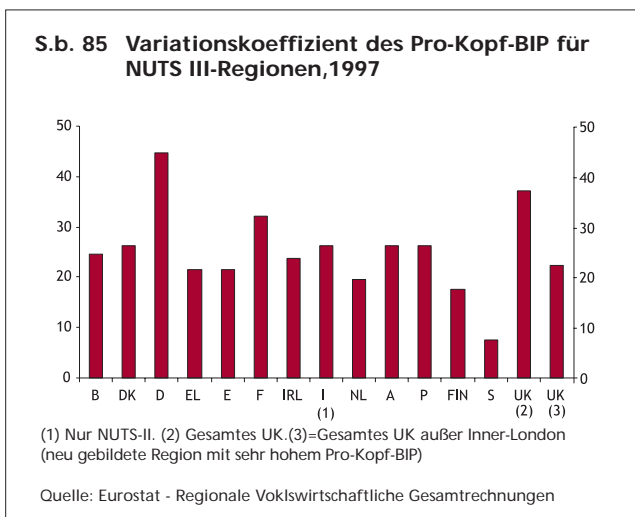
Literaturhinweise

- „European social statistics: Income, Poverty and Social Exclusion in the Member States of the European Union“ (Europäische Sozialstatistik: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union), Ausgabe 2000. „Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft: Ausgewählte Indikatoren aus der Welle 1995“, 1999. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Sozialleistungen und ihre Umverteilungseffekte in der EU“, Nr. 9/2000. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 2000“, Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- „Sechster Periodischer Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Europäischen Union“, 1999. Europäische Kommission, GD Regionalpolitik.
- „Evaluation of income support policies at the local urban level“ (Beurteilung von Maßnahmen zur Einkommenshilfe auf der lokalen städtischen Ebene), Berichte der GD Forschung der Europäischen Kommission, 1999.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Anteilsverhältnis S80/20 (1)																
1996	5,2	4,4	2,9	4,7	6,1	5,9	4,5	5,6	6,0	4,5	4,7	4,0	6,8	:	3,7	5,6

(1) Anteil der reichsten 20% der Bevölkerung am nationalen Gesamteinkommen gegenüber dem der ärmsten 20%. EU-15 ohne FIN und S.
Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft



15

Haushalte mit niedrigem Einkommen

Im Jahr 1996 verfügten rund 17 % der Bevölkerung der EU über ein Äquivalenzeinkommen, das weniger als 60 % des nationalen Medianwertes entsprach. Relativ hoch war der Anteil der „armen“ Menschen mit über 20 % in Griechenland und Portugal, am kleinsten in Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und Schweden (11-14 %). Durch die Sozialleistungen verringert sich der Anteil der „Armen“ in allen Mitgliedstaaten, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß: Der Rückgang reicht von ungefähr 10 % in Griechenland und Italien bis zu 60 % in Dänemark, was fast doppelt so viel wie der EU-Durchschnitt ist.

Mehr als ein Drittel der Alleinerziehenden haben ein „niedriges Einkommen“

Im Jahr 1996 verfügten rund 61 Millionen Menschen (17 % der EU-Bürger) über ein Äquivalenzeinkommen, das weniger als 60 % des nationalen Medianwertes entsprach (und damit unter der „Armutsgrenze“ lag). Drei Arten von Haushalten fallen durch überdurchschnittliche „Armutsniveaus“ auf: Alleinerziehende mit unterhaltsberechtigten Kindern (36 %), allein lebende Frauen (26 %) und Paare mit drei oder mehr unterhaltsberechtigten Kindern (25 %). In Deutschland, Irland und dem Vereinigten Königreich verfügen 50 % der Alleinerziehenden über ein „niedriges Einkommen“. Ältere Menschen sind davon im Allgemeinen stärker betroffen als jüngere. Mehr als die Hälfte der älteren Alleinstehenden in Portugal (und ein Drittel in Griechenland und im Vereinigten Königreich) kann der Kategorie der Personen mit einem „niedrigen Einkommen“ zugeordnet werden.

Frauen gehören eher als Männer, Kinder eher als Erwachsene zu den „Armen“

In der gesamten Union sind Frauen etwas häufiger „arm“ als Männer (18 % gegenüber 16 % im EU-Durchschnitt). Größer ist die Kluft zwischen den Geschlechtern bei allein lebenden Personen, insbesondere bei älteren Menschen.

Der Anteil der Kinder (unter 16 Jahren), die in Haushalten mit niedrigem Einkommen leben, ist mit 20 % höher als der entsprechende Anteil der Gesamtbevölkerung (17 %). Besonders schlecht scheint die Situation von Kindern in Spanien und Irland (23 % gegenüber 18 %) und dem Vereinigten Königreich (26 % gegenüber 19 %) zu sein. Hingegen leben Kinder in Dänemark (4 % gegenüber 11 %) und Griechenland (18 % gegenüber 21%) wesentlich seltener in einem „armen“ Haushalt.

Arbeitslose sind besonders gefährdet

Durchschnittlich 40 % der Arbeitslosen haben ein niedriges Einkommen. Im Vereinigten Königreich liegt dieser Anteil bei gut 50 %. In Irland und dem Vereinigten Königreich haben Arbeitslose rund achtmal häufiger ein geringes Einkommen als Erwerbstätige, während dieses Verhältnis in Dänemark und Portugal weniger als 2:1 beträgt. In der Union insgesamt zählen 19 % der Beschäftigten zur Kategorie der „Armen“. Siehe dazu auch Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt (3.16).

Signifikante Auswirkungen der Sozialleistungen auf den Anteil der „Armen“

Vergleicht man die Zahl der Personen mit niedrigem Einkommen vor und nach der Zahlung von Sozialleistungen (ohne Renten), so wird eine der wichtigsten Zweckbestimmungen dieser Leistungen deutlich: ihr Umverteilungseffekt und insbesondere der Umstand, dass mit

ihrer Hilfe der Bevölkerungsanteil, der ein niedriges Einkommen hat, verringert werden kann. Ohne Einrechnung der Sozialleistungen gibt es in Dänemark, Irland und im Vereinigten Königreich einen großen Anteil (30-33 %) von Personen mit niedrigem Einkommen. Die Zahlen für die anderen Mitgliedstaaten schwanken zwischen 22 % (Italien) und 28 % (Belgien), wobei der EU-Durchschnitt bei 26 % liegt. Durch die Sozialleistungen verringert sich in allen Mitgliedstaaten der Anteil der „Armen“ - jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. In Griechenland, Italien und Portugal ist der Rückgang mit 8 % bis 20 % am geringsten. In allen anderen Mitgliedstaaten liegt er erheblich über 25 % und beträgt in Dänemark ungefähr zwei Drittel, was fast das Doppelte des EU-Durchschnitts ist. Dänemark weist auch die niedrigste „Armutquote“ nach Einrechnung der Sozialleistungen auf. Griechenland und Portugal verzeichnen den höchsten Anteil von Personen mit niedrigem Einkommen bei Einrechnung dieser Leistungen. Irland und das Vereinigte Königreich haben die höchsten Armutsquoten in der EU ohne Berücksichtigung der Sozialleistungen, und auch bei deren Einrechnung sind dort die Ungleichgewichte noch höher als der Gemeinschaftsdurchschnitt. Dennoch unterscheiden sich diese beiden Mitgliedstaaten von Griechenland und Portugal, da in ihnen ein wesentlich größerer Umverteilungseffekt verzeichnet wird. Dass in Italien der Anteil der „Armen“ trotz der geringen Auswirkungen von Sozialleistungen den EU-Durchschnitt nur geringfügig übersteigt, liegt daran, dass dieses Land die niedrigste Armutsquote vor Einrechnung der Leistungen aufweist.

Armutslücke der Gemeinschaft bei 30 %

Betrachtet man nur das Einkommen, das unterhalb der Armutsgrenze liegt, so wird zwar deutlich, wie viele Personen von ihrem Einkommen her der Kategorie der „Armen“ zuzurechnen sind, jedoch nicht, wie gravierend diese Armut ist. Die Messung des Gefälles zwischen dem Einkommensniveau der „Armen“ und der Armutsgrenze (Armutslücke) verschafft Einblicke in das Ausmaß der Einkommensarmut. Im Jahr 1996 stand in der EU den Personen, die in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen lebten, ein Äquivalenz-Haushaltseinkommen zur Verfügung, das 30 Prozent unter der gewichteten durchschnittlichen Armutsgrenze der EU lag. Bei einer durchschnittlichen Armutsgrenze von 6400 KKS in der Europäischen Union entspricht dies einer mittleren Äquivalenz-Armutslücke von rund 2000 KKS.

Rund 25 Millionen Menschen leben in ständiger Armut

Im Jahr 1996 lebten 7 % der Bevölkerung der Europäischen Union seit mindestens drei Jahren ununterbrochen in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen. Das waren 42 % aller Personen, die 1996 in Armut lebten. Die Quote der dauernden Einkommensarmut beträgt in Dänemark und den Niederlanden etwa 3 %, in Griechenland dagegen 10 % und in Portugal 12 %.

Politischer Hintergrund

In Art. 136 des EG-Vertrags wird die „Bekämpfung von Ausgrenzungen“ als eines von sechs Zielen der europäischen Sozialpolitik genannt. In Art. 137 Absatz 1 wird die Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen als einer jener Bereiche angeführt, in denen die Tätigkeit der Mitgliedstaaten durch Gemeinschaftsaktionen unterstützt und ergänzt werden soll. Art. 137 Absatz 2 definiert den Handlungsrahmen auf Gemeinschaftsebene; demnach wird der Rat zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten durch Initiativen fördern, welche „die Verbesserung des Wissensstandes, die Entwicklung des Austausches von Informationen und bewährten Verfahren, die Förderung innovativer Ansätze und die Bewertung von Erfahrungen zum Ziel haben“. Der Europäische Rat von Lissabon gelangte im März 2000 zu folgendem Schluss: „Die Zahl der Menschen, die in der Union unterhalb der Armutsgrenze und in sozialer Ausgrenzung leben, kann nicht hingenommen werden. ... Die neue Wissensgesellschaft bietet ein enormes Potential für die Reduzierung der sozialen Ausgrenzung...“ (Schlussfolgerung Nr. 32 des Vorsitzes).

In der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 379 endg.) werden ebenfalls die Themen Armut und soziale Ausgrenzung angesprochen. Dabei gilt als Hauptziel: „Armut und Ausgrenzung sollen verhindert und eliminiert werden und die Eingliederung aller Menschen in das wirtschaftliche und soziale Leben soll gefördert werden“ (Abschnitt 4.2.2.1).

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP), Welle 3.

Niedriges Einkommen (oder relative Armut) wird gemessen, indem man ermittelt, wie groß die Bevölkerungsgruppe mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medianwerts des Äquivalenzeinkommens in einem Land ist. Der Medianwert des Einkommens ist dem Durchschnittsein-

kommen vorzuziehen, da er von den Extremwerten der Einkommensverteilung weniger beeinflusst wird. Die Armutslücke wird definiert als das zusätzliche Einkommen, das erforderlich ist, um das Äquivalenz-Haushaltseinkommen einer unter der Armutsgrenze lebenden Person auf das Einkommensniveau anzuheben, das der Armutsgrenze entspricht. Erläuterung der Einkommenskonzepte und Anmerkungen zu den Daten für Belgien und Portugal siehe Einkommensverteilung (3.14). Für Finnland und Schweden liegen keine Einkommensdaten vor. Für Österreich sind keine Daten zur dauernden Armut verfügbar.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Beschäftigung (3.7), Ausgaben für den Sozialschutz (3.12), Einkommensverteilung (3.14), Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt (3.16), Einkommensverteilung (2.3), Einkommen (Anhang II)

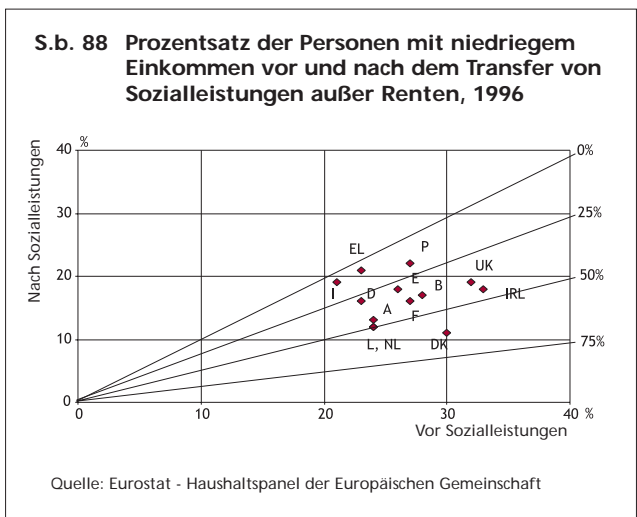
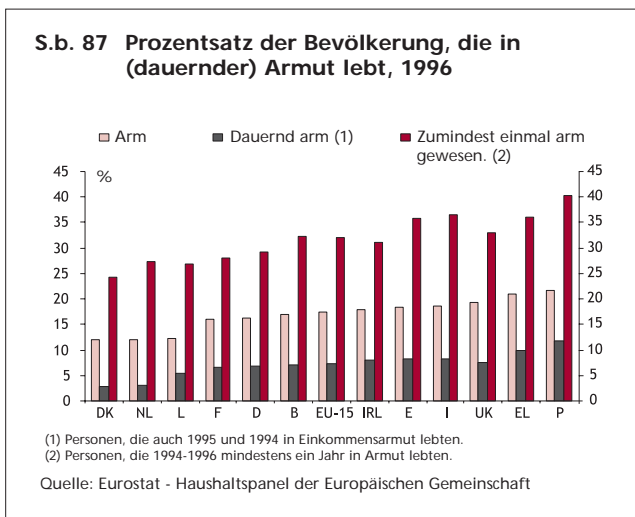
Literaturhinweise

- „European social statistics: Income, Poverty and Social Exclusion in the Member States of the European Union“ (Europäische Sozialstatistik: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union), Ausgabe 2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Dauernde Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union“, Nr. 13/2000. „Einkommensarmut in der Europäischen Union: bei Kindern, nach Geschlecht und Umfang der Armutslücken“, Nr. 12/2000. „Sozialleistungen und ihre Umverteilungseffekte in der EU - Neueste Daten“, Nr. 9/2000. „Soziale Ausgrenzung in den EU-Mitgliedstaaten“, Nr. 1/2000. „Niedrige Einkommen und niedrige Löhne auf Haushaltsebene (EU-12)“, Nr. 6/1998. Eurostat.
- „Evaluation of income support policies at the local urban level“ (Beurteilung von Maßnahmen der Einkommenshilfe auf lokaler städtischer Ebene), Berichte der GD Forschung der Europäischen Kommission, 1999.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Prozentsatz der Bevölkerung mit einem Einkommen unter 60% des nationalen Medianwertes, vor und nach Sozialleistungen (1), 1996																
Nach Sozialleistungen	17	17	11	16	21	18	16	18	19	12	12	13	22	:	14	19
Vor Sozialleistungen	26	28	30	23	23	26	27	33	22	24	24	24	27	:	:	32
Landeswährung (LW)	:	BEF	DKK	DEM	GRD	ESP	FRF	IEP	ITL	LUF	NLG	ATS	PTE	FMK	SEK	GBP
60% d. Med. d. Jahreseink (LW)	:	318640	76960	16513	1024000	613899	52191	3771	8802(2)	463848	15535	117600	539400	:	:	4969
60% d. Med. d. Jahreseink (KKS)	:	7562	7883	7675	4313	4558	7166	5362	5188	11409	6891	7733	3772	:	:	6800

EU-15 Schätzwert ohne FIN, S (1) Sozialleistungen ohne Renten/Pensionen, d.h. Renten/Pensionen sind in 'vor' und 'nach' enthalten (2) I - Daten in Tausend.
 Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft



16

Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt

Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt sind zwei wichtige treibende Faktoren der Armut. In der EU sind 6% aller Haushalte mit mindestens einer Erwerbsperson ohne Arbeit. Bei Menschen in solchen Haushalten ist der Anteil derer, die nur ein geringes Einkommen haben, viermal so hoch wie in Haushalten mit Erwerbstätigen. Erwerbstätigkeit bedeutet jedoch nicht, dass die Gefahr der Armut beseitigt ist. Aus mehreren Gründen (von niedrigen Löhnen bis hin zur Anzahl der nicht erwerbstätigen Haushaltsmitglieder) zählt auch ein beachtlicher Anteil der Bevölkerung, die in Haushalten mit Erwerbstätigen leben, zur Kategorie der Armen.

In Haushalten ohne Erwerbstätige ist der Anteil der Armen etwa viermal so hoch wie in Erwerbstätigenhaushalten

Im Jahr 1999 gab es in rund 70 % aller Haushalte in der EU mindestens eine Erwerbsperson (d. h. eine Person, die eine Erwerbstätigkeit ausübte oder suchte). Von diesen Haushalten können rund 6% als „Haushalte ohne Erwerbstätige“ angesehen werden; d. h. keines der Haushaltsmitglieder war beschäftigt. Am niedrigsten fiel ihr Anteil mit 3% oder weniger in Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und Portugal aus (für die nordischen Länder liegen keine Daten vor). Dagegen wurden in Belgien (6,6 %), Deutschland (6,6 %), Spanien (6,7 %), Frankreich (7,4 %) und Irland (7,0 % im Jahr 1997) die höchsten Werte verzeichnet.

EU-weit lag die Armutsquote für Personen, die in Haushalten ohne Erwerbstätige leben, bei 50 % gegenüber 13 % für Angehörige von Erwerbstätigenhaushalten, in denen mindestens eine Person einer Beschäftigung nachgeht (Daten für 1996). Mitglieder von Haushalten ohne eine erwerbstätige Person laufen somit viermal so große Gefahr, unterhalb der Armutsquote zu leben, wie Mitglieder von Erwerbstätigenhaushalten. Das Gefälle zwischen diesen beiden Gruppen ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausgeprägt. In Belgien, Irland und im Vereinigten Königreich ist der Anteil der Armen in Haushalten ohne Erwerbstätige mindestens fünfmal so hoch wie in Erwerbstätigenhaushalten, in den südlichen Mitgliedstaaten dagegen nur zwei- bis dreimal so hoch.

Im Jahr 1996 lebten in Belgien, Frankreich, Irland, Italien und dem Vereinigten Königreich mehr als die Hälfte aller Angehörigen von Haushalten ohne eine erwerbstätige Person (Definition siehe oben) unterhalb der Armutsquote. Wesentlich niedriger lag dieser Anteil hingegen in Dänemark (16 %), Griechenland (33 %) und Portugal (32 %).

Erwerbstätige Arme: ein komplexes Bild

Auch wenn für Erwerbstätige die Wahrscheinlichkeit, dass sie in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen leben müssen und somit zu den „erwerbstätigen Armen“ gehören, weniger groß ist, besteht für sie dennoch die Gefahr der Armut. Eine unlängst durchgeführte Untersuchung zur Lage von abhängig Beschäftigten konzentrierte sich auf die „Niedriglohnempfänger“, d. h. die Arbeitnehmer, deren Monatslöhne weniger als 60 % des nationalen Medianwertes der Löhne betragen. Dem Bericht (siehe dazu Literaturhinweise) ist zu entnehmen, dass der Lebensstandard eines Arbeitnehmers (am Einkommen gemessen) aus verschiedenen Gründen nur teilweise durch das Arbeitsentgelt bestimmt wird. Tatsächlich werden in ungefähr 50 % der Fälle Niedriglöhne, die ein

Haushaltsmitglied bezieht, durch das höhere Arbeitsentgelt eines oder mehrerer anderer Haushaltsmitglieder „ausgeglichen“. Ebenso kann ein Haushalt andere Einkommen als Löhne beziehen (Einkommen aus selbständiger Arbeit oder anderweitige Einkommensarten wie Sozialleistungen, Einkommen aus Vermögen usw.). Außerdem hängt der Lebensstandard nicht nur von den verfügbaren Mitteln ab, sondern auch von der Haushaltsgröße und von den wirtschaftlichen (Anzahl der erwerbstätigen Personen usw.) und demografischen (Anzahl der Kinder und anderen Unterhaltsberechtigten usw.) Merkmalen des Haushalts. Aus diesem Grunde leben nicht alle Niedriglohnempfänger in Haushalten mit niedrigem Einkommen. Andererseits können Arbeitnehmer, deren Arbeitsentgelt oberhalb der Niedriglohngrenze liegt, in „armen Haushalten“ leben, z. B. wenn sie für mehrere Unterhaltsberechtigte zu sorgen haben.

EU-weit gehören 8 % der Arbeitnehmer zur Kategorie der „Armen“

Die Armutsquote der Arbeitnehmer beträgt für die EU insgesamt etwa 8 % (dies sind ungefähr 9 Millionen Menschen). In Deutschland, Griechenland, Spanien und Italien liegt sie wesentlich höher, in Dänemark und Portugal niedriger. In allen untersuchten Ländern ist die Armutsquote unter den Beschäftigten erwartungsgemäß niedriger als die Armutsquote für die Gesamtbevölkerung. Dennoch weisen die Länder mit den höchsten Armutsquoten nicht unbedingt den größten Anteil an armen Arbeitnehmern auf. Ein extremes Beispiel hierfür ist Dänemark, das die niedrigsten Armutsquoten sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch für die Arbeitnehmer verzeichnet. Portugal dagegen, wo die Armutsquote unter den Arbeitnehmern ebenfalls sehr niedrig ist (nur 1 Prozentpunkt höher als die Dänemarks), weist die höchste Armutsquote für die Gesamtbevölkerung auf.

In den meisten, aber nicht in allen Mitgliedstaaten ist die Armutsquote bei den Niedriglohnempfängern höher als in der Gesamtbevölkerung

EU-weit sind 15 % der Beschäftigten „Niedriglohnempfänger“, d. h. ihre Monatslöhne unterschreiten 60 % des jeweiligen nationalen Medianwertes der Löhne. Dieser Anteil reicht von 6 % in Portugal bis hin zu 21 % im Vereinigten Königreich. In der Union insgesamt zählen 20 % dieser Niedriglohnempfänger - und damit mehr als doppelt so viel wie der Durchschnitt aller Arbeitnehmer (8 %) - zur Kategorie der Armen. Diese Überrepräsentation von niedrigem Einkommen unter den Niedriglohnempfängern trifft für alle Länder zu. Abgesehen von drei Ausnahmen (Irland, Portugal und Vereinigtes Königreich), liegt außerdem die Armutsquote unter den Niedriglohnempfängern über der Armutsquote für die Gesamtbevölkerung; in einigen Fällen ist sie sogar erheblich höher.

Politischer Hintergrund

Siehe dazu Haushalte mit niedrigem Einkommen (3.15)

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Daten zur Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt). Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) 1996, Welle 3. Die Einkommensdaten beziehen sich auf das Kalenderjahr 1995.

Zum Einkommenskonzept und zur Definition des Äquivalenzeinkommens siehe Einkommensverteilung (3.10). Zur Definition der einkommensschwachen (oder armen) Haushalte siehe Haushalte mit niedrigem Einkommen (3.15).

Die Erwerbsbevölkerung wird definiert als Summe aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Im Abschnitt über erwerbstätige Arme wurden lediglich Arbeitnehmer, die mindestens 15 Stunden pro Woche einer Beschäftigung nachgingen, in die Untersuchung einbezogen. Ein Niedriglohneempfänger ist ein Beschäftigter, dessen Monatslohn eine national festgesetzte Grenze unterschreitet. Zum Niedriglohnrisiko tragen zwei Faktoren bei, die zusammen auftreten können. Beim ersten handelt es sich um die Teilzeitarbeit, d. h. eine Wochenarbeitszeit unter 30 Stunden; beim zweiten um einen niedrigen Vergütungssatz, d. h. einen Monatslohn, der – „berei-

nigt“ um die Wochenarbeitszeit - unterhalb der ebenfalls national festgesetzten Vergütungsgrenze liegt.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Beschäftigung (3.7), Ausgaben für den Sozialschutz (3.12), Einkommensverteilung (3.14), Haushalte mit niedrigem Einkommen (3.15), Einkommen (Anhang II)

Literaturhinweise

- „European social statistics: Income, Poverty and Social Exclusion in the Member States of the European Union“ (Europäische Sozialstatistik: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union), Ausgabe 2000. „Hauchaltspanel der Europäischen Gemeinschaft: Ausgewählte Indikatoren aus der Welle 1995“, 1999. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Einkommensarmut in der Europäischen Union: bei Kindern, nach Geschlecht und Umfang der Armutslücken“, Nr. 12/2000. „Niedriglöhne in den Ländern der EU“, Nr. 11/2000. „Sozialleistungen und ihre Umverteilungseffekte in der EU - Neueste Daten“, Nr. 9/2000. „Soziale Ausgrenzung in den EU-Mitgliedstaaten“, Nr. 1/2000.
- „Low pay and earning mobility in Europe“ (Niedriglohn und Lohnmobilität in Europa“, TSER-Programm. Edward Elgar Publishing, Vereinigtes Königreich, 1999.

Schlüsselindikator

Anteil der Haushalte ohne erwerbstätige Person an allen Haushalten mit mindestens einer Erwerbsperson(1)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1999	5,8	6,6	4*	6,6	5,1	6,7	7,4	7,0	5,7	1,0	2,0	3,0	1,5	:	:	4,9

Armutsquoten (%) unter der Bevölkerung, für 1996

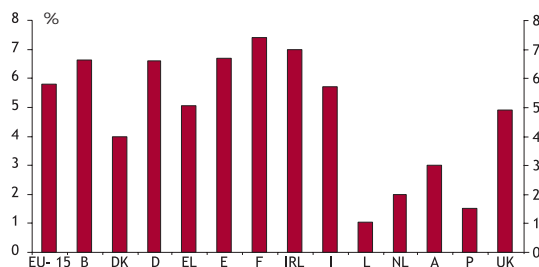
	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Haush. ohne Erwerbstätigen(1)	50	59	16	47	33	47	58	58	55*	:	43	39	32*	:	:	55
Erwerbstätigenhaushalte (2)	13	11	7	13	17	15	12	10	17	10	9	10	18	:	:	11

(1) Personen, die in Haushalten (mit mindestens einer Erwerbsperson) ohne ein erwerbstätiges Mitglied leben.

(2) Personen, die in Haushalten (mit mindestens einer Erwerbsperson), in denen mindestens eine Person erwerbstätig ist.

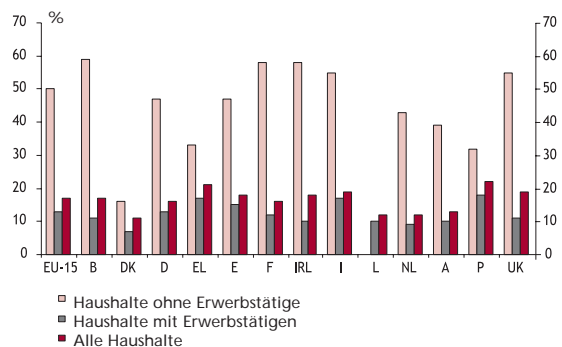
Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung 1999. IRL - AKE 1997. DK - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft, 1996

S.b. 89 Anteil der Haushalte ohne ein erwerbstätiges Mitglied an der Gesamtzahl der Haushalte mit mindestens einer Erwerbsperson, 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

S.b. 90 Armutsquoten bei Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige, Haushalten mit Erwerbstätigen und allen Haushalten, 1996



Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

17

Beschäftigung der Frauen

Von 1989 bis 1999 ist in der EU die Beschäftigungsquote der Männer um fast 3 Prozentpunkte gesunken. Im gleichen Zeitraum stieg die Quote der Frauen um 6 Prozent an und ließ damit die Kluft zwischen den Geschlechtern schmaler werden. Dennoch liegt die Quote der Männer mit 72 % noch immer wesentlich höher als die der Frauen (53 %). Die höchste Quote der Frauen wird in den drei nordischen Ländern verzeichnet.

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt weiterhin benachteiligt

Trotz des Fortschritts während der letzten Jahre ist es für Frauen immer noch problematisch, Zugang zum Arbeitsmarkt und insbesondere zu Führungspositionen zu erlangen (siehe dazu Abschnitt 2.4.4), einen angemessenen Verdienst zu erzielen und das berufliche mit dem familiären Leben in Einklang zu bringen. Obwohl die im letzten Jahrzehnt netto neu geschaffenen Arbeitsplätze praktisch alle mit Frauen besetzt wurden, konnte dieser Beschäftigungszuwachs nicht mit der wachsenden Zahl von Frauen Schritt halten, die arbeiten wollen. Die Folge ist, dass die Arbeitslosigkeit unter Frauen viel höher ist als unter Männern. Während die Frauen rund 43 % der Erwerbsbevölkerung der EU bilden, stellen sie etwas mehr als die Hälfte der Arbeitslosen (51 %). Die Beschäftigungsquoten der Frauen liegen durchweg unter jenen der Männer. Dazu kommt, dass viele Frauen einer Teilzeitarbeit nachgehen.

Trotz sinkender Tendenz weiterhin große Differenzen zwischen Frauen und Männern

Die Kombination von zunehmender Bildung und veränderten Einstellungen hat zur Folge, dass sich der Anteil der arbeitenden Frauen dem der Männer annähert – zwischen 1989 und 1999 stieg die Beschäftigungsquote unter den Frauen im erwerbsfähigen Alter um 6 Prozentpunkte auf 53 %, während diese Quote bei den Männern um 3 Prozentpunkte auf 72 % sank. Doch obwohl der Abstand geringer wird, ist er in der großen Mehrzahl der Mitgliedstaaten weiterhin groß. In Finnland und Schweden liegt die Beschäftigungsquote der Frauen immer noch bei rund 90 % der Quote der Männer, obwohl die Zahl der arbeitenden Frauen in diesen Ländern in den letzten Jahren relativ gesunken ist. In praktisch allen Mitgliedstaaten ist die Differenz zwischen den Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern in der jüngeren Generation geringer als in der älteren.

EU-weit ist die Frauenbeschäftigung im wachsenden Dienstleistungssektor konzentriert (in dem 80 % aller beschäftigten Frauen gegenüber 55 % der erwerbstätigen Männer tätig sind), weshalb Frauen ein geringeres Risiko als Männer tragen, den Arbeitsplatz zu verlieren. Männer sind unverhältnismäßig stark in der Landwirtschaft und der Industrie vertreten, wo in letzter Zeit umfangreiche Umstrukturierungen stattfinden. Die Geschlechtertrennung

auf dem Arbeitsmarkt kann die Wahlmöglichkeiten von Frauen einschränken, die in den Arbeitsmarkt eintreten oder eintreten möchten. In den „Spitzenjobs“ sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Nur 6 % aller berufstätigen Frauen haben Führungspositionen inne, während 10 % der Männer solche Stellen bekleiden.

Generell lässt sich feststellen, dass Mütter im Alter zwischen 25 und 49 Jahren mit mindestens einem Kleinkind (0-5 Jahre) mit geringerer Wahrscheinlichkeit (55 %) eine Beschäftigung haben als kinderlose Frauen desselben Alters (69 %). Besonders groß ist die Lücke zwischen diesen beiden Gruppen in Deutschland, Luxemburg und dem Vereinigten Königreich. In Belgien und Portugal dagegen sind die Quoten in beiden Gruppen fast gleich hoch. Die Unterschiede zwischen den Ländern reflektieren das unterschiedliche Maß an Diskriminierung, den Umfang der Kinderbetreuungsangebote, die Verfügbarkeit von Teilzeitarbeit, die Steuergesetzgebung, die Sozialleistungen, die Einstellung zu Frauen usw. Siehe dazu auch Bevölkerungstrends und zugehörige Themen (2.1).

Jede dritte beschäftigte Frau geht einer Teilzeitarbeit nach

EU-weit haben 33% der beschäftigten Frauen eine Teilzeitarbeit, während es bei den Männern lediglich 6 % sind. Besonders verbreitet ist die weibliche Teilzeitarbeit in den Niederlanden (68 %) und im Vereinigten Königreich (44%). Vollzeitbeschäftigte Frauen haben in allen Mitgliedstaaten eine kürzere Arbeitszeit, obwohl die Differenz in den Niederlanden, in Österreich und Schweden weniger als eine Stunde beträgt. Im Gegensatz dazu arbeiten die Männer im Vereinigten Königreich fast 5 Stunden länger.

Unionsweit haben weibliche Beschäftigte (14 %) häufiger einen befristeten Arbeitsvertrag als ihre männlichen Kollegen (12 %). In Spanien ist dieser Anteil mit Abstand am höchsten (35 % aller Arbeitnehmerinnen).

Relativ mehr Frauen als Männer sind arbeitslos

Im Jahr 1999 war die Arbeitslosenquote der Frauen in den meisten Ländern der Union höher als die der Männer und lag im Durchschnitt bei 10,8 % gegenüber 7,9 %. Siehe dazu Arbeitslosigkeit (3.9).

Politischer Hintergrund

Laut EG-Vertrag (Art. 137) „unterstützt und ergänzt die Gemeinschaft die Tätigkeit der Mitgliedstaaten“ zur Herstellung von „Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz“.

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Nr. 19) heißt es: „Die Mitgliedstaaten werden sich bemühen, die Diskrepanz zwischen den Arbeitslosenquoten bei Frauen und Männern zu verringern, indem sie aktiv auf ein höheres Beschäftigungsniveau bei den Frauen und auf die Herstellung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in allen Wirtschaftsbereichen und allen Berufen hinarbeiten.“

Um die Chancengleichheit zu fördern, „werden die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner eine familienfreundliche Politik erarbeiten, umsetzen und vorantreiben und dabei u. a. die Bereitstellung bezahlbarer, leicht zugänglicher und hochwertiger Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Personen sowie Elternurlaubsregelungen und sonstige Möglichkeiten einer vorübergehenden Arbeitsbefreiung vorsehen“. (Leitlinie Nr. 20).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über ein Gemeinschaftsprogramm für die Gleichstellung der Geschlechter (2001-2005).

Bericht über die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking durch die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen, Rat der Europäischen Union, 11829/1/99.

Der Europäische Rat von Lissabon gelangte im März 2000 zu folgendem Schluss: „Die Beschäftigungsquote ist zu niedrig und durch eine ungenügende Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt gekennzeichnet.“ (Schlussfolgerung Nr. 4 des Vorsitzes). Darüber hinaus nannte der Rat vier Kernbereiche einer aktiven Beschäftigungspolitik, von denen einer lautet: „Förderung der Chancengleichheit in allen ihren Aspekten, darunter auch Reduzierung von geschlechtsspezifischen Ungleichgewichten im Beschäftigungsbereich, und Erleichterung der Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben, insbesondere durch die Festlegung einer neuen Benchmark für bessere Maßnahmen zur Kinderbetreuung.“

Ein Hauptziel der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 379 endg.) besteht laut Abschnitt 4.1.1.1 darin, „den Anteil der berufstätigen Frauen auf über 60 % im Jahre 2010 zu steigern“. Dadurch „soll Europas volles Beschäftigungspotential -

unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten - verwirklicht werden.“ Darüber hinaus wird dort festgestellt: „Die Chancengleichheit muss eine höhere Priorität erhalten.“

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE).

Definitionen von Erwerbstätigkeit, Beschäftigung sowie Arbeitslosenquoten und Vollzeit-/Teilzeitarbeit sind in den Abschnitten Beschäftigung (3.7) und Arbeitslosigkeit (3.9) enthalten.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Beschäftigung (3.7), Arbeitseinkommen von Männern und Frauen (3.18), Bevölkerungstrends und zugehörige Themen (2.1), Soziale Beteiligung (2.4), Arbeitsmarkt (Anhang II).

Literaturhinweise

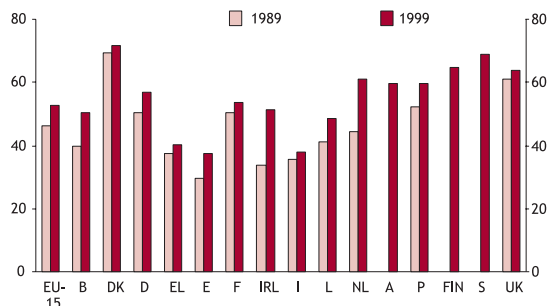
- „Europäische Sozialstatistik - Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 1999“, 2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Teilzeitarbeit in der Europäischen Union“, Nr. 13/1997. „Arbeitskräfteerhebung - Wichtigste Ergebnisse 1999“, Nr. 5/2000. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 2000“. „Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union - Jahresbericht 1999“. „Zeitschrift: Chancengleichheit“, Vierteljahresbericht. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Beschäftigungsquote, 15-64 Jahre, 1999																
Frauen	52,6	50,2	71,6	57,1	40,3	37,3	53,5	51,4	38,1	48,5	61,3	59,7	59,6	64,6	68,9	63,7
Männer	71,6	67,5	81,2	72,4	71,6	67,8	67,5	73,6	67,1	74,4	80,3	76,7	75,7	70,2	72,1	76,9

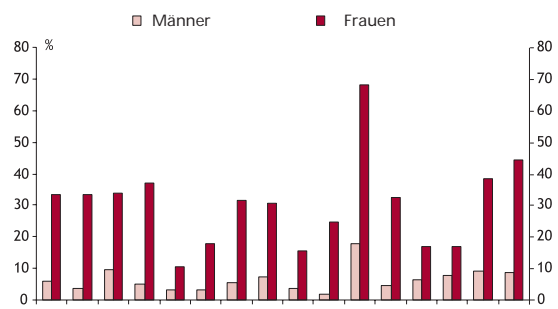
Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

S.b. 91 Beschäftigungsquote der Frauen (15-64 Jahre), 1989 und 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

S.b. 92 Prozentsatz der Teilzeitbeschäftigten, nach Geschlecht, 1999



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

18

Arbeitseinkommen von Männern und Frauen

Im Jahr 1998 lag das Durchschnittseinkommen der Frauen EU-weit um schätzungsweise 23 % unter dem der Männer (Industrie und Dienstleistungen). Am geringsten sind die Gesamtunterschiede in Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg und Schweden, obwohl die Ergebnisse bei einer Sektorenanalyse anders aussehen. Insgesamt geht die Diskrepanz zwischen Männern und Frauen offenbar zurück: Im Jahr 1995 lag der Durchschnitt der Union bei 26 %. Obwohl nicht festgestellt werden kann, ob Frauen für gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden, ist der Schluss zulässig, dass Frauen in schlechter bezahlten Positionen arbeiten.

In keinem Mitgliedstaat übersteigt der Verdienst der Frauen 84 % des Verdiensts der Männer

Im Jahr 1998 belief sich der Durchschnittsverdienst einer Frau in der Industrie und im Dienstleistungswesen auf 77 % des Durchschnittsverdienstes eines Mannes. In Dänemark, Frankreich und Schweden erreichte der Durchschnittsverdienst der Frauen 80-82 % jenes der Männer. In Belgien und Luxemburg waren es 1995 84 % (für 1998 liegen keine vergleichbaren Daten vor). In Irland, Österreich und dem Vereinigten Königreich hingegen erreichten Frauen nur etwa 70 % des Arbeitseinkommens der Männer. Überall in der Union erhöht sich der Verdienst der Frauen, gemessen an dem der Männer: EU-weit ist er seit 1995 um drei Prozentpunkte angestiegen (74 %). Bei den Beschäftigten der Industrie, die eine manuelle Tätigkeit ausüben, waren die Unterschiede zwischen dem Durchschnittsverdienst der Frauen und dem der Männer größer (72 %), doch auch hier ist ein Anstieg um etwa zwei Prozentpunkte gegenüber dem Stand von 1995 zu verzeichnen.

Diese Diskrepanzen dürften in erster Linie darauf zurückzuführen sein, dass die Durchschnittseinkommen von zwei Beschäftigtengruppen verglichen wurden, die sehr unterschiedliche Charakteristika aufweisen. Erstens gehen Frauen und Männer nicht den gleichen Tätigkeiten nach. In der Beobachtungsgruppe gibt es unter den vollzeitbeschäftigten Frauen dreimal so viele Büroangestellte wie unter den vollzeitbeschäftigten Männern; während andererseits mehr als doppelt so viele erwerbstätige Männer wie erwerbstätige Frauen eine manuelle Tätigkeit ausüben oder Maschinen bedienen. Der Durchschnittslohn von Arbeitern ist höher als das Durchschnittsgehalt von Büroangestellten. Zweitens sind erwerbstätige Frauen im Schnitt jünger. Die Folge ist, dass Frauen im Durchschnitt ein geringeres Dienstalter haben und weniger Gelegenheit erhalten, in Führungspositionen aufzusteigen. Dies hat selbstverständlich Auswirkungen auf ihr durchschnittliches Gehaltsniveau. Drittens haben Frauen im Allgemeinen ein geringeres Qualifikationsniveau als Männer, was wiederum bedeutet, dass sie mit größerer Wahrscheinlichkeit weniger verdienen. Hinzu kommt, dass Frauen seltener als Männer eine Fachausbildung absolviert

haben, die ein höheres Durchschnittsgehalt ermöglicht als eine allgemeinere höhere Schulbildung.

Gehaltsunterschiede nach Tätigkeit

In den meisten Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, sind die Unterschiede in den Gehaltsniveaus im Sektor Finanzdienstleistungen überdurchschnittlich hoch. Deutliche Ausnahmen hiervon sind Österreich und Portugal. Die Lohn- und Gehaltsunterschiede unter den Beschäftigten des Hotel- und Gaststättengewerbes sind dagegen weitaus geringer. In Dänemark, Spanien und Finnland entsprach 1998 der Durchschnittsverdienst einer in einem Hotel oder Restaurant beschäftigten Frau ungefähr 90 % des Durchschnittsverdienstes eines Mannes. In Schweden wurden in diesem Sektor praktisch gleiche Löhne erreicht.

Ein Generationeneffekt?

Ein Vergleich der ungleichen Verdienststrukturen nach Altersgruppen zeigt, dass die Unterschiede in der Bezahlung von Männern und Frauen mit dem Alter rasch größer werden (Daten aus dem Jahr 1995). Dies ist im wesentlichen auf die Beschäftigungsstruktur zurückzuführen: Ältere Frauen gehen überdurchschnittlich oft schlechter bezahlten Bürotätigkeiten nach. Dies kann allerdings auch damit erklärt werden, dass manche ältere Frauen recht lange Berufspausen hinter sich haben, womit die Gehaltsunterschiede größer werden.

Ein Ausbildungseffekt?

Insgesamt scheinen die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen mit steigendem Ausbildungsniveau zu wachsen, obwohl das Bild in der Europäischen Union keineswegs einheitlich ist (laut Daten aus dem Jahr 1995). In Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Italien und den Niederlanden besteht die größte Differenz bei den Gehältern zwischen den am besten qualifizierten Frauen und ihren männlichen Kollegen. In Griechenland und Irland ist das Gegenteil der Fall. In den übrigen Mitgliedstaaten scheint das Ausbildungsniveau nur sehr geringen Einfluss auf die Gehaltsunterschiede zu haben.

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Art. 141) heißt es: „Jeder Mitgliedstaat stellt die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicher. Unter ‚Entgelt‘ im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen bezahlt. Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet:

- (a) dass das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird;
- (b) dass für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.“

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Nr. 19) heißt es: „Sie (die Mitgliedstaaten) werden geeignete Maßnahmen treffen, um die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit sicherzustellen und eine Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu erreichen.“

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Harmonised statistics on Earnings (annual data) (Harmonisierte Verdienststatistik, Jahresdaten) und Verdienststrukturstatistik 1995.

In den Lohn- und Gehaltsdaten sind weibliche und männliche Beschäftigte in ausgewählten Wirtschaftsbereichen erfasst. Grundsätzlich umfassen Industrie und Dienstleistungen sämtliche Arbeitnehmer, die zu den NACE-Kategorien C-O gehören. Es gibt jedoch eine Reihe von Ausnahmen: In DK, E, F, IRL, L, NL und P sind lediglich die NACE-Kategorien C-K erfasst, in D die NACE-Kategorien C-F, G und J und in IRL lediglich Arbeiter und Angestellte in der Industrie. „Industrie“ bezieht sich auf manuelle Tätigkeiten gemäß NACE C-F. Der Sektor Finanzdienstleistungen (NACE J) umfasst Angestellte (Ausnahme: NL). Das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe wird in NACE H erfasst.

Die verwendeten Daten sind nicht ideal geeignet, um die Einkommenssituation der Frauen zu untersuchen, da einige Sektoren, in denen die Frauen die Mehrheit der Beschäftigten

stellen, nicht erfasst sind, nämlich die Bereiche Gesundheits- und Bildungswesen und persönliche Dienstleistungen. Die hier vorliegenden Durchschnittszahlen für EU-15 wurden ermittelt, indem die Gehälter mit der Zahl der Beschäftigten in den Mitgliedstaaten gewichtet wurden.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Beschäftigung der Frauen (3.17), Einkommen (Anhang II)

Literaturhinweise

- „Earnings in industry and services - Hours of work in industry, 1996-1998“ (Löhne und Gehälter in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe – Arbeitsstunden in der Industrie, 1996-1998), Ausgabe 2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Löhne und Gehälter der Frauen in der EU“, No.6/1999. Eurostat.
- „Sozialporträt Europas“, 1998. Eurostat.
- „Arbeitsbeziehungen in Europa“, 2000. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.

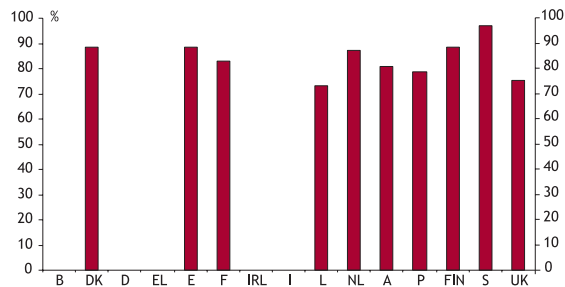
Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Durchschnittsverdienst von Frauen in Prozent des Verdiensts von Männern, 1998																
Industrie et Dienstleistungen	77*	84*	82	77	73*	76	80	70*	77*	84*	72	69	73	79	82	72
Industrie	72*	80	95	76	79	76	81	73	81*	74	78	65	72	81	92	70

siehe Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Harmonisierte Verdienststatistik, 1998. B, EL, IRL und L (Industrie und Dienstleistungen) und I (alle Daten) - Verdienststruktur, 1995

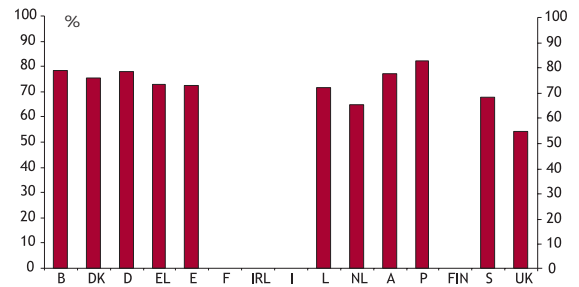
**S.b. 93 Durchschnittsverdienst von Frauen in Prozent des Verdiensts von Männern, 1998
Hotel- und Gaststättengewerbe**



Keine Daten verfügbar für B, D, EL, IRL und I

Quelle: Eurostat - Harmonisierte Verdienststatistik

**S.b. 94 Durchschnittsverdienst von Frauen in Prozent des Verdiensts von Männern, 1998
Sektor Finanzdienstleistungen**



Keine Daten verfügbar für F, IRL, I und FIN

Quelle: Eurostat - Harmonisierte Verdienststatistik

19

Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten

Die Lebenserwartung steigt weiter und liegt gegenwärtig bei 81 Jahren für Frauen und bei 75 Jahren für Männer. In allen Mitgliedstaaten leben Frauen länger als Männer. Die südlichen Mitgliedstaaten haben große Fortschritte in dem Bemühen gemacht, die Lücke zum Norden zu schließen. EU-weit leben Frauen im Durchschnitt 62 Jahre ohne jede Behinderung und 74 Jahre ohne schwerwiegende Behinderung. Bei Männern liegen die entsprechenden Aussichten bei 60 und 69 Jahren.

Durchschnittliche Lebensdauer steigt weiter

In den vergangenen 50 Jahren ist die Lebenserwartung von Männern und Frauen stetig gestiegen, nämlich um rund 10 Jahre bei beiden Geschlechtern. In der gesamten Union leben Frauen länger als Männer. Im Jahr 1999 betrug die Lebenserwartung von Frauen in EU-15 81 Jahre und die von Männern 75 Jahre. Eurostat schätzt, dass die Lebenserwartung bis zum Jahr 2020 auf 84 (Frauen) beziehungsweise 78 Jahre (Männer) steigen wird.

Die Europäer leben im Durchschnitt rund 60 Jahre ohne jede Behinderung

Bei den Gesundheitsaussichten werden mehrere Indikatoren zusammengefasst, die Daten über Sterblichkeit und Behinderungen/Erkrankungen enthalten. Im vorliegenden Bericht wird die Lebenserwartung ohne (schwere) Behinderung herangezogen. Auf EU-Ebene leben Frauen im Schnitt 62 Jahre ohne jede Behinderung und 74 Jahre ohne schwere Behinderung. Die entsprechenden Aussichten für Männer liegen bei 60 und 69 Jahren.

Deutlicher Rückgang der Kindersterblichkeit

Die Fortschritte in der medizinischen Forschung und Versorgung haben auch eine drastische Verringerung der Kindersterblichkeit in EU-15 ermöglicht. Kamen im Jahr 1970 auf 1000 Lebendgeburten noch 23 Todesfälle, so ging diese Rate bis 1999 auf 5 Fälle pro 1000 Lebendgeburten zurück. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind praktisch verschwunden.

Die Gesundheitsausgaben machen 8 % des EU-BIP aus

Im Jahr 1998 machten die Gesamtausgaben für die Gesundheitsversorgung in der EU im Durchschnitt 8 % des EU-BIP aus. Deutschland (10,6 %) und Frankreich (9,6 %) gaben am meisten aus, obwohl sie immer noch weit hinter den USA (13,6 %) lagen. Im Laufe des letzten Jahrzehnts stieg der prozentuale Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP in der Mehrheit der Mitgliedstaaten an. Die deutlichsten Anstiege waren in Belgien, Deutschland und Portugal zu beobachten.

Fast jeder vierte ältere Mensch bezeichnet seinen Gesundheitszustand als „schlecht“

EU-weit betrachten rund 9 % der Erwachsenen (im Alter von 16 Jahren und darüber) ihren Gesundheitszustand als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. 65 % sind der Meinung, bei „guter“ oder „sehr guter“ Gesundheit zu sein, während die übrigen 26 % ihren Gesundheitszustand als „zufriedenstel-

lend“ bezeichnen. Der Prozentsatz der Personen, die sich der Kategorie „(sehr) schlecht“ zuordnen, nimmt mit steigendem Alter zu - fast jeder vierte ältere Mensch bezeichnet seinen Gesundheitszustand als schlecht. In allen Altersgruppen betrachten Frauen ihren Gesundheitszustand eher als Männer als „(sehr) schlecht“. Dieses Muster ist mit ein oder zwei geringfügigen Abweichungen in sämtlichen Mitgliedstaaten zu beobachten.

Überall in der Union erklären Personen mit hohem Einkommen eher als Personen mit niedrigem Einkommen, bei guter Gesundheit zu sein. Ebenso bezeichnen auch Personen mit hohem Bildungsniveau ihren Gesundheitszustand als besser als Personen mit niedrigem Bildungsniveau. Im Durchschnitt schätzen nur 4 % der Personen mit Tertiärausbildung ihren Gesundheitszustand als „(sehr) schlecht“ ein (gegenüber 13 % der Personen mit bestenfalls Pflichtschulbildung).

Etwas mehr als 40 % der EU-Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber geben an, in ihren täglichen Aktivitäten durch eine chronische Beeinträchtigung der körperlichen oder geistigen Gesundheit beeinträchtigt zu sein oder an einer Krankheit oder Behinderung zu leiden (18 % sind „ernsthaft“ beeinträchtigt, 24 % „in gewissem Grade“).

Ungefähr 10 % der erwachsenen EU-Bevölkerung haben 1994 mindestens eine Nacht in einem Krankenhaus verbracht. Bei den „sehr alten Menschen“ erhöht sich dieser Anteil auf mehr als 20 %. Bei älteren Männern sind Krankenhausaufenthalte häufiger als bei älteren Frauen.

Herz-Kreislauferkrankungen und Krebs sind nach wie vor die häufigsten Todesursachen

Bei den Mortalitätsmustern gibt es große Unterschiede je nach Alter und Geschlecht. Generell gilt, dass in allen Altersgruppen die Sterblichkeit bei den Männern höher ist als bei den Frauen. Bei Männern und Frauen stellen überall in der Union die Erkrankungen des Kreislaufsystems die häufigste Todesursache dar (mit nur einer Ausnahme: Frankreich, wo für Männer die Wahrscheinlichkeit, an Krebs zu sterben, größer ist): 700 000 Männer und 850 000 Frauen starben 1997 an diesen Krankheiten. Das waren 344 bzw. 218 Todesfälle je 100 000 Einwohner. Unter jungen Menschen (der Altersgruppe 15-34 Jahre) überwiegen äußere Verletzungsursachen und Vergiftungen, die jedoch bei den Personen im Alter von 55 Jahren und darüber nur einen kleinen Anteil ausmachen. Bei den 45- bis 64-jährigen ist Krebs die häufigste Todesursache. Bei den Menschen im Alter von 75 Jahren und darüber sind Herz-Kreislauferkrankungen für etwa die Hälfte aller Todesfälle verantwortlich.

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Titel XIII Gesundheit, Art. 152) heißt es: „Die Tätigkeit der Gemeinschaft ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet. Sie umfasst die Bekämpfung der weit verbreiteten schweren Krankheiten; dabei werden die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert.“

In Art. 1 des Aktionsprogramms der Gemeinschaft für Gesundheitsberichterstattung (Beschluss Nr. 1400/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 1997) heißt es: „Ziel dieses Programms ist es, zur Einrichtung eines gemeinschaftlichen Gesundheitsberichterstattungssystems beizutragen, das es ermöglicht, a) den Gesundheitszustand sowie die Gesundheitstrends und -determinanten in der gesamten Gemeinschaft zu messen ...“

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat – Bevölkerungsstatistik und Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (EHP). OECD Gesundheitsdaten, 1998.

Die Säuglingssterblichkeit wird definiert als Zahl der Kinder, die im ersten Lebensjahr sterben, dividiert durch die Zahl der

Lebendgeburten (pro 1000 Lebendgeburten). Die Lebenserwartung bei der Geburt entspricht der durchschnittlichen Zahl der Jahre, die eine Person leben würde, wenn die in einem bestimmten Kalenderjahr oder Zeitraum ermittelten altersspezifischen Sterblichkeitsraten weiterhin Gültigkeit hätten. Die behinderungsfreie Lebenserwartung wird anhand der Sullivan-Methode berechnet, welche die Sterblichkeitsdaten und Zahlen zur Prävalenz von Behinderungen aus dem ECHP heranzieht. Die Daten zum subjektiven Gesundheitszustand beruhen auf einer subjektiven Frage, die im Rahmen des ECHP an private Haushalte gerichtet wird. Bei der Gesamtbevölkerung (insbesondere bei der im Alter von 65 und mehr Jahren) könnte der prozentuale Anteil der Personen, die ihren Gesundheitszustand als (sehr) schlecht betrachten, noch etwas höher sein, da eine beträchtliche Zahl von Personen zur Langzeitpflege in Heimen oder Institutionen untergebracht ist.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Überalterung der Bevölkerung (3.3), Lebensbedingungen (2.2), Gesundheit und Sicherheit (Anhang II)

Literaturhinweise

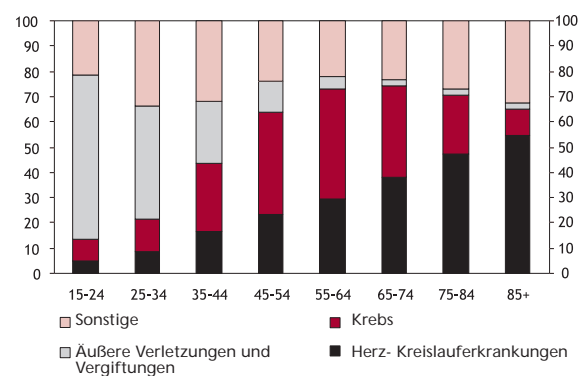
- „Key data on Health 2000“ (Schlüsselzahlen über Gesundheit 2000), Ausgabe 1999. Eurostat.
- „Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung“, Ausgabe 2000. Eurostat.

Schlüsselindikator

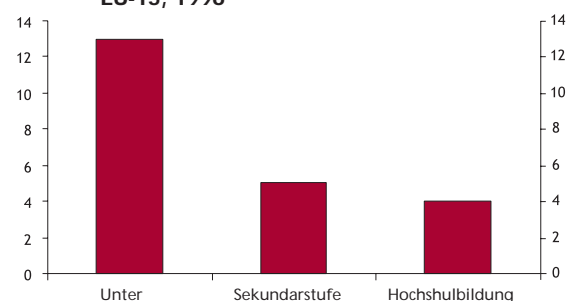
	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Lebenserwartung, 1998																
Männer	75	74	74	74	76	74	75	73	75	74	75	75	72	74	77	75
Frauen	81	81	79	80	81	82	82	79	81	80	81	81	79	81	82	80
Behinderungsfreie Lebenserwartung, 1994																
Männer	60	60	61	57	63	62	60	61	60	59	59	:	55	:	:	59
Frauen	62	61	61	60	65	64	65	64	61	61	59	:	57	:	:	61

Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik und Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

S.b. 95 Häufigste Todesursachen nach Altersgruppen, EU-15, 1997



S.b. 96 Anteil der Personen, die den eigenen Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht bezeichnen, nach Bildungsniveau, EU-15, 1996



Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

20 Unfälle

Im Jahr 1998 erlitten rund 4,1 % der Arbeitskräfte in der EU einen Arbeitsunfall (der eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen nach sich zog). All diese Arbeitsunfälle führten dazu, dass der Wirtschaft ungefähr 149 Millionen Tage verloren gingen. Die Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang gingen seit 1970 um 44 % zurück, aber dennoch fanden 1998 auf den Straßen der EU noch immer mehr als 40 000 Menschen den Tod.

Jüngere Arbeitskräfte erleiden häufiger Arbeitsunfälle als Ältere

Im Jahr 1998 ereigneten sich in der Union rund 4,7 Millionen Arbeitsunfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hatten. Dies entspricht einer Quote von schätzungsweise 4 089 Arbeitsunfällen pro 100 000 Beschäftigte; anders ausgedrückt, wurden 4,1 % aller Beschäftigten im Laufe des Jahres Opfer eines Unfalls am Arbeitsplatz. Außerdem wurden 1998 in EU-15 5 476 tödliche Unfälle registriert. Mit Ausnahme von Griechenland, Irland und Portugal nimmt die Unfallhäufigkeit mit steigendem Alter in allen Mitgliedstaaten ab. Die Zahl der tödlichen Unfälle nimmt tendenziell mit steigendem Alter beträchtlich zu.

Die Anteile schwanken selbstverständlich abhängig von der jeweiligen Tätigkeit sowie von Geschlecht der Arbeitskräfte. Am häufigsten sind Unfälle im Baugewerbe: Dort führten 8 008 Arbeitsunfälle zu einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen, und es ereignen sich rund 13 tödliche Unfälle pro 100 000 Arbeitskräfte. Bei Männern ist die Wahrscheinlichkeit eines Arbeitsunfalls (mit einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen) ungefähr dreimal und die Wahrscheinlichkeit eines tödlichen Unfalls rund neunmal so hoch wie bei Frauen. Dieses Verhältnis ist damit zu erklären, dass die von Männern ausgeführten Arbeiten und ihre Tätigkeitsbereiche höhere Risiken bergen als die der Frauen. Hinzu kommt, dass relativ mehr Frauen einer Teilzeitarbeit nachgehen, was ihr Risiko ebenfalls verringern dürfte.

149 Millionen Tage gehen der Wirtschaft verloren

Diese Unfälle haben nicht nur gravierende Auswirkungen im rein menschlichen Bereich, sie verursachen auch hohe sozioökonomische Kosten: 47 % der Unfälle hatten eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen, jedoch weniger als zwei Wochen zur Folge, bei 47 % dauerte die Arbeitsunfähigkeit zwischen zwei Wochen und drei Monaten, und bei den übrigen 6 % der Unfälle blieben die Betroffenen mindestens drei Monate der Arbeit fern oder zogen sich eine bleibende Teil- oder Vollbehinderung zu. Schätzungen zufolge gingen 1998 in der Europäischen Union 149 Millionen Arbeitstage als Folge von Arbeitsunfällen mit einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen verloren. Das ergibt einen Durchschnitt von 31 Tagen pro Unfall und entspricht einem verloren gegangenen Arbeitstag pro Jahr und erwerbstätiger Person.

Rund 600 000 Wegeunfälle in der Union

Die Anzahl der Wegeunfälle in der Union, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hatten,

wurde 1996 auf ungefähr 600 000 geschätzt (zusätzlich zu den Arbeitsunfällen). Die Unfallhäufigkeit betrug 489 Unfälle pro 100 000 Beschäftigte. Die Zahl der Wegeunfälle mit tödlichem Ausgang – hauptsächlich Straßen- und sonstige Verkehrsunfälle – betrug für die gesamte EU rund 2 900.

In der Union gab es 1998 42 000 tödliche Unfälle im Straßenverkehr

In der EU insgesamt sind die Straßenverkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang ständig zurückgegangen. Obwohl sich der Straßenverkehr seit 1970 mehr als verdoppelt hat, sank ihre Zahl in diesem Zeitraum um 44 %. Die größten Fortschritte (Rückgänge von 60 % und mehr) wurden in Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Finnland und Schweden verzeichnet. Keine solche allgemein rückläufige Tendenz seit Anfang der Siebzigerjahre war in Griechenland, Spanien und Portugal festzustellen, wo die Zahl der privaten Kraftfahrzeuge sehr schnell zugenommen hat und wo sich nach wie vor sehr viele Verkehrsunfälle ereignen. Für Spanien und Portugal wurde Anfang der Neunzigerjahre ein deutlicher Rückgang vermeldet, wogegen die Zahl für Griechenland weiter ansteigt.

Trotz der allgemein besser gewordenen Sicherheit im Straßenverkehr kam es 1998 in EU-15 zu ungefähr 42 000 Verkehrsunfällen mit tödlichem Ausgang; mehr als 1,7 Millionen Menschen zogen sich bei solchen Unfällen Verletzungen zu. Unabhängig vom verwendeten Indikator (Zahl der Todesfälle im Verhältnis zur Bevölkerung oder zur Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge) war es um die Sicherheit im Straßenverkehr in Griechenland und Portugal am schlechtesten bestellt. Während auf EU-Ebene insgesamt pro einer Million Einwohner ungefähr 114 Personen durch Straßenverkehrsunfälle den Tod fanden, betrug die entsprechenden Zahlen für Griechenland und Portugal 212 bzw. 243. Schweden und das Vereinigte Königreich haben die niedrigste Todesrate (60 bzw. 61), gefolgt von den Niederlanden (68) und Finnland (78). Relativ wenige tödliche Unfälle gab es im Eisenbahnverkehr, der bezüglich der Sicherheit her gegenüber dem Straßenverkehr klar im Vorteil ist.

Haus- und Freizeitunfälle

Im Jahr 1995 gab es in der EU schätzungsweise 430 000 Haus- und Freizeitunfälle (bei 240 000 waren Männer, bei 190 000 Frauen betroffen). Am größten ist die Unfallwahrscheinlichkeit zu Hause (32 % aller Unfälle bei den Männern und 46 % bei den Frauen), gefolgt von Sportunfällen (18 % bei den Männern, 10 % bei den Frauen).

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Art. 137) heißt es, die Gemeinschaft werde die Maßnahmen unterstützen und ergänzen, die der „Verbesserung ... der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer“ dienen. In Art. 140 ist ergänzend

festgehalten, die Kommission werde „die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten“ fördern und „die Abstimmung ihres Vorgehens in allen unter dieses Kapitel fallenden Bereichen der Sozialpolitik“ erleichtern, „insbesondere auf dem Gebiet ... der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten“. Am 29. April 1999 verabschiedete der Wirtschafts- und

Sozialausschuss der Europäischen Union eine Stellungnahme zum Thema „Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz - Anwendung der Gemeinschaftsmaßnahmen und neue Risiken“ (ABl. C 51 vom 23.02.2000, S. 33). Darin werden die Veränderungen in den Systemen der Arbeitsorganisation und die damit verbundenen Risiken für Arbeitnehmer - wie z. B. häufiger auftretende psychosoziale Probleme und Ausgebranntsein - untersucht.

Die ersten Ergebnisse der dritten europäischen Erhebung über Arbeitsbedingungen, die 2000 von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen vorgenommen wurde, lassen erkennen, dass an den Arbeitsstätten Europas zunehmende Probleme im Zusammenhang mit der Gesundheit, dem Arbeitstempo und der Arbeitszeit auftreten. Der Anteil der Arbeitnehmer, die hohen Lärmbelastungen ausgesetzt sind, schmerzhafte bzw. ermüdende Körperhaltungen einnehmen oder schwere Lasten handhaben müssen, ist im Steigen begriffen, und auch das Arbeitstempo hat zugenommen. Sehr viele Beschäftigte klagen über Stress und Ausgebranntsein.

Am 17. März 2000 verabschiedete die Kommission die Mitteilung (KOM(2000) 125 endg.) „Prioritäten für die Sicherheit des Straßenverkehrs in der EU: Fortschrittsbericht und Einstufung der Maßnahmen“. Darin werden die Mitgliedstaaten und die regionalen und lokalen Behörden aufgerufen, „die Kosten und Auswirkungen von Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu ermitteln und diese in Beziehung zu den Kosten der vermiedenen Unfälle zu setzen“ und „die Investitionen in Projekte zur Förderung der Verkehrssicherheit zu erhöhen...“

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat – Europäische Arbeitsunfallstatistik (ESAW) und Verkehrsstatistik. Europäische Kommission, GD Verkehr – Gemeinschaftliche Datenbank über Straßenverkehrsunfälle (CARE). Gemeinschaftliches Informationssystem über Haus- und Freizeitunfälle (EHLASS).

Als Straßenverkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang gelten alle Unfälle, bei denen Personen innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall sterben. Bei Mitgliedstaaten, die sich nicht dieser Definition bedienen, wurden Berichtigungsfaktoren angewendet.

In den Daten über Arbeitsunfälle sind fast 90 % der Beschäftigten in der Union berücksichtigt. Es wurden nur die Arbeitsunfälle erfasst, die zu einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen führten. Die Quoten wurden für neun wichtige Wirtschaftsbereiche (die Abschnitte von NACE Rev. 1) berechnet.

Das EHLASS (Gemeinschaftliches Informationssystem über Haus- und Freizeitunfälle) wurde eingeführt durch die Entscheidung des Rates vom 29. Oktober 1993 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Informationssystems über Haus- und Freizeitunfälle (93/683/EWG). Seit 1999 wurde das EHLASS-System in das Aktionsprogramm der Gemeinschaft betreffend die Verhütung von Verletzungen integriert.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Lebensbedingungen (2.2), Gesundheit und Sicherheit (Anhang II)

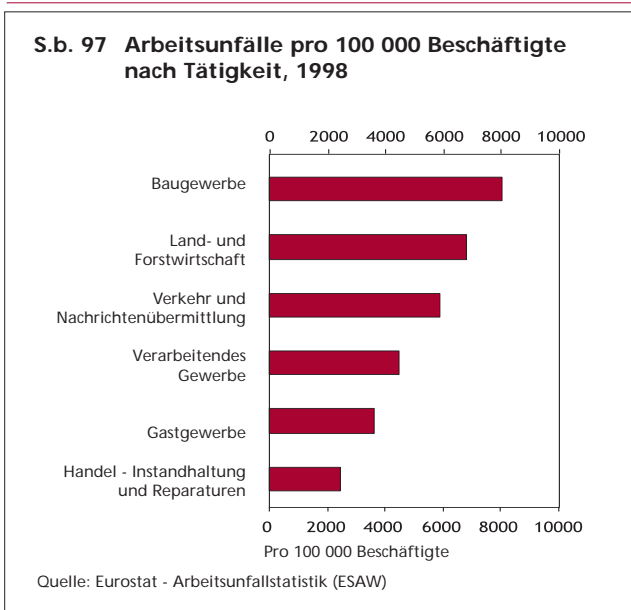
Literaturhinweise

- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Arbeitsunfälle in der Europäischen Union 1996“, Nr. 4/2000. Statistik kurzgefasst (Verkehr): „Verkehrssicherheit“, Nr. 3/2000. Eurostat.
- „Europäische Statistik über Arbeitsunfälle – Methodologie“, Ausgabe 1998. Eurostat.
- „Schlüsselzahlen über Gesundheit“, 2000. Eurostat.
- „Dritte europäische Erhebung über Arbeitsbedingungen“, 2000. „Ungesicherte Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union“, 1999. Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.
- „Stress am Arbeitsplatz – ein Leitfaden. Würze des Lebens oder Gifthauch des Todes?“, Europäische Kommission, 2000-12-16.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Arbeitsunfälle (1) pro 100 000 Beschäftigte, 1998																
Gesamt	4089	5112	3203	4958	2936	7073	4920	1433	4105	4719	3909	3321	6180	3435	1329	1512
Altersgruppe 18-24	5725	9008	3553	7657	2632	9498	8163	1228	6028	6932	7058	4131	4803	4799	1412	1638
Altersgruppe 45*54	3543	3767	3178	4019	3455	6231	3792	1545	3741	3987	2698	3002	8594	3178	1366	1469

(1) Berücksichtigt wurden nur Arbeitsunfälle, die zu mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit führten
Quelle: Eurostat - Arbeitsunfallstatistik (ESAW)



Anlagen

Anhang I: Soziale Schlüsselindikatoren je Mitgliedstaat

Anhang II: Statistische Daten

- 1 Wirtschaft
- 2 Bevölkerung, Haushalte und Familien
- 3 Allgemeine und berufliche Bildung
- 4 Arbeitsmarkt
- 5 Einkommen
- 6 Sozialschutz
- 7 Verbrauch, Hushaltsgeräte und neue Technologie
- 8 Gesundheit und Sicherheit
- 9 Zufriedenheit und Einstellungen

Anhang III: Liste der Eurostat Datashops

Anhang I : Soziale Schlüsselindikatoren je Mitgliedstaat

Nr	Indikator	Rechen- einheit	Jahre	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1	Altenquotient	%	1999	24	25	22	23	25	24	24	17	26	21	20	23	22	22	27	24
2	Nettozuwanderungsrate	je 1000 Einwohner	1999	2	2	2	2	2	1	1	5	2	11	3	1	1	1	2	3
3	Anteil der Altersgruppe 18-24, die das Bildungssystem mit geringer Qualifikation verlassen haben an der Bevölkerung	%	1999	19	15	12	15	18	29	15	19	27	19	16	11	45	10	7	7*
4	Anteil der Altersgruppe der 25-64-Jährigen in Bildungs-/Berufsbildungsmaßnahmen	%	1999	8	7	20	6	1	5	3*	5	6	5	14*	8	3*	18	26	19
5	Beschäftigungsquote der 15-64jährigen	%	1999	62	59	76	65	55	52	60	63	53	62	71	68	67	67	71	71
6	Beschäftigungsquote der 55-64jährigen	%	1999	37	25	54	38	38	35	28	44	27	26	35	29	51	39	65	49
7	Arbeitslosenquote	%	1999	9	9	5	9	12	16	11	6	11	2	3	4	5	10	7	6
8	Verhältnis Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung	%	1999	9	9	7	5	13	13	9	4	13	2	5	3	4	11	7	9
9	Langzeitarbeitslosenquote	%	1999	4	5	1	5	:	7	4	3	7	1	1	1	2	3	2	2
10	Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP	%	1998	28	28	30	29	25	22	30	16	25	24	29	28	23	27	33	27
11	Anteil der Altersversorgungsausgaben an den gesamten Sozialleistungen	%	1998	46	43	38	42	53	46	44	25	64	44	39	48	43	34	39	44
12	Einkommensverteilung (S80/S20-Verhältnis)	Quotient:	1996	5	4	3	5	6	6	4	6	6	4	5	4	7	:	4	6
13	Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 60% des nationalen Medians	%	1996	17	17	11	16	21	18	16	18	19	12	12	13	22	:	14	19
14	Anteil der Haushalte ohne ein erwerbstätiges Mitglied an der Gesamtzahl der Haushalte mit mindestens einer Erwerbsperson	%	1999	6	7	4*	7	5	7	7	7	6	1	2	3	2	:	:	5
15	Beschäftigungsquote der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren	%	1999	53	50	72	57	41	37	53	51	38	49	61	60	60	65	69	65
16	Verhältnis monatliches Einkommen von Frauen/monatliches Einkommen von Männern	%	1998	77	84	82	77	73	76	80	67	77	84	72	69	73	79	82	72
17a	Lebenserwartung bei der Geburt, Männer	Jahre	1999	75	74	74	75	76	75	75	74	76	74	75	74	72	74	77	75
17b	Lebenserwartung bei der Geburt, Frauen	Jahre	1999	81	81	79	81	81	83	82	79	82	81	81	81	79	81	82	80
17c	Lebenserwartung (von Personen ohne Behinderung) bei der Geburt; Männer	Jahre	1994	60	60	61	57	63	62	60	61	60	59	59	:	55	:	:	59
17d	Lebenserwartung (von Personen ohne Behinderung) bei der Geburt; Frauen	Jahre	1994	62	61	61	60	65	64	65	64	61	61	59	:	57	:	:	61
18	Anteil der Beschäftigten, die einen Arbeitsunfall hatten	%	1998	4	5	3	5	3	7	5	1	4	5	4	3	6	3	1	2

* vorläufige/geschätzte Daten oder geringe Zuverlässigkeit aufgrund geringer Zahl von Beobachtungen

Anmerkungen zu den einzelnen Schlüsselindikatoren

- Im Jahr 1999 machte die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber in EU-15 24% der Gruppe aus, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (die 15-64jährigen).
- Der Nettozuwanderungsrate lag in der Union 1999 bei 1,9 je 1000 Einwohner.
- So weisen zum Beispiel 19% der 18-24jährigen beim Ausscheiden aus den Bildungssystemen keine Qualifikation auf, die über die Sekundarstufe I hinausgeht.
- EU-weit nahmen 1999 8 % der Altersgruppe 25-64 an Bildungs-/Berufsbildungsmaßnahmen teil (in den letzten vier Wochen).
- 1999 standen in EU-15 62 % der Bevölkerung zwischen 15 und 64 in Beschäftigung.
- 1999 standen in EU-15 37 % der Bevölkerung zwischen 55 und 64 in Beschäftigung.
- 1999 waren in EU-15 9 % der Arbeitskräfte (Beschäftigte und Arbeitsuchende) arbeitslos.
- 1999 waren in EU-15 9 % der Bevölkerung zwischen 15 und 24 arbeitslos.
- 1999 waren in EU-15 4 % der Arbeitskräfte (Beschäftigte und Arbeitsuchende) mindestens ein Jahr lang arbeitslos.
- 1998 lag der Anteil der Sozialschutzausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei 28 %.
- EU-weit machen die Leistungen für Altersversorgung und Hinterbliebene den größten Anteil an den Sozialschutzausgaben (1998 46 % der Leistungen insgesamt) aus.
- 1996 erhielten die ärmsten 20 % der Bevölkerung lediglich 8 % des Gesamteinkommens, die reichsten fast 40 %, d. h. fünfmal soviel.
- EU-weit lebten 17 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze im Jahr 1996.
- 1999 waren in EU-15 6% aller Haushalte mit mindestens einer Erwerbsperson ohne Arbeit.
- 1999 standen in EU-15 53 % der weiblichen Bevölkerung zwischen 25 und 64 in Beschäftigung.
- 1998 lagen die durchschnittlichen Verdienste der in Industrie und Dienstleistungen beschäftigten Frauen bei 77 % der Verdienste von Männern.
- Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern lag in der EU 1999 bei 75 Jahren.
- Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Frauen lag in der EU 1999 bei 81 Jahren.
- Männer sollten in der EU im Schnitt ohne Behinderung 60 Jahre alt werden (Daten von 1994).
- Frauen sollten in der EU im Schnitt ohne Behinderung 62 Jahre alt werden (Daten von 1994).
- Im Jahr 1998 erlitten rund 4% der Arbeitskräfte in der EU einen Arbeitsunfall (der eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hatte).

Anhang II: Statistische Daten - 1 Wirtschaft

	EU-15	EUR-11	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Bruttoinlandsprodukt in Marktpreisen																	
2000 (erstes Halbjahr), Mrd. Euro	3 699	2 975	120	78	1 017	:	266	667	:	454	:	189	100	49	62	104	490
Wachstumsraten BIP																	
1999	2,4	2,4	2,5	1,7	1,5	3,5	3,7	2,9	9,8	1,4	7,5	3,6	2,1	2,9	4,0	3,8	2,1
2000 (erstes Halbjahr)	3,5	3,5	5,0	3,2	3,0	:	4,1	3,4	:	2,8	:	4,4	3,8	2,9	5,0	3,6	3,1
BIP pro Kopf (Index EU-15=100)																	
1995	100	.	112	118	110	66	78	104	93	104	173	109	111	70	97	103	96
1999	100	.	111	118	108	67	82	99	114	100	184	113	112	76	101	102	102
BIP pro Kopf (KKS)																	
1999	21200	21200	23400	25000	22700	14200	17300	20900	24100	21200	38800	23800	23600	15900	21400	21600	21600
Schuldenstand des Staates (in % des BIP)																	
1996	73	74	128	65	60	111	68	57	74	122	6	75	68	64	57	76	53
1997	71	74	123	61	61	109	67	59	65	120	6	70	64	60	54	75	51
1998	69	73	117	56	61	105	65	59	56	116	6	67	64	57	49	72	48
1999	68	72	114	53	61	104	64	59	52	115	6	64	65	57	47	66	46
Defizit des Staates (in % des BIP)																	
1996	-4,2	-4,2	-3,7	-1,0	-3,4	-7,4	-5,0	-4,2	-0,6	-7,1	2,7	-1,8	-3,8	-3,8	-3,2	-3,4	-4,4
1997	-2,4	-2,6	-2,0	0,1	-2,6	-3,9	-3,2	-3,0	0,8	-2,7	3,6	-1,2	-1,9	-2,6	-1,5	-2,0	-2,0
1998	-1,5	-2,0	-1,0	1,2	-1,7	-2,5	-2,6	-2,7	2,1	-2,8	3,2	-0,8	-2,5	-2,1	1,3	1,9	0,3
1999	-0,7	-1,2	-0,9	3,0	-1,2	-1,6	-1,1	-1,8	2,0	-1,9	2,4	0,5	-2,0	-2,0	2,3	1,9	1,2
Jährliche Inflationsrate																	
Juli 2000	2,2	2,4	3,2	2,8	2,0	2,6	3,7	2,0	5,9	2,6	4,7	2,8	2,0	3,3	2,9	1,3	1,0
August 2000	2,0	2,3	3,5	2,2	1,8	2,9	3,6	2,0	5,7	2,6	3,7	2,5	1,9	3,6	2,9	1,4	0,6
September 2000	2,5	2,8	3,9	2,7	2,6	3,0	3,7	2,3	5,5	2,6	4,2	2,9	2,3	3,6	3,4	1,3	1,0
Oktober 2000	2,4	2,7	3,7	2,8	2,4	3,8	4,0	2,1	6,0	2,7	4,3	3,2	2,1	3,7	3,4	1,3	1,0
Inflationsrate, Zwölfmonatsdurchschnitt																	
Oktober 2000	1,9	2,1	2,7	2,8	1,9	2,6	3,3	1,7	5,0	2,5	3,4	2,2	1,8	2,5	2,8	1,2	0,8
Die jährliche Inflationsrate misst die Preisveränderungen zwischen dem laufenden Monat und demselben Monat des Vorjahres. Diese Maßzahl gibt rezente Preisveränderungen wieder, kann aber durch einmalige Effekte in einem der Monate beeinflusst werden. Diese Volatilität wird im Zwölfjahresdurchschnitt überwunden, indem durchschnittliche Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) der letzten 12 Monate mit dem Schnitt der vorangegangenen 12 Monate verglichen werden. Diese Maßzahl ist weniger anfällig für kurzfristige Preisänderungen. Die Inflationsdaten für Oktober 2000 sind für F, NL, A und die Aggregate EU-15 and EUR-11 vorläufig.																	
Nettonationaleinkommen pro Kopf																	
1999, EU-15 = 100	100	100	107	112	102	73	81	112	100	97	:	111	107	75	93	96	104
Verbrauch der privaten Haushalte pro Kopf																	
1999, EU-15 = 100	100	98	102	102	106	81	84	92	96	102	136	97	109	85	87	88	116
Nettoersparnis pro Kopf																	
1999, EU-15 = 100	100	113	114	82	75	77	83	:	163	79	:	153	83	17	96	56	50
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer																	
1999, EU-15 = 100	100	101	130	96	99	77	94	106	98	104	178	98	106	67	92	93	101
Arbeitnehmerentgelt umfasst Löhne und Gehälter sowie die Sozialbeiträge der Arbeitgeber.																	
Quelle: Eurostat - Europäisches System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95) Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, 1999																	

2 Haushalte und Familien

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Gesamtbevölkerung (in 1000)																
1960	314826	9129	4565	72543	8300	30327	45465	2836	50026	313	11417	7030	8826	4413	7471	52164
1980	354572	9855	5122	78180	9588	37242	53731	3393	56388	363	14091	7546	9714	4771	8303	56285
2000	375968	10239	5330	82165	10546	39442	58746	3775	57680	436	15864	8092	9998	5171	8861	59623
2010	383397	10352	5476	83435	10768	39857	61369	4141	57277	471	16690	8149	10309	5267	8951	60885
2015	385186	10419	5514	83477	10817	39824	62192	4295	56761	485	16993	8163	10437	5295	9017	61495
2020	385984	10483	5554	83295	10806	39528	62840	4427	55985	500	17270	8170	10526	5314	9115	62173
2050	364485	10104	5555	76006	10231	35145	62153	4757	48072	559	17679	7612	10669	4951	9197	61793

Bevölkerungswachstum (je 1000 Personen), 1999

Gesamtwachstum	2,6	2,5	3,1	1,6	2,3	1,2	4,3	10,7	1,2	15,0	6,6	1,1	1,8	2,3	0,8	3,9
Natürliches Wachstum	0,7	0,9	1,3	-0,9	-0,1	0,2	3,5	5,8	-0,6	4,1	3,8	-0,0	0,7	1,6	-0,7	1,2
Wanderungssaldo	1,9	1,6	1,8	2,5	2,4	1,0	0,9	4,9	1,8	10,9	2,8	1,1	1,1	0,7	1,5	2,7

Das Wachstum der Gesamtbevölkerung setzt sich zusammen aus dem natürlichen Wachstum (Lebendgeburten abzüglich Sterbefälle) und dem Wanderungssaldo. Dieser wird geschätzt auf der Grundlage der Differenz zwischen Bevölkerungswachstum und natürlichem Wachstum (korrigierter Wanderungssaldo).

Bevölkerungsstruktur (in Prozent des Gesamtwerts), 1999

Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Unter 15	17,0	17,7	18,2	15,8	15,4	15,3	19,0	22,2	14,5	18,8	18,5	17,0	16,9	18,4	18,6	19,2
15-64	67,0	65,7	66,9	68,2	67,7	68,3	65,3	66,5	67,8	66,9	68,0	67,5	67,9	66,9	64,0	65,2
65-79	12,4	13,2	10,9	12,4	13,4	12,8	12,1	8,8	13,7	11,2	10,4	12,0	12,4	11,4	12,5	11,7
80 und darüber	3,7	3,5	3,9	3,5	3,5	3,6	3,6	2,5	3,9	3,1	3,1	3,4	2,8	3,3	4,9	3,9

Altersgruppe 0-14

2000 (1000s)	63533	1795	983	12915	1603	5940	11145	826	8290	82	2946	1360	1677	943	1638	11390
Unterschied in %, 2000/2015	-8	-11	-6	-11	-1	-4	-4	6	-10	-3	-2	-18	7	-12	-18	-11

Altersgruppe 15-24

2000 (1000s)	46736	1240	620	9123	1476	5778	7722	658	6823	49	1877	954	1484	662	1025	7244
Unterschied in %, 2000/2015	-7	-1	15	-2	-26	-31	-4	-17	-17	30	11	-1	-21	-3	10	7

Altersgruppe 25-54

2000 (1000s)	163365	4434	2344	35831	4446	17158	25441	1549	25324	197	7299	3611	4245	2258	3678	25549
Unterschied in %, 2000/2015	-3	-6	-7	-3	3	2	-3	19	-6	0	-6	-3	4	-10	-3	-1

Altersgruppe 55-64

2000 (1000s)	41549	1042	595	10955	1199	3960	5473	319	6808	44	1583	912	1060	543	987	6070
Unterschied in %, 2000/2015	19	36	16	3	13	25	46	49	9	41	41	16	18	37	14	23

Altersgruppe 65 und älter, 1998

2000 (1000s)	60988	1712	790	13313	1819	6596	9419	424	10343	62	2154	1253	1535	766	1533	9268
Unterschied in %, 2000/2015	22	17	28	28	20	15	23	32	22	32	36	23	16	36	21	18

Altersgruppe 80 und älter, 1998

2000 (1000s)	13752	353	208	2897	373	1453	2117	95	2240	13	501	278	285	171	436	2332
Unterschied in %, 2000/2015	48	61	7	49	71	59	66	26	63	67	36	38	51	44	6	18

Anteil ausländischer Staatsbürger an der Gesamtbevölkerung

1990 - gesamt	4,1	8,9	2,9	6,1	2,2	1,0	6,3	2,3	0,9	28,7	4,3	6,6	1,0	0,4	5,3	4,3
1998 - gesamt	5,1	8,9	4,7	9,0	1,5	1,5	:	3,0	1,5	34,9	4,3	9,1	1,8	1,6	5,9	3,6
1998 - Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten	1,6	5,5	1,0	2,3	0,4	0,7	:	2,3	0,2	31,0	1,2	1,2	0,5	0,3	2,0	1,4
1998 - Staatsangehörige von Drittstaaten	3,5	3,3	3,7	6,7	1,1	0,9	:	0,7	1,3	3,8	3,1	7,9	1,3	1,3	3,9	2,3

Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik . Demographisches Basisszenario auf der Grundlage von 2000

2 Haushalte und Familien (Forts.)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Asylanträge																
1985	159226*	5387	8698	73832	1400	2300	28925	:	5400	78	5644	6724	70	18	14500	6200
1987	162773	5976	2726	57379	6300	2500	27672	50	11000	98	13460	11406	178	49	18114	5865
1992	672383	17675	13884	438191	2108	11712	28872	40	2590	120	20346	16238	655	3634	84018	32300
1997	242782	11788	5100	104353	4376	4975	21416	3883	1887	433	34443	6727	251	972	9678	32500
1998	297216	21965	5699	98644	2953	6650	22374	4626	13103	1709	45217	13805	340	1272	12844	46015
1999*	352383	35778	6476	95113	1528	8410	30830	7846	18450	2930	39286	20137	310	3106	11771	70412
Rate je 1 000 Einwohner, 1999	0,9	3,5	1,2	1,2	0,1	0,2	0,5	2,1	0,3	6,8	2,5	2,5	0,0	0,6	1,3	1,2

B - ohne unterhaltsberechtigten Kinder; DK - ohne Anträge von außerhalb DK und an der Grenze abgelehnte Anträge; D - mit unterhaltsberechtigten Kindern, sofern die Eltern einen Antrag für sie gestellt haben; E - ohne Unterhaltsberechtigte; F - ohne Kinder und einige erwachsene Begleitpersonen; A - ohne Vertriebene aus dem früheren Jugoslawien mit besonderer Aufenthaltserlaubnis.

Quelle : Eurostat - Migrationsstatistik .

Zahl der Haushalte,																
1999	152000*	4 233	2400*	37 308	3 836	12 771	24 076	1200*	21 470	163	6 793	3 235	3 357	2300*	:	25 429

Durchschnittliche Haushaltsgröße

1981/82	2,8	2,7	2,4	2,5	3,1	3,6	2,7	3,6	3,0	2,8	2,8	2,7	3,3	2,6	2,3	2,7
1999	2,4	2,4	2,2	2,2	2,7	3,1	2,4	3,1	2,7	2,6	2,3	2,4	3,0	2,2	2,2	2,3

Quelle : Eurostat - Volkszählungen (1981/82, 1990/91). Erhebung über Arbeitskräfte (1998). Bei einigen Ländern, Schätzungen auf der Grundlage des Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (1996).

Anteil von in privaten Haushalten lebenden Personen nach Haushaltstyp (%), 1999

Bevölkerung insgesamt.	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	:	100
1 Erwachsener ohne unterhaltsberechtigten																
Kinder	12	12	17	16	8	5	13	7	9	10	14	12	5	16	:	13
... unter 30	2	1	4	3	1	0	2	1	0	1	3	2	0	3	:	1
... zw. 30 und 64	5	5	7	7	3	1	5	3	3	4	6	6	1	8	:	6
... ab 65	5	6	7	6	4	3	5	3	5	4	5	5	3	5	:	6
... Männlich	5	5	8	7	2	1	5	3	3	4	6	5	1	7	:	5
... unter 30	1	1	2	1	1	0	1	0	0	1	2	1	0	2	:	1
... zw. 30 und 64	3	3	4	4	1	1	3	2	2	2	4	3	1	4	:	3
... ab 65	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	:	2
... Weiblich	7	7	9	10	6	3	8	4	6	6	8	8	3	9	:	7
... unter 30	1	1	2	1	1	0	1	0	0	1	1	1	0	1	:	1
... zw. 30 und 64	2	2	3	3	2	1	2	1	2	2	3	3	1	4	:	3
... ab 65	4	4	5	5	4	2	4	2	4	3	4	4	2	4	:	4
2 Erwachsene ohne unterhaltsberechtigten																
Kinder	24	23	28	29	21	16	25	14	18	20	29	22	16	26	:	27
... Beide > 65	14	13	18	18	10	6	15	8	8	12	20	13	7	15	:	17
... Wenigstens einer 65 oder älter	10	11	10	11	11	10	10	6	10	8	9	9	9	11	:	10
3 oder mehr Erwachsene ohne unterhaltsberechtigten																
Kinder	14	11	8	10	18	22	8	14	21	12	9	15	18	6	:	12
1 Erwachsener ohne unterhaltsberechtigten																
Kinder	4	5	3	4	2	2	5	4	2	4	3	3	2	6	:	8
2 Erwachsene mit unterhaltsberechtigten																
Kindern	36	42	36	34	38	34	43	43	37	43	35	33	39	41	:	33
... 1 Kind	12	12	13	12	10	10	13	7	13	13	9	11	16	13	:	9
... 2 Kind	17	18	16	15	21	18	18	14	18	20	17	16	17	17	:	15
... 3 oder + Kinder	8	12	7	7	6	6	12	21	5	10	9	6	5	11	:	8
3 oder mehr Erwachsene mit unterhaltsberechtigten																
Kindern	11	8	7	7	13	21	7	18	13	12	9	14	20	4	:	8

Zu den unterhaltsberechtigten Kindern zählen alle Kinder bis zum Alter von 15 Jahren zuzüglich aller Personen bis zum Alter von 16 Jahren, die nicht erwerbstätig sind (zumeist, weil sie sich in einer Ausbildung befinden) und mit mindestens einem Elternteil leben.

Quelle: Eurostat - Erhebung über Arbeitskräfte EL and IRL - 1996 LFS. Quelle: Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft, 1996.

2 Haushalte und Familien (Forts.)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
In Haushalten lebende Personen nach Haushaltstyp (%), 1988																
Bevölkerung insgesamt.	100	100	:	100	100	100	100	100	100	100	100	:	100	:	:	100
1 Erwachsener ohne unterhaltsberechtigzte Kinder	10	11	:	15	6	3	11	6	8	9	11	:	4	:	:	10
2 Erwachsene ohne unterhaltsberechtigzte Kinder	21	21	:	25	18	13	22	13	18	21	23	:	15	:	:	25
3 oder mehr Erwachsene ohne unterhaltsberechtigzte Kinder	14	10	:	14	15	17	9	12	18	16	11	:	15	:	:	16
1 Erwachsener ohne unterhaltsberechtigzte Kinder	3	3	:	3	2	1	3	3	2	2	3	:	2	:	:	4
2 Erwachsene mit unterhaltsberechtigzten Kindern	38	46	:	33	42	37	46	46	40	38	41	:	34	:	:	35
3 oder mehr Erwachsene mit unterhaltsberechtigzten Kindern	14	8	:	10	18	29	9	21	14	15	10	:	29	:	:	11

Quelle: Eurostat - Erhebung über Arbeitskräfte 1988

Ältere Bevölkerung nach Haushaltssituation und Altersgruppe, 2010

<u>Altersgruppe 65 und älter</u>																
Leben allein	32	35	42	35	27	22	34	32	27	28	33	31	23	38	42	35
Leben mit dem Partner	54	48	52	56	57	58	54	42	52	52	55	52	57	48	54	52
Sonstiger Haushalt	9	13	2	5	10	18	6	17	14	16	3	13	18	9	2	8
Leben in Anstalts-haushalten	4	4	5	3	6	2	5	9	7	4	9	4	2	5	2	4
<u>Altersgruppe 65 - 79</u>																
Leben allein	27	29	36	30	23	18	29	30	23	24	30	26	20	34	33	30
Leben mit dem Partner	63	56	60	64	65	67	64	49	61	61	65	60	64	56	64	61
Sonstiger Haushalt	8	13	2	4	8	13	5	15	12	12	2	12	15	8	2	7
Leben in Anstalts-haushalten	2	2	3	1	4	1	2	6	4	3	3	2	1	2	1	2
<u>Altersgruppe 80 und älter</u>																
Leben allein	45	51	62	52	36	30	46	39	39	38	44	43	32	49	62	50
Leben mit dem Partner	31	28	26	29	35	34	34	19	30	28	27	29	35	23	30	31
Anderer Haushalt	14	14	2	9	16	32	10	23	17	25	5	17	30	14	3	11
Leben in Anstalts-haushalten	10	8	10	10	12	4	10	19	13	9	24	11	4	14	4	8

Die Gruppe "Leben mit dem Partner" umfasst ältere Personen, die mit ihrem Partner und anderen Erwachsenen oder Kindern zusammenleben.

Quelle: Basisszenario der Haushalte auf der Grundlage von 1995

Unterhaltsberechtigzte Kinder in Alleinerzieherfamilien

1983	8	7	:	:	4	:	9	5	6	7	8	:	:	:	:	11
1998	13	14	:	13	6	6	12	12	8	9	9	11	8	:	:	25

Alter, ab dem 50 % der Jugendlichen nicht mehr bei ihren Eltern leben, nach Geschlecht

<u>Männer</u>																
1992	:	24	:	24	29	28	23	26	28	25	23	:	26	:	:	23
1999	:	25	:	24	29	29	24	:	30	25	23	25	27	:	:	:
<u>Frauen</u>																
1992	:	22	:	22	24	26	21	24	25	23	21	:	25	:	:	21
1999	:	23	:	22	26	28	21	:	27	23	21	23	25	:	:	:

Quelle: Eurostat - Erhebung über Arbeitskräfte

Zusammengefasste Geburtenziffer

1960	2,59	2,56	2,54	2,37	2,28	2,86	2,73	3,76	2,41	2,28	3,12	2,69	3,10	2,72	2,20	2,72
1980	1,82	1,68	1,55	1,56	2,21	2,20	1,95	3,25	1,64	1,49	1,60	1,62	2,18	1,63	1,68	1,90
1995	1,42	1,55	1,80	1,25	1,32	1,18	1,70	1,84	1,18	1,69	1,53	1,40	1,40	1,81	1,73	1,71
1999	1,45	1,54	1,74	1,37	1,30	1,19	1,77	1,89	1,21	1,73	1,64	1,30	1,48	1,74	1,50	1,70

Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer ist die auf der Grundlage der derzeitigen Fruchtbarkeitsziffern errechnete durchschnittliche Zahl der Lebendgeborenen, die eine Frau zur Welt bringen würde.

Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik.

2 Haushalte und Familien (Forts.)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Durchschnittliches Alter bei der Geburt																
1980	27	27	27	26	26	28	27	30	27	28	28	26	27	28	28	27
1998	29	29	29	29	29	30	29	30	30	29	30	28	29	30	30	28
Rohe Heiratsziffer (pro 1 000 Einwohner)																
1970-74	7,6	7,6	6,6	7,0	7,7	7,5	7,8	7,3	7,5	6,3	8,7	6,8	9,4	7,9	5,1	8,2
1999 (oder aktuellste Daten)	5,1	4,3	6,6	5,2	5,9	5,2	4,9	4,9	4,8	4,8	5,7	4,9	6,8	4,7	4,0	5,1
Rohe Scheidungsziffer (pro 1 000 Einwohner)																
1970-74	1,0	0,8	2,5	1,5	0,4	0,0	0,9	.	0,3	0,7	1,1	1,3	0,1	1,7	2,1	1,8
1999 (oder aktuellste Daten)	1,8	2,6	2,5	2,3	0,9	0,9	2,0	:	0,6	2,4	2,1	2,2	1,8	2,7	2,4	2,7
Anteil der durch Scheidung gelösten Ehen, nach Heiratskohorte (%)																
1981	28	36	44	35	12	9	34	.	8	36	32	33	14	41	47	42

Die rohe Heirats-/Scheidungs-ziffer stellt das Verhältnis der Zahl der Eheschließungen/Scheidungen zur durchschnittlichen Bevölkerung in einem bestimmten Berichtszeitraum dar.

Prozentsatz der außerehelichen Lebendgeburten

1970	6	3	11	7	1	1	7	3	2	4	2	13	7	6	19	8
1980	10	4	33	12	2	4	11	5	4	6	4	18	9	13	40	12
1999 (oder aktuellste Daten)	27	18	45	22	4	12	41	31	9	19	23	30	20	39	55	39

Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik .

Lebenssituation Jugendlicher in der Altersgruppe 16-29, 1996

Eheähnliche Gemeinschaft	8	9	30	12	4	2	15	1	3	8	16	14	2	26	:	13
Ehe	18	21	12	18	22	14	16	13	15	23	19	22	20	15	:	25
Sonstiger Haushalt	74	70	59	69	74	84	69	85	82	69	66	64	77	59	:	62

Die Kategorie "Sonstiger Haushalt" umfasst Personen, die alleine oder bei ihren Eltern leben.

Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP).

Anteil der erwachsenen Personen, die im täglichen Leben unter anderem ohne Bezahlung Kinder oder Erwachsene (1) betreuen, nach Geschlecht, 1996

Männer	19	22	26	19	13	13	14	19	18	23	34	15	6	23	:	26
Frauen	36	43	33	33	39	33	27	44	41	37	45	37	29	32	:	43

Anteil der erwachsenen Personen, die im täglichen Leben ohne Bezahlung Kinder betreuen, nach Geschlecht, 1996

Männer	16	19	23	16	12	11	12	17	15	20	31	14	5	19	:	21
Frauen	31	38	28	28	36	27	23	40	37	33	41	33	25	27	:	37

Anteil der erwachsenen Personen, die im täglichen Leben ohne Bezahlung Erwachsene (1) betreuen, nach Geschlecht, 1996

Männer	4	4	4	4	1	2	3	3	4	4	5	2	1	5	:	6
Frauen	8	8	7	7	5	8	5	7	9	7	8	7	6	7	:	10

Altersgruppe 16 und älter, 1998 (1) Betreuung kranker, behinderter oder gebrechlicher Erwachsener

Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP).

3 Allgemeine und berufliche Bildung (in Prozent)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Bildungsniveau der Altersgruppe 25-64 nach Geschlecht, 1999																
<u>Männer und Frauen</u>																
Weniger als Sekundarstufe II	38	43	20	20	50	65	39	51	57	38	35	27	79	28	23	20*
Sekundarschulbildung Stufe 2	42	31	53	57	33	15	40	27	34	44	42	65	12	40	48	53*
Tertiärbereich	20	27	27	23	17	20	21	22	10	18	23	8	10	31	29	27
<u>Männer</u>																
Weniger als Sekundarstufe II	35	43	17	15	48	63	36	54	56	32	31	19	80	30	25	17*
Sekundarschulbildung Stufe 2	43	31	57	57	33	15	44	23	34	46	44	71	11	42	48	54*
Tertiärbereich	22	26	26	28	19	21	21	23	10	22	25	9	8	28	27	29
<u>Frauen</u>																
Weniger als Sekundarstufe II	41	42	24	25	52	67	42	47	57	43	40	35	77	27	21	24*
Sekundarschulbildung Stufe 2	41	31	49	57	33	14	37	31	33	42	41	58	12	38	49	51*
Tertiärbereich	19	27	27	18	15	19	21	22	9	15	20	7	11	34	30	25

Anteil der Bevölkerung mit mindestens Abschluss der Sekundarstufe I (ISCED 3, 5-7) nach Altersgruppe und Geschlecht, 1999 (in %)

<u>Männer und Frauen</u>																
gesamt, Altersgruppe 25-64	62	57	80	80	50	35	61	49	43	62	65	73	21	72	77	80*
Altersgruppe 25-29	74	78	89	83	74	58	78	69	60	68	76	83	35	84	87	90*
Altersgruppe 50-64	49	40	73	73	29	16	46	32	26	52	53	61	12	53	66	66*
<u>Männer</u>																
gesamt, Altersgruppe 25-64	65	57	83	85	52	37	64	46	44	68	69	81	20	70	75	83*
Altersgruppe 25-29	73	73	91	84	71	54	77	65	57	69	75	87	31	83	88	91*
Altersgruppe 50-64	56	44	80	83	34	21	52	29	30	63	64	72	12	53	64	72*
<u>Frauen</u>																
gesamt, Altersgruppe 25-64	59	58	76	75	48	33	58	53	43	57	60	65	23	73	79	76*
Altersgruppe 25-29	75	82	88	82	78	63	79	73	62	66	77	79	39	86	87	89*
Altersgruppe 50-64	43	36	66	64	24	12	40	34	23	40	42	50	12	53	68	59*

* Die Definition der Bildungsniveaus erfolgt gemäß ISCED (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens). Schulabgänge vor Abschluss der Sekundarstufe II entsprechen ISCED 0-2, abgeschlossene Sekundarstufe II ISCED 3-4 und eine Tertiärbildung (Hochschulausbildung) ISCED 5-6. IRL-Daten von 1997. UK - GCSE ,O' Abschlüsse unter ISCED 3.

Anteil der Beschäftigten, die in den letzten vier Wochen an einer Bildungsmaßnahme teilgenommen haben, nach Bildungsabschluss (in Prozent), 1999

Weniger als Sekundarstufe II	3	2	12	2	0	1	1*	2	2	1	7*	4	1	8	17	6*
Sekundarschulbildung Stufe 2	10	8	19	6	2	9	2*	5	10	7	16*	9	16	17	24	18*
Tertiärbereich	16	14	28	8	3	13	7*	12	12	11	19*	15	10	28	34	33

Anteil der Beschäftigten, die in den letzten vier Wochen an einer Bildungsmaßnahme teilgenommen haben, nach Geschlecht (in Prozent), 1999

Männer	8	8	17	6	1	4	2*	5	6	6	14*	9	3	16	23	16
Frauen	9	6	23	5	1	5	3*	5	5	4	13*	7	3	19	29	22

* F, NL, P - Berufsbildungsbezogene Daten werden nur erhoben, wenn die Maßnahme zum Zeitpunkt der Erhebung läuft. Daher könnte der Umfang der Bildungsmaßnahmen unterschätzt sein. Daten von 1997 für IRL und A. UK - GCSE ,O' Abschlüsse unter ISCED 3. Quelle: Eurostat - Erhebung über Arbeitskräfte

Beteiligungquoten, 16-18 Jahre, nach Geschlecht, 1997

Männer	82	92	82	92	69	74	90	78	:	:	90	85	66	88	96	64
Frauen	84	95	84	91	76	80	91	91	:	:	89	78	71	91	96	69

Zahl der Frauen pro 100 Männer im Tertiärbereich

1981/82	80	76	98	72	74	83	105	67	77	:	70	76	102	89	108	59
1997	107	102	120	84	92	112	122	107	117	:	93	95	134	112	126	107

Durchschnittsalter der Hochschulstudenten, 1997.

Männer und Frauen	23	21	26	26	21	22	22	21	:	23	23	25	23	25	25	24
-------------------	----	----	----	----	----	----	----	----	---	----	----	----	----	----	----	----

Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben insgesamt am Bruttoinlandsprodukt, 1997

Öffentliche Ausgaben insgesamt	5,1	5,1	8,0	4,7	3,2	4,6	6,0	4,8	4,5	4,1	4,8	6,4	5,6	6,7	7,9	4,7
--------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

B - Bildungsausgaben beziehen sich nur auf die flämische Gemeinschaft. Quelle: Eurostat-UOE (Unesco-, OECD- und Eurostat-Fragebögen zur Bildungsstatistik).

4 Arbeitsmarkt

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Beschäftigungsquoten, 15-64 Jahre, nach Geschlecht, 1999																
Gesamt	62	59	76	65	55	52	60	63	53	62	71	68	67	67	71	71
Männer	72	68	81	72	71	68	68	74	67	74	80	77	76	70	72	77
Frauen	53	50	72	57	41	37	53	51	38	49	61	60	60	65	69	65
Personen in Beschäftigung nach Wirtschaftszweig (Anteil an der Gesamtzahl), 1999																
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Landwirtschaft	4	2	3	3	18	7	4	9	5	2	3	6	13	6	3	2
Industrie	29	26	27	34	23	31	26	28	32	22	22	30	35	28	25	26
Dienstleistungs- gewerbe	66	72	70	63	59	62	69	63	62	76	74	64	52	66	72	72
Anteil der selbständigen Beschäftigten, 1999																
Gesamt	14	15	8	10	32	19	11	18	24	8	11	11	25	13	11	12
Anteil der Teilzeitarbeit an der Gesamtbeschäftigung, nach Geschlecht, 1999																
Gesamt	18	16	21	19	6	8	17	17	8	11	39	17	11	12	23	25
Männer	6	4	10	5	3	3	6	7	3	2	18	4	6	8	9	9
Frauen	33	34	34	37	11	18	32	31	16	25	68	33	17	17	38	44
Beschäftigungsquote nach Altersgruppe, 1999																
55-59	51	37	71	55	47	45	47	51	37	38	50	41	59	55	78	62
60-64	22	13	34	20	30	25	10	36	18	13	19	12	44	22	48	36
65-69	7	4	6	5	12	4	2	14	6	2	5	5	25	4	11	12
70-74	3	2	-	3	4	1	1	8	3	1	2	3	20	2	4	5
Anteil der Beschäftigten mit Zeitarbeitsvertrag (in Prozent), 1998																
1990	10	5	11	10	17	30	10	9	5	3	8	:	18	:	:	5
1999	13	10	10	13	13	33	14	8*	10	3	12	8	19	18	14	7
Anteil der Beschäftigten mit Zeitarbeitsvertrag, nach Geschlecht (in Prozent), 1999																
Männer	12	8	9	13	12	31	13	6*	9	3	9	7	17	15	11	6
Frauen	14	14	11	13	15	35	15	10*	12	4	15	8	20	21	17	8
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Stunden, Vollzeitbeschäftigte, nach Geschlecht, 1998																
Gesamt	40	38	39	40	41	41	40	40	38	40	39	40	41	39	40	44
Männer	41	39	40	41	42	41	40	41	40	41	39	40	41	40	40	45
Frauen	39	37	38	39	39	40	39	38	36	38	38	40	39	38	40	41
Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die Überstunden/Mehrarbeit leisten (in Prozent), 1999																
Mehr als 40 Wochenstunden	19	10	15	12	25	14	15	15	15	6	3	8	18	10	9	51
Mehr als 48 Wochenstunden	8	5	6	7	8	7	6	8	4	3	1	4	7	5	3	21
Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, 1999																
Gesamt	9,2	9,1	5,2	8,8	11,7	15,9	11,2	5,7	11,3	2,3	3,3	3,8	4,5	10,2	7,2	6,1
Männer	7,9	7,8	4,5	8,3	7,5	11,2	9,5	5,8	8,7	1,7	2,3	3,3	3,9	9,8	7,2	6,7
Frauen	10,9	10,7	6,0	9,3	17,8	23,0	13,3	5,5	15,6	3,3	4,7	4,5	5,2	10,7	7,1	5,3
Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach Geschlecht, 1999																
Gesamt	17,9	24,9	9,8	9,2	31,6	29,5	24,2	8,3	32,7	6,8	7,2	5,1	9,0	21,4	13,6	13,0
Männer	16,6	24,8	9,3	10,0	22,9	23,2	22,4	8,4	29,1	6,1	5,2	3,9	7,1	20,8	13,1	14,4
Frauen	19,3	25,0	10,4	8,4	40,9	37,3	26,3	8,3	37,1	7,6	9,1	6,5	11,2	22,1	14,2	11,3

Die Beschäftigungsquote entspricht dem prozentualen Anteil der beschäftigten Personen an der Bevölkerung dieser Altersgruppe. Zu den beschäftigten Personen zählen jene, die im Bezugszeitraum (der Woche der Arbeitskräfteerhebung) mindestens eine Stunde lang einer Arbeit nachgingen, für die sie entlohnt wurden oder mit der sie einen Gewinn erzielten, sowie jene Personen, die in diesem Zeitraum zwar nicht arbeiteten, jedoch eine Beschäftigung hatten, der sie zeitweilig fernblieben. Arbeitslose sind gemäß den von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) aufgestellten Kriterien Personen im Alter von 15 Jahren und darüber, die i) ohne Arbeit sind, ii) verfügbar sind, um innerhalb der folgenden zwei Wochen eine Arbeit aufzunehmen und iii) irgendwann in den vergangenen vier Wochen aktiv Arbeit gesucht oder eine Arbeit gefunden haben, die sie zu einem späteren Zeitpunkt beginnen werden. Die Arbeitslosenquote entspricht dem prozentualen Anteil der beschäftigungslosen Personen an der Erwerbsbevölkerung desselben Alters. Die Erwerbsbevölkerung wird als Summe der Beschäftigten und Arbeitslosen definiert.

* vorläufige/geschätzte Daten oder geringe Zuverlässigkeit aufgrund geringer Zahl von Beobachtungen

Quelle: Eurostat - Erhebung über Arbeitskräfte

5 Einkommen

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Mittleres/Medianes Äquivalenz-Nettojahreseinkommen, 1996																
Mittel - KKS	12 316	13 857	14 043	14 052	8 400	9 102	13 496	10 949	10 101	21 992	13 414	14 377	7 722	:	:	13 721
Median - KKS	10 746	12 605	13 169	12 813	7 216	7 585	11 958	8 937	8 650	18 953	11 507	12 903	6 300	:	:	11 337
Einkommensverteilung nach Komponenten, 1996																
Gesamt	100	100	100	100	100	100	.	100	100	100	100	100	100	:	:	100
Arbeitseinkommen	67	58	66	65	68	69	.	73	66	67	67	66	73	:	:	70
Privates Einkommen	4	6	3	5	8	3	.	2	4	4	3	3	3	:	:	5
Sozialleistungen	29	36	31	30	24	28	.	25	30	29	30	31	24	:	:	25
Alters-/Hinterbliebenen- bezüge	21	22	14	23	22	21	.	13	26	21	18	21	19	:	:	15
Andere Sozial- transfers	8	13	17	7	2	7	.	12	3	8	12	10	5	:	:	11
In Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit	2	4	4	2	0	3	.	5	1	0	3	1	1	:	:	0
In Zusammenhang mit Familie	2	6	4	2	1	0	.	4	0	4	2	6	1	:	:	2
In Zusammenhang mit Krankheit/ Invalidität	3	3	4	2	1	4	.	2	2	3	5	2	2	:	:	3
Prozentsatz der Personen in Haushalten, die ... erhalten, 1996																
Arbeitseinkommen	77	71	79	76	79	79	79	79	78	80	75	83	83	:	:	76
Sozialleistungen	73	89	85	78	50	58	79	90	51	86	81	86	89	:	:	85
Alters-/Hinterbliebenen- bezüge	30	28	19	29	39	34	25	23	40	29	19	34	36	:	:	28
Einkommensanteil nach Quintilen, 1996																
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	:	:	100
Unterstes Quintil	8	8	11	8	7	7	8	8	7	9	8	9	6	:	:	7
2. Quintil	13	14	15	14	12	13	13	12	13	13	13	14	11	:	:	12
3. Quintil	17	18	18	18	17	17	18	16	17	17	16	18	16	:	:	16
4. Quintil	23	22	22	23	23	23	22	23	23	23	23	23	23	:	:	23
Oberstes Quintil	39	37	33	37	41	41	38	42	40	38	40	37	44	:	:	42
Medianwert des Äquivalenzeinkommens aller Personen nach Geschlecht (indexiert, gesamt = 100), 1996																
Männer	103	102	101	103	101	101	101	102	103	101	101	103	102	:	:	105
Frauen	98	98	99	97	99	99	99	97	98	98	99	97	98	:	:	96
Medianwert des Äquivalenzeinkommens aller Personen nach Alter (indexiert, gesamt = 100), 1996																
Kinder unter 16	91	98	101	91	100	94	93	91	92	88	87	90	93	:	:	85
16-24	92	96	93	95	91	91	85	97	88	91	86	98	103	:	:	98
25-49	108	109	106	105	111	108	106	118	109	109	108	107	109	:	:	115
50-64	112	106	109	109	104	103	112	111	108	101	118	110	104	:	:	124
65 und darüber	89	82	76	94	80	96	92	78	98	94	92	88	74	:	:	76
Medianwert des Äquivalenzeinkommens aller Personen nach Haushalten (indexiert, gesamt = 100), 1996																
1 Erwachsener, alleinlebend	87	87	80	94	82	81	86	68	101	104	88	90	62	:	:	75
1 Erwachsener, männlich	105	98	85	109	97	124	93	71	132	124	108	108	62	:	:	95
1 Erwachsener, weiblich	80	79	76	87	76	75	81	65	87	90	81	79	61	:	:	70
Alleinerziehende/r mit unterhaltsberechtigten Kindern	70	72	88	59	91	90	74	58	88	81*	65	72	78	:	:	58
2 Erwachsene zwischen 15 und 64 ohne unterhaltsberechtigte Kinder	128	117	114	121	115	132	118	165	128	115	143	130	108	:	:	147
2 Erwachsene, einer davon mindestens 65 Jahre alt, ohne unterhaltsberechtigte Kinder	94	86	82	99	79	97	101	82	98	97	98	92	71	:	:	83
2 Erwachsene mit einem unterhaltsberechtigten Kind	113	117	120	106	123	111	115	140	116	103	110	110	119	:	:	119
2 Erwachsene mit zwei unterhaltsberechtigten Kindern	100	109	105	95	105	104	107	127	96	93	91	96	100	:	:	102
2 Erwachsene mit drei oder mehr unterhaltsberechtigten Kindern	81	88	91	83	93	80	85	85	71	83	81	76	71	:	:	79
Medianwert des Äquivalenzeinkommens aller Personen über 16 nach Bildungsabschluss (indexiert, gesamt = 100), 1996																
Weniger als Sekundarstufe II	90	83	88	95	82	91	85	82	94	89	89	88	92	:	:	86
Sekundarschulbildung Stufe 2	110	101	100	103	115	119	106	129	121	118	103	110	146	:	:	113
Tertiärbereich	147	126	117	124	153	170	149	185	162	166	146	143	287	:	:	156

* vorläufige/geschätzte Daten oder geringe Zuverlässigkeit aufgrund geringer Zahl von Beobachtungen

5 Einkommen (Fortsetzung)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Persönliches Arbeitseinkommen (indiziert, gesamt = 100), nach Geschlecht und Alter, 1996																
<u>Männer</u>																
16-24	43	25	41	39	49	46	27	42	58	42	17	54	74			45
25-49	126	119	123	138	118	120	119	146	112	119	126	123	124	:	:	145
50-64	127	136	129	145	120	125	139	133	110	146	145	141	122	:	:	130
<u>Frauen</u>																
16-24	33	12	23	36	45	30	23	32	54	35	17	57	64	:	:	34
25-49	86	86	94	74	87	86	89	89	90	78	70	81	88	:	:	80
50-64	76	84	88	69	59	73	95	68	88	66	58	74	77	:	:	67
Medianwert der Äquivalenzleistungen nach Altersgruppe (000 KKS), nach Alter, 1996																
Unter 16	2	3	3	2	0	1	:	2	1	3	2	3	1	:	:	2
16-24	2	3	2	1	1	1	:	2	2	3	2	2	1	:	:	2
25-34	2	3	3	2	1	2	:	2	2	3	2	3	1	:	:	2
35-44	1	3	2	1	1	1	:	2	1	3	2	2	1	:	:	2
45-54	2	3	2	2	1	1	:	2	2	4	3	2	1	:	:	2
55-64	5	8	5	6	3	4	:	4	5	12	7	7	3	:	:	5
65 und darüber	8	10	10	12	5	6	:	6	7	16	11	11	4	:	:	8
Personen mit einem Gesamtäquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medianwerts des Gesamtäquivalenzeinkommens, nach Geschlecht, 1996																
Gesamt	17	17	11	16	21	18	16	18	19	12	12	13	22	:	14	19
Männer	16	16	11	15	20	18	15	17	18	12	11	11	20	:	:	17
Frauen	18	18	12	17	21	18	17	20	20	12	12	14	23	:	:	21
Personen mit einem Gesamtäquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medianwerts des Gesamtäquivalenzeinkommens, nach Alter, 1996																
Kinder unter 16	20	19	4	20	18	23	18	23	22	16	14	16	23	:	:	26
16 - 24	22	20	22	23	24	23	25	19	27	17	24	12	17	:	:	21
25 - 49	14	13	7	15	15	17	12	16	17	10	10	10	16	:	:	14
50 - 64	14	16	10	13	21	17	14	15	18	12	7	10	23	:	:	13
65+	20	21	25	16	33	14	18	16	16	10	9	17	35	:	:	27
Personen ab 16 Jahren mit einem Gesamtäquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medianwerts des Gesamtäquivalenzeinkommens, nach häufigster Betätigung, 1996																
Erwerbstätig	9	9	6	10	14	10	8	5	12	7	:	7	15	:	:	6
Arbeitslose	40	36	10	39	32	34	38	38	44	.	:	28	27	:	:	51
im Ruhestand	17	18	22	15	31	11	16	13	13	12	:	13	31	:	:	25
Andere nicht erwerbstätige Personen	25	26	27	23	23	21	28	24	25	16	:	19	27	:	:	30
Personen mit einem Gesamtäquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medianwerts des Gesamtäquivalenzeinkommens, nach Haushaltstyp, 1996																
1 Erwachsene ohne unterhaltsberechtigte																
Kinder	23	22	25	21	30	12	25	29	22	13	19	23	48	:	:	30
Männlich	19	12	20	17	22	11	24	25	14	5	19	16	46	:	:	23
Weiblich	26	27	29	23	35	12	26	33	26	19	19	27	49	:	:	34
2 Erwachsene ohne unterhaltsberechtigte																
Kinder	13	15	14	11	27	17	12	10	11	11	6	10	31	:	:	13
Beide jünger als 65	11	12	10	11	16	15	11	10	9	11	5	8	22	:	:	8
Wenigstens einer 65 oder älter																
16	19	21	12	35	19	14	11	12	12	12	9	13	37	:	:	22
3 oder mehr Erwachsene ohne unterhaltsberechtigte																
Kinder	11	8	17	11	16	12	9	6	15	1	5	5	14	:	:	6
Alleinerziehende/r mit unterhaltsberechtigten Kindern																
36	27	6	49	25	30	31	51	18	31*	37	35	32	:	:	52	
2 Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern																
15	16	3	15	15	19	12	18	19	13	12	12	19	:	:	16	
1 Kind	12	12	4	10	11	15	8	11	15	6	10	10	15	:	:	12
2 Kind	14	15	3	16	17	18	10	13	16	12	10	9	17	:	:	15
3 oder mehr Kinder	25	24	4	22	16	32	19	25	34	22	17	26	36	:	:	25
3 oder mehr Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern																
21	17	9	17	27	22	25	14	30	13	15	12	19	:	:	20	
Anteil der Personen mit Haushalten mit finanziellen Schwierigkeiten, nach Art des Haushalts, 1996																
Gesamt	47	38	31	31	78	67	49	65	49	18	31	57	78	48	:	45
Kinder unter 16	52	44	39	37	76	70	53	73	51	24	34	66	80	55	:	58

Vgl. die Anmerkungen zur Methodik bei Einkommensverteilung (1.14).

* vorläufige/geschätzte Daten oder geringe Zuverlässigkeit aufgrund geringer Zahl von Beobachtungen

Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP).

6 Sozialschutz

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP (in Prozent)																
1990	25	26	29	25	23	20	28	19	24	19	32	27	16	25	33	23
1993	29	29	32	28	22	25	31	21	26	24	33	29	21	35	39	29
1997	28	28	31	30	24	22	31	17	26	25	30	29	23	29	34	27
1998	28	28	30	29	25	22	30	16	25	24	29	28	23	27	33	27
Ausgaben für den Sozialschutz in KKS pro Einwohner, 1998																
Gesamt	5 532	6 131	7 098	6 459	3 139	3 224	6 418	3 372	5 292	9 258	6 703	6 297	3 110	5 171	6 515	5 306
Ausgaben für den Sozialschutz pro Einwohner zu konstanten Preisen (Index 1990 = 100)																
1990	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1991	104	104	105	95	96	110	103	106	105	108	101	104	112	108	100	110
1992	110	107	108	103	94	117	107	112	109	112	103	107	129	115	105	121
1993	113	115	113	104	96	124	111	119	109	120	104	110	144	116	108	130
1994	115	115	122	106	97	119	112	123	109	124	102	115	149	119	108	130
1995	117	115	122	110	101	119	116	131	108	129	106	117	153	119	106	130
1996	119	117	122	114	104	120	117	133	113	134	102	118	163	122	106	135
1997	120	118	121	112	111	121	118	139	118	138	103	118	174	120	106	135
1998	122	119	122	114	120	124	120	144	118	151	103	120	189	120	109	135
Sozialleistungen nach Funktionsgruppen (in Prozent der Gesamtleistungen)																
<u>Alter und Hinterbliebene</u>																
1990	46	42	37	46	52	43	43	30	60	48	37	50	42	34	:	45
1998	46	43	38	42	53	46	44	25	64	44	41	48	43	34	39	44
<u>Krankheit/Gesundheitsversorgung und Invalidität/Gebrechen</u>																
1990	36	34	30	38	33	37	36	38	34	38	45	33	47	44	:	33
1998	35	33	31	36	30	37	34	41	30	37	40	35	46	37	35	37
<u>Arbeitslosigkeit</u>																
1990	7	13	15	6	4	18	8	16	2	3	8	5	3	6	:	6
1998	7	13	12	9	5	13	8	15	3	4	7	5	5	12	9	4
<u>Familien/Kinder</u>																
1990	8	9	12	8	8	2	9	11	5	11	6	10	7	13	:	9
1998	8	9	13	10	8	2	10	13	4	14	5	10	5	13	11	9
<u>Wohnen und soziale Ausgrenzung (n.a.z.)</u>																
1990	3	2	6	3	3	1	4	5	0	1	4	2	0	3	:	7
1998	4	3	6	3	4	1	5	5	0	1	7	1	2	4	5	7
Sozialschutzeinnahmen nach Typ (in Prozent der Gesamteinnahmen)																
<u>Staatliche Zuweisungen</u>																
1990	30	24	80	25	33	26	17	59	29	41	25	36	34	41	:	42
1998	35	24	67	31	29	27	31	61	38	46	16	35	43	43	46	48
<u>Arbeitgeberanteil der Sozialbeiträge</u>																
1990	42	42	8	44	39	54	52	24	53	29	20	38	37	44	:	28
1998	38	51	9	37	38	52	47	24	45	25	30	38	30	36	39	27
<u>Von den Versicherten gezahlte Sozialbeiträge</u>																
1990	23	26	5	28	20	17	29	16	15	23	39	25	20	8	:	27
1998	23	22	18	29	24	17	20	14	15	24	34	27	18	14	9	24
<u>Sonstige Einnahmen</u>																
1990	4	9	7	3	8	3	2	1	3	8	16	1	9	7	:	2
1998	4	3	6	3	9	3	3	1	2	4	20	1	10	7	6	1

Vorläufige Daten für 1989 für B, D, EL, E, F, I, NL, P, FIN und UK. Keine Daten zu Leistungen und Einnahmen für S (1990). EU-15 Daten für 1990, daher geschätzt. Die Abkürzung n.a.z. steht für nicht anderen Orten zusammengetragen.

Quelle: Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

7 Verbrauch, Haushaltsgeräte und neue Technologie

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Struktur der Verbrauchsausgaben, 7 Hauptgruppen, in Prozent der Gesamtausgaben, 1994																
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	25	29	28	25	24	24	23	22	24	27	27	22	20	27	26	26
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	19	14	18	16	21	25	19	26	23	14	14	18	24	19	21	17
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15	13	18	16	11	13	16	15	15	15	11	19	18	16	15	14
Freizeit, Hotels und Restaurants	16	17	14	17	9	15	14	14	13	16	16	13	13	16	16	20
Bekleidung und Schuhe	7	6	6	7	13	8	6	6	7	8	6	9	6	5	6	6
Hausrat und laufende Instandhaltung der Wohnung	7	7	6	7	7	6	8	5	6	9	7	11	7	5	5	8
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	12	15	11	12	15	9	14	12	11	9	19	9	12	13	11	9

Quelle : Eurostat - Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte.

Durchschnittliche Zimmerzahl pro Person

1981/82	1,6	1,8	1,6	1,7	1,2	1,3	1,6	1,3	1,3	1,9	1,8	:	1,0	1,3	1,7	1,8
1996	1,8	2,1	2,0	1,8	1,3	1,6	1,9	2,1	1,6	2,2	2,6	1,9	1,5	1,5	1,6	2,2

In Wohneigentum lebende Haushalte

1981/82	54	58	55	40	70	73	51	74	59	60	42	48	57	61	59	56
1990/91	59	65	54	39	76	78	54	79	68	65	45	50	65	67	56	66
1996	60	66	53	41	76	81	55	81	77	70	51	50	66	64	58	67

Quelle: Eurostat - Volkszählungen (1981/82, 1990/91). Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (1996). Nationale Quellen für S.

Anteil der Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern (in %), 1996

Farbfernseher	97	96	97	98	94	98	94	97	97	98	98	97	90	93	97	97
Videorekorder	64	65	68	60	43	65	62	72	57	68	70	61	52	61	67	82
Mikrowelle	46	52	36	49	7	38	49	59	14	33	57	50	17	72	64	74
Geschirrspüler	31	32	34	41	21	19	37	22	25	56	22	46	18	42	40	23

Anteil der Haushalte mit Telefon, nach Einkommensgruppe (in %), 1996

Gesamt	94	94	98	96	92	88	97	83	91	98	98	96	79	94	:	94
Oberste Einkommensgruppe	98	98	100	99	98	97	99	94	95	99	99	99	95	99	:	99
Niedrigste Einkommensgruppe	85	84	94	87	82	75	90	67	81	94	94	87	61	85	:	84

Anteil der Haushalte mit Pkw (in %)

besitzen einen Pkw	73	75	62	74	57	69	79	69	78	83	68	73	61	66	72	72
können sich keinen leisten	11	8	14	15	21	13	6	15	4	4	6	6	23	10	:	10
wollen keinen	16	16	24	11	22	19	15	16	18	14	26	21	16	23	:	18

oberste Einkommensgruppe = Haushaltseinkommen ab 140 % des Medianwerts des Nationaleinkommens. Unterste Einkommensgruppe = Haushaltseinkommen unter 60 % des Medianwerts des Nationaleinkommens. Quelle Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (1996). Nationale Quellen für S.

Prozentsatz der Personen in Haushalten, mit einem mobilen Telefon

1998	30	26	43	19	29	26	26	28	44	37	24	36	30	64	60	32
2000	55	50	61	39	52	57	52	50	73	64	63	52	47	80	71	57

Prozentsatz der Personen in Haushalten, mit einem PC

1998	31	33	57	31	12	28	23	26	27	43	59	31	18	39	60	35
2000	35	42	59	32	15	34	29	28	36	45	66	32	20	45	56	36

Prozentsatz der Personen in einem Haushalt mit Internet-Anschluss

1998	8	8	25	7	3	5	4	8	6	14	20	7	3	17	40	11
2000	27	22	52	20	11	17	19	26	21	32	50	28	12	48	61	40
Zunahme 1998-2000 (%)	225	168	111	182	279	240	387	210	244	129	155	312	253	179	54	274

Quelle : Europäische Kommission - Eurobarometer 48.1 und 53.

8 Gesundheit und Sicherheit

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Säuglingssterbeziffer, pro 1000 Lebendgeburten																
1970	23	21	14	23	30	28	18	20	30	25	13	26	56	13	11	19
1999	5	5	4	5	6	5	5	5	5	5	5	4	5	4	3	6
Lebenserwartung bei der Geburt, Männer																
1980	71	70	71	70	72	73	70	70	71	69	73	69	68	69	73	70
1999	75	74	74	75	76	75	75	74	76	74	75	74	72	74	77	75
Lebenserwartung bei der Geburt, Frauen																
1980	77	77	77	76	77	79	78	76	77	76	79	76	75	78	79	76
1999	81	81	79	81	81	83	82	79	82	81	81	81	79	81	82	80
Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik .																
Lebenserwartung ohne schwere Behinderung, nach Geschlecht, 1994																
Männer	69,2	69,3	69,6	68,0	70,4	70,0	66,8	70,5	69,7	70,0	70,1	:	66,0	:	:	70,5
Frauen	74,3	74,3	73,8	74,0	74,4	75,4	72,8	75,7	73,8	76,5	74,0	:	71,8	:	:	74,7
Lebenserwartung ohne Behinderung, nach Geschlecht, 1994																
Männer	59,7	60,3	60,7	56,6	62,9	61,8	60,1	61,2	60,2	59,1	58,9	:	55,0	:	:	59,0
Frauen	61,5	61,4	61,2	60,0	65,0	63,5	64,6	63,9	60,8	61,0	58,8	:	56,7	:	:	60,8
Anteil der Personen ab 16 Jahren, die eine chronische organische oder geistige Gesundheitsstörung, Krankheit oder Behinderung angeben, nach Geschlecht (in Prozent), 1996																
Gesamt	25	20	33	27	16	24	23	20	16	23	26	22	27	40	:	36*
Männer	24	20	30	26	15	22	21	18	14	23	24	21	25	38	:	35*
Frauen	26	20	35	28	16	25	24	22	17	24	28	23	29	43	:	37
Anteil der Personen ab 65 Jahren, die eine chronische organische oder geistige Gesundheitsstörung, Krankheit oder Behinderung angeben (in Prozent), 1996																
Gesamt	50	40	54	47	39	51	55	46	38	47	48	47	55	76	:	61
Anteil der Personen ab 16 Jahren mit einer der oben genannten Störungen/Krankheiten, die in ihrer normalen Tätigkeit beeinträchtigt sind, 1996																
Ja, schwer	31	38	24	27	39	24	43	19	34	27	29	26	39	26	:	22
Ja, in gewissem Umfang	52	52	45	56	52	43	57	57	53	64	56	57	51	47	:	46
Nein	17	10	31	17	9	33	0	24	13	9	15	17	10	27	:	32
Anteil der Personen ab 65 Jahren mit einer der oben genannten Störungen/Krankheiten, die in ihrer normalen Tätigkeit beeinträchtigt sind, 1996																
Ja, schwer	38	48	39	37	42	30	48	25	42	32	36	35	45	40	:	28
Ja, in gewissem Umfang	50	45	44	53	51	48	52	58	48	61	50	55	49	39	:	49
Nein	12	7	17	10	7	22	0	17	10	7	14	10	6	21	:	23
Anteil der Personen ab 16 Jahren, die ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht einschätzen, nach Geschlecht (in Prozent) 1996																
Gesamt	9	6	8	8	9	12	8	4	13	7	5	8	24	8	:	8*
Männer	8	5	6	7	8	9	7	3	11	7	3	7	19	8	:	7*
Frauen	11	7	9	9	9	14	9	4	15	8	6	9	28	9	:	8
Anteil der Personen ab 65 Jahren, die ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht einschätzen, nach Geschlecht (in Prozent) 1996																
Gesamt	23	13	23	19	26	32	18	10	35	17	10	24	57	23	:	13
Männer	20	8	19	17	24	26	16	9	32	18	8	22	51	24	:	11
Frauen	25	16	26	20	28	36	19	11	38	16	12	25	62	23	:	15
Anteil der Personen ab 16 Jahren, die ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht einschätzen, nach Einkommensquintil, 1996																
Unterstes Quintil (die Ärmsten)	13	11	11	10	15	14	11	4	16	15	7	13	40	:	:	12*
2. Quintil	13	8	11	10	10	16	11	7	18	8	6	11	29	:	:	12*
3. Quintil	10	4	6	8	7	14	8	4	13	5	5	8	22	:	:	9*
4. Quintil	7	2	4	8	7	9	5	3	12	8	3	6	17	:	:	4*
Oberstes Quintil (die Reichsten)	5	3	6	6	4	6	4	1	7	2	3	4	12	:	:	2*

* vorläufige/geschätzte Daten oder geringe Zuverlässigkeit aufgrund geringer Zahl von Beobachtungen

Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP).

8 Gesundheit und Sicherheit (Fortsetzung)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Standardisierte Mortalitätsrate (SMR) pro 100 000 Einwohner, nach Geschlecht, 1997																
<u>Männer</u>																
Krankheiten des Kreislaufsystems	344	351	374	417	371	280	246	465	324	327	332	457	396	428	380	379
Krebs	256	305	269	255	219	260	285	256	261	227	276	244	242	213	191	245
Krankheiten der Atmungsorgane	83	119	90	66	44	98	69	151	57	71	100	46	111	93	64	140
Äußere Ursachen für Verletzung oder Vergiftung	61	86	72	60	60	58	89	60	54	83	40	79	88	100	55	40
<u>Frauen</u>																
Krankheiten des Kreislaufsystems	218	221	221	265	289	192	141	279	214	210	192	291	290	237	219	228
Krebs	143	153	201	151	116	115	127	173	137	149	163	146	124	131	141	169
Krankheiten der Atmungsorgane	41	40	65	27	29	37	32	97	21	31	44	21	49	39	37	91
Äußere Ursachen für Verletzung oder Vergiftung	24	36	34	22	18	18	37	20	23	26	20	25	24	37	24	17

Für SMR: Daten für B (1993), DK, IRL, I und S (1996).

Quelle : Eurostat - Mortalitätsstatistik.

Anteil der Gesundheitsausgaben insgesamt am Bruttoinlandsprodukt

1990	7,6	7,4	8,4	8,7	7,6	6,9	8,8	7,0	8,1	6,6	8,8	7,2	6,4	7,9	8,8	6,0
1998	8,0	8,8	8,3	10,6	8,3	7,1	9,6	6,4	8,4	5,9	8,6	8,2	7,8	6,9	8,4	6,7

Quelle : OECD-Gesundheitsdaten.

Arbeitsunfälle pro 100 000 Beschäftigte nach Tätigkeit, 1998

Gesamt	4 089	5 112	3 203	4 958	2 936	7 073	4 920	1 433	4 105	4 719	3 909	3 321	6 180	3 435	1 329	1 512
Bauindustrie	8 008	8 658	3 902	9 810	6 803	15 486	12 205	1 901	6 445	10 027	2 499	6 439	11 331	7 538	2 247	2 439
Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft	6 790	6 867	1 203	11 852	3 094	3 466	4 839	5 816	9 381	7 666	7 079	11 856	6 379	774	1 451	2 114
Transport, Lagerung und Kommunikation	5 862	5 728	3 399	11 691	2 016	6 688	6 128	1 923	5 482	3 648	3 055	2 761	4 739	3 646	1 549	1 746
Verarbeitendes Gewerbe	4 492	4 733	5 910	4 761	3 831	8 383	4 458	1 638	5 006	5 174	5 628	3 770	6 634	4 600	1 676	1 678
Hotels und Restaurants	3 590	4 044	1 388	5 516	1 077	6 220	5 306	435	3 249	3 891	1 615	1 194	3 786	2 577	1 009	1 556
Handel; Reparaturen	2 451	4 076	1 189	2 380	2 144	4 918	3 692	380	1 961	3 219	2 222	1 473	5 371	2 230	969	1 298

Arbeitsunfälle pro 100 000 Beschäftigte nach Geschlecht, 1998

Männer	5292	6455	3956	6578	3826	8610	6533	1961	4987	5947	.	4408	8242	4416	1542	1866
Frauen	1890	2201	1745	2122	1110	3476	2147	594	2046	1951	.	1513	2782	1585	882	873

Berücksichtigt wurden nur jene Arbeitsunfälle, die zu mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit führten.

Quelle: Eurostat Europäische Arbeitsunfallstatistik.

Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen getöteten Personen

1970	73 229	2 950	1 208	21 332	931	4 197	15 034	540	10 208	132	3 181	2 238	1 417	1 055	1 307	7 499
1980	59 600	2 396	690	15 050	1 225	5 017	12 384	564	8 537	98	1 997	1 742	2 262	551	848	6 239
1990	51 711	1 976	634	11 046	1 737	6 948	10 289	478	6 621	71	1 376	1 391	2 321	649	772	5 402
1998	41 110	1 500	449	7 792	2 226	5 957	8 437	429	5 857	57	1 066	963	1 865	400	531	3 581

Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen getöteten Personen je 1 Mio. Einwohner

1998	114	147	85	95	212	151	152	116	110	143	68	119	243	78	60	61
------	-----	-----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	-----	-----	----	----	----

Bei Verkehrsunfällen gelten Todesfälle innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall. Wo diese Definition nicht gilt wurden Berichtigungsfaktoren angewandt.

Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik

9 Zufriedenheit und Einstellungen

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Mit dem Leben im allgemeinen nicht zufrieden (in Prozent), 2000																
<u>Männer und Frauen</u>																
Überhaupt nicht zufrieden	4	4	1	4	10	1	4	3	7	1	1	3	7	2	1	4
Nicht zufrieden	18	15	4	23	32	18	17	8	24	9	8	14	29	11	4	12
Ziemlich zufrieden	60	61	38	60	50	63	65	53	61	57	59	55	60	65	59	59
Sehr zufrieden	17	19	57	11	9	18	14	35	8	33	32	25	3	22	35	26
Weiß nicht	1	0	0	2	0	0	1	1	1	1	0	3	1	0	0	0
<u>Männer</u>																
Überhaupt nicht zufrieden	4	4	1	5	10	2	5	4	6	1	0	2	6	2	1	4
Nicht zufrieden	17	16	4	21	30	18	15	8	22	8	9	13	27	11	4	11
Ziemlich zufrieden	61	61	41	62	49	62	66	53	63	55	58	60	63	67	61	59
Sehr zufrieden	17	20	54	11	10	18	13	34	8	36	33	22	4	20	33	26
Weiß nicht	1	0	0	1	0	0	1	2	0	0	0	3	1	0	0	1
<u>Frauen</u>																
Überhaupt nicht zufrieden	4	5	1	4	9	1	3	2	7	1	2	3	8	2	1	4
Nicht zufrieden	19	15	4	26	33	18	18	7	25	10	6	15	32	10	5	12
Ziemlich zufrieden	59	62	34	58	50	63	64	54	60	58	61	50	56	64	58	58
Sehr zufrieden	17	18	61	11	8	17	14	36	7	30	31	28	3	24	37	26
Weiß nicht	1	0	1	2	0	1	1	1	1	1	0	4	1	0	0	0

Quelle : Europäische Kommission - Eurobarometer 53.0, Frühjahr 2000

Mit der Gesundheitsversorgung in ihrem Land (nicht) zufrieden (in Prozent), 1999

Überhaupt nicht zufrieden	45	21	24	48	80	50	21	47	72	22	26	14	74	25	39	42
Ziemlich oder sehr zufrieden	53	77	76	50	19	48	78	48	26	72	73	83	24	74	59	56
Weiß nicht	2	2	0	2	2	3	1	5	2	7	1	3	2	1	2	2

Anmerkung: Angaben über die Einschätzung der eigenen Gesundheit unter Gesundheitsschutz und Sicherheit.

Mit ihrer finanziellen Situation (nicht) zufrieden (in Prozent), 1999

Überhaupt nicht zufrieden	33	31	14	28	43	42	36	34	37	15	16	21	45	32	27	31
Ziemlich oder sehr zufrieden	66	69	86	71	56	57	62	65	61	84	84	79	54	68	73	69
Weiß nicht	1	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0	0

Mit ihrer persönlichen Sicherheit (nicht) zufrieden (in Prozent), 1999

Überhaupt nicht zufrieden	18	19	4	17	36	15	16	12	29	15	16	5	21	6	8	13
Ziemlich oder sehr zufrieden	81	80	95	82	64	84	83	87	68	84	84	95	78	94	91	86
Weiß nicht	1	1	1	1	1	2	1	1	3	2	0	0	1	1	1	1

Die öffentliche Hand sollte mehr Geld ausgeben, um allen den Zugang zu neuen Technologien zu ermöglichen (in Prozent), 1999

Ja	52	53	46	35	63	63	51	67	54	44	59	39	67	44	57	64
Nein	29	32	46	41	19	17	36	12	22	38	31	37	12	43	35	21
Weiß nicht	19	16	8	24	18	21	13	21	24	18	9	25	21	13	9	15

Quelle : Europäische Kommission - Eurobarometer 52.1, Herbst 1999

Mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land (nicht) zufrieden (in Prozent), 1997

Überhaupt nicht zufrieden	51	79	14	55	53	44	55	21	73	24	23	36	46	36	43	37
Ziemlich oder sehr zufrieden	45	18	86	42	45	51	41	70	24	71	77	58	48	61	54	55
Weiß nicht	4	2	1	4	2	5	4	9	2	5	0	6	6	4	3	8

Quelle : Europäische Kommission - Eurobarometer 47.1, Frühjahr 1997

9 Zufriedenheit und Einstellungen (Fortsetzung)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Vertrauen in verschiedene Institutionen (in Prozent), 1999																
<u>Justiz/Rechtssystem</u>																
Eher Vertrauen	45	22	70	52	55	40	35	49	36	59	59	61	42	61	53	48
Eher kein Vertrauen	46	72	25	40	42	52	56	37	53	28	35	28	45	30	36	40
Weiß nicht	9	5	5	9	4	8	9	15	11	13	6	12	14	9	10	12
<u>Polizei</u>																
Eher Vertrauen	62	42	85	65	55	56	55	72	59	72	71	67	54	86	63	67
Eher kein Vertrauen	32	53	13	28	42	39	38	20	32	22	25	24	36	10	28	27
Weiß nicht	7	5	3	7	4	5	7	8	10	6	5	9	10	4	9	7
<u>Kirche</u>																
Eher Vertrauen	50	30	69	43	81	47	37	53	58	45	47	39	74	69	48	56
Eher kein Vertrauen	39	59	21	43	17	44	49	36	32	43	43	47	18	23	37	30
Weiß nicht	12	10	10	14	2	9	14	11	10	12	11	14	9	9	16	14
<u>Gewerkschaften:</u>																
Eher Vertrauen	35	36	50	35	42	32	33	48	28	44	60	36	37	54	34	37
Eher kein Vertrauen	49	54	38	49	49	56	55	26	56	41	27	47	44	29	52	42
Weiß nicht	16	9	12	16	9	12	12	26	16	15	14	17	19	17	14	21
<u>Politische Parteien</u>																
Eher Vertrauen	18	17	27	18	20	19	11	21	16	27	40	22	19	20	17	16
Eher kein Vertrauen	71	78	63	69	77	72	80	65	71	56	49	65	67	70	71	72
Weiß nicht	11	6	10	12	3	9	9	14	13	17	12	13	14	10	11	12
<u>Öffentliche Verwaltung</u>																
Eher Vertrauen	42	37	50	43	43	39	44	61	27	51	57	65	44	43	45	44
Eher kein Vertrauen	46	55	42	45	53	49	47	21	58	31	34	24	40	43	35	36
Weiß nicht	13	7	9	11	4	12	8	18	15	17	9	12	17	14	20	20
<u>Großunternehmen</u>																
Eher Vertrauen	35	36	46	29	36	36	38	35	41	42	52	31	41	44	32	27
Eher kein Vertrauen	49	52	37	54	55	50	49	44	41	43	35	48	42	41	49	56
Weiß nicht	16	11	17	16	9	14	14	21	18	15	14	21	18	15	19	17
<u>Nationales Parlament</u>																
Eher Vertrauen	41	26	54	45	51	45	37	36	30	61	62	47	56	55	42	36
Eher kein Vertrauen	46	66	40	42	45	43	48	48	55	27	30	35	30	35	47	48
Weiß nicht	13	8	6	13	5	13	15	15	15	13	8	18	14	11	11	16
<u>Wohlfahrtsverbände</u>																
Eher Vertrauen	60	48	63	49	70	70	65	60	60	55	72	51	64	57	48	66
Eher kein Vertrauen	26	38	27	31	23	19	26	23	24	26	19	30	19	30	34	22
Weiß nicht	14	13	11	20	8	11	9	17	16	19	9	19	17	13	18	13
<u>EU</u>																
Eher Vertrauen	39	41	32	31	45	55	39	42	53	52	43	32	57	36	21	20
Eher kein Vertrauen	40	46	58	46	47	29	44	25	23	33	40	48	21	45	61	48
Weiß nicht	21	12	10	22	8	16	17	32	24	16	17	20	23	20	18	32
Ziemlich starkes oder sehr starkes Zugehörigkeitsgefühl zu.... (in Prozent), 1999																
Heimatort	87	83	86	88	94	95	80	94	90	82	71	92	93	80	84	83
Heimatregion	86	84	78	86	95	94	82	92	87	82	72	90	95	85	85	82
Heimatland	89	77	96	85	98	90	89	97	91	92	86	93	96	96	89	91
Europa	56	63	71	58	41	68	53	57	65	78	49	62	61	64	71	37

Anmerkung: "Weiß nicht" gaben etwa 1% in den Kategorien "Wohnort", "Region" und "Land" und zwischen 2% und 6% für die Kategorie "Europe" an.

Quelle : Europäische Kommission - Eurobarometer 51.0, Frühjahr 1999.

Eurostat Data Shops

Belgique/ België	<p>Eurostat Data Shop Bruxelles/Brussel Planistat Belgique Rue du Commerce 124 Handelsstraat 124 B-1000 Bruxelles/Brussel Tél. (32-2) 234 67 50 Fax (32-2) 234 67 51 E-mail: datashop@planistat.be</p> <p>Sprachen: ES, DE, EN, FR</p>	Italia - Milano ISTAT Ufficio regionale per la Lombardia Eurostat Data Shop Via Fieno, 3 I-20123 Milano Tel. (39) 02 80 61 32 460 Fax (39) 02 80 61 32 304 E-mail: mileuro@tin.it
Danmark	<p>DANMARKS STATISTIK Bibliotek og Information Eurostat Data Shop Sejrgade 11 DK-2100 København Ø Tlf. (45) 39 17 30 30 Fax (45) 39 17 30 03 E-mail: bib@dst.dk</p> <p>Sprachen: DA, EN</p>	Italia - Roma ISTAT Centro di informazione statistica Sede di Roma Eurostat Data Shop Via Cesare Balbo, 11a I-00184 Roma Tel. (39) 06 46 73 31 02/06 Fax (39) 06 46 73 31 01/07 E-mail: dipdiff@istat.it
Deutschland	<p>Statistisches Bundesamt Eurostat Data Shop Berlin Otto-Braun-Straße 70-72 (Eingang: Karl-Marx-Allee) D-10178 Berlin Tel. (49) 1888-644 94 27/28 Fax (49) 1888-644 94 30 E-Mail: datashop@statistik-bund.de</p> <p>Sprachen: DE, EN</p>	Luxembourg Eurostat Data Shop Luxembourg BP 453 L-2014 Luxembourg 4, rue Alphonse Weicker L-2721 Luxembourg Tél. (352) 43 35-2251 Fax (352) 43 35-2221 E-mail: dslux@eurostat.datashop.lu
España	<p>INE Eurostat Data Shop Paseo de la Castellana, 183 Oficina 009 Entrada por Estébanez Calderón E-28046 Madrid Tel. (34) 91 583 91 67 Fax (34) 91 579 71 20 E-mail: datashop.eurostat@ine.es</p> <p>Sprachen: ES, EN, FR</p>	Nederland STATISTICS NETHERLANDS Eurostat Data Shop — Voorburg Postbus 4000 2270 JM Voorburg Nederland Tel. (31-70) 337 49 00 Fax (31-70) 337 59 84 E-mail: datashop@cbs.nl
France	<p>INSEE Info service Eurostat Data Shop 195, rue de Bercy Tour Gamma A F-75582 Paris Cedex 12 Tél. (33) 1 53 17 88 44 Fax (33) 1 53 17 88 22 E-mail: datashop@insee.fr</p> <p>Sprachen: FR</p>	Portugal Eurostat Data Shop Lisboa INE/Serviço de Difusão Av. António José de Almeida, 2 P-1000-043 Lisboa Tel. (351) 21 842 61 00 Fax (351) 21 842 63 64 E-mail: data.shop@ine.pt
		Sprachen: IT
		Sprachen: IT
		Sprachen: ES, DE, EN, FR, IT
		Sprachen: EN, NL
		Sprachen: EN, FR, PT

Suomi/Finland STATISTICS FINLAND**Eurostat DataShop Helsinki**

Tilastokirjasto
 PL 2B
 FIN-00022 Tilastokeskus
 Työpajakatu 13 B, 2. Kerros, Helsinki
 P. (358-9) 17 34 22 21
 F. (358-9) 17 34 22 79
 Sähköposti: datashop.tilastokeskus@tilastokeskus.fi
 URL: <http://www.tilastokeskus.fi/tk/kk/datashop.html>

Sprachen:
 EN, FI, SV

Sverige**STATISTICS SWEDEN
Information service**

Eurostat Data Shop
 Karlavägen 100
 Box 24 300
 S-104 51 Stockholm
 Tfn (46-8) 50 69 48 01
 Fax (46-8) 50 69 48 99
 E-post: infoservice@scb.se
 Internet: <http://www.scb.se/info/datashop/eudatashop.asp>

Sprachen:
 EN, SV

United Kingdom

**Eurostat Data Shop
 Enquiries & advice and publications
 Office for National Statistics**
 Customers & Electronic Services Unit
 B1/05
 1 Drummond Gate
 London SW1V 2QQ
 United Kingdom
 Tel. (44-20) 75 33 56 76
 Fax (44-1633) 81 27 62
 E-mail: eurostat.datashop@ons.gov.uk

Sprachen:
 EN

**Eurostat Data Shop
 Electronic Data Extractions,
 enquiries & advice**
 1L Mountjoy Research Centre
 University of Durham
 Durham DH1 3SW
 United Kingdom
 Tel. (44-191) 374 73 50
 Fax (44-191) 384 49 71
 E-mail: r-cade@dur.ac.uk
 Internet: <http://www.rcade.dur.ac.uk>

Sprachen:
 EN, FR

Norway**Statistics Norway
Library and Information Centre
Eurostat Data Shop**

Kongens gate 6
 Boks 8131 Dep.
 N-0033 Oslo
 Tel. (47) 21 09 46 42/43
 Fax (47) 21 09 45 04
 E-mail: Datashop@ssb.no

Sprachen:
 EN, NO

**Schweiz/Suisse/
Svizzera****Statistisches Amt des Kantons
Zürich**

Eurostat Data Shop
 Bleicherweg 5
 CH-8090 Zürich
 Tel. (41-1) 225 12 12
 Fax (41-1) 225 12 99
 E-mail: datashop@zh.ch
 Internet: <http://www.zh.ch/statistik>

Sprachen:
 DE, EN

USA**HAVER ANALYTICS
Eurostat Data Shop**

60 East 42nd Street
 Suite 3310
 New York, NY 10165
 Tel. (1-212) 986 93 00
 Fax (1-212) 986 69 81
 E-mail: eurodata@haver.com

Sprachen:
 EN

Eurostat Homepage
www.europa.eu.int/comm/eurostat/

**Eurostat Media Support
 (nur für hauptberufliche Journalisten)
 Postanschrift: Jean-Monnet-Gebäude
 L-2920 Luxembourg
 Büro: BECH A3/48 — Rue Alphonse Weicker 5
 L-2721 Luxembourg
 Tel. (352) 43 01-33408
 Fax (352) 43 01-32649
 E-mail: Eurostat-mediasupport@cec.eu.int**

ANERKENNUNGEN

GD Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und EUROSTAT möchten Professor Géry Coomans von ISMEA, Herrn Michiel Ras von Sozial – und Kulturplanungsamt der Niederlande, Professor Alan Walker von Universität Sheffield und Professor Yannis Yfantopoulos von Universität Athen für ihre Bemerkungen und Beiträge in der Vorbereitung dieses Berichts danken.

